REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 407 · 23.10.1997

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 41 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Gollwitz und die Heuchler - Kt.
2. Gegen staaatlichen Rassismus! Plakataktion in Wien - p.c., Wien
3. (K)ein Leuchtturm für die Gentechnik. Bericht von der Demo in Köln-Kalk - Werner Rätz, Bonn
4. Italiens Kommunisten sind wieder lieb. Bertinottis Krisenmanagement: Vom Ultimatum zum Stillhalteabkommen - Js.
5. Gedächtnisprotokoll 11.10.-13.10.97 Saalfeld/ A9/Unterwellenborn - Peter Nowak
6. CDU: Machtoption im Doppelpack - mb., Berlin
7. Asyl ist Menschenrecht. Aufruf zum 10. Dezember 1997 - Tag der Menschenrechte - Komitee für Grundrechte und Demokratie
8. Gerade noch mal gut gegangen? Die Neonazis und ihre Interpreten bei der Hamburger Bürgerschaftswahl - Kt.
9. Allzweckwaffe "Organisierte Kriminalität" - ch.
10. "So wurden aus den Frauen richtige Sklavinnen." Helene Kasimir, Slowakei - Ulla Jelpke/Gudrun Hentges
11. Außenpolitischer Ratschlag - Grüne beraten mit sich selbst - Vo
12. Die guten Absichten des Duce. Zur Geschichte des Faschismus, Teil 1: Historikerstreit all"italiana - Js.
13. Der plötzliche Ruhm der Madame Forrester. Viviane Forresters Bestseller "Terror der Ökonomie" - Martin Rheinländer
14. Hundert Tage Rot-grün-rot in Frankreich. Die 35-Stunden-Woche und andere Wahlversprechen - eine Zwischenbilanz - Bernhard Schmid
15. Ogoni - Tragödie ohne Ende. Zum zweiten Jahrestag der Ermordung Ken Saro-Wiwas - Vo
16. Bündnis im Bandenkrieg. Die türkische Armee richtet sich im Nordirak ein - WADI e.V.
17. "Rußland kann den Westen nicht imitieren." Ein Gespräch zwischen Kai Ehlers und Boris Kagarlitzki
18. Von Rußland lernen...? Rezension von Kai Ehlers Buch "Herausforderung Rußland" - Kt.
19. Keine neuen Reformen auf Kuba. V. Parteitag der KP beschließt Fortsetzung des bisherigen Kurses - kuk
20. Die völlige Zerstörung der indischen Ökonomie (Interview mit Prof. Swamy, Präsident der Bauernbewegung KRRS) - Tom Kucharz
21. Die Stadt, der Müll und das Verbrechen. In New York wird weniger gemordet - und mehr gefoltert - Michael Hahn
22. Prison-Industrial Complex. Mit Knast und Zwangsarbeit gegen die Unterklassen - M.H.
23. US-Gewerkschaften und Maquilas. NAFTA- Abkommen und Gewerkschaftskrise führen zu widersprüchlichen Interessen - Ronald Köpke
24. Soziale Befreiung jenseits von Staat und Nation? Zur Programmatik der EZLN und der Diskussion in der Soli-Szene - Gaston Kirsche
25. Ein neues Sünden-Babel? ECMI, FUEV, BdN etc. pp. - hn., Flensburg
26. Ein pazifistisches Glaubensbekenntnis. Kritische Anmerkungen zum Osnabrücker Friedensmanifest (ak 406) - Js.
27. Elf Jahre Haft für Benjamin Ramos Vega. Gesundheitszustand weiter verschlechtert - Hungerstreik abgebrochen - Soli-Komitee
28. NIX mehr startet in Krümmel. Der Auftakt zur NIX-mehr-Kampagne war Klasse, aber... ! - Mobilisierungsgruppe Hamburg
29. Maulkorb für MRTA-Sprecher - Peter Nowak
30. Im Dschungel der Widersprüche. Eine kritische Bilanz internationaler Solidarität zeigt weiße Flecke auf - Al., Nürnberg
31. "Friss und stirb trotzdem". Ein Roman von Raul Zelik - gw.
32. Ernst Bloch, ein marxistischer Ketzer - Peter Zudeick
33. Kein Zutritt für Roma. Eine Reportage aus Tschechien und der Slowakei - Peter Nowak
34. Der Spielmann der Rebellion. Nobelpreisträger Dario Fo und die Wut der Literaten - Js.

35. Quelldatei 19.htm
36. Quelldatei 21.htm
37. Bündnis im Bandenkrieg
38. Quelldatei 39.htm
39. Faschismus und Vergangenheitspolitik
40. Godesberg in Grün?
41. Politische Prozesse gegen die baskische Linke

1. Gollwitz und die Heuchler

Autor: Kt. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antisemitismus/Wiedergutmachung; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:31

Ein 400-Einwohner-Dorf in Brandenburg hat den Weg in die internationale Medienaufmerksamkeit gefunden. Wahrscheinlich nur für ein paar Tage, aber immerhin. Man weiß nun, daß die Bewohner von Gollwitz aggressive Antisemiten sind, die schon das nächste Pogrom vorbereiten, aber daß sie damit doch auch nur die Spitze des Eisbergs, da typisch für die Befindlichkeit in allen deutschen Landen, sind. Der Rest ist Routinearbeit. Linke Autoren schreiben sich wieder einmal ihre Wut und ihr nutzloses Besserwissen von der Seele, und das in einer so allgemeingültigen, abgedroschenen Form, Publikumsbeschimpfung und Glaubensbekenntnis gleichzeitig, daß es dazu die konkreten Ereignisse überhaupt nicht mehr gebraucht hätte.

In Gollwitz sollten 60 jüdische Emigranten aus Rußland untergebracht werden. Der Gemeinderat widersprach dieser Absicht einstimmig. Daraufhin machte Brandenburgs Ministerpräsident Stolpe einen Rückzieher: Ein Planungsfehler sei das Ganze gewesen, und man werde sich eine andere Unterbringungsmöglichkeit einfallen lassen. Aber mit Antisemitismus oder Rassismus hätten die Reaktionen in Gollwitz rein gar nichts zu tun, dafür lege er seine Hand ins Feuer. Mit wie vielen Einwohnern Stolpe wohl gesprochen hatte, bevor er dem ganzen Dorf diese pauschale Unbedenklichkeitserklärung ausstellte?

Wieweit die Mißstimmung in Gollwitz ganz speziell darauf zurückzuführen ist, daß die 60 Menschen, die dort untergebracht werden sollten, Juden sind, hat noch niemand zuverlässig ermittelt. Daß heftige antisemitische Ressentiments laut wurden, ist unverkennbar. Die Wahrscheinlichkeit spricht aber dafür, daß Gemeinderat und Bewohner auch nicht wesentlich freundlicher reagiert hätten, wenn es sich einfach nur um Russen oder um "deutschstämmige Aussiedler" aus Rußland gehandelt hätte. Auch ein Wessi, der sich in einem pommerschen Dorf ein Haus gekauft hat, wird dort wohl nicht gerade mit offenen Armen aufgenommen werden, sondern eher schon mal vor eingeworfenen Fensterscheiben, Kuhscheiße auf der Fußmatte und aufgeschlitzten Autoreifen stehen. Eine ganz allgemeine Fremdenfeindlichkeit zum einen, nationalistische Ressentiments zum anderen bilden gerade in der ostdeutschen Provinz eine unentwirrbare Gemengelage.

Das hat mit den Verhältnissen in der abgeschafften DDR eine ganze Menge zu tun. Abschottung und Mißtrauen gegen Einflüsse von außen gehörten zu den Existenzgrundlagen dieses Staates. Stärker als in Westdeutschland blieben in Teilen der DDR alte Unterschiede zwischen Stadt und Land bestehen, überlebten in der Provinz idyllische Szenerien, aber auch mentale Zurückgebliebenheiten. Es kommt die ekelhafte Neigung vieler zu kurz gekommener Deutscher hinzu, ihre Wut nicht gegen die wirklich Reichen und Mächtigen zu richten, sondern sich statt dessen tierisch darüber aufzuregen, daß angeblich Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose oder eben auch Einwanderer "alles zugeschoben bekommen".

Liest man andererseits, daß in zehn Gemeinden Brandenburgs schon insgesamt 2.000 jüdische Einwanderer aus Rußland leben, ohne daß es anscheinend bisher zu einem Vorgang wie in diesem Dorf gekommen ist, muß an der simplen Hochrechnung des "Falles Gollwitz" auf die Stimmung der deutschen Bevölkerung insgesamt oder auch nur in der ostdeutschen Provinz doch sehr gezweifelt werden.

Weitaus mehr als die Mentalität der Leute von Gollwitz steht der jüdischen Einwanderung aus Rußland die auch von der SPD mitgetragene Politik der Bundesregierung entgegen. Sie hat sich schon vor einigen Jahren darauf festgelegt, daß diese Einwanderung eng begrenzt gehalten werden muß, um einer "Überfremdung" vorzubeugen. Noch nicht einmal 40.000 russische Juden durften seit 1990 nach Deutschland kommen. Das wäre, weitaus mehr als der örtliche Konflikt in dem brandenburgischen Dorf, der anzuprangernde Skandal.

Die Verteilung der Einwanderer - die in Rußland fast ausnahmslos Stadtbewohner waren - in kleinen Gruppen auf abgelegene Dörfer oder Kleinstädte entspricht einer bewußt geplanten regierungsamtlichen Politik der Abschreckung: So gut wie überhaupt keine Chance auf Arbeitseinkommen und Integration, keine erkennbare Lebensperspektive, totale Isolation in einem öden Ambiente, wo den Menschen "die Decke auf den Kopf fällt". Man muß leider annehmen, daß auch ein gewisses Maß an Ablehnung durch die ansässige Bevölkerung von den verantwortlichen Politikern durchaus beabsichtigt ist. Wenn die so Behandelten dann an ihre Verwandten und Freunde in Rußland schreiben, daß sie ihnen zur Auswanderung nach Deutschland wirklich nicht raten

können, ist der Zweck der Übung vollauf erreicht. Ausländerfeindliche Politik wird in Bonn konzipiert, nicht in den Dörfern.

Gollwitz, das ist auch ein Sündenbock, an dem sich vom "antideutschen" Kleindarsteller bis zum Reporter der öffentlich-rechtlichen Medien jeder, der es möchte und nötig hat, auf risikolose und unverbindliche Weise seine eigene Vortrefflichkeit bestätigen kann. Für viele ex-linke Autoren, von der "TAZ" bis zur "Jungle World", ist Gollwitz wieder einmal der Beweis, daß sie ganz richtig gehandelt haben, als sie sich von jeder Form sozialistischer Politik verabschiedeten. Mit diesen Deutschen ist eben nichts anzufangen - das war so, ist so und wird selbstverständlich immer so bleiben.

"Klassenkampf?", höhnte Klaus Bittermann in der "Jungen Welt" vom 15. Oktober, das gebe es doch in Deutschland überhaupt nicht. "Außer einem fröhlichen Hauen und Stechen aller gegen alle um Geld und Macht, Einfluß und Reichtum ist nichts in Aussicht, das nach einer vielversprechenden Zukunft aussieht." - "Aller gegen alle"? "Macht, Einfluß und Reichtum" - wie groß ist wohl ungefähr der Teil der deutschen Bevölkerung, der sich an einem solchen "Hauen und Stechen" beteiligt oder auch nur potentiell beteiligen könnte? Hier wird offensichtlich nichts mehr analysiert, sondern nur noch gehässig und selbstgefällig angeklagt. Und das allzu oft von Menschen, die sich im bürgerlichen Leben schon ganz schön satt eingerichtet haben - satter und angenehmer jedenfalls als viele der Gollwitzer.

@body rechts = Kt.

Liest man andererseits, daß in zehn Gemeinden Brandenburgs schon insgesamt 2.000 jüdische EinwanderInnen aus Rußland leben, ohne daß es anscheinend bisher zu einem Vorgang wie in diesem Dorf gekommen ist, muß an der simplen Hochrechnung des "Falles Gollwitz" auf die Stimmung der deutschen Bevölkerung insgesamt oder auch nur in der ostdeutschen Provinz doch sehr gezweifelt werden.

Weitaus mehr als die Mentalität der Leute von Gollwitz steht der jüdischen Einwanderung aus Rußland die auch von der SPD mitgetragene Politik der Bundesregierung entgegen. Sie hat sich schon vor einigen Jahren darauf festgelegt, daß diese Einwanderung eng begrenzt gehalten werden muß, um einer "Überfremdung" vorzubeugen. Noch nicht einmal 40.000 russische Juden und Jüdinnen durften seit 1990 nach Deutschland kommen. Das wäre, weitaus mehr als der örtliche Konflikt in dem brandenburgischen Dorf, der anzuprangernde Skandal. Die Verteilung der EinwanderInnen - die in Rußland fast ausnahmslos StadtbewohnerInnen waren - in kleinen Gruppen auf abgelegene Dörfer oder Kleinstädte entspricht einer bewußt geplanten regierungsamtlichen Politik der Abschreckung: So gut wie überhaupt keine Chance auf Arbeitseinkommen und Integration, keine erkennbare Lebensperspektive, totale Isolation in einem öden Ambiente, wo den Menschen "die Decke auf den Kopf fällt". Man muß leider annehmen, daß auch ein gewisses Maß an Ablehnung durch die ansässige Bevölkerung von den verantwortlichen PolitikerInnen durchaus beabsichtigt ist. Wenn die so Behandelten dann an ihre Verwandten und FreundInnen in Rußland schreiben, daß sie ihnen zur Auswanderung nach Deutschland wirklich nicht raten können, ist der Zweck der Übung vollauf erreicht. Ausländerfeindliche Politik wird in Bonn konzipiert, nicht in den Dörfern. Gollwitz, das ist auch ein Sündenbock, an dem sich von "antideutschen" KleindarstellerInnen bis zu ReporterInnen der öffentlich-rechtlichen Medien alle, die es möchten und nötig haben, auf risikolose und unverbindliche Weise ihre eigene Vortrefflichkeit bestätigen können. Für viele ex-linke AutorInnen, von der taz bis zur jungle world, ist Gollwitz wieder einmal der Beweis, daß sie ganz richtig gehandelt haben, als sie sich von jeder Form sozialistischer Politik verabschiedeten. Mit diesen Deutschen ist eben nichts anzufangen - das war so, ist so und wird selbstverständlich immer so bleiben.

"Klassenkampf?", höhnte Klaus Bittermann in der jungen welt vom 15. 10., das gebe es doch in Deutschland überhaupt nicht. "Außer einem fröhlichen Hauen und Stechen aller gegen alle um Geld und Macht, Einfluß und Reichtum ist nichts in Aussicht, das nach einer vielversprechenden Zukunft aussieht." - "Aller gegen alle"? "Macht, Einfluß und Reichtum" - wie groß ist wohl ungefähr der Teil der deutschen Bevölkerung, der sich an einem solchen "Hauen und Stechen" beteiligt oder auch nur potentiell beteiligen könnte? Hier wird offensichtlich nichts mehr analysiert, sondern nur noch gehässig und selbstgefällig angeklagt. Und das allzu oft von Menschen, die sich im bürgerlichen Leben schon ganz schön satt eingerichtet haben - satter und angenehmer jedenfalls als viele der GollwitzerInnen.

Kt.

Gollwitz und

die Heuchler

Ein 400-EinwohnerInnen-Dorf in Brandenburg hat internationale Medienaufmerksamkeit auf sich gezogen. Wahrscheinlich nur für ein paar Tage, aber immerhin. Man weiß nun, daß die BewohnerInnen von Gollwitz aggressive AntisemitInnen sind, die schon das nächste Pogrom vorbereiten, aber daß sie damit doch auch nur die Spitze des Eisbergs, da typisch für die Befindlichkeit in allen deutschen Landen, sind. Der Rest ist Routinearbeit. Linke AutorInnen schreiben sich wieder einmal ihre Wut und ihr nutzloses Besserwissen von der Seele, und das in einer so allge- meingültigen, abgedroschenen Form, Publikumsbeschimpfung und Glaubensbekenntnis gleichzeitig, daß es dazu die konkreten Ereignisse überhaupt nicht mehr gebraucht hätte.

In Gollwitz sollten 60 jüdische EmigrantInnen aus Rußland untergebracht werden. Der Gemeinderat widersprach dieser Absicht einstimmig. Daraufhin machte Brandenburgs Ministerpräsident Stolpe einen Rückzieher: Ein Planungsfehler sei das Ganze gewesen, und man werde sich eine andere Unterbringungsmöglichkeit einfallen lassen. Aber mit Antisemitismus oder Rassismus hätten die Reaktionen in Gollwitz rein gar nichts zu tun, dafür lege er seine Hand ins Feuer. Mit wie vielen EinwohnerInnen Stolpe wohl gesprochen hatte, bevor er dem ganzen Dorf diese pauschale Unbedenklichkeitserklärung ausstellte?

Wieweit die Mißstimmung in Gollwitz ganz speziell darauf zurückzuführen ist, daß die 60 Menschen, die dort untergebracht werden sollten, Juden und Jüdinnen sind, hat noch niemand zuverlässig ermittelt. Daß heftige antisemitische Ressentiments laut wurden, ist unverkennbar. Die Wahrscheinlichkeit spricht aber dafür, daß Gemeinderat und BewohnerInnen auch nicht wesentlich freundlicher reagiert hätten, wenn es sich einfach nur um RussInnen oder um "deutschstämmige AussiedlerInnen aus Rußland gehandelt hätte. Auch ein Wessi, der sich in einem pommerschen Dorf ein Haus gekauft hat, wird dort wohl nicht gerade mit offenen Armen aufgenommen werden, sondern eher schon mal vor eingeworfenen Fensterscheiben, Kuhscheiße auf der Fußmatte und aufgeschlitzten Autoreifen stehen. Eine ganz allgemeine Fremdenfeindlichkeit zum einen, nationalistische Ressentiments zum anderen bilden gerade in der ostdeutschen Provinz eine unentwirrbare Gemengelage.

Das hat mit den Verhältnissen in der abgeschafften DDR eine ganze Menge zu tun. Abschottung und Mißtrauen gegen Einflüsse von außen gehörten zu den Existenzgrundlagen dieses Staates. Stärker als in Westdeutschland blieben in Teilen der DDR alte Unterschiede zwischen Stadt und Land bestehen, überlebten in der Provinz idyllische Szenerien, aber auch mentale Zurückgebliebenheiten. Es kommt die ekelhafte Neigung vieler zu kurz gekommener Deutscher hinzu, ihre Wut nicht gegen die wirklich Reichen und Mächtigen zu richten, sondern sich statt dessen tierisch darüber aufzuregen, daß angeblich SozialhilfeempfängerInnen, Arbeitslose oder eben auch EinwandererInnen "alles zugeschoben bekommen".

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung Seite 2 schon insgesamt 2.000 jüdische Einwanderer aus Rußland leben, ohne daß es anscheinend bisher zu einem Vorgang wie in diesem Dorf gekommen ist, muß an der simplen Hochrechnung des "Falles Gollwitz" auf die Stimmung der deutschen Bevölkerung insgesamt oder auch nur in der ostdeutschen Provinz doch sehr gezweifelt werden.

Weitaus mehr als die Mentalität der Leute von Gollwitz steht der jüdischen Einwanderung aus Rußland die auch von der SPD mitgetragene Politik der Bundesregierung entgegen. Sie hat sich schon vor einigen Jahren darauf festgelegt, daß diese Einwanderung eng begrenzt gehalten werden muß, um einer "Überfremdung" vorzubeugen. Noch nicht einmal 40.000 russische Juden durften seit 1990 nach Deutschland kommen. Das wäre, weitaus mehr als der örtliche Konflikt in dem brandenburgischen Dorf, der anzuprangernde Skandal.

Die Verteilung der Einwanderer - die in Rußland fast ausnahmslos Stadtbewohner waren - in kleinen Gruppen auf abgelegene Dörfer oder Kleinstädte entspricht einer bewußt geplanten regierungsamtlichen Politik der Abschreckung: So gut wie überhaupt keine Chance auf Arbeitseinkommen und Integration, keine erkennbare Lebensperspektive, totale Isolation in einem öden Ambiente, wo den Menschen "die Decke auf den Kopf fällt". Man muß leider annehmen, daß auch ein gewisses Maß an Ablehnung durch die ansässige Bevölkerung von den verantwortlichen Politikern durchaus beabsichtigt ist. Wenn die so Behandelten dann an ihre Verwandten und Freunde in Rußland schreiben, daß sie ihnen zur Auswanderung nach Deutschland wirklich nicht raten

können, ist der Zweck der Übung vollauf erreicht. Ausländerfeindliche Politik wird in Bonn konzipiert, nicht in den Dörfern.

Gollwitz, das ist auch ein Sündenbock, an dem sich vom "antideutschen" Kleindarsteller bis zum Reporter der öffentlich-rechtlichen Medien jeder, der es möchte und nötig hat, auf risikolose und unverbindliche Weise seine eigene Vortrefflichkeit bestätigen kann. Für viele ex-linke Autoren, von der "TAZ" bis zur "Jungle World", ist Gollwitz wieder einmal der Beweis, daß sie ganz richtig gehandelt haben, als sie sich von jeder Form sozialistischer Politik verabschiedeten. Mit diesen Deutschen ist eben nichts anzufangen - das war so, ist so und wird selbstverständlich immer so bleiben.

"Klassenkampf?", höhnte Klaus Bittermann in der "Jungen Welt" vom 15. Oktober, das gebe es doch in Deutschland überhaupt nicht. "Außer einem fröhlichen Hauen und Stechen aller gegen alle um Geld und Macht, Einfluß und Reichtum ist nichts in Aussicht, das nach einer vielversprechenden Zukunft aussieht." - "Aller gegen alle"? "Macht, Einfluß und Reichtum" - wie groß ist wohl ungefähr der Teil der deutschen Bevölkerung, der sich an einem solchen "Hauen und Stechen" beteiligt oder auch nur potentiell beteiligen könnte? Hier wird offensichtlich nichts mehr analysiert, sondern nur noch gehässig und selbstgefällig angeklagt. Und das allzu oft von Menschen, die sich im bürgerlichen Leben schon ganz schön satt eingerichtet haben - satter und angenehmer jedenfalls als viele der Gollwitzer.

Kt.

2. Gegen staaatlichen Rassismus! Plakataktion in Wien

Autor: p.c., Wien · Rubrik: Österreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:23

Im laufenden "Europäischen Jahr gegen Rassismus" sind staatliche und institutionelle Rassismen kaum Thema. Um dem abzuhelfen, hat die Wiener Gruppe p.c. - political communications auf dem Herbert-von-Karajan-Platz in der Wiener Innenstadt ein 3 x 3 x 3 Meter großes Plakatobjekt aufgestellt, das sich gegen die österreichische Abschiebepraxis richtet. Auf drei Seiten des Kubus ist eine fotografierte "Schubhaftfassade" (mit deutschem, englischem und italienischem Text) zu sehen; auf der vierten wird "Wissenswertes über Österreich" mitgeteilt: "Im Vorjahr wurden in Österreich 14.718 Menschen in Schubhaft festgehalten. Sie gelten zwar vor dem Gesetz nicht als Strafgefangene, haben aber noch weniger Rechte."

3. (K)ein Leuchtturm für die Gentechnik. Bericht von der Demo in Köln-Kalk

Autor: Werner Rätz, Bonn · Rubrik: Gentechnologie · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:30

Vier eher kleine Gruppen haben den allergrößten Teil der Vorbereitungsarbeit für die Demonstration "Stoppt Gentechnik in Köln-Kalk und anderswo" geleistet: die BürgerInneninitiative AntiGen aus Köln-Kalk, die Kölner Gruppe der Sozialistischen Alternative Voran, die Gentechnik AG aus Aachen und der Bonner AK gegen Gentechnik. Dafür konnte sich das Ergebnis sehen lassen. Die Aktionszeitung - die auch der letzten Ausgabe von ak beilag - wurde in einer Auflage von 70.000 Exemplaren verbreitet, 4.000 Plakate wurden geklebt. Und Leute aus der Demovorbereitung hatten die Möglichkeit, bei fast einem Dutzend Treffen von politischen Gruppen der Region die Aktion und das Thema Gentechnik vorzustellen und zu diskutieren. Die beiden ersten Ziele der Aktion, das Thema breit bekannt zu machen und eine verstärkte Zusammenarbeit der Gruppen in der Region zu initiieren, wurden also erreicht. Auch das dritte Ziel, das Thema aus dem engeren Umfeld der Gruppen heraus auf die Straße zu bringen, schien realisierbar. Die 300 Menschen, die sich am 11. Oktober vor den Kölner Messehallen einfanden, übertrafen zwar nicht alle Hoffnungen, erreichten aber die Obergrenze der realistisch zu erwartenden Mobilisierung.

Dementsprechend gut war dann auch die Stimmung, zu der auch die Kölner TrommlerInnen-Gruppe "Ad-hoc" wesentlich beitrug. Äußerst belebend und die gesamte Demo prägend wirkte die Anwesenheit der über 50 TeilnehmerInnen der "2. Internationalen Herbstuniversität über Nord-Süd-Angelegenheiten und Umwelt - Überleben in einer globalisierten Welt". Sie hatten Gesang, Tanz, Aktionselemente und Sprechchöre parat, die sie während des fast zweistündigen Weges pausenlos zelebrierten; der "deutsche" Teil der Demonstration wirkte dagegen doch arg trocken. Den größten (Lach)Erfolg hatten sie mit dem Slogan: "Stop fucking with the plants!" - was Mensch vielleicht als die drastische Aufforderung übersetzen könnte, die Artgrenzen zu beachten.

Die Kölner Messehallen waren als Ort der Auftaktkundgebung gewählt worden, weil dort gleichzeitig die "Anuga" eröffnet wurde, die weltgrößte Freßmesse, die sich diesmal ganz ausdrücklich mit dem Thema Gentechnik in Nahrungsmitteln präsentierte. Die Demo erregte viel Aufmerksamkeit bei MessebesucherInnen und Presse. Franz Rieks, Bio-Gärtner und Vorstand des Öko-Anbauverbandes Bioland, brachte die Interessen derer, denen Gentechnik im Essen dient, auf den Punkt: "Schon die ‚grüne Revolution` hat zu Abhängigkeiten von der chemischen Industrie geführt. Die Gentechnik geht noch einen Schritt weiter. Durch die Patentierung von Lebewesen wird die Macht über die Grundlagen der Lebensmittelerzeugung noch mehr konzentriert, da zu erwarten ist, daß wieder einmal Pflanzensorten verschwinden, die heute noch in den Händen vieler Bauern sind."

Claudia Baitinger vom BUND-Landesverband NRW nahm bei einer Zwischenkundgebung vor der Fachhochschule für Ingenieurwesen diesen Faden auf. Sie beschrieb die staatliche Förderung von Forschung im allgemeinen und von Gentechnik im besonderen als "warmen Geldregen" und "massiv politisch gepuschte Volksverdummung"; "Gentechnik als Jobkiller" sei politisch gewollt: Wo "Arbeitsplätze wegrationalisiert werden, können (die) Aktienwerte steigen".

Eine weitere Zwischenkundgebung im Zentrum des Stadtteils Kalk konkretisierte dies. Hier sprach Eduard Otto, der den (wilden) Streik gegen die Schließung von Klöckner-Humboldt-Deutz wesentlich mitorganisiert hatte. Er machte deutlich, was offizielle Studien und Prognosen immer verbergen sollen: Für ihn und seine KollegInnen hat die Gentechnik keine Zukunft im Angebot. Schlecht bezahlte Jobs als Putzfrau, Zeitungsverkäufer oder Imbißbudenangestellte sind nicht das, was einem Stadtteil fehlt, der durch den Abbau von über 10.000 Arbeitsplätzen im industriellen Sektor in zehn Jahren gebeutelt wurde.

Die Abschlußkundgebung fand dann direkt am Baugelände des Rheinischen Technologie Zentrums (RTZ) statt. Das RTZ soll nicht nur die Landesinitiative BioGentech beherbergen, die mit über 20 Millionen DM am erwähnten Geldregen partizipiert. Hier soll auch das erste mietbare Gentechniklabor der Sicherheitsstufe S3 in Deutschland entstehen - dort darf z.B. mit dem HIV-Virus oder dem Cholera-Erreger gearbeitet werden. Die Planungen für den Bau dieses Zentrums hatten KalkerInnen Anfang des Jahres dazu veranlaßt, sich zur BI AntiGen zusammenzuschließen. Die Initiative verfügt über ein beachtliches Repertoire an Agitationsmitteln,

angefangen von einem eigenen Song gegen das RTZ bis hin zu einem recht aufwendig inszenierten Straßentheaterstück mit dem Titel "Hello Dolly". Auch die TrommlerInnen von "Ad-hoc" griffen ins Geschehen ein und animierten (vor allem) die internationalen Gäste zu geradezu artistischen Tanzübungen.

Ein Redner der Schlußkundgebung war Nanjunda Swamy. Er ist Präsident der indischen Bauernorganisation Karnataka Rajya Ryota Sangha (KRRS), die sich u.a. mit Großdemonstrationen von mehreren hunderttausend Menschen und einer recht aggressiv geführten Kampagne gegen den Agrarmulti Cargill gegen die Einbeziehung der indischen Landwirtschaft ins internationale Agrarbusiness gewehrt hat (siehe auch das Interview mit Nanjunda Swamy auf Seite 21 in dieser ak). In seiner Rede hat er die Gentechnik als Mittel bezeichnet, einen "Nahrungsimperialismus über alle Nationen zu errichten, indem deren Nahrungssouveränität und ihre Nahrungskultur zerstört werden". Daß dieser Imperialismus aber nur ein US-amerikanischer sein soll und "wir" (Deutschen) gar aufgefordert wurden, unsere "leuchtende Identität" gegen die US-Multis zu verteidigen, ist wohl nur aus der speziellen Frontstellung der KRRS gegen diese Konzerne zu verstehen.

Maria Mies, feministische Gentechnik-Kritikerin der ersten Stunde, faßte die Schädlichkeit und Nutzlosigkeit dieser Technologie für die allermeisten Menschen nochmals zusammen und kam zu zwei bemerkenswerten Schlußfolgerungen: Angesichts der Dimension des Zerstörungspotentials und der Verantwortungslosigkeit der Betreiber sei der Position der indischen KRRS kaum noch zu widersprechen, daß Gewalt gegen Sachen keine Gewalt sei. Und wenn wir eine gewisse Sicherheit unserer Ernährung haben wollen, kämen wir wohl nicht umhin, baldmöglichst unsere eigene Ökonomie aufzubauen.

Fast kabarettistisch wirkte der abschließende Vortrag der - gekürzten - Originalrede, die NRW-Wirtschaftsminister Clement kürzlich beim Spatenstich für das RTZ gahalten hatte. "Ein Leuchtturm für Kalk, ein Leuchtturm für Köln, ein Leuchtturm für ganz NRW" werde das Zentrum werden. Daran ließen er und die Landesregierung sich auch nicht durch die "hervorragenden Demonstranten" hindern.

Werner Rätz, Bonn

4. Italiens Kommunisten sind wieder lieb. Bertinottis Krisenmanagement: Vom Ultimatum zum Stillhalteabkommen

Vom Ultimatum zum Stillhalte-Abkommen - Bertinottis Krisenmanagement

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:40

Während Italiens Fußballer nach dem Null zu Null gegen England in der WM-Qualifikation de facto verloren haben, gab es im gleichzeitig stattfindenden Match um den Fortbestand der italienischen Regierung "weder Sieger noch Besiegte". Das behaupten übereinstimmend Ministerpräsident Romano Prodi und der Sekretär von Rifondazione Comunista (RC), Fausto Bertinotti, der das Land mehr als eine Woche lang in Atem hielt.

Das vorläufige Ende kam nicht unerwartet. Am 9. Oktober, nach einer Amtszeit von 514 Tagen, trat Italiens Ministerpräsident Romano Prodi vom Mitte-Links-Bündnis Ulivo zurück. Die Abgeordneten der neokommunistischen Partei Rifondazione Comunista (RC), auf deren Stimmen die Regierung angewiesen ist, hatten ihre Zustimmung zum Haushalt 1998 verweigert. Vorausgegangen war eine seit Ende September sich dahinschleppende Krise, aus der es nur einen Ausweg zu geben schien: Rücktritt der Regierung, Auflösung des Parlaments und Neuwahlen. Kaum hatte Prodi demissioniert, machten die Kommunisten einen Rückzieher und boten neue Verhandlungen an. Diesmal ging alles ganz schnell: Schon am 16. Oktober gewann Prodi die Vertrauensabstimmung - mit den Stimmen der Kommunisten, die nun auch dem zuvor heftig kritisierten Haushaltsgesetz zustimmen wollen.

Folgt man den dramatischen Schilderungen der italienischen Tageszeitungen, dann war die Einigung auch ein "Sieg der Arbeiter": 50 Mitglieder der Metall-Gewerkschaf FIOM aus Brescia (Lombardei) waren eigens im Bus nach Rom gefahren, um die RC-Genossen zur Rettung der Regierung aufzurufen. Nur zwei Forderungen müsse Prodi erfüllen: Die mittelfristige Einführung der 35-Stunden-Woche und die Verlängerung der bisher für ArbeiterInnen geltenden Rentenregelung.

"Die Arbeiter von Brescia haben uns sehr geholfen", bedankte sich die Koordinatorin von RC, Graziella Mascia. Noch am selben Abend handelte Bertinotti mit Prodi eine entsprechende Übereinkunft aus: Die Renten der ArbeiterInnen werden nicht angetastet, und bis zum Jahre 2001 soll die 35-Stunden-Woche Gesetz sein. Mehr als eine Absichtserklärung ist das nicht. Der Präsident des Unternehmerverbandes Confindustria, Giorgio Fossa, hat gegen eine generelle Arbeitszeitverkürzung bereits Widerstand angekündigt.

RC und die Tradition des "Eurokommunismus"

Bertinotti steht mit fast leeren Händen da. Ultimatives Auftrumpfen und kläglicher Rückzug sind das Ergebnis einer gravierenden Fehleinschätzung der Parteiführung. Schon zu Beginn der Krise sprachen sich in Umfragen 30% der RC-WählerInnen gegen Bertinottis harten Kurs aus; mehr als 70% befürworten den Eintritt ihrer Partei in die Regierung. Damit aber wäre RC die Sonderrolle als "Opposition innerhalb der Regierungsmehrheit" los.

Die RC-AnhängerInnen wollen, bei aller Kritik an Prodis "arbeiterfeindlicher" Sparpolitik, die Regierung im Amt halten, die sie - auch ohne kommunistische Minister - mehr oder weniger als ihre eigene ansehen. In den gängigen Pressekommentaren über die beinharten "orthodoxen" Kommunisten, "Alt-Stalinisten" etc. wird unterschlagen, daß die RC-Mitglieder im Geiste des "Eurokommunismus" erzogen wurden. Ihr Idol ist weder Lenin noch Gramsci, sondern Berlinguer, der Vater des "historischen Kompromisses", der in den siebziger Jahren alles für den Eintritt des PCI in eine christdemokratisch geführte Regierung zu geben bereit war.

Als sich die Krise zuspitzte und alles auf einen Sturz der Regierung hinauslief, kam es auch innerparteilich zur Kritik an der Führung. Nach Prodis Rücktrittserklärung flossen sogar bei einigen ihrer Abgeordneten die Tränen. Hinzu kam in den Betrieben und auf der Straße massiver Druck von rechts, der auch den linientreuen und kampfbereiten RC-Kadern das Leben schwer machte. Insbesondere die gewerkschaftliche Basis stellte sich mehrheitlich gegen Bertinottis Kurs. Sergio Cofferati, der Vorsitzende des größten Gewerkschaftsbundes CGIL, erntete nur wenig Kritik für seine scharfen Worte gegen Bertinotti - obwohl er gleichzeitig von der "Opferbereitschaft der Arbeiter" sprach.

Von einer Mobilisierung der Betriebe und der Straße, durch die linker Gegendruck hätte ausgeübt werden können, war nichts zu spüren. Die größte Demonstration während der Krise fand am 10. Oktober in Bologna statt: 40.000 AnhängerInnen des Ulivo erklärten ihre Solidarität mit der Regierung. An diversen anderen Orten kam es zu teilweise handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Regierungstreuen und RC-Mitgliedern.

Bertinotti und seine 34 KollegInnen in der Abgeordnetenkammer (630 Sitze) hingen ohne den vielbeschworenen "Druck der Basis" in der Luft; im Senat, der zweiten Kammer, hat der Ulivo auch ohne die Kommunisten eine Mehrheit. Da die Regierung hart blieb, während ein Teil der eigenen Leute weich wurde, war der Rückzug unvermeidlich.

"Weder Sieger noch Besiegte"?

Wie die schlechte, alte sozialdemokratische Tradition es verlangt, mochten die Besiegten ihre Niederlage nicht eingestehen. Ministerpräsident Prodi ist klug genug, seinen Erfolg nicht durch Nachtreten zu gefährden; auch für ihn gibt es weder Sieger noch Besiegte, sondern einen guten, fairen Kompromiß. Bertinottis Argumente für diese gemeinsame Sprachregelung sind so ärmlich, daß sie den ak-LeserInnen nicht vorenthalten werden sollen. (siehe Interview)

In der Substanz enthält die Vereinbarung, die mindestens für das Jahr 1998 gilt, folgende Zugeständnisse der Regierung:

1. Das Kabinett legt spätestens Ende Januar einen Gesetzentwurf zur Einführung der 35-Stunden-Woche bis zum Jahre 2001 vor. Verbindliche Regelungen müssen allerdings von den "Sozialpartnern" der einzelnen Branchen ausgehandelt werden. Das Gesetz soll nur in Betrieben mit mindestens 15 Beschäftigten gelten. Unklar ist, wie seine Einhaltung sichergestellt werden kann: Die "Schattenwirtschaft", der wachsende Sektor illegaler und halblegaler Beschäftigungsverhältnisse, entzieht sich weitgehend staatlicher Kontrolle.

2. Die Renten der ArbeiterInnen in der Privatwirtschaft werden vorerst nicht angetastet. Weiterhin gilt: Nach 35 Beitragsjahren können ArbeiterInnen (und Beschäftigte, die nicht näher definierte "gleichwertige Tätigkeiten" ausüben) in Rente gehen; das Mindestalter soll allerdings von derzeit 53 auf 55 oder 57 Jahre angehoben werden. Dennoch ist das der am ehesten greifbare Erfolg der neuerlichen Verhandlungen.

3. Kürzungen im Haushalt in Höhe von 500 Mio. DM werden zurückgenommen.

4. "Zur Schaffung von Arbeitsplätzen", vor allem im Süden, werden zusätzlich 3 Mrd. DM bereitgestellt. Wer die tatsächlichen Nutznießer dieser Subvention sein werden, bleibt abzuwarten.

5. 3.000 junge Leute werden als Steuerfahnder eingestellt.

Auf der anderen Seite verpflichtete sich Rifondazione Comunista gegenüber der Regierung für das Jahr 1998 zum Stillhalten. Die RC-Abgeordneten und -Senatoren werden dem Haushalt zustimmen, der unverändert bleibt. Schließlich versprach RC, den Eintritt Italiens in die Europäische Währungsunion nach Kräften zu fördern. Zu diesem Zweck soll es "regelmäßige Konsultationen" mit der Regierung geben.

Das klingt schwammig, läuft aber auf die Anerkennung der Konvergenzkriterien von Maastricht hinaus, die RC bisher abgelehnt hat. Daß die Partei sich nicht nur als Wortführerin der "kleinen Leute" versteht, sondern auch die "nationalen Interessen Italiens" berücksichtigt, machte Bertinotti deutlich, als er die GegnerInnen gesetzlicher Arbeitszeitverkürzung zu beschwichtigen suchte: Die 35-Stunden-Woche müsse nun europaweit eingeführt werden, damit die italienische Wirtschaft konkurrenzfähig bleibe.

Man kann Bertinotti kaum vorwerfen, daß er statt der in den 37 Punkten geforderten sozialpolitischen Maßnahmen im Wert von (geschätzten) 20 Mrd. DM nur 500 Mio. DM und vage Absichtserklärungen zur Arbeitszeitverkürzung herausgeschlagen hat. Mit 8,4% der Stimmen ist vermutlich nicht mehr drin, zumal die Regierungsmehrheit auch noch eine andere Bündnisoption hatte und hat: eine große Koalition mit den Rechten, die von Silvio Berlusconi (Forza Italia) während der Krisenwoche auch zum wiederholten Male gefordert wurde. PDS-Sekretär Massimo D'Alema, der dem generell nicht abgeneigt ist, zog allein deshalb das Risiko Neuwahlen vor, weil die Umfrageergebnisse günstig waren.

RC ist durch den Ausgang der Krise bis auf weiteres gezähmt und hat an Glaubwürdigkeit verloren. Eine neuerliche Drohung mit dem Sturz der Regierung könnte niemand mehr ernst nehmen. Mangels Alternative auf

der Linken muß die Partei allerdings kaum Stimmenverluste befürchten; mit etwa 12% der Stimmen könnte sie nach Umfragen rechnen. Gelitten hat die "Vermittelbarkeit" ihrer politischen Linie, und das nicht so sehr wegen des plötzlichen taktischen Schwenks als vielmehr wegen Bertinottis anschließender Schönrederei über den "guten Kompromiß" und die "exzellente Regierung". Insbesondere seine Behauptung, RC lehne die Maastricht-Kriterien unverändert ab, ist nicht überzeugend. Für eine Kraft der "antagonistischen Linken" (das will RC sein) sind zwar parlamentarische Geschäfte auf Gegenseitigkeit legitim, nicht aber Zugeständnisse in politischen Grundfragen.

Eine linke Opposition müßte auch herausstellen, daß der unsoziale Sparhaushalt 1998 nur eine von vielen Maßnahmen zu Lasten der Armen ist. Seit 1992 summieren sich die Einsparungen und Steuererhöhungen auf 364 Billionen Lire (weit mehr als 400 Mrd. DM). Es ist bezeichnend, daß der Beitrag der 1994 gewählten Rechtsregierung mit 55 Bio. Lire vergleichsweise gering ausfiel. Die Rentenreform, die im Herbst 1994 von den Gewerkschaften zurückgekämpft worden war, kam 1995 unter der Regierung Dini mit ihrer Zustimmung zustande. Um die Neuverschuldung unter 3% zu halten (derzeit liegt sie bei 2,7%), will Prodi die Mehrwertsteuer von 19% auf 20% erhöhen. Das trifft vor allem diejenigen, die ihr gesamtes Einkommen für Lebensmittel und andere Konsumgüter ausgeben (müssen). Ein geringer Anstieg der Preise ist einkalkuliert; bei einer Inflationsrate von nur 1,4% wird das Maastricht-Limit von 3% trotzdem nicht überschritten.

Deutsche Kommentare

So wäre denn über die gar nicht so große Krise alles gesagt, wenn es da nicht noch die Kommentare der anderen gäbe. Unübertrefflich FAZ-Korrespondent Heinz-Joachim Fischer, der Prodis Rücktritt als "Ende des Trugs" begrüßt und für den überforderten Regierungschef im Nachhinein sogar Mitleid empfindet: "Dabei noch krude kommunistische Propaganda berücksichtigen zu müssen verlangte übermenschliche Geduld." Fischers Tip für einen Ausweg aus der Krise ist entweder die Ernennung eines ",Diktators` zur Rettung des Vaterlandes" (nach dem Vorbild der Finanzfachleute Ciampi und Dini, die sich für diese Charakterisierung wahrscheinlich bedanken würden); oder "eine große Koalition zum Besten der Nation" mit den Möchtegern-Diktatoren Berlusconi und Fini. (11.10.)

Während der stramm rechte FAZ-Kommentator nur seine Herzenswünsche zu Papier zu bringen brauchte, hatte taz-Korrespondent Werner Raith als kritischer Anhänger der Regierung Prodi erkennbar Mühe, einen Standpunkt zu finden (was kein Vorwurf sein soll). Bertinottis Kritik an der Regierung sei zwar berechtigt, allein: "... so sehr Bertinotti auch recht hat - das Problem ist eben: Wie greift man einem nackten Mann in die Tasche". (9.10.) Die Einigung schließlich sei "ein Fehler mit langfristigen Folgen". Sauer über den Eingriff der Regierung in die Tarifautonomie, würden die Unternehmer "nun alle Tarifverhandlungen erst mal blockieren ... Andererseits müssen dann die Gewerkschaften mobil machen", und es kommt zu Streiks, die "den eben begonnenen zaghaften Aufschwung" schädigen. (17.10.)

Einen ebenso parteilichen Kommentar lesen wir in der jungen Welt (15.10.): "Für die Kommunisten ist der Kompromiß ein deutlicher Erfolg", findet Cyrus Salimi-Asl in Übereinstimmung mit Fausto Bertinotti. Chef-Kabarettist Jürgen Elsässer von der jungle world (16.10.) sieht Prodi als Opfer einer Erpressung. Die Täter sind, man ahnt es schon, Deutsche, namentlich die Bundesbank und die CSU, die mittels ökonomischer und politischer "Wühlarbeit" den italienischen Staat untergraben. Als Gegenmaßnahme wäre demnach die gefundene Einigung die zweitbeste Lösung - nach einer "Regierung der nationalen Einheit mit den rechten Parteien" (Elsässer).

Js.

Quellen: Corriere della sera, La Repubblica, L'Espresso, Handelsblatt und diverse deutschsprachige Tageszeitungen

Bertinotti in Nöten

Die "bürgerliche Presse" kann grausam sein. Am Tage der Einigung konfrontierte Miriam Mafai den "roten Fausto" mit seinem Geschwätz von gestern. Auszüge aus einem Interview von La Repubblica (15.10.), bei dem Bertinotti ins Schwimmen geriet:

Miriam Mafai: Vergangenen Donnerstag erklärten Sie, ihr hättet dem Haushalt der Regierung Prodi nie zugestimmt, einem Haushalt, der von den Banken und den Unternehmern bestimmt sei. Heute, fünf Tage danach, habt ihr beschlossen zuzustimmen...

Fausto Bertinotti: Einen Moment, der Haushalt ist so, da haben Sie recht. Aber es gibt einen schlichtenden Punkt, eine Wasserscheide, ein Lackmuspapier, wodurch sich das Kennzeichen dieser Wirtschaftspolitik ändert, und das ist die Verpflichtung, einen Gesetzentwurf für die Reduzierung der Arbeitszeit vorzulegen.

Prodis Replik (am Donnerstag, dem 9.10.; Anm. Js.) enthielt schon diese Bereitschaft.

Eine Bereitschaft, keine Verpflichtung. Und ohne ein präzises Datum zu nennen. Heute gibt es dieses Datum. (...)

Und konntet ihr nicht, zwischen Mittwoch und Donnerstag letzter Woche, dieselbe Übereinkunft aushandeln, ohne mit der Krise zu drohen?

Ich weiß nicht, ob wir ohne den Beschluß der französischen Regierung zu diesem Ergebnis gekommen wären. (...)

Also habt ihr gewonnen...

Nein, ich hisse nicht die Siegesfahne, das wäre ein politischer Fehler. Eine Übereinkunft ist immer ein Kompromiß. Aber dies ist ein guter Kompromiß. (...)

An einem bestimmten Punkt hatten Sie Neuwahlen oder eine Regierung der "Techniker" oder eine Regierung der Rechten zu befürchten. Und da haben Sie sich für die Regierung Prodi entschieden...

Ich sage Ihnen eines: Diese Regierung verfügt über ein mehr als würdiges Personal, mit hervorragenden Spitzenkräften...

Und jetzt (...) stimmt ihr für den Haushalt, und die Regierung präsentiert bis Januar einen Gesetzentwurf zur Reduzierung der Arbeitszeit. Schluß, die Krise gibt es nicht mehr.

Einen Moment. Da ist nicht nur die Frage der Arbeitszeit. In der Übereinkunft steht auch etwas über die Altersrenten. Die Renten der Arbeiter werden nicht angetastet, hat Ministerpräsident Prodi gesagt. (...) Natürlich wird all das den Verhandlungen der Sozialpartner anvertraut. (...)

5. Gedächtnisprotokoll 11.10.-13.10.97 Saalfeld/ A9/Unterwellenborn

Thüringens SPD-Innenminister verhindert Antifa-Demonstration

Autor: Peter Nowak · Rubrik: SPD; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:18

In den letzten Wochen wurden wir mit Rückblicken auf den Deutschen Herbst geradezu überschwemmt. Was allerdings den Begriff einmal mitgeprägt hat - Polizisten, die mit gezogener Knarre linke Wohngemeinschaften überfallen oder plötzlich die Autobahn dichtmachen -, wird jedoch selten erwähnt. Doch diese Seite des Deutschen Herbst' erlebte am 11.10.97 in Thüringen und Sachsen eine Neuaufführung.

Anlaß war eine seit Monaten vorbereitete Demonstration, zu der ein Bündnis aus Teilen des DGB, der PDS, der Bündnisgrünen und unabhängiger Antifa-Gruppen unter dem Motto "Kein Nazizentrum in Saalfeld" aufgerufen hatte. Damit sollte die in der thüringischen Kleinstadt herrschende rechte Hegemonie angegriffen werden. Dort ist geplant, den Neonazis ein selbstverwaltetes Jugendzentrum zur Verfügung zu stellen. Die entsprechenden Verhandlungen zwischen bekannten Neonazi-Kadern und der Stadtverwaltung laufen bereits seit längerem.

Antifa-Demo unerwünscht

Am 17.8.92 geriet die Region Saalfeld/Saale erstmals in die Schlagzeilen, als sich ca. 2.500 Neonazis anläßlich eines Rudolf-Hess-Gedenkmarsches in Rudolfstadt versammelten. Seitdem gaben sich in der Region diverse Neonazi-Zirkel die Klinke in die Hand. Das störte die Stadtverwaltung, an der Spitze Bürgermeister Richard Beetz (CDU), nicht im geringsten. Erst die Demovorbereitung der AntifaschistInnen brachte sie in Wallung. Da es keine rechte Szene in der Region gäbe, sei die Aktion völlig überflüssig, erklärte der Bürgermeister. In der Lokalpresse wurde vor den Auseinandersetzungen zwischen Linken und Rechten gewarnt. Am 10.9.97 forderten die Stadtverwaltung und den Stadtrat von Saalfeld in einem Offenen Brief an das Antifa-Bündnis die sofortige Absage der Demonstration. Durch den Demoaufruf, so heißt es dort, sei "der Stadt Saalfeld und ihrer Region (...) ein beträchtlicher, nicht wieder gut zu machender öffentlicher, politischer, sozialer und damit nicht zuletzt wirtschaftlicher Schaden entstanden". Dieser Brief wurde auch von örtlichen Stadträten der PDS und der Bündnisgrünen unterstützt, was zu beträchtlichen Konflikten führte, weil überregionale Gremien beider Parteien zum Demobündnis gehörten.

Auch die angeblich nicht existierenden Neonazis der Region meldeten sich lautstark zu Wort. Sie bedrohten Angelo Lucifero, Demoanmelder und stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), telefonisch. Die NPD meldete für den 11.10. einen "Aktionstag gegen linken Terror" in Saalfeld an und teilte sogleich mit, daß sie die Demonstration absagen würde, wenn es keine Antifa-Demo gebe. Das Kalkül der NPD ging auf. Wenige Tage vor dem 11.10. verbot der thüringische Innenminister Richard Dewes (SPD) alle Veranstaltungen im Kreis Saalfeld/Saale. Dieses Verbot wurde entgegen aller juristischen Prognosen gerichtlich bestätigt.

In der Verbotsbegründung für die Antifademo spielte die Gefahr von Auseinandersetzungen zwischen AntifaschistInnen und Neonazis nur eine untergeordnete Rolle. Entscheidender waren Begründungen, die das Demonstrationsrecht erheblich aushöhlen. So habe es der Anmelder Lucifero abgelehnt, der Polizei namentlich Demo-Ordner zu benennen und Einlaßkontrollen bei Demovorbereitungstreffen vornehmen zu lassen. Auf diese Weise wollte die Polizei verhindern, daß wegen politischer Delikte früher in Erscheinung getretene Personen daran teilnehmen können. In Vorgesprächen habe er Bedenken gegen das Verbot von Seitentransparenten und Hunden geäußert und erklärt, eine starke Polizeipräsenz wirkte eskalierend. Weiterhin wird Lucifero vorgeworfen, er habe die rechtsextreme Gewalt in Saalfeld aufgebauscht und einen Vorfall öffentlich gemacht (Nazi-Drohanrufe), ohne die Polizei davon zu informieren. Ein weiterer Verbotsgrund war die in Presseorganen und im Internet durchgeführte bundesweite Mobilisierung für diese Demonstration.

Polizeistaat in Thüringen

Das endgültige Verbot erreichte viele AntifaschistInnen nicht mehr, die in Zügen und mit Bussen bereits auf den Weg nach Saalfeld waren. Dort wurde bereits Samstagmorgen eine linke Wohngemeinschaft gestürmt.

Nachdem die Polizei vergeblich versucht hatte, über das Dach in das Haus zu gelangen, wurde die Tür aufgebrochen. Alle Anwesenden mußten sich mit dem Gesicht nach unten auf den Boden legen. Einem Hausbewohner wurde eine Pistole an den Kopf gehalten. 14 junge Erwachsene, darunter drei Fotojournalisten aus Köln, wurden in Gewahrsam genommen.

Am Saalfelder Bahnhof nahm die Polizei die anreisenden DemonstrantInnen in Empfang. Über 50 Personen wurden in Unterbringungsgewahrsam genommen. Einziges Festnahmekriterium war "linkes Aussehen". In Gera wurden ebenfalls 60 Personen aus dem Zug heraus festgenommen und zur Gefangenensammelstelle Unterwellenborn gebracht. Die mit Bussen aus Süddeutschland, Hamburg und Berlin angereisten DemonstrantInnen wurden auf der A9 bei Osterfeld von der Polizei an der Weiterfahrt gehindert und ebenfalls nach Unterwellenborn gebracht. (siehe Gedächtnisprotokoll)

Einige AntifaschistInnen saßen dort seit Freitagmorgen fest und wurden erst Samstagnacht oder im Laufe des Sonntags freigelassen. Ca. 120 Personen wurden dort gegen den Beschluß des Haftrichters festgehalten. In dem Sondergefängnis herrschten katastrophale Bedingungen. Es gab keinen Brandschutz. Frauen wurden die Tampons beschlagnahmt. Hinweise auf die besondere Situation einer schwangeren Gefangenen wurden von den Polizisten mit den Worten "Ich war's ja nicht" abgetan. Andere Frauen bedrohte man mit Vergewaltigung und belästigte sie sexuell.

Festgenommene DemonstrantInnen aus Süddeutschland berichteten, daß sie teilweise in Handschellen in Sammeltransporten nach Bayern gefahren und in einer unwegsamen Gegend ca. 100 km nördlich von Nürnberg freigelassen wurden. Andere sind im verkehrstechnisch völlig abgelegenen Unterwellenborn freigelassen worden. Keinem der festgenommenen AntifaschistInnen konnte die Beteiligung an einer nichtfriedlichen Aktion, verbotener Waffenbesitz o.ä. nachgewiesen werden

Anders hingegen die Neonazis der Region. Eine größere Gruppe sammelte sich am 11.10. in Heilsberg bei Rudolstadt in einer Kneipe. Die Polizei nahm dort 56 Personen fest und beschlagnahmte 60 Schlagstöcke, 60 Hieb- und Stichwaffen, 300 Leuchtspurmunitionsteile, vier Schreckschußpistolen, sechs Äxte, zehn Funkscanner und eine komplette Funkanlage. Alle Neonazis waren am Sonntag wieder frei.

Proteste gegen das Verbot

Im Laufe des Samstages fanden in Gera, Jena und Leipzig Protestdemonstrationen gegen das Verbot und den Polizeiterror statt, an denen sich jeweils mehrere Hundert Menschen beteiligten. In Leipzig hieß es auf dem Leittransparent "1933 - Verbot der Gewerkschaften - 1997 - Verbot der Gewerkschaftsdemo".

Angelo Lucifero erläuterte in einem jW-Interview (14.10.) das weitere Vorgehen der AntifaschistInnen. Auf juristischem Wege soll das Demoverbot nachträglich für unrechtmäßig erklärt werden. Außerdem will Lucifero juristische Schritte gegen die Polizeidirektion Saalfeld einleiten, weil die auf einem öffentlich verteilten Betretungsverbot der Stadt seine vollständige Adresse als Demoanmelder abgedruckt hatte, obwohl er schon mehrfach von Neonazis bedroht wurde. Als nächster politischer Schritt ist eine bundesweite Antifa-Demo in Saalfeld geplant, für die weit über das bisherige Spektrum hinaus mobilisiert werden soll. Diese Schritte sind auch dringend notwendig. Es ist zu hoffen, daß jetzt in weiten Kreisen der Linken - einschließlich der PDS - mobilisiert wird, um die Demo mit der ursprünglich geplanten politischen Stoßrichtung in Saalfeld durchzusetzen.

Peter Nowak

edächtnisprotokoll

11.10.-13.10.97 Saalfeld/A9/Unterwellenborn

Wir dokumentieren das leicht gekürzte und redaktionell bearbeitete Gedächtnisprotokoll eines Berliner Antifaschisten, der am 11.10.1997 per Bus nach Saalfeld fahren wollte.

Wir fuhren über die A9 Richtung Süden. Während der Busfahrt erfuhren wir über Handy, daß die Demonstration verboten worden sei. Daraufhin beschlossen wir, uns an der Autobahnraststätte Osterfeld mit den Bussen aus Potsdam, Nürnberg und Ostsachsen zu treffen und das weitere Vorgehen abzusprechen. Wir trafen gegen 13.20 Uhr an der Autobahnraststätte ein und verweilten dort bis ca. 15 Uhr.

Wir beschlossen, nach Erfurt zur dort angemeldeten Spontandemonstration gegen das Verbot der Demo in Saalfeld zu fahren. Gegen 15.20 Uhr, zwischen den Autobahnabfahrten Droyßig und Eisenberg, sahen wir vor uns ein massives Polizeiaufgebot die Autobahn absperren. Wir sollten offensichtlich an der Weiterfahrt gehindert werden. Daraufhin verließen alle die Busse, um mit der Polizei zu verhandeln. Die Verhandlungen ergaben zunächst eine Weiterfahrt nach Jena oder Leipzig, um dort demonstrieren zu können. Mit der Zeit verstärkte die Polizei jedoch ihre Einsatzkräfte und gegen 18.45 Uhr wurden wir eingekesselt. Die federführende Polizeieinheit war sowohl hier als auch später im Polizeigewahrsam das Unterstützungskommando (USK) der bayerischen Polizei aus Dachau. Uns wurde bekanntgegeben, daß wir alle in Gewahrsam genommen würden, um unsere Personalien festzustellen, da wir mit der "Autobahnblockade" eine Straftat begangen hätten. Wir wurden einzeln durchsucht und in unsere eigenen Busse gesetzt. Es hieß, daß wir in die ca. 100km entfernte "JVA Saalfeld" gebracht würden. Um ca. 20 Uhr setzten sich die Busse in Bewegung. Gegen 21.30 Uhr trafen wir in Unterwellenborn ein, wo die Polizei ein ehemaliges DDR-Gefängnis reaktiviert hatte und nun als Gefangenensammelstelle nutzte.

Ich wurde in einer sehr rüden Art und Weise durchsucht. Dabei mußte ich mich barfuß auf eiskalte Steinplatten im Eingang der Gefangenensammelstelle stellen. Dort mußte ich mich ausziehen. Als ich mich weigerte, meine Hosen auszuziehen, wurden diese mir von einem bayerischen Polizisten mit Gewalt heruntergezogen und das gleiche auch mit meiner Unterhose getan. Danach mußte ich alle meine persönlichen Sachen abgeben, es wurden Protokolle angefertigt und Fotos gemacht.

Daraufhin wurde ich in eine Sammelzelle gesperrt, in der keinerlei Einrichtungsgegenstände standen. Die Zelle füllte sich immer weiter, bis ca. 90 (!) Personen auf den 50 qm zusammengepfercht waren. Wir verlangten von den Polizisten zu telefonieren, zu essen sowie Decken. All dies wurde uns zunächst verweigert. Später wurde ich dann zur Vernehmung gerufen. Gegen 2 Uhr nachts bekamen wir Essen in Form von Gulasch, für welchen uns die Polizei erst noch DM 3,25 pro Person abknöpfen wollte, was wir jedoch verweigerten. Wir waren jedoch die einzige Zelle, welche überhaupt etwas Warmes zu Essen bekam. Vegetarier bekamen zunächst überhaupt nichts. Später wurde die Belegungszahl der Zelle um ca. 30 reduziert. Danach erhielten wir 10 Decken für 60 Personen. Wenn wir auf die Toilette wollten , mußten wir lange an die Zellentür klopfen, bis sich ein Polizist meldete und dies zunächst verweigerte. Wer hartnäckig blieb, wurde aus der Zelle geholt und von der Polizei verprügelt. Später durften wir dann auf die Toilette.

Dabei mußten wir an den Fenstern der Zellen vorbei,in denen Nazis saßen, welche uns Drohungen und Beschimpfungen entgegenschrien. Die Polizei verbot es uns, unsere Gesichter vor den Faschos zu verbergen. Später konnten die Faschos sich dann auch noch ungestört vor dem Knast mit Teleobjektiven breitmachen und jeden abfotografieren, der aufs Klo wollte. Außerdem vollführte die Polizei Psychoterror, indem sie in die Zellen Namen von Personen hereinrief, die gar nicht darin waren und dann in die Zelle hereinknüppelte, weil sich die Gesuchten ja nicht gemeldet hätten. Während dieser Zeit wechselte das Bewachungskommando auf Thüringer Polizisten.

Am nächsten Morgen begann die Polizei, uns nacheinander dem Haftrichter vorzuführen. Ich wurde sehr rüde in einen Gefangenentransportwagen gestoßen. Dabei wurde mein Kopf gegen die obere Türkante dieses Wagens gestoßen. In diesem Wagen wurden wir in ca. 0,5 qm große Zellen gesperrt, die ohne Licht waren. Wir waren dabei an den Händen mit Kabelbindern gefesselt. Wir wurden nach Saalfeld in die Polizeidirektion gebracht, wo die Richter bereits warteten. Bei mir wie auch bei anderen wurde "Sicherheitsgewahrsam" bis Montag, den 13.10.97, 6 Uhr angeordnet. Bei mir selbst wurde die Begründung noch per Hand geschrieben, bei späteren Fällen waren die Urteile bereits fertig, bevor die Sitzung begann. Dabei waren oftmals die Begründungen der Anträge auf Unterbindungsgewahrsam der Polizei in die richterlichen Entscheidungen hereinkopiert worden. Nach der Vorführung wurde ich zurück in die Gefangenensammelstelle Unterwellenborn gebracht. Nach und nach kamen weitere Festgenommene vom Haftrichter zurück. Teilweise war Sicherheitsgewahrsam bis Montag, 12 Uhr angeordnet worden, in wenigen Fällen auch nur bis Sonntag abend.

Den ganzen Sonntag über bekamen wir nur ein Brötchen zu essen. Um 18 Uhr betraten zwei Polizisten die Zelle und forderten uns auf, dort aufzuräumen. Dies verweigerten wir. Daraufhin eröffneten uns die Polizisten, daß wir "abtransportiert" würden. Auf die Frage, ob wir nun freigelassen würden, wurde dies nach Zögern bejaht. Nach und nach wurden uns unsere Sachen wiedergegeben, wobei den Leuten, die ihr Eigentum in den

Bussen zurückgelassen hatten, gesagt wurde, daß sie sich dies in Jena bei der Polizeidirektion abholen könnten.

Wir wurden nun aus der Zelle gelassen und dachten, wir würden freigelassen. Statt dessen stieß man uns eine Treppe herunter, wobei die Hände mit teilweise sehr eng gestellten Kabelbindern gefesselt waren. Mit Einsatzwagen wurden wir zum Bahnhof von Könitz gebracht, wo ein Sonderzug stand, in dem bereits ein großes Polizeiaufgebot saß. Das Verhältnis Gefangene zu Polizisten lag bei etwa 1:1. Auch hier im Zug, es war inzwischen 19.30 Uhr, nahm man uns die Fesseln nicht ab. Um 20.40 Uhr setzte sich der Zug über Saalfeld-Jena-Halle-Wittenberg nach Berlin Lichtenberg in Bewegung. Während der Fahrt wurden uns die Fesseln nur abgenommen, wenn wir auf die Toilette gingen und danach sofort wieder angelegt. Mir selbst wurden gegen 21 Uhr Stahlhandschellen angelegt. Kurz vor Berlin erklärten uns die Beamten des BGS, wir würden in Berlin der Landespolizei übergeben, und diese würde uns noch nach "Berliner Art und Weise" behandeln. Um 0 Uhr verlangten diejenigen, die nicht dem Richter vorgeführt worden waren, daß ihnen die Fesseln abgenommen werden müßten, da es nun inzwischen nach 24 Uhr des auf die Verhaftung folgenden Tages sei und die Polizei nun kein Recht mehr hätte, sie festzuhalten. Dies wurde von den BGS-Beamten in rechtswidriger Weise verweigert, und es wurden Prügel angedroht.

Um ca. 1.15 Uhr trafen wir auf dem Bahnhof Berlin-Lichtenberg ein. Dort begrüßten uns ca. 150 Demonstranten. Nach Verhandlungen mit der mit zwei Hundertschaften anwesenden Berliner Polizei wurden uns die Fesseln nach ca. sieben Stunden abgenommen, und wir durften den Bahnhof verlassen.

6. CDU: Machtoption im Doppelpack

Autor: mb., Berlin · Rubrik: CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:35

Es ist schon komisch: die Zeichen mehren sich, daß die Regierungszeit Kohls zu Ende gehen könnte. Aber nicht etwa als Folge einer überzeugenden politischen Alternative, einer breiten gesellschaftlichen Stimmung, die Veränderung und Aufbruch signalisiert. Die Zeiten rot-grüner Reformeuphorie, wie sie Ende der 80er Jahre in Westdeutschland zu verspüren war, sind längst passé.

Wenn die Ära Kohl mit den Bundestagswahlen 1998 zu Ende gehen sollte - was noch längst nicht ausgemacht ist -, dann nur, weil die CDU nach 15 Jahren Regierungsverwaltung keine Ausstrahlung mehr besitzt. Sie hat sich zu Tode gesiegt.

Die Regierungsparteien stehen momentan nicht gut da. Die CDU kam zwar nach ihrem "Erfolg" bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen etwas aus ihrem Stimmungstief vom Sommer heraus, aber die FDP bewegt sich weiterhin mehr unter als über der Fünf-Prozent-Hürde. Beide zusammen erscheinen bei Umfragen weit abgeschlagen. Union und Liberale erreichten vor dem Leipziger Parteitag gerade einmal 40 Prozent - Rot-Grün dagegen 54 Prozent.

Ein Jahr vor den letzten Bundestagswahlen hatten wir dieselbe Situation. Damals aber trugen eine leichtere Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung und eine geschickte ideologische Kampagne - mensch erinnere sich an die "Roten Socken" - Kohl dann schließlich doch zum Sieg.

Auch diesmal gibt sich die Union nicht geschlagen. Das zeigt der Leipziger Parteitag. Die Inszenierungen im Vorfeld, der "Aufstand" der sogenannten Jungen Wilden, sind weniger bedeutsam im Hinblick darauf, daß es Widersprüche innerhalb der Union gibt. Deren Zähmung war in Leipzig Kohls geringstes Problem. Letztendlich diente die Diskussion um seine Kanzlerkandidatur nur dazu, seinen Führungsanspruch zu festigen und die Partei für den Wahlkampf zusammenzuschweißen. Gäbe es Wulf, Müller und Konsorten nicht, müßte sie Kohls Schoßhund Hintze eigentlich erfinden.

Die Union hat realpolitisch nichts anzubieten. Das Hickhack um die Steuer- und Rentenreform beweist anschaulich, daß die CDU auf diesem Feld nicht mehr durchsetzungsfähig ist. (Selbst die Herren des Kapitals werden unruhig und äußern Kritik an der Regierungspraxis.)

So ist ihr aktuelles Programm eigentlich das alte: Die europäische Einheit mit dem Euro vorantreiben, die notwendigen "Reformen" in Deutschland durchsetzen, dabei auch Unpopuläres anpackend, die innere Einheit vollenden.

Das klingt abgestanden, kein Wunder, daß die Union deshalb wohl vor allem ein Thema in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes stellen wird: die "Innere Sicherheit". Waigel und Kanther machten es mit ihren Reden auf dem Parteitag vor. So unterstrich der Innenminister zum wiederholten Male, daß die Union der wahre "Treuhänder für die innere Sicherheit" sei. Anders als bei Schröder stimmten bei ihr Worte und Taten überein.

Die CDU wird im nun beginnenden Wahlkampf auf die ideologische Auseinandersetzung setzen. In Leipzig beschwört Kohl schon die alten Werte und geißelt die "erbärmliche Entwicklung" im "christlichen Abendland", daß die Kinder in den Schulen nicht mehr beten lernen.

Gleichzeitig prophezeit er, der kommende Wahlkampf werde einer der härtesten in der Geschichte der BRD. Die Union wird also alles daran setzen, daß Schreckgespenst Rot-Grün an die Wand zu malen. Und es wird wieder mit dem billigen Trick gearbeitet werden, zu behaupten, SPD und Grüne seien notfalls bereit, mit der PDS zu regieren. Damit hofft die Union eine Stimmung zu schüren, in der sie sich als die "wahre" Reformkraft profilieren kann, die Veränderungen will, aber gleichzeitig Kontinuität garantiert.

Ziel ist ein Lagerwahlkampf, in dem die eigenen Anhänger mobilisiert werden. Angesichts des ungewissen Abschneidens der FDP bei den Bundestagswahlen besteht nur so eine Chance.

Sollte es aber mit dem Einzug der FDP in den nächsten Bundestag nicht klappen, hat die Union schon vorgesorgt. Mit der Ausrufung Schäubles als Nachfolger Kohls wird der taktische Zug vorbereitet, mit dem der Machterhalt auch bei Wegfall des Koalitionspartners FDP ermöglicht werden kann. Kohl ist für eine Große Koalition der falsche Mann. Schäuble hingegen hat in den letzten Wochen mehrfach erkennen lassen, daß er

für ein solches Projekt zur Verfügung stehen würde. (Vorschlag für Steuerreform, Begrenzung der 610-DM-Jobs etc.) Falls die FDP aus dem Bundestag ausscheidet, oder falls die PDS den Einzug schafft und dadurch eine rot-grüne Mehrheit gegenüber CDU/CSU und FDP verhindern würde, dann läuft alles auf diese Konstellation hinaus.

Aber es kann auch anders kommen. Im Frühjahr nächsten Jahres fällt die Entscheidung für den Euro. Gelingt es bis dahin nicht, das Projekt zu stoppen oder die Bedingungen der Konvergenzkriterien in umfangreichem Maße zu korrigieren, dann kann Kohl mit diesem Erfolg im Rücken durchaus noch einmal die Wahl gewinnen: als Kanzler der Einheit und Kanzler der europäischen Einigung!

mb., Berlin

7. Asyl ist Menschenrecht. Aufruf zum 10. Dezember 1997 - Tag der Menschenrechte

Autor: Komitee für Grundrechte und Demokratie · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:27

Zum diesjährigen Tag der Menschenrechte (10.12.1997) ruft das Komitee für Grundrechte und Demokratie zu einem Protesttag für das unverkürzte Asylrecht auf. Es fordert Menschen aus verschiedensten gesellschaftlichen Arbeitsfeldern dazu auf, im Arbeitsalltag zu erkennen zu geben, daß sie gegen die asylfeindliche Politik der Bundesregierung opponieren und am Menschenrecht auf Asyl festhalten, wie es im Artikel 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10.12.1948 niedergelegt ist: "Jedermann hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen". Wir dokumentieren im folgenden den Aufruf und fordern unsere LeserInnen auf, sich an dem Protesttag zu beteiligen.

Seit dem 1.7.1993 gilt das neue deutsche Asylrecht. Der "Asylkompromiß" von CDU/CSU, SPD und FDP hat den bis dahin geltenden Art. 16 Abs. 2 GG bis zur Unkenntlichkeit verändert. Der grundgesetzlich garantierte Anspruch von Flüchtlingen auf Schutz wurde systematisch entsorgt. Verwaltung, Justiz, Polizei und BGS verwirklichten schnell diese Intention des Gesetzgebers und trugen übereifrig ihren je spezifischen Teil zur weitreichenden Aushöhlung des Grundrechts bei. Heute müssen wir bilanzieren: die alltägliche Realität übertrifft noch die Befürchtungen, die anläßlich des "Asylkompromisses" gehegt werden mußten. Allen Bemühungen zahlreicher Engagierter zum Trotz scheint die Skala der organisierten Demütigung von Asylsuchenden nach oben offen. Als schlimme Folge dieser beständigen Eskalation von Unmenschlichkeiten gewöhnt man sich in Erwartung neuer Schrecken an den jeweils aktuellen Zustand. Es gibt seit Juli 1993 keinen einzigen Grund, sich mit dem asylpolitischen status quo zufriedenzugeben.

Das geltende Asylrecht soll Deutschland vor Flüchtlingen schützen, nicht aber die Flüchtlinge vor Verfolgung. Der damalige Bundestagsbeschluß war so gesehen nur ein - allerdings vorläufiger - Schlußstrich unter eine von den Rechtsauslegern der bürgerlichen Parteien initiierte Diskussion, in der Ausländerfeindlichkeit politisch wieder hoffähig gemacht wurde. Flüchtlinge wurden "Scheinasylanten" genannt, Menschlichkeit "Humanitätsduselei". Die bloße Inanspruchnahme von Grundrechten wurde zum "Mißbrauch" deklariert. Grundrechte waren nicht mehr Gebot, sondern bestenfalls ein Gnadenakt. Angesichts umfassender Fluchtbewegungen, die - mitverursacht durch die Globalpolitik der G 7-Staaten - zum großen Teil außerhalb Europas verbleiben, hier aber als unüberschaubare Bedrohung bezeichnet werden, wurde mit der Abschaffung des alten Asylrechts nach innen und außen deutlich gemacht: "Wer nach Deutschland kommt, bestimmen wir. Grundrechte und Mitleid sind nicht mehr angebracht."

Diese mittlerweile in zahllose Gesetze, Verordnungen und Erlasse gegossene Politik wird täglich exekutiert: von der Grenzpolizei, von den Ausländerbehörden und - mit wenigen Ausnahmen - von Gerichten. Das Bundesverfassungsgericht hat im Mai 1996 allen vorliegenden Klagen eine Abfuhr erteilt und damit die Praxis insgesamt gedeckt. Die Rechtswegegarantie (Art. 19 Abs. 4 GG) ist faktisch außer Kraft gesetzt. Ein Sondergesetz wie das Asylbewerberleistungsgesetz unterwirft eine bestimmte Gruppe von Menschen einer entwürdigenden Sonderbehandlung und stigmatisiert sie zu unerwünschten Personen. Aus diesem Katalog der Unmenschlichkeiten hebt sich noch ein besonderer Skandal ab: die Abschiebehaft. Menschen, die nichts weiter getan haben, als in Deutschland Asyl oder Schutz vor Bürgerkriegen, wie beispielsweise im ehemaligen Jugoslawien, zu suchen und denen unterstellt wird, sich der Abschiebung zu entziehen, werden wie Schwerverbrecher zum Zweck ihrer Abschiebung eingegittert. Obwohl diese Praxis in mehrfacher Hinsicht verfassungswidrig ist, bleibt sie Bestandteil deutscher Asylpolitik.

Die bundesdeutsche Flüchtlingspolitik ist ein Mittel zur systematischen Abschottung der reichen Welt vor den Ansprüchen der Armen. Dieses wird nirgendwo so deutlich wie an der deutschen Ostgrenze. Sie hat - weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit - längst die Hermetik altbekannter Demarkationslinien erreicht. Mit gewaltigem Personal- und Technikeinsatz und fast militärischer Ausrüstung soll die Bundesrepublik - und damit auch das europäische Hinterland - vor unerwünschtem Zutritt geschützt werden. Genauso wie spanisches Militär die Strände bei Gibraltar oder die amerikanische Grenzpolizei den Wüstenstreifen vor Mexiko verteidigen, so trägt auch die Bundesrepublik Deutschland ihren Anteil zu der Verteidigung eines ungerechten, aber höchstprofitablen Weltwirtschaftssystems bei. Seit Anfang der 90er Jahre haben allein die

europäischen Staaten sich diesen Schutz etwa 4 Milliarden DM kosten lassen. Mehr als 800 Flüchtlinge bezahlten das mit ihrem Leben.

Doch es kommen weiterhin Flüchtlinge nach EU-Europa. Dieselben kommen nur häufiger als früher heimlich und halten sich dann illegal in den jeweiligen Ländern auf. Im gesamten EU-Europa leben ca. 4 Millionen Flüchtlinge auf diese Weise. Weniger als von der Bundesregierung behauptet hat die Asylrechtsänderung etwas an der Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge geändert. Seit 1993 stellen manche Flüchtlinge lediglich keinen Asylantrag mehr, wenn sie nach Deutschland kommen. Sie suchen nach Nischen des Überlebens und sind auf jedes "Angebot" von Gelderwerb und Unterstützung angewiesen. So sind diese Flüchtlinge ungeachtet ihres nicht legalen Aufenthalts eng verwoben mit der Gesellschaft, in der sie nicht erscheinen dürfen. Seitens der deutschen Politik wird diese Menschengruppe einerseits noch wie in einer Grauzone toleriert. Andererseits aber machen Razzien, willkürliche Kontrollen und Herausgreifen ausländisch aussehender Menschen deutlich, wie die Zukunft aussehen wird. So dienen diese Flüchtlinge als Projektionsfläche von Ausländerhaß und Rassismus. An ihnen läßt sich die Verletzung und Abschaffung von Grundrechten offensichtlich besonders "gut" durchsetzen. Das trifft parallel und zunehmend auch andere Bevölkerungsgruppen: Obdachlose, Arme, Jugendliche mit anderem Aussehen.

Heute, mehr als vier Jahre nach dem "Asylkompromiß", ist absehbar, in welchem Ausmaß diese Grundgesetzänderung "greift" und was dieselbe weiterhin bewirken wird: eine Gesellschaft, die nicht mehr auf Integration setzt, sondern auf Aussonderung und Diskriminierung. Grundrechte können beinahe willkürlich zur Disposition gestellt werden. Wer seine Rechte einklagt, macht sich verdächtig: wer in der Bundesrepublik zu leben verdient, hat das nämlich nicht nötig. Wer es dennoch tut, mißbraucht sein Recht. Diese perfide Stimmungsmache war und ist politisch gesteuert und in ihrer Wirkung gewollt. Sie führt in eine Gesellschaft, in der Demokratie und Solidarität stören. Sie trifft alle, die sich diesem Druck nicht anpassen wollen oder können, zuerst - wie immer - die Schwächsten.

Weil Grund- und Menschenrechte, regierungsamtlich und mehrheitsparlamentarisch erwünscht, täglich von bundesdeutschen Behörden und ihren Vertretern verletzt werden - bei den Asylsuchenden heben diese Verletzungen an -, rufen wir alle Institutionen und ihre Vertreterinnen und Vertreter, ihre Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellten und Beamten und Beamtinnen, die die Grund- und Menschenrechte auch in ihrem eigenen Interesse ernstnehmen, dazu auf, sich diesen Verletzungen erkenntlich zu widersetzen. Insbesondere am Tag der Menschenrechte, am 10. Dezember dieses Jahres, sollten alle in ihren jeweiligen Arbeitsbereichen zu erkennen geben, daß sie diese asylfeindliche Politik, diese Politik, die immer zuerst sozialstaatlich und polizeilich repressiv die Ärmsten der Armen trifft, nicht mitmachen. Wenigstens eine Stunde des Schulunterrichts sollte an diesem Tag zur Information über die Lage des Asylrechts und seiner Praxis in dieser Republik gewidmet sein. Vorlesungen im Rahmen der Universität sollten darauf aufmerksam machen und sonstige Normalität unterbrechen. Kirchliche Verkündigungen und Diskussionen sollten sich der Lage der Asylsuchenden, genauer, der in diesem Lande geltenden oder nicht geltenden Grund- und Menschenrechte widmen. Wohlfahrtsverbände, Beratungsstellen, Institutionen aller Couleur und Arbeitsrichtung sollten an diesem Tag ihre Arbeit zeitweilig zur Diskussion um Asylrecht und Asylpraxis umfunktionieren, auch und gerade, indem sie Gegenstimmen ernst nehmen. In diesem Sinne sollte dieser Tag inmitten der Berufe und ihrer Arbeit genutzt werden, um ein Zeichen zu setzen, daß die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes in ihren Berufsrollen die unmittelbare Geltung der Menschenrechte ernst nehmen, auch indem sie anders Denkende zu überzeugen suchen. Keine dogmatischen Teach-ins sind angemessen. Der Zustand des Asylrechts und der davon symptomatisch gekennzeichnete grundrechtsfaule Zustand des Staats der Bundesrepublik müssen jedoch gegenwärtig und gemeinsam erinnert werden.

Am 10. Dezember 1997 werden wir im Rahmen unserer alltäglichen Arbeit auf die ständige Verletzung des Menschenrechts auf Asyl aufmerksam machen:

ErstunterzeichnerInnen: Arbeitskreis der Stadt Wedel gegen Ausländerfeindlichkeit (c/o Konrad Lübbert), Bundesarbeitskreis kritischer Juragruppen (c/o Marei Pelzer, Freiburg), Andreas Buro (Grävenwiesbach), Theo Christiansen (Hamburg), Helga Dieter (Frankfurt), Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Fachhochschule Magdeburg, Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (Berlin), Pastor Helmut Frenz (Flüchtlingsbeauftragter, Hamburg), Ursula Ganßauge (Darmstadt), Harald Glöde (Berlin), Peter Grottian (Berlin), Ulrich Hahn (Villingen), Wolfgang Hertle (Hamburg), Hans-Dieter Hüsch (Köln), Hubertus Janssen (Limburg), Dr. Wolf-Dieter Just (Bundesarbeitsgemeinschaft "Asyl in der Kirche", Mülheim a.d. Ruhr), Elisa

Kauffeld (Sillenstede), Heiko Kauffmann (Sprecher von PRO ASYL, Mülheim), Prof. Dr. Gernot Koneffke (Modautal), Ingrid Lowin (Düsseldorf), Konrad Lübbert (Präsident des Versöhnungsbundes, Uetersen), Volker Mergner (Frankfurt), Wolf-Dieter Narr (Berlin), Dr. Ute Osterkamp (Berlin), Jörg Passoth (Berlin), Dr. Heribert Prantl (Süddeutsche Zeitung, München), Roland Roth (Berlin), Prof. Horst-Eberhard Richter (Gießen), RA Claus Rosenkranz (Berlin), Prof. Dr. Albert Scherr (Darmstadt), Martin Singe (Bonn), Dorothee Sölle (Hamburg), Eckart Spoo (Hannover), Elke Steven (Köln), Hanne und Klaus Vack (Sensbachtal), Edgar Weick, (Liederbach).

Adresse: Komitee für Grundrechte und Demokratie, Bismarckstr. 40, 50672 Köln, Tel.: 0221/ 52 30 56, Fax: 0221/52 05 59, email: Grundrechtekomitee@t-online.de

Spendenkonten: Postbank Frankfurt, Konto Nr. 3918 81-600, BLZ 500 100 60 und

Volksbank Odenwald eG, 64743 Beerfelden, Konto Nr. 8 024 618, BLZ 508 635 13

8. Gerade noch mal gut gegangen? Die Neonazis und ihre Interpreten bei der Hamburger Bürgerschaftswahl

Autor: Kt. · Rubrik: Wahlen; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:09

Über zwei Stunden lang herrschte in der Hamburger Wahlnacht am 21. September eine super-große Koalition des blanken Entsetzens: Die ersten Hochrechnungen sahen die rechtsextreme DVU mit 5,2 bis 5,5 Prozent sicher in der neuen Bürgerschaft. Eine Katastrophe, da waren sich von Sager (GAL) bis Beust (CDU) alle einig. Die Meinungen variierten zwischen "ziemlich betroffen" (ÖTV-Chef Fritsch) und "sehr betroffen" (SPD-Fraktionschefin Kiausch).

Zu klären blieb eigentlich nur noch die Schuldfrage. Der Law-and-Order-Wahlkampf von CDU und SPD habe viele veranlaßt, "lieber gleich das Original zu wählen", behauptete Christa Sager. Nein, ganz im Gegenteil, erwiderten die Angegriffenen: Indem sie die realen Sorgen der Menschen ernst genommen hätten, hätten sie eine noch stärkere Abwanderung nach rechts verhindert. Er müsse leider Frau Sager recht geben, warf der FDP-Spitzenkandidat Frank-Michael Wiegand in die Debatte. Eine erstaunliche Wandlung: Sechs Tage vor der Wahl war derselbe Wiegand mit Reportern der BILD-Zeitung durch den Hauptbahnhof und andere Lieblingsschauplätze der Bürgerverunsicherung gezogen, um kraftvoll zu demonstrieren, wo der Senat seiner Meinung nach endlich "aufräumen" müsse und welche "rechtsfreien Räume" künftig nicht mehr geduldet werden dürften. (BILD, 16.9.)

Dann die halbe Entwarnung: Die Zahlen der DVU in den Hochrechnungen sackten auf 4,9 Prozent. Schließlich das vorläufige amtliche Endergebnis: Um 230 Stimmen war Hamburg am politischen Super-GAU vorbeigeschrammt; die Nazis müssen draußen bleiben. Am nächsten Tag noch einmal ein bißchen Aufregung: Wegen kleiner Fehler mußte in einigen Wahllokalen nachgezählt werden. Ergebnis: 45 Stimmen zusätzlich für die DVU, aber das reicht ja gottseidank immer noch nicht. Thema damit für alle Parteien bis zur nächsten Wahl erledigt.

DVU schlägt REP

Schon bei Vorliegen der ersten Hochrechnungen war zu erkennen, daß das Gesamtergebnis von DVU und REP voraussichtlich unter dem der Bürgerschaftswahl von 1993 bleiben würde. So kam es denn auch: 56.164 Stimmen, gegenüber 64.474 vor vier Jahren. In Prozenten ein Rückgang von 7,6 auf 6,7. Selbst wenn man das Ergebnis des BFB (Bund Freier Bürger) von 1,3%, der NPD (0,1%) und der erstmals aufgetretenen rechtspopulistischen UDP (0,2%) hinzurechnet, liegt die Gesamtsumme nur geringfügig höher als 1993.

Der BFB wurde 1994 von ehemaligen FDP-Politikern in der Absicht gegründet, das Erfolgsmuster von Haiders FPÖ zu kopieren. Die Partei hat seither aber nur Kleinstergebnisse eingefahren, ohne daß sich für sie ein Lichtstreifen am Horizont abzeichnet. Der BFB übernimmt zwar viele rechtsextreme Agitationsmuster, bedient aber in sozialer Hinsicht eine völlig andere Klientel als DVU und REP: Er präsentiert sich als extra radikale Ausgabe der FDP, als Partei des räuberischen Wirtschaftsliberalismus, der freien Bahn für den großformatigen Steuerbetrug und der Hetze gegen die ärmsten Teile der Gesellschaft. Im Mittelpunkt des Hamburger BFB-Wahlkampfs stand chauvinistische Polemik gegen die geplante europäische Währungsunion.

Auffallend ist, daß DVU und REP ihren Rang in der rechten Wählergunst vertauscht haben: 1993 lag die REP mit 4,8% klar vor den 2,8% der DVU. Jetzt fiel die REP auf 1,8%, während die DVU sich auf 4,9% verbessern konnte. Diese Größenordnung zwischen den beiden Parteien ist nicht nur gleichermaßen in sämtlichen Hamburger Stadtteilen, sondern sogar in allen Wahllokalen festzustellen.

Über die Gründe kann nur spekuliert werden. Js. führte im ak 406 den vergleichsweise größeren Erfolg der DVU auf ihre "Materialschlacht" zurück. Tatsächlich war sie mit Plakaten und Postsendungen erheblich präsenter als ihre Konkurrentin. Die erstaunliche Auslegung der Datenschutzbestimmungen durch die Behörden machte es der DVU beispielsweise möglich, gezielt alle Rentner und Rentnerinnen anzuschreiben - die entsprechenden Personaldaten waren der Partei offenbar von Amts wegen zur Verfügung gestellt worden.

Eine weitere Deutungsmöglichkeit des Siegs der DVU über die REP ist, daß die Deutsche Volksunion gegenüber der Konkurrentin das insgesamt härtere Angebot an eindeutigen und aggressiven rechtsextremen

Parolen repräsentiert - und daß ihre WählerInnen genau diesen Vorsprung honoriert haben. Die Frage ist aber, ob die durchschnittlichen WählerInnen dieser Parteien wirklich so politisch interessiert und sensibilisiert sind, daß sie diese Unterschiede überhaupt wahrzunehmen vermögen. Immerhin fiel auch schlichteren Gemütern sicher auf, daß in der DVU-Werbung sehr viel öfter das Wort "deutsch" vorkam, das sie im übrigen ja auch schon im Namen führt.

Ein nicht zu vernachlässigender Gesichtspunkt ist, daß sich mit der Hamburger Wahl der seit 1994 zu verzeichnende Niedergang der REP fortsetzt. Außerdem war diese Partei, die ihre Stammsitze und relativen Hochburgen in Bayern und Baden-Württemberg hat (oder kann man schon sagen: hatte?), im gesamten Norden Deutschlands von Anfang an nur schwach vertreten. Ihr Hamburger Ergebnis von 1993 war eine bemerkenswerte Ausnahmeerscheinung: meist hat die REP in den nördlichen Bundesländern auch schon früher gegenüber der DVU den kürzeren gezogen.

Die DVU ist nun mit Abgeordneten in vier der sieben Hamburger Bezirksparlamenten vertreten: Mitte (8,5%), Harburg (7,4%), Bergedorf (5,5%) und Wandsbek (5,4%). In den letzten vier Jahren gab es REP-Abgeordnete in Mitte und Harburg, während in Bergedorf schon 1993 die DVU ins Parlament gekommen war; dort hatte damals die REP wegen formaler Fehler nicht kandidieren können, so daß die rechtsextremen Stimmen sich ganz auf die DVU konzentrieren konnten.

Neu gewonnen haben die Neonazis also eigentlich nur die Mandate im Bezirk Wandsbek. Diesen Erfolg verdanken sie allein ihren überdurchschnittlichen Ergebnissen in den sozial einschlägigen, bevölkerungsstarken Stadtteilen Jenfeld, Steilshoop, Tonndorf und Bramfeld. In den übrigen Wandsbeker Stadtteilen, in den "vornehmen" Villenvororten ebenso wie im Kerngebiet, liegt die Summe der DVU- und REP-Stimmen überall unter dem Stand von 1993.

Unter der Überschrift "Modernisierungsverlierer oder Rassisten?" war im ak 405 (S. 15) wieder einmal zu lesen, daß die Wahlerfolge der Rechtsextremen mit "sozialen Problemlagen" eigentlich überhaupt nichts zu tun hätten. Nur 5 Prozent der Anhängerschaft der REP könnten zu den sogenannten Modernisierungsverlierern gezählt werden. Demnach müßte man, verglichen mit dem Bevölkerungsdurchschnitt, geradezu auf den Gedanken kommen, daß die "Modernisierungsverlierer" unter den Wählern der Neonazis deutlich unterrepräsentiert sind.

Diese Behauptung könnte allenfalls für die Wähler der REP in manchen ihrer alten "Hochburgen" in Baden-Württemberg und Bayern gelten. Sie gilt ganz sicher nicht für Hamburg, und sie gilt auch nicht für eine Partei wie die DVU, die gar nicht über ein auch nur zeitweise stabiles Stammpotential und Parteistrukturen in irgendeinem Teil Deutschlands verfügt.

Modernisierungsverlierer?

Bereits 1993 war festzustellen, daß die unterschiedliche Verteilung der rechtsextremen Wählerstimmen in Hamburg durchgängig und klar dem Gefälle der sozialen und kulturellen Verhältnisse entspricht. Ich verweise auf meine Darstellung im ak 359 und möchte jetzt nur wenige Punkte hervorheben.

Die Stadtteile, in denen REP und DVU damals zusammen auf 10 Prozent und mehr kamen, sind überwiegend traditionelle Arbeiterwohngegenden, von denen viele in besonderer Weise soziale Problemzonen sind. Die Anteile an Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen liegen weit über dem Hamburger Durchschnitt. Früher waren diese Stadtteile Hochburgen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung; in den 60er Jahren holte die SPD hier 75-80 Prozent der Stimmen. Inzwischen liegt sie im Schnitt um 35 Prozent unter ihren damaligen Ergebnissen.

Auf der anderen Seite gab es die schwächsten Ergebnisse für die Rechtsextremen eindeutig in Stadtteilen, die als überdurchschnittlich gute bis sehr gute Wohngegenden gelten. In der Hauptsache handelt es sich um Viertel, in denen die CDU traditionell stärkste Partei ist (z.B. Othmarschen, Blankenese, Groß Flottbek), zum kleineren Teil auch um mittelständische GAL-Hochburgen (Rotherbaum, Eppendorf, Hoheluft).

Bei der jetzigen Bürgerschaftswahl hat sich diese Differenzierung nicht nur vollauf bestätigt, sondern sogar noch stärker ausgeprägt. Listet man die Gesamtergebnisse von DVU und REP in den 98 Hamburger Stadtteilen der Höhe nach auf, so ergibt sich ungefähr im oberen Drittel zumeist noch ein Zuwachs gegenüber 1993. In den übrigen zwei Dritteln liegen die Ergebnisse deutlich unter denen der vorangegangenen Wahl. Das

heißt, die Neonazis haben in ihren "Hochburgen" zumeist noch hinzugewonnen, während sie vor allem in den "besseren Wohngegenden" Stimmen verloren haben.

In 26 Stadtteilen (1993: 15) blieben die beiden neonazistischen Parteien diesmal unter 5%; die niedrigsten Resultate erreichten sie in den Elbvororten Othmarschen (1,7%), Blankenese (1,9%), Groß Flottbek (2,1%) und Nienstedten (2,1%). In 16 Stadtteilen (1993: 22) kamen DVU und REP zusammen auf 10% oder mehr. An der Spitze liegen Billbrook (16,8%), Hamm-Süd (15%), Billstedt und Wilhelmsburg (14,7%), Jenfeld (14,2%) und Rothenburgsort (13,8%).

Die unverdrossenen VertreterInnen des eindimensionalen Erklärungsmusters "Rassismus" müßten erklären, warum es in Wilhelmsburg oder Hamm sieben mal mehr harte Rassisten zu geben scheint als in den Villenvierteln. Und wer meint, die Wähler der DVU und der REP seien vor allem auf das Thema "Kriminalität" und "Sicherheit" abgefahren, sieht sich mit der seltsamen Schlußfolgerung konfrontiert, daß dieses allgemeine Reizthema die Reichen doch sehr viel weniger in Brass zu bringen scheint als die Ärmeren.

"Modernisierungsverlierer oder Rassisten?" - die Frage ist von vornherein falsch gestellt. Sie entspringt wahrscheinlich der sozialarbeiterisch geprägten Furcht, man müßte die Fascho-WählerInnen für bedauernswerte arme Schweine halten und Verständnis für ihre Motive entwickeln, falls man zugibt, daß viele oder vermutlich die meisten von ihnen in dieser Gesellschaft tatsächlich nur Nieten und Trostpreise gezogen haben.

Wer DVU, REP, NPD usw. wählt, und sei es auch nur als Form von unreflektiertem Protest, hat in aller Regel ein rechtsextremes Weltbild, sonst käme er gar nicht auf diese Idee. Sicher handelt es sich überwiegend um harte Rassisten, auch wenn viele von ihnen "ihren" privaten Türken haben, den sie eigentlich ganz gern mögen und den sie als Beweis dafür benutzen, daß sie doch nichts "gegen Türken als solche" hätten, also gar keine Rassisten seien.

Trotzdem müßten gerade auch die verelendenden und verelendeten Teile der Bevölkerung ein Adressat linker Sozialpolitik bleiben (oder richtiger gesagt: wieder werden), was jedoch keineswegs mit sozialarbeiterischer Verständnisdudelei und Anbiederei gleichzusetzen ist. Insofern müßte sich die GAL eigentlich selbstkritisch sagen, daß 15 Prozent Stimmen für DVU plus REP in einigen Stadtteilen wohl auch etwas damit zu tun haben, daß die GAL keine nennenswerte Sozialpolitik mit Blick auf diese Adressaten entwickelt hat. In den Koalitionsverhandlungen scheint sich die GAL nun in erster Linie als Vertreterin der gutverdienenden intellektuellen Mittelständler zu profilieren, die beispielsweise nicht einsehen, wieso eigentlich auch Prolos Auto fahren dürfen.

Original und Fälschung?

Christa Sager wurde in der Wahlnacht nicht müde, ihre Behauptung zu wiederholen: Der Erfolg der rechtsextremen Parteien sei darauf zurückzuführen, daß viele Menschen angesichts eines maßlosen Law-and-Order-Wahlkampfs der großen Parteien "lieber gleich das Original gewählt" hätten.

An der Weisheit dieses auch von Linken zu hörenden Sprüchleins sollte spätestens seit dem Moment gezweifelt werden, wo die REP in Hamburg Plakate mit dem Slogan klebte: "Wir sind das Original!". Offensichtlich versprachen sich die Rechtsextremen von dieser Behauptung eine billige Werbewirkung durch viele unbezahlte Multiplikatoren, und vielleicht haben sie damit recht.

Gegen die Argumentation von Christa Sager müssen mehrere Einwände erhoben werden:

1. Da DVU und REP insgesamt überhaupt nicht besser, sondern sogar etwas schlechter abgeschnitten haben als vor vier Jahren, ist jede Analyse, die vorwiegend mit Besonderheiten des diesjährigen Wahlkampfs operiert, von vornherein fragwürdig.

2. Wären die Dinge wirklich so einfach, wie von der GAL unterstellt, hätten eigentlich sehr viel mehr Menschen rechtsextrem wählen müssen. Denn daß zur Zeit die Sorge vor "wachsender Kriminalität" und "Unsicherheit" ganz weit oben auf der Werteskala der meisten Menschen steht (an zweiter Stelle nach der Arbeitslosigkeit) und daß sich brachiale Lösungsvorschläge ("New Yorker Modell") breiter Beliebtheit erfreuen, ist nicht ernsthaft zu bestreiten. Außerdem geht aus den Umfragen hervor, daß die Mehrheit der Bevölkerung genau in diesem Bereich dem SPD-Senat die schlechtesten Bewertungen gibt. Unterstellt, die These vom "Original"

wäre richtig: Warum soll sich diese Logik ausgerechnet in Hamm und Jenfeld zugunsten der Neonazis ausgewirkt haben, aber überhaupt nicht in Blankenese und Eppendorf?

3. Eine besondere Priorität genau dieses Themas in der Wahlpropaganda der DVU und REP war nicht gegeben. SPD und CDU haben dieses Thema mit Hilfe der Massenmedien weit stärker in den Vordergrund gestellt als es die Neonazis getan haben.

4. Die Behauptung, daß DVU und REP hinsichtlich der Law-and-Order-Politik "das Original" seien, ist sachlich falsch und führt als Agitationsformel in die Irre. Auf diesem Gebiet ist in Hamburg unverkennbar die SPD das Original, die CDU versucht sie mit einer etwas aggressiveren Variante zu toppen, und die Neonazis sind nur Trittbrettfahrer dieser Politik.

Kritik wie die von Christa Sager suggeriert, Law-and-Order-Parolen der SPD und CDU seien lediglich ein populistischer Trick - und zudem offensichtlich ein sehr schlechter. Auch diese Annahme ist grundfalsch: Es handelt sich in erster Linie nicht um eine mehr oder weniger zweckmäßige Wahlkampfmethode, sondern um Fragen der praktischen Politik. Daß dies für die Zukunftsaussichten einer "rot-grünen" Koalition entscheidende Bedeutung haben wird, wird von der GAL allerdings bisher tapfer ignoriert. Jedenfalls gehen die von ihr in den Vordergrund gestellten Themen - wie etwa die Wiedereinführung der Straßenbahn - an diesem Kernproblem weit vorbei.

5. Allem scheinheiligen Gejammer zum Trotz sind Wahlerfolge von DVU und REP in der Hauptsache ein agitatorisches Druckpotential der SPD und CDU: Wer ein weiteres Erstarken der Neonazis verhindern wolle, müsse die Sorgen vieler "Bürger" ernst nehmen, und die gälten eben in erster Linie der Sicherheit. Als Drohung wird diese Argumentation immer wieder auftauchen, wenn polizeistaatliche und antisoziale Maßnahmen gerechtfertig werden sollen. Insofern ist es von der GAL nicht einmal clever, diese Argumentation im Prinzip zu übernehmen, indem sie ebenfalls die Erfolge der Rechtsextremen als hauptsächlich sicherheitspolitisch verursacht darstellt.

Kt.

9. Allzweckwaffe "Organisierte Kriminalität"

Autor: ch. · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:26

Ein zentraler Begriff in der Diskussion um die sog. "Innere Sicherheit" mit dem immer weitere Repressionsmaßnahmen begründet werden, ist seit Jahren der der sogenannten "Organisierten Kriminalität" (OK). Gleich, ob der Große Lauschangriff legitimiert werden muß, ob die sog. "Ausländerkriminalität" belegt werden soll oder die europäische Polizeibehörde EUROPOL mit umfassenden Ermittlungskompetenzen ausgestattet werden soll (1), die Bedrohung durch OK wird immer vorgeschoben. Das Bedrohungsszenario ist so umfassend, daß sogar die Abschaffung von bürgerlichen Grundrechten hinzunehmen ist. Wer dies in Frage stellt, so hat mensch den Eindruck, gehört schon zum Kreis der Tatverdächtigen.

Im folgenden wird es darum gehen, zu zeigen, wie mit OK argumentiert wird, was hinter dem Begriff OK steckt und wie damit auf bundesdeutscher und europäischer Ebene Politik gemacht wird.

OK in der öffentlichen Debatte

Zwar tauchte der Begriff auch schon in den frühen achtziger Jahren in der Öffentlichkeit auf, so richtig gepuscht wurde er aber erst ab Mitte der achtziger Jahre. Veröffentlichungen wie "Der Mob" (D. Lindlau, 1987), "Mafia - Ziel Deutschland" (W. Raith, 1989) oder "Die Absahner" (B. Peters, 1990) und simplifizierende Darstellungen seitens der Polizei waren der Anfang einer plakativen Diskussion über OK. Sie brachten das Thema in die öffentliche Diskussion. Es wurden Horrorszenarien entworfen, wonach ausländische Banden in der BRD unter dem Schutz der liberalen Gesetzgebung eine Gegengesellschaft aufbauen, um Einfluß auf die Staatsordnung zu gewinnen. (2) Um die These zu belegen wurde gerne das Beispiel der USA herangezogen, die italienischen Einwanderer hätten die Mafia dorthin gebracht. Die Vorstellung, daß OK von hierarchisch organisierten Syndikaten, von Mafiabossen und Hintermännern bestimmt wird, wurde außerdem damit unterstützt. Diese Stimmungsmache wurde seiner Zeit von Politikern aufgenommen, um Repression und Ausweitung der polizeilichen Ermittlungsmethoden zu fordern. Selbst der Vizepräsident des Bundeskriminalamtes mußte auf einer Arbeitstagung Anfang 1997 feststellen, daß die öffentliche Diskussion der letzten Jahre zu "unseriösen Dramatisierungen oder Verallgemeinerungen" (3) geführt habe. Der Begriff der Organisierten Kriminalität würde so banalisiert. Er stellte fest, daß die von der Polizei aufgestellten OK-Statistiken "Pseudoexaktheit vorspiegeln" und qualitative Aussagen ein aussagefähiges Berichtswesen und eine qualifiziertere Analyse" voraussetzen würde. (4)

Die Demagogen

Die Demagogen der OK, z.B. Innenminister Kanther und sein parlamentarischer Staatssekretär Schelter lassen sich aber trotz dieser Kritik nicht abhalten, die Bedrohungsszenarien durch OK aufrechtzuerhalten.

Kanther läßt kaum eine Gelegenheit aus, auf die Gefahren durch OK hinzuweisen. Beschwörend stellt er fest: "Organisierte Kriminalität ist das Krebsübel der modernen Gesellschaft". (5) Diese Bedrohung nimmt natürlich seit Jahren zu, da neben den "althergebrachten" kriminellen Organisationen wie Mafia und Drogenkartelle neue hinzugekommen sind. Die Neuen sind "verbrecherische Gruppierungen aus den Staaten des östlichen Mitteleuropa, GUS und Ostasien". Um zu untermauern, daß die Bedrohung aus dem Ausland kommt, schiebt Kanther gerne die Bemerkung, "die Tatverdächtigen gehörten insgesamt 98 verschieden Nationalitäten an. Nur 38% sind deutsche Staatsangehörige" hinterher. Bemerkenswert ist, daß Kanther für dieses Bedrohungsszenario der Tatverdacht ausreicht. Er macht keinen Unterschied mehr zwischen Verdächtigen und gerichtlich verurteilten Tätern. So werden nach seiner Logik "die internationalen Bezüge der Organisierten Kriminalität deutlich." Daraus ergibt sich in der Kantherschen Argumentation logisch eine weitere 'Begründung für die bundesdeutsche und europäische Abschottungspolitik und die quasi paramilitärische Aufrüstung der BRD-Grenzen nach Osten. Nicht nur "Schleuserkriminalität und grenzüberschreitenden OK" sollen abgehalten werden. Auch das "illegale Einreisen", das innerhalb dieser Logik vergleichbar ist mit der "Einstiegsdroge", könne damit erschwert werden.

Aber die Repressionsmaßnahmen der letzten Jahre reichen nicht aus. Die Bekämpfung der OK kann für Kanther nur durch ein nationales Projekt gelingen. "Der Kampf gegen die OK muß gemeinsam von Staat, Bürgern und Gesellschaft eindeutig und offensiv geführt werden." Die staatlichen Aufgaben liegen auf der

Hand, das "gesetzliche Rüstzeug" muß auf den "neusten Stand" gebracht werden, siehe "Großer Lauschangriff". Die erste Bürgerpflicht im Rahmen dieses Projektes ist es, den Abbau der bürgerlichen Grundrechte zu akzeptieren - schließlich geht es um unser aller Sicherheit.

Un-Begriff OK

In der polizei-internen Debatte geistert der Begriff der OK schon über 25 Jahre. 1974 wurde die erste Arbeitstagung von Bundeskriminalamt (BKA) und den Landeskriminalämtern (LKÄ) dem Thema gewidmet. Damals rang man noch um eine Definition für das "neue" Phänomen. Erst Anfang der 80er Jahre, nachdem der Staat die Bedrohung der Inneren Sicherheit durch den "Terrorismus" eingedämmt hatte, konnte mit dem Begriff OK eine neue Bedrohung ausgemacht werden, um weitere gesetzliche Maßnahmen zu legitimieren. (6) Nach fast zwanzig Jahren Diskussion was unter dem Phänomen OK zu verstehen sei, haben sich 1991 die Justiz- und Innenminister des Bundes und der Länder auf folgende für Polizei und Justiz verbindliche Definition von OK geeinigt: "OK ist die von Gewinn- oder Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in Gesamtheit von erheblicher Bedeutung sind, wenn mehr als zwei Beteiligte auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig

a) unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen,

b) unter Anwendung von Gewalt oder anderer zur Einschüchterung geeigneter Mittel oder

c) unter Einflußnahme auf Politik, Medien, öffentliche Verwaltung, Justiz oder Wirtschaft zusammenwirken. Der Begriff umfaßt nicht Straftaten des Terrorismus." (7)

Wenn mensch diese Definition auch nach mehrmaligem Lesen nicht versteht, so kann er sich mit einer Bemerkung vom BKA-Präsidenten trösten. Ihm muß es ähnlich ergangen sein, als er resignierend feststellte, daß diese Definition ist "selbst Eingeweihten nur in glücklichen Stunden verständlich" (8) sei. Der CILIP-Autor Heiner Busch bewertet sie als eine Nicht-Definition, was schon daran zu erkennen sei, daß "in einem Satz siebenmal das Wort ‚oder` auftaucht." (9) Als alleiniges definitives Merkmal von OK wird die Beteiligung von mindestens zwei Personen festgelegt. Alles andere bleibt unklar, was heißt "erhebliche Bedeutung", wann liegen geschäftliche Strukturen vor oder wann werden Verhaltensweisen als Einschüchterung oder Einflußnahme verstanden. Um von OK zu sprechen, müssen aber alle Merkmale der Definition vorhanden sein.

Um dem Ermittlungsbehörden ein klareres Bild zugeben wurde im "Gesetzespaket zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität" ein willkürlicher Straftatenkatalog vorgelegt. Darunter fallen nun: Drogen- und Waffenhandel, bandenmäßiger Diebstahl, Hehlerringe, Nachtgewerbekriminalität, Schutzgelderpressung und alle gängigen Staatsschutzdelikte. (10) Für Busch ist klar, daß dieser Begriff für die polizeilichen Ermittlungen zweierlei Funktionen hat. Einerseits werden so verdeckte Ermittlungsmethoden gegenüber Staatsanwaltschaft und Ermittlungsrichtern ermöglicht, andererseits können bestimmte "Erkenntnisse" aus den Ermittlungen einem anderen auch unbestimmten Arbeitsgebiet zugeordnet werden. (11)

Selbst die BKA-nahen Wissenschaftler Rebscher und Vahlenkamp weisen darauf hin, daß "nicht selten das Bild einer kriminellen Vereinigung (i.S. des §129) von der Polizei künstlich erzeugt" wird, nur um das vorhanden sein von OK begründen zu können. (12)

Darin liegt wohl auch der Zweck dieser weiten Begriffsbestimmung. Da es - ohne die Gesetzesveränderungen á la "Großer Lauschangriff" - schwierig war, verdeckte Ermittlungen genehmigt zu bekommen, konnten die vorgeschriebenen Verfahren damit umgangen werden. Polizeiliche Befugnisse können mit dem Hinweis auf OK ohne besondere Legitimation erweitert werden.

Statistiken sagen nichts aus

Seit 1991 wird die OK im sog. "Lagebild OK zahlenmäßig erfaßt. Die Statistik stellt die quantitative Grundlage der politischen Diskussion dar. Durch die Befragung sämtlicher Polizeidienststellen in der BRD, des BKA und der LKÄ wird der Umfang der OK statistisch erhoben. Sie sollen prüfen, ob sie im Vorjahr Ermittlungen führten, die den Kriterien der OK-Definition entsprachen.

Wenn man sich die offizielle OK-Statistik anschaut, kann die Behauptung der zunehmenden Bedrohung nicht stichhaltig belegt werden (siehe Schaubild 1).

Im Gegensatz zu der behaupteten Zunahme der Bedrohung fällt auf, daß die Zahl der OK- Verfahren sich von 1993 bis 1995 kaum verändert hat. Erst von 1995 nach 1996 gibt es eine Zunahme von Verfahren um rund 10%. Gleichzeitig stieg die Zahl der Tatverdächtigen leicht an und die Schadenssumme vervierfachte sich. Die Anzahl der Einzeldelikte verringerte sich allerdings um über 4.000. "Daraus ließe sich der Schluß ziehen, daß 1996 mehr Ermittlungsverfahren gegen mehr Tatverdächtige geführt wurden, die zwar weniger Straftaten, aber einen größeren Schaden zum Gegenstand hatten. Vermutlich ist eine solche Schlußfolgerung jedoch unsinnig, da die Einzelfälle die aggregierten Daten erheblich verfälschen." (13) Für die Jahre 1991 und 1994 wurden die höchsten Schadenssummen ermittelt. In beiden Jahren fielen 2 Mrd. DM bzw. 2,5 Mrd. DM auf jeweils ein wirtschaftskriminalistisches Verfahren. 1994 war dies der Schaden aus der "Balsam-Pleite", die als Betrugsverfahren galt. Selbst wenn mensch den Verlauf einzelner Merkmale heranzieht, läßt sich kaum eine kontinuierliche Entwicklung ausmachen. Von 1992 bis 1996 nahm die Anzahl der Einzeldelikte um rund 12.000 ab, während die Anzahl der Tatverdächtigen fast gleichblieb. Die Anzahl der Bewaffnung der Tatverdächtigten nahm in diesem Zeitraum um 2,6% ab, die Schadensumme sank sogar um ein gutes Drittel. Angesichts der gesteigerten polizeilichen Anstrengungen im Kampf gegen die OK, so der CILIP-Autor Norbert Pütter, wären deutlichere Steigerungen zu erwarten gewesen. (14) Die Länderpolizeien haben seit 1991 ihre gezielt auf OK-Kriminalität gerichteten Dienststellen ausgebaut. Es gibt in allen Ländern ein flächendeckendes System von OK-Verbindungsbeamten. In allen polizeilichen Zentralstellen wurden OK-bezogene Auswertungsstellen geschaffen, die auf OK-relevante Szenen, Personen und Straftaten fixiert sind. Schlußendlich müßte nach sechs Jahren auch in der letzten Polizeidienststelle eine gewisse Routine entstanden sein, um das aufwendige Erhebungsfahren mit der zusätzlichen Schreibarbeit zu bewältigen. "Offensichtlich, ..., gelingt es auch mit größerem polizeilichem Aufwand nicht, das seit Jahrzehnten vorausgesagte OK-Wachstum zu belegen." (15)

Selbst im Vergleich des OK-Lagebild mit der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für 1995 kann die Behauptung eines relevanten Anteiles der OK an der Gesamtkriminalität nicht aufrechterhalten werden:

- 52.181 Delikte der OK standen 6.668.717 Delikte gegenüber, der OK-Anteil liegt bei 0,78%,

- 2.118.104 Tatverdächtigen (allgemein) standen 7.922 Tatverdächtige in OK-Verfahren gegenüber, der Anteil liegt bei 0,37%,

- 170.170 Gewaltdelikten waren in der PKS, in OK-Verfahren waren es 2.036 Gewaltdelikte, Anteil 1,2%,

- die Schäden von allgemeiner Kriminalität wurden mit 25,13 Mrd. beziffert, in OK-Verfahren waren es 673 Mio., d.h. ein Anteil von 2,7%. (16)

Pütter stellt in diesem Zusammenhang fest "mit den Daten der OK-Lagebilder läßt sich weder belegen, daß "die OK in den letzten Jahren zugenommen hat, noch kann auf sie ein relevanter Anteil der Gesamtkriminalität zurückgeführt werden." Da diese Schlußfolgerungen auf der Hand liegen, suchen die Propagandisten nach Auswegen. Zum einen weisen sie auf vermeintliche OK-Eigenheiten hin, OK sei gefährlicher als "normale Kriminalität", zum anderen weisen sie auf das große Dunkelfeld bei OK-Delikten hin. Und hier kann den Spekulationen freien Lauf gelassen werden. Wie unterschiedlich und der Sache dienlich Zahlen interpretiert werden können, zeigt das Beispiel der Gewaltbereitschaft. Im Bericht von 1994 wurde die Zunahme der Gewalt festgestellt, sie sei " ein Indiz für die wachsende Gewaltbereitschaft von OK-Straftätern" wurde dort behauptet. Die Abnahme der Gewalttaten um 10% von 1994 bis 1995 weist hingegen auf "ausgereifte, in ihrer Struktur gefestigten Organisationen" hin, dort wird Gewalt nur selten offenkundig, "da subtilere Pressionen ausreichten. Allein das Wissen um die im Einzelfall unausweichlich und in aller Härte durchgeführte Gewaltanwendung genügt, um Organisationsmitglieder, Opfer und Zeugen gefügig zu machen." (18) Selbst wenn OK-Gewalt nicht mehr feststellbar wäre, so läßt es die Argumentation vermuten, sei dies auf das Drohpotential von OK-Gruppierungen zurückzuführen. (19) Mit solchen esoterischen Argumentationsketten läßt sich ein Phantom immer wieder beweisen.

Rassistische Ermittlungen

OK, so wird gerne behauptet, sei ein importiertes Problem. Belegt wird diese Behauptung mit der in den Polizeistatistiken festgehaltenen Nationalitäten der Tatverdächtigen. Es ist eine der wenigen Zahlen aus den

Erhebungen, die in regelmäßigen Abständen der Öffentlichkeit präsentiert werden. Das damit vermittelte Bild paßt in die aktuelle Hetze gegen Nicht-Deutsche. Es paßt auch in den nationalen Zeitgeist, daß nicht nach der Anzahl von Tätern gefragt wird, alleine der Tatverdacht reicht aus, um eine Personengruppe rassistisch zu diskriminieren. Um die entsprechenden Zahlen ermitteln zu können wurden bundesweite OK-Auswertungsprojekte initiiert, sie galten z.B. der "Italienischen OK" und der "Osteuropäischen OK". Der hohe Anteil von Nicht-Deutschen an der OK ist folglich die Konsequenz von polizeilichen Selektionsprozessen und Schwerpunktbildungen. (20)

Daß diese Form der Auswertung zur Belegung rassistischer Diskriminierungen dient, liegt auf der Hand. Die mit der sog. "Ausländerkriminalität" betriebene Hetze ist nur ein Beispiel, ein anderes liefert Kanther, wenn er mit diesen Zahlen jongliert, um sein Bedrohungsszenario abzusichern (s.o.). Es stellt sich die Frage, was ein Delikt besonders gefährlich macht, wenn es von einem Bürger anderer Nationalität begangen wird. Zum anderen liegen bei bestimmten Delikten Nicht-Deutsche als Tatverdächtige nahe. Zum Beispiel im Drogenhandel, da der Anbau und die Produktion von verschiedenen Rauschmitteln nur in bestimmten Regionen möglich ist, kann die Nachfrage nach diesen verbotenen Drogen nur über den Import für den bundesdeutschen Markt befriedigt werden. (21)

Die europäische Ebene

Während auf der nationalstaatlichen Ebene zumindest eine begrenzte Debatte über die Repressionsmaßnahmen stattfindet, kann auf europäischer Ebene unter Ausschluß der Öffentlichkeit diskutiert und beschlossen werden. Jüngstes Resultat dieser Diskussionen ist der von einer "Hochrangigen Gruppe" vorgelegte "Entwurf eines Aktionsplanes zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität" (22). Auch wenn es weiterhin den einzelnen EU-Staaten überlassen bleibt, was sie unter OK verstehen - im Entwurf gibt es keine Definition von OK -, werden dort politische Leitlinien zur Bekämpfung des Phantoms entworfen. Unter anderem wird der Europäische Rat aufgefordert bis Ende 1997 "eine gemeinsame Maßnahme anzunehmen, die darauf abzielt, die Beteiligung einer im Hoheitsgebiet eines Mitgliedes anwesenden Person an einer kriminellen Organisation nach dem Recht jedes Mitgliedstaats als Straftatbestand zu begründen, unabhängig von der Operationsbasis der Organisation in der Union oder des Ortes, an dem die Straftaten begangen werden. Ein solcher Straftatbestand könnte in der Verhaltensweise bestehen, die in Artikel 3 Abs. 4 des vom Rat am 27. September 1996 angenommenen Auslieferungsübereinkommens beschrieben ist." (23)

Was darunter zu verstehen ist, bleibt unklar. Unter diese Kategorisierung fallen sowohl Straftaten, die eine Mindeststrafe von 12 Monaten in dem Staat, der die Auslieferung beantragt und eine Mindeststrafe von 6 Monaten im ausliefernden Staat nach sich ziehen und als Verschwörung oder gemeinsame Straftat "klassifiziert" sind, als auch Straftaten, die als Eigentumsdelikte, Drogenhandel und anderen Formen der OK, Gewalttaten eingeordnet werden. Diese Kriterien können "selbst auf Personen, die nicht aktuell an der Ausführung teilgenommen haben" angewandt werden, es reicht aus "von der Absicht und dem Ziel einer Straftat zu wissen". Die britische Bürgerrechtsorganisation STATEWATCH sieht zwei Interpretationen. Eine engere Definition, die auf "Terrorismus und OK, z.B. Drogenhandel" bezogen werden kann und eine weitere Definition, die die öffentliche Ordnung und den politischen Protest mit einschließt. (24) Sollte sich die letztere Interpretation durchsetzen ist die Tür zu einem europäischen Polizeistaat, wie es auch die KritikerInnen der EUROPOL-Konvention befürchten, weit geöffnet.

Fazit

Mit der Debatte um das Phantom OK wurde und werden sowohl auf nationalstaatlicher als auch auf europäischer Ebene zunehmend Repressionsmaßnahmen begründet. Daß die Ursachen für Drogenhandel, die sog. "Schlepperkriminalität" oder auch Frauenhandel nicht mit weiteren Repressionen zu bekämpfen sind, wird auch den Protagonisten dieser Politik klar sein. Nicht umsonst werden immer neue Bedrohungen herauf beschworen, anstatt große Erfolge im Kampf gegen die OK präsentieren zu können. Scheinbar geht es weniger um Erfolge in der Verbrechensbekämpfung als mehr um die Durchsetzung einer repressiven Gesellschaftsordnung.

Ein entscheidendes Merkmal in der Debatte ist der Versuch, OK als ein mit wirtschaftlicher und sozialer Randständigkeit verbundenes Phänomen darzustellen. (25) Daß internationale OK im großen Stil eng verknüpft ist mit den Effekten des Globalisierungsprozesses (26) und auch "legale Mittäter" (27) in Mitten der

Gesellschaft hat, wird geflissentlich nicht thematisiert. Das Spektrum der "legalen Mittäter" ist nicht beschränkt auf die Käufer von billigen Waren, ob Drogen, unversteuerte Zigaretten oder von Prostituierten, die in sklaven-ähnlichen Verhältnissen leben müssen. Die legalen Mittäter sitzen oft in sauberen Geschäftsräumen. Sie profitieren von der Beschäftigung von illegalisierten ArbeiterInnen oder auch von Gesetzeslücken, die Extra-Profite ermöglichen. Oder sie sehen sich gezwungen aufgrund des wachsenden Konkurrenzkampfes zunehmend nicht-legale Methoden -z.B. Bestechung, Steuerhinterziehung, etc. - in ihre Geschäftspraxis einfließen zu lassen. Dies fällt allerdings nicht in den üblichen Rahmen der OK - nicht einmal im Rahmen der EUROPOL-Konvention - , das Bedrohungsbild OK soll eine öffentliche Rechtfertigung für umfassende Überwachungstätigkeit liefern, die "sich zu allererst gegen schwache gesellschaftliche Gruppen richtet, die aus der 'legalen`, sichtbaren Gesellschaft immer mehr ausgegrenzt werden." (28)

ch.

Anmerkungen:

1) siehe ak 404

2) vgl. Pütter, N., Strunk, S. , 1995, S.58.

3) zitiert nach Pütter, 1997, S. 15.

4) vgl. Pütter, N., 1997, S. 15.

5) Kanther am 23. Mai 1997 auf dem internationalen Kongreß der Hanns-Seidel-Stiftung "Organisierte Kriminalität - weltweite Herausforderung für Recht, Freiheit und Demokratie" in München, soweit nicht anders angegeben stammen auch die folgenden Zitate aus dieser Rede.

6) vgl. Busch, H., 1992, S.381.

7) Gemeinsame Richtlinien der Justizminister, zitiert nach Busch, 1992, S. 382.

8) zitert nach Pütter, N., Strunk, S., 1995, S.56

9) Busch, H., 1992, S.382.

10) siehe ak 368.

11) Busch,H., 1992, S.384.

12) Busch,H., 1992, S.383.

13) Pütter,N., 1997, S. 17.

14) Pütter, N., 1997, S.19.

15) Pütter, N., 1997, S. 19.

16) nach Pütter, N., 1997, S.17f.

17) vgl. Pütter, N., 1997, S. 20.

18) BKA, Kurzfassung: Lagebild, zitiert nach Pütter, 1997, S.20.

19) vgl. Pütter,N., 1997, S.20.

20) vgl. Pütter, N., 1997, S.22.

21) vgl. u.a. Pütter, N., 1997. S.22.

22) Rat der Europäischen Union, Entwurf eines Aktionsplans zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität vom 21. April 1997.

23) ebenda, Kapitel III: Das rechtliche Instrumentarium: Umfang, Umsetzung und Anwendung, Abschnitt 17. Das angesprochene Auslieferungsübereinkommen liegt gegenwärtig in 15 EU-Parlamenten zur Ratifikation vor.

24) Statewatch , März/April 1997.

25) vgl. Busch, N., 1997, S. 36.

26) siehe Krasmann, S.; Lehne, W., 1997.

27) siehe Rügemer, W. ,1997.

28) Busch, N., 1997, S.36.

Literatur:

Busch, H., 1992 OK -Vom Nutzen eines unklaren Begriffes, in: Demokratie und Recht 4/92

Busch, N., 1997, Das neue Feindbild: Asylanten, Autodiebe und Drogendelikten, in: Tatort Europa

Gössner, R. (Hrsg.), 1995, Mythos Sicherheit, Baden-Baden

Initiative gegen das Schengener Abkommen (Hrsg.), 1997, Tatort Europa - Asyl und Innere Sicherheit in der EU, (zu beziehen über: Bündnis 90/Die Grünen - Versand, Heerstr. 172, 53111 Bonn)

Krasmann, S., Lehne, W., 1997 "Organisierte Kriminalität" im Windschatten der Globalisierung legaler und illegaler Märkte, in: Vorgänge, Heft 137, März 1997

Pütter, N., 1997 Organisierte Kriminalität in amtlichen Zahlen - Über die Aussagekraft der Lagebilder, in Bürgerrechte und Polizei/CILIP 1/97

Pütter, N.; Strunk, S., 1995 Passepartout für Polizei und Politik, in: Gössner, 1995

Rügemer, W., 1997, Die legalen Mittäter - Über Hintermänner, Finanziers und Profiteure der Organisierten Kriminalität, in: DP-Spezial, Supplement der Zeitschrift Deutsche Polizei Nr. 7/97

STATEWATCH, März/April 1997 (STATEWATCH, PO Box 1516, London N16 OEW, UK, TEL: 0044-181 - 802 1882)

Bundeslagebild Organisierte Kriminalität, +, +, +, +, +, +

, 1987-

19913, 19921, 19932, 1994, 1995, 1996

Verfahren, 369, 641, 776, 789, 787, 845

- davon Erstmeldungen, 369, 546, 477, 497, 472,

Internationale

Tatbegehung in %,

47,2,

63,

67,9,

66,1,

69,5,

>>75

Einzeldelikte, 104.938, 60.564, 42.246, 97.877, 52.181, 47.916

Tatverdächtige, 5.149, 8.352, 9.884, 9.256, 7.922, 8.384

Bewaffnung der

Tatverdächtigen in %,

4,91,

8,9,

9,2,

7,7,

6,3,

Ausländeranteil in %, 50,57, 51, 54,5, 58,7, 63,6, 62,2

Schaden (in Mio. DM), 3.451, 1.033, 1.872, 3.449, 673, 2.700

Geschätzte Gewinne

(in Mio. DM),

756,

674,

766,

1.231,

718,

1.250

1) Bundesländer und BKA; 2) ab 1993: 16 Bundesländer,, BKA und BGS; 3) 9 Bundesländer und BKA, +, +, +, +, +, +

Tabelle nach Pütter,, 1997,, S. 18, +, +, +, +, +, +

10. "So wurden aus den Frauen richtige Sklavinnen." Helene Kasimir, Slowakei

Autor: Ulla Jelpke/Gudrun Hentges · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:20

150jähriges Firmenjubiläum des "Global Player" Siemens

Worin besteht das Erfolgsgeheimnis der Firma Siemens? Schenkt man Bundeskanzler Kohl Glauben, so besteht dieses in der ständigen Bereitschaft, Neues zu wagen und Herausforderungen beherzt anzugehen. Der Mut zur Zukunft, die Kreativität und die Einsatzbereitschaft, die die Ahnherren von Siemens damals vorgelebt hätten, stünden beispielhaft für die Einstellung, mit der Deutschland auch den heutigen Strukturwandel meistern werde. Mit diesen Worten schmeichelte Bundeskanzler Kohl den 4.500 Gästen, die an der Festveranstaltung zum 150jährigen Bestehen der Siemens AG am 12. Oktober 1997 in Berlin teilgenommen haben.

In Kulturzentrum "Weiße Rose" fand am selben Tag auf Einladung des Trägerkreises "150 minus 12" eine Veranstaltung statt, zu der ehemalige Siemens-ZwangsarbeiterInnen eingeladen worden waren. Rosel Bibo, Ursula Maschkowski, Nadja Kalnickaja, Nora Itdsiskowskaja, Josefa Baksowá, Georgia Peet, Mareike von Elsberg-Kiewitt, Waltraud Blass, Helene Kasimir und Regine Chum berichteten von der Sklavenarbeit, die sie verrichten mußten.

Sie, die Überlebenden von KZ und Zwangsarbeit, gewährten dem Publikum einen Einblick in ihre Biographien. Bei allen Unterschieden gibt es eine gemeinsame Erfahrung, die alle teilen: die Erfahrung, für Siemens Sklavenarbeit geleistet zu haben. Sie sprachen über ihre Verhaftung durch die Gestapo, über die von Siemens vorgenommenen Eignungsprüfungen ("psycho-technischer Test"), die katastrophalen hygienischen Bedingungen, grassierende Seuchen, die mangelhafte Ernährung ("Steckrüben, Brot und Falschkaffee"), über Sabotage, die brutale Behandlung durch die SS, die ständige Drohung mit der Deportation nach Auschwitz und schließlich von den Todesmärschen. Deutlich wurde aus den Berichten, daß die AufseherInnen gezielt mit der Deportation nach Auschwitz gedroht hatten, um die Zwangsarbeiterinnen zu weiteren Leistungssteigerungen anzustacheln.

Nach wie vor behauptet der Firmensprecher von Siemens, der Konzern sei vom NS-Staat zum Einsatz von ZwangsarbeiterInnen gezwungen worden. Die Nazis hätten auch "unsere Unternehmen und seine Mitarbeiter (...) gezwungen (...), in diesem unmenschlichen System zu arbeiten", so die verlogene und zynische Geschichtsbetrachtung des Siemens-Konzerns. Folgerichtig dürfe man nicht die Firmen zu Entschädigungsleistungen auffordern, sondern die Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des Dritten Reiches sei für die Entschädigung haftbar zu machen.

Die firmenoffizielle Behauptung, der Konzern sei zur Beschäftigung von ZwangsarbeiterInnen gezwungen worden, ist eine glatte Lüge. Siemens hat - wie andere Konzerne auch - jede einzelne Arbeitskraft beim Reichssicherheitshauptamt IV anfordern müssen. Entschädigt wurden von Siemens von rund 6.500 AntragstellerInnen lediglich 2.203 jüdische ZwangsarbeiterInnen. Auf Druck der Jewish Claims Conference erhielten diese zu Beginn der 60er Jahre insgesamt 7,2 Millionen DM. Vertraglich war festgeschrieben worden, daß diese Zahlung zur Linderung der Leiden erfolgt, die die Gefangenen "als Resultat der nationalsozialistischen Verhaftung" erdulden mußten. Damit hatte Siemens jede rechtliche oder moralische Verpflichtung weit von sich gewiesen. Nicht-JüdInnen hingegen erhielten keinen Pfennig Entschädigung.

Neben den ehemaligen Siemens-ZwangsarbeiterInnen kamen auf der Veranstaltung im Kulturzentrum "Weiße Rose" auch andere Überlebende zu Wort: Dr. Marian Turski, Jan Jecha, Hans Frankenthal und Alfred Hausser. Auch sie hatten Sklavenarbeit für deutsche Konzerne geleistet, u.a. für IG Farben, Bosch und MAN.

Entschließungen der nationalen Parlamente oder des Europaparlaments können die Konzerne nicht beeindrucken. Das Europäische Parlament hatte in seiner Entschließung vom 16. Januar 1986 festgestellt, daß Firmen, die SklavenarbeiterInnen beschäftigt haben, moralisch und rechtlich dazu verpflichtet seien, Entschädigungsleistungen aufzubringen. Zwölf Jahre später, am 24. Februar 1994, forderte der Bundestag die Bundesregierung dazu auf, "alle Unternehmen anzuschreiben, bei denen oder bei deren Rechtsvorgängern

Zwangsarbeiter aus den heutigen Staaten der GUS, der Republik Polen, der Tschechischen Republik oder der Slowakischen Republik, der Republik Ungarn oder der baltischen Staaten beschäftigt worden sind." Ferner soll die Bundesregierung, so die Empfehlung des Bundestags, die Unternehmen auffordern, "nach Möglichkeiten zu suchen, eine der gegründeten Stiftungen finanziell zu unterstützen."

Wie ernst die Bundesregierung diese Empfehlung nimmt, hat sie jüngst unter Beweis gestellt. Sie unterstützte die Firmen BASF, Hoechst, Bayer, Krupp und Daimler-Benz bei der Abwehr von Entschädigungsforderungen. David Fishel, ein heute in den USA lebender ehemaliger Zwangsarbeiter, hatte vor dem US-Bundesgericht in Iowa diese Konzerne auf Entschädigung wegen unentgeltlicher Zwangsarbeit und Schäden durch KZ-Haft im Dritten Reich verklagt.

"Der Gesetzgeber hat Entschädigungen für NS-Unrecht an bestimmte Tatbestände und Schädigungsfolgen geknüpft", so die lapidare Stellungnahme der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage von Ulla Jelpke aus der PDS-Bundestagsgruppe (Drs. 13/8381). "Eine Entschädigung für Zwangsarbeit als solche sehen die bestehenden Regelungen nicht vor, wohl aber für Haftzeiten oder Gesundheitsschäden".

Bundeskanzler Kohl hat anläßlich der Festveranstaltung zum 150jährigen Bestehen der Siemens AG das System der Zwangsarbeit, das für die Siemens AG äußerst gewinnträchtig war, mit keinem Wort erwähnt. "Die Visionäre sind die eigentlichen Realisten des Weltgeschehens", so Kohls Laudatio auf Siemens.

Kein Wunder, daß sich die "Visionäre" aus dem Hause Siemens in ihrer Haltung zur Entschädigungsfrage bestärkt fühlen: Firmenchef Heinrich von Pierer hat am Rande der Jubiläumsfeier nochmals in aller Deutlichkeit bekräftigt: Die Frage nach der Beteiligung an einem Entschädigungsfonds für ZwangsarbeiterInnen "stellt sich nicht".

Am "Tag danach" ist in der Berliner Morgenpost zu lesen: "Im Zweiten Weltkrieg wurde die Firma der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft untergeordnet. Durch den Einsatz von Zwangsarbeitern fiel auch auf Siemens in dieser Zeit ein dunkler Schatten."

No comment.

Ulla Jelpke/Gudrun Hentges

"So wurden aus den Frauen richtige Sklavinnen"

Helene Kasimir (Slowakei)

"Aufgewachsen bin ich in einer gläubigen, jüdischen Familie. Ich habe mich gegen die Deportation gewehrt, indem ich mir falsche Papiere besorgt und in der Südslowakei, in Bratislava, gelebt habe. Ich habe dort unter einem ‚arischen` Namen gelebt, und durch einen Zufall hat die Gestapo mich im November 1944 verhaftet und nach Ravensbrück gebracht. Fünf Tage dauerte die Fahrt in einem Viehwaggon. Einige Tage mußte ich schreckliche Arbeit als Verfügbare leisten, das bedeutet, daß man nach dem Appell auf dem Appellplatz stand und wartete, bis ein Aufseher oder eine Aufseherin kam und einen zur Schwerstarbeit hinausgeführt hat. Dann kamen Bedienstete einer Fabrik und haben von denen, die neu gekommen waren, die jüngeren, arbeitsfähigen Frauen ausgewählt und haben sie durch ein Tor hinaus- und in eine Werkshalle hineingeführt. Unterwegs haben sie erzählt, daß es sich um Arbeit in einer Fabrik namens Siemens handelt. Den Namen habe ich zum ersten Mal gehört.

Wir sollten einen psycho-technischen Test ablegen. Weil wir tauglich befunden wurden, haben wir in der Fabrik gearbeitet. Ich kann mich schon nicht mehr erinnern, welche Werkshalle das war, es waren insgesamt 20 in einer Reihe. Ich sollte kleine Rechtecke mit Kupferdraht umwickeln und das Ende des Drahtes mit einem kleinen Lötkolben verschweißen. Diese Arbeit war für mich nicht so fremd, denn mein Vater war Spenglermeister (Klempner), und als Schülerin habe ich ihm oft in der Werkstatt geholfen, allerdings mit einem großen Lötkolben. Diese bei Siemens waren ganz kleine englische Lötkolben. Dann haben wir die Werkstücke mit Spiritus gereinigt und in eine Kiste gelegt.

Es gab ein bestimmtes Pensum, das wir erreichen mußten. Es ging von 12 Uhr tags bis 12 Uhr nachts. Eine Woche Tagschicht, eine Woche Nachtschicht. Um 12 Uhr war Mittagspause, da gingen wir ins Lager zurück, wo in einer Tonne eine dünne, dünne Suppe auf uns gewartet hat. Dann haben wir eine Kelle Suppe in eine

Schüssel bekommen, schnell, schnell ausgelöffelt und dann wieder zurück in die Werkstatt und haben dann bis 6 oder 7 Uhr gearbeitet.

Sehr schlimm war die Nachtschicht. Die Nacht wollte nicht enden. Gegen Mitternacht waren wir so erschöpft, wir haben ja schrecklich gehungert nach dieser Suppe und nach vielleicht einem Viertel von einem Kastenbrot, ein Schwarzbrot, für den ganzen Tag. So gegen Mitternacht sind dann die Köpfe auf unsere Brust gefallen, da konnten wir uns kaum beherrschen, um wach zu bleiben. Da kamen dann nicht nur die Vorarbeiter und Vorarbeiterinnen von Siemens, die uns eingewiesen haben, sondern auch die Aufseherinnen von der SS, die uns ständig überwacht hat, und wenn eine mal aufgehört hat zu arbeiten, dann wurde sie mit dem Schlagstock auf den Kopf geschlagen, dann brüllten sie: Aufwachen, du mußt Dein Pensum vollbringen.

Es war nicht leicht. Rechts von mir saßen zwei junge Mädchen aus Rumänien und links eine Belgierin, eine Frau, die ständig weinte, weil sie nicht wußte, was mit ihren Eltern passiert ist. Irgend jemand hat sie vom Wochenmarkt abgeholt, und seitdem hat sie auch nichts mehr von ihren Kindern gehört. Sie hat immer gesagt, daß sie nach Hause will und daß sie nicht weiß, warum sie hier arbeiten soll. Also ich habe noch etwas Reserve gehabt in meiner Schicht, da habe ich ihr etwas Vorrat gelassen, ihr etwas zugeschoben.

Ich war mir darüber bewußt, daß ich damit die Kriegsmaschinerie unterstütze, wenn ich mehr arbeite, als ich eigentlich muß. Wir hofften schon, daß der Krieg bald zu Ende ist. Es waren schon Kanonaden zu hören, und wir hofften, daß die Rote Armee so nah ist, daß sie jeden Tag bei uns eintrifft. Dann sind wir vielleicht frei, wenn wir das überleben. Aber die Arbeit mußte verrichtet werden, auch wenn der Krieg schon längst entschieden war. Und die verrückten Nazis, die haben uns noch angetrieben: mehr arbeiten, mehr arbeiten, dabei kamen schon keine Lastwagen mehr, um die fertigen Produkte abzuholen, das ist alles nur in die Lagerbestände gewandert.

Dann kam der nächtliche Fliegeralarm, da hat man uns in die Werkshalle eingesperrt. Die Siemens-Mitarbeiter haben sich in die Bunker gerettet, uns haben sie eingesperrt, das Licht ausgeknipst. Wir saßen da, für uns war das eine Riesenfreude, denn wir konnten uns unterhalten in der Dunkelheit und konnten abwarten, was geschehen wird, ob wir schon bombardiert werden und ob wir sterben. Das war uns gar nicht so wichtig, Hauptsache unsere Feinde haben Angst gekriegt. Und so ging das Tag für Tag.

Im Februar 1945 waren so schöne Tage, die Sonne schien, wir hatten Sonntagnachmittag frei. Sonntagvormittag mußten wir noch verschiedene Arbeiten im Lager verrichten, z.B. Reisig holen von den Flußufern. Oder wir haben von den kleinen Schiffen am See Kohle abladen müssen und uns - statt Pferden - vor einen kleinen Wagen spannen lassen und damit Kohle zum Heizen und zum Kochen hereingebracht. Aber Sonntag nachmittag hatten wir frei. Da haben wir unsere Sachen gewaschen. Die eine hat den einen Ärmel gehalten und die andere den anderen, und so sind wir herumspaziert, bis das Kleid trocken wurde. So konnten wir ein bißchen unsere Sachen waschen, denn wir hatten zum Wechseln weder Wäsche noch Kleider, noch Socken oder Strümpfe, und die hygienischen Verhältnisse waren katastrophal.

Von Baden war für uns Frauen keine Rede. Es gab eine Baracke, die als Waschraum eingerichtet war, da gab es nur kaltes Wasser. Sonntags hatten wir mehr Kaffee erhalten zum Frühstück als sonst, da haben wir mit dem kalten Kaffee - das war auch nur braunes Wasser, das war kein Kaffee - die Haare gewaschen, damit wir keine Läuse kriegen. Wer ein bißchen clever war, ist schon um vier Uhr aufgestanden und ist in den Waschraum gegangen, damit man sich dort ungestört waschen kann. Aber das war uns auch nicht oft vergönnt. Das Hobby des Lagerkommandanten war es, bei den Frauen zu erscheinen - entweder in der Latrine oder im Waschraum - und die nackten Frauen mit der Peitsche ein wenig zu traktieren. Die Frauen sind dann kreischend aus dem Raum gerannt.

Aber es ist uns gelungen, uns mit dem kalten Wasser abzuwaschen. Das hat uns ein wenig das Gefühl der Sauberkeit geschenkt. In dem Werkraum konnte nur eine austreten. Es war keine Toilette da, sondern nur eine viereckige eiserne Tonne. Da mußte man irgendwie hinaufklettern und sein Gesäß herunterhängen lassen, um so das Wichtigste zu erledigen. Das konnten nur die jungen Frauen, die noch klettern konnten. Es war kein Schemel da, um damit hinaufzuklettern. Am Schichtende hat die Aufseherin ein paar Frauen ausgewählt, die diese Tonne hinaustragen, säubern und wieder für die nächste Schicht vorbereiten mußten. Und so ging das Tag für Tag, Nacht für Nacht.

Und so wurden aus den Frauen richtige Sklaven, unterernährte, schwache Geschöpfe gemacht, die nichts zum Lesen hatten, die nichts zum Waschen hatten, nur arbeiten mußten, um ihr Soll zu erfüllen, um die Fabrikanten reicher zu machen, und das war wahrscheinlich so in allen großen und kleinen Betrieben. Das war der Grundstock für den Wohlstand für die neugegründete Bundesrepublik Deutschland."

"... da bin ich wieder

weggelaufen"

Nadja Kalnickaja (Ukraine)

"Ich freue mich, daß ich heute hier zu Euch sprechen kann. 1941, als ich 17 Jahre alt und Schülerin war, bin ich mit meiner Schule und allen anderen Schulen der Stadt etwa 200 bis 400 km entfernt in die Nähe der Front gebracht worden. Wir mußten Panzersperren bauen. Da gab es einen deutschen Fliegerangriff, und viele Schüler und Lehrer sind dabei getötet worden. Ich habe den Krieg kennengelernt. Das sehe ich noch heute vor mir, und natürlich wollte ich nicht für den Krieg arbeiten. Wofür sind meine Schulfreunde gefallen, sie haben nicht geschossen.

Die Rote Armee zog sich zurück, wir sind in einem Dorf geblieben. Die deutsche Armee hat uns gefangen genommen, wir mußten für sie arbeiten. Da bin ich weggelaufen. Aber als ich zu Hause war, war die Stadt schon okkupiert. Die Deutschen haben uns eingesperrt und mit dem Zug geschickt nach Köln. Da kam ein Mann, der hat uns ausgesucht für die Fabrik Fritz Schleicher zur Zwangsarbeit nach Remscheid. Da bin ich wieder weggelaufen, sogar bis nach Polen. Dort wurde ich eingefangen. Im Herbst 1942 hat mich die Gestapo nach Auschwitz gebracht. Aber dort war ich nur sehr kurze Zeit. Wurde dann gebracht nach Hamm und von dort nach Berlin/Alexanderplatz und weiter nach Ravensbrück. Am 11. November 1942 kam ich nach Ravensbrück, 1945 nach Neubrandenburg und dann auf den Todesmarsch geschickt. Dann hat uns die Rote Armee befreit. In Ravensbrück war ich über zwei Jahre.

Ich möchte etwas sagen über die Solidarität und Freundschaft im KZ. Besonders über die deutschen Frauen. Sie waren viel älter als ich, wie Mütter. Ich hatte dort alle Hoffnung verloren, wollte sterben, bin ich zum Zaun mit Strom. Aber eine deutsche Frau hat mein Schicksal bestimmt. Kläre Rupp aus Stuttgart hat mich weggezogen. Deshalb bin ich am Leben geblieben. Nach dem Krieg habe ich sehr lange die Kläre gesucht, aber sie war schon tot. Wie teuer war solch eine Freundschaft für uns, die wir im KZ nur russische Bande genannt wurden. Das war ein schlechtes Wort, aber wir waren stolz darauf, die russische Bande zu sein. Wir haben viel Sabotage gemacht und vor allem viele Spulen von Siemens kaputt gemacht. (Lauter Beifall)

Trotzdem haben wir Siemens durch unsere Arbeit großen Gewinn gebracht. Ohne einen Pfennig Geld haben wir gearbeitet, nur für Steckrübensuppe, etwas Brot und falschen Kaffee. Dieser Betrieb Siemens, der heute noch in der ganzen Welt seine Betriebe und Geschäfte hat und heute noch so reich ist von unserem Blut und unseren Qualen. Und unsere Kameraden in der Ukraine, die so gelitten haben, sind heute so arm und leben in großer Not. Sie haben nichts anderes als Brot und Wasser. Wir sind krank aus dem KZ gekommen, viele konnten nicht arbeiten, viele konnten keine Kinder bekommen und sind heute arm und einsam. Siemens soll endlich für unsere Arbeit bezahlen. (Lauter Beifall)

Wir brauchen kein Denkmal, wir brauchen Brot und Suppe.

Ich bin froh, daß ich heute hier sagen kann: Ich möchte nicht, daß die jungen Menschen heute jemals Krieg und KZ erleben müssen. Wir vom Internationalen Ravensbrück-Komitee wollen zu einem internationalen Jugendtreffen einladen. Wir haben dazu vom Europaparlament Geld beantragt und bitten dafür um Eure Unterstützung. Die Stadt Ravensbrück, wo dieses Treffen stattfinden soll, hat dafür kein Geld. Wir brauchen solche Jugendtreffen, damit sich Krieg und Faschismus nie wiederholt. Vielen Dank von den KZ-Kameraden aus der Ukraine."

Aktionswochenende gegen Siemens

Am 12. Oktober feierte der Siemens-Konzern im Beisein des Bundeskanzlers und der Spitzen der Wirtschaft im Berliner ICC sein 150jähriges Jubiläum. Grund zum Feiern gab es für sie genug. Erstmals hat der Konzern einen Umsatz von über 100 Milliarden DM erzielt. Das mit Siemens-Fahnen geschmückte Gelände war von der Polizei weiträumig abgesperrt worden, um denkbare Störungen von vorneherein zu unterbinden. Widerspruch

gegen die von jeglicher selbstkritischen Reflexion freien Jubiläumsfeier erhob sich jedoch nicht am ICC, sondern auf verschiedenen in Berlin stattfindenden Veranstaltungen.

Eine Demonstration von ca. 1.000 Siemens-KritikerInnen am 11.10. wurde von einem großen Polizeiaufgebot teilweise im Spalier begleitet. Die Hauptforderung der DemonstrantInnen galt der Entschädigung der über 60.000 ZwangsarbeiterInnen, die z.B. im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück für den Konzern schuften mußten. Am Abend des gleichen Tages beschäftigte sich der Journalist und Buchautor Peter Kratz mit der am 30.10.1958 in München gegründeten Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung. Sie habe sich unter ihrem langjährigen Geschäftsführer Armin Mohler zu einer Denkschule der Neuen Rechten entwickelt. Armin Mohler desertierte 1942 aus der Schweizer Armee, um sich als Freiwilliger in Berlin der SS anzuschließen. Nach 1945 war er Privatsekretär von Ernst Jünger und Autor des Standardwerkes "Die Konservative Revolution". Unter Pseudonym schrieb Mohler sowohl für den Bayernkurier als auch für die neonazistische Deutsche Nationalzeitung.

Auch nach Mohlers altersbedingtem Ausscheiden hat sich nichts Grundlegendes an der Stiftungspolitik geändert. Schließlich ist sein Nachfolger Heinrich Meier nach Informationen des Handbuchs für Rechtsextremismus Anfang der 70er Jahre Schriftleiter der NPD-nahen Schülerzeitung Im Brennpunkt und später Kuratoriumsmitglied der Franz-Schönhuber-Stiftung gewesen.

Die verleugnete Verantwortung des Konzerns für die Zwangsarbeit im Faschismus war auch das Thema einer gutbesuchten und von den Medien beachteten Protestveranstaltung, die am Sonntag im Schöneberger Kulturzentrum Weiße Rose stattfand. Zahlreiche ehemalige ZwangsarbeiterInnen aus verschiedenen Ländern berichteten über ihre Sklavenarbeit und das Leben im KZ. Noch heute fälscht Siemens seine Geschichte, erklärte auf derselben Veranstaltung die Historikerin Dr. Ursula Krause-Schmitt (Studienkreis Deutscher Widerstand) und hielt eine von Siemens verbreitete Hochglanzbroschüre hoch. Unter den darin aufgeführten Betriebsstandorten des Jahres 1943 fehlt z.B. das Siemens-Werk in Ravensbrück.

Auf die besondere Situation der Roma machte Fatima Hartmann von dem Kölner Verein Rom e.V. aufmerksam. Viele von ihnen wurden im Faschismus zur Zwangsarbeit eingesetzt, ohne bis heute auch nur einen Pfennig Entschädigung gesehen zu haben. Fatima Hartmann machte die Kontinuität der Verfolgung an den in der Stolberger Straße in Aachen wohnenden Roma deutlich. Eine vor dem Zweiten Weltkrieg dort lebende Romafamilie wurde in Auschwitz ermordet. Heute wohnen in der Straße Romafamilien aus dem ehemaligen Jugoslawien, die von Neonazis und von Abschiebung bedroht sind.

Im folgenden dokumentieren wir die Redebeiträge von Helene Kasimir (ge-boren in der Slowakei, lebt heute in der BRD) und Nadja Kalnickaja (Ukraine).

Peter Nowak

Richtigstellung

Es waren keine Leute vom "Aktionsbündnis unabhängiger Siemens-GegnerInnen", sondern Frauen - und Männer, die wollen wir keinesfalls unterdrücken! - vom Aktionsbündnis "150 Jahre Siemens. Entschädigung jetzt!", die auf der Hauptversammlung der Siemens AG im Februar 1997 Transparente ins Berliner ICC geschmuggelt und die Aktionäre an die 60.000 ZwangsarbeiterInnen erinnert haben, die der Konzern in der NS-Zeit ausgebeutet hat. Wir bedauern diesen Irrtum.

Wenn in dem Artikel "Siemens feiert - und will von Kritik nichts wissen" (ak 406) von einer "jüdisch-amerikanischen Lobby" die Rede ist, die den Konzern dazu bewegt habe, sieben Millionen Mark an überlebende jüdische KZ-InsassInnen zu zahlen, so ist das eine unglückliche Formulierung. Die komplizierte Frage, wie und mit welchen Druckmitteln einzelne Gruppen es verstehen, für ihre Klientel - und für keine andere - Entschädigungsansprüche durchzusetzen (vgl. den Artikel von Ulla Jelpke und Gudrun Hentges in dieser ak), bedarf einer genaueren Untersuchung und ist mit einem ideologisierten Begriff wie "jüdisch-amerikanische Lobby" nicht zu fassen.

Nach 1945 versuchte das Haus Siemens mit verschiedenen Taktiken, die Ausbeutung unfreier Arbeitskräfte in der NS-Zeit zu erklären und Entschädigungsansprüche abzuwehren. Dazu schreibt Karl-Heinz Roth: "Die Siemens-Verwaltung bemühte sich nach 1945 verständlicherweise vorrangig um Schadensbegrenzung. (...) Ende der fünfziger Jahre wandelte sich der Charakter der Schadensbegrenzung, als die Jewish Claims

Conference an Siemens herantrat. Die Konzernleitung mußte sich der Macht der Fakten beugen, und sie tat es in einer finanziell kompensatorischen Weise, die eine öffentliche Weiterung der Debatte zumindest verzögerte. Der Siemens-Konzern zahlte schließlich sieben Millionen DM, um die Entschädigungsansprüche von etwa 1.670 überlebenden jüdischen KZ-Häftlingen abzugelten. Die Hintergründe der Verhandlungen wurden erst 1979 von Benjamin Ferencz, dem Berater der Claims Conference, publik gemacht.

Diese zeitliche Verzögerung erlaubte es Siemens noch in den 1970er Jahren, sich an der innenpolitischen Front gegen solche antikapitalistischen Kritiker erfolgreich zur Wehr zu setzen, die im Rahmen ihrer Verdikte auch auf die frühere Zwangsarbeiterpolitik zu sprechen kamen." (Karl-Heinz Roth, Zwangsarbeit im Siemens-Konzern (1938-1945), in: Hermann Kaienburg (Hrsg.), Konzentrationslager und deutsche Wirtschaft 1939-1945, Opladen 1996, S. 163)

Angela Martin

11. Außenpolitischer Ratschlag - Grüne beraten mit sich selbst

Autor: Vo · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:14

Eigentlich ist das ein sehr schöner und auch zutiefst demokratischer Gedanke: Eine politische Partei, die aus den neuen sozialen Bewegungen hervorgegangen ist und von sich immer noch behauptet, sich dieser ihrer "Basis" verpflichtet zu sehen, legt die Entwürfe für ihr Programm zu den nächsten Bundestagswahlen frühzeitig auf "Programm-Ratschlägen" zur Diskussion vor. Auf daß man sich beraten lasse von ExpertInnen, von denen man meint, daß von ihnen gelernt werden könne; und auf daß man Ratschlag halte mit AktivistInnen, die aufgrund ihrer ("Basis-")Arbeit wertvolle politische Erfahrungen gemacht haben, die gleichermaßen für die Programmentwicklung genutzt werden können. So ist die Serie von vier solchen "Programm-Ratschlägen" der Grünen zu politischen Schlüsselfragen (Außen- und Innenpolitik, Wirtschafts- und Ökologiepolitik, Frauenpolitik) grundsätzlich zunächst einmal ein begrüßenswertes Unterfangen. Schaut man sich allerdings die praktische Umsetzung der Idee näher an, so kommen einem doch gewisse Zweifel.

In Hinsicht auf den am 11. und 12. Oktober in Bonn durchgeführten Grünen Ratschlag zur Außenpolitik regten sich Zweifel beim Verfasser dieser Zeilen schon beim Blick auf das Programm. Waren doch als ReferentInnen ausschließlich Grüne Abgeordnete aus Bundestag und Europaparlament sowie andere Funktionsträger der Grünen Partei angekündigt. Die Namen von ExpertInnen zum Beispiel aus der Friedensforschung oder von AktivistInnen aus Friedensorganisationen suchte man im Programm dagegen vergeblich. Ähnlich vergeblich fiel die Suche aus, als der Blick am Veranstaltungsort, der Beethovenhalle, durch die dünn besetzten Reihen des Saales schweifte. Unter den knapp 120 TeilnehmerInnen des Ratschlags fanden sich nur einzelne VertreterInnen von Friedens- oder Dritte-Welt-Gruppen und wenige versprengte Grüne aus umliegenden Kreisverbänden. Die große Masse der TeilnehmerInnen wurde gestellt von Grünen Abgeordneten und MitarbeiterInnen aus den Bundestags- und EP-Fraktionen und der Bundesgeschäftsstelle sowie Mitgliedern der Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden, Europa und Internationales. Hinzu kam - für die Außenwirkung ja nicht unwichtig - eine recht stattliche Riege von JournalistInnen. Und so war denn sicher auch der wichtigste Effekt der Veranstaltung, daß in den folgenden Tagen in den überregionalen Gazetten zu lesen war, was die "führenden Köpfe" der Grünen so alles über das Thema denken und sagen. Von "Ratschlag" auf der Veranstaltung selber kann dagegen nur sehr eingeschränkt die Rede sein. "Schmoren im eigenen Saft" kennzeichnet eher, was dort abgelaufen ist. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem vorgelegten Programmentwurf war schon deshalb kaum möglich, weil dieser erst tags zuvor der interessierten Öffentlichkeit zur Kenntnis gegeben worden war. So kann im folgenden auch nicht von einem lebhaften Austausch zwischen den ProtagonistInnen verschiedener Positionen und Meinungen, der gemeinhin mit dem Begriff "Ratschlag" verbunden ist, die Rede sein, sondern lediglich davon, was die Fensterreden der Grünen Führungsfiguren an "messages" für die veröffentlichte Meinung rüberbrachten.

Gegen deutsche Machtpolitik

Der Bundesvorstandssprecher der Grünen, Jürgen Trittin, rückte zunächst einmal die Bedeutung des Themas für den kommenden Wahlkampf zurecht, indem er feststellte, daß in der Bundesrepublik (mit der Ausnahme 1972) noch keine Wahl an einem außenpolitischen Thema entschieden worden sei - und das werde auch 1998 nicht der Fall sein. Die BürgerInnen würden von anderen Fragen sehr viel stärker und unmittelbarer berührt. Und so bestehe die Gefahr, daß sie eine herrschende Politik, die eine spezifische Form der Durchsetzung der "deutschen Interessen" in der Welt auf ihre Fahnen geschrieben habe, gewähren lassen würden. Deren Kennzeichen sei eine neue Linie nicht nationaler, sondern europäisierter Großmachtpolitik. Auffassungen, die gegenwärtige Bundesregierung wolle eine nationalistische Großmachtpolitik betreiben, bezeichnete Trittin als "naiv". Denn die "nachfaschistische deutsche Rechte" habe aus den Niederlagen in zwei Weltkriegen durchaus gelernt. Daher betreibe man nunmehr Großmachtpolitik arbeitsteilig, in europäisiertem Gewande. Und in diesen Kontext sei auch die Umrüstung der Bundeswehr in Richtung Interventionsfähigkeit einzuordnen; man bereite sich darauf vor, deutsche Interessen - im Zusammenwirken mit den "Partnern" aus NATO und/oder EU - auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen, wenn es denn nötig erscheine. Trittins Schlußfolgerung: "Ich plädiere dafür, die Gefahr eines neuen deutschen Interventionismus nicht zu dramatisieren, ihn aber auch nicht

kleinzureden". An mehreren Beispielen zeigte er die Heuchelei gegenwärtiger deutscher Menschenrechtspolitik auf dem internationalen Parkett auf und konstatierte, daß herrschende Politik sich im Konflikt zwischen materiellen Interessen und Menschenrechten allemal für die Interessen entscheide. Folglich forderte er einen "Wechsel in der Menschenrechtspolitik". Deren Leitlinie sah er formuliert in einem Diktum des Grünen Abgeordneten Ludger Volmer: "Deutschland darf keine internationale Politik im nationalen Interesse betreiben, wir brauchen eine nationale Politik im internationalen Interesse" - wobei Trittin ergänzte, daß genau das "sehr wohl im nationalen Interesse" sei.

Die internationale Einbindung deutscher Außenpolitik ist nach Trittin unabdingbar zur Verhinderung neuer deutscher Großmachtpolitik. Er votierte daher für eine Stärkung von OSZE und UNO (statt Ausbau und Ausweitung von Militärblöcken) und eine Vertiefung und Erweiterung der EU. In diesem Kontext plädierte er auch "nachdrücklich dafür, daß sich Bündnis 90/Die Grünen für einen fristgemäßen Beginn einer breiten Währungsunion einsetzen". Als andere Seite der Politik der internationalen Einbindung entfaltete er Grundsätze und Maßnahmen einer Politik der Selbstbeschränkung und Abrüstung, wobei er die Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht in diesen Zusammenhang stellte. Er interpretierte die Abschaffung der Wehrpflicht entsprechend als "Folge einer Politik der Abrüstung, des nachdrücklichen Verzichts auf eine Politik des militärischen Interventionismus, eines Verzichts auf Krisenreaktionskräfte".

Seid realistisch - weiter wie Kohl und Kinkel

Auf dieser von Trittin vorgezeichneten Linie bewegten sich auch die anderen Beiträge der zur Parteilinken zu zählenden ReferentInnen des Samstags. Sei es, daß Frithjof Schmidt, Mitglied des Bundesvorstands und dort zuständig für den Bereich Außenpolitik, in seiner Vorstellung des Programm-Entwurfs die Einbindung in die EU als "grundlegenden Konsens" bei den Grünen herausstellte und die Forderung nach Stärkung der OSZE daraus ableitete, daß diese einen "Brückenschlag in zwei Richtungen" zu leisten vermöge: transatlantisch (Verklammerung USA - Europa) und in Richtung GUS. Sei es, daß Martina Fischer, eine der SprecherInnen der BAG Frieden und internationale Politik, für den Auf- und Ausbau von Strukturen und Instrumenten Ziviler Konfliktbearbeitung als komplementäre Seite einer Entmilitarisierungs- und Abrüstungspolitik votierte und forderte, die Floskeln von dem "größeren Gewicht" und der "gewachsenen Verantwortung" Deutschlands in der internationalen Politik müßten gefüllt werden, indem man zivile Alternativen statt Militärinterventionismus verfolge. Sei es, daß die Grüne Abgeordnete Angelika Beer eine "Agenda für Abrüstung" forderte und ihr Kollege Winni Nachtwei skizzierte, wie eine "BiA" (Bundeswehr in Abrüstung) schließlich bis zur BoA (Bundesrepublik ohne Armee) heruntergefahren werden könne.

In diese schöne Welt heiler GrüneR friedenspolitischer Identität brach dann das Realitätsprinzip in Gestalt des Grünen Europaabgeordneten Daniel Cohn-Bendit und des Fraktionssprechers der Grünen Bundestagsfraktion (Josef Fischer) am Sonntag Vormittag doch recht schmerzhaft ein. Fischer und Cohn-Bendit strengten sich ziemlich an, die friedens- und außenpolitische Suppe zu versalzen. Ihnen war der vorliegende Entwurf des Bundesvorstands für den außenpolitischen Teil des Bundestagswahlprogramms viel zu links und radikal und realitätsuntüchtig - kurz: "dürftig" (Fischer) (1). Ganz staatsmännisch verwiesen sie darauf, daß auch eine rot-grüne Regierung verläßlich und berechenbar für das Ausland und die Partner Deutschlands sein müsse und daß daher gerade in der Außenpolitik auf "Kontinuität" der Regierungspolitik besonderes Gewicht gelegt werden müsse. Nur so könne allfälligem Mißtrauen und Ängsten im Ausland, die mit einer rot-grünen Regierungsübernahme zwangsläufig verbunden sein würden, begegnet werden. Deswegen sei auch ein Bekenntnis der Grünen zur NATO und zu einem militärischen Beitrag Deutschlands zur Sicherung des Friedens in der Welt unumgänglich. Besonders schwer wird ihnen persönlich dieses Bekenntnis nicht fallen, räumte Fischer doch ein, daß er in der Bosnien-Frage vom "Nicht-Interventionisten zum Interventionisten" geworden sei, und Cohn-Bendit erklärte, daß er angesichts des Bosnien-Krieges "die Realität der NATO akzeptiert" habe. Beide votierten folglich auch für einen Verbleib der NATO-Truppen unter deutscher Beteiligung in Bosnien: "Wir brauchen militärische Präsenz in Bosnien, weil das weiterhin ein Pulverfaß ist" (Cohn-Bendit). "Wir können in Bosnien auf ein militärisches Mandat auf absehbare Zeit nicht verzichten. Es gibt heute keine praktisch realisierbare Alternative".

So sehr sich Claudia Roth (MdEP) und Ludger Volmer (MdB), die sonntagvormittäglichen Kontrahenten von Fischer und Cohn-Bendit auf dem Podium, darum bemühten, genau solche Alternativen deutlich zu machen (mit Verweisen auf die UNO und die OSZE, auf peace-keeping durch anders strukturierte und anders eingebundene Kräfte als die gegenwärtigen NATO-Truppen, auf zivile Konfliktbearbeitung usw. usf.) - vor den

den bitteren Realitäten gnadenlos und tapfer ins Auge schauenden Herren Fischer und Cohn-Bendit konnten sie nicht bestehen. Wie eine in Anerkennung der Realitäten betriebene Politik aussehen müßte, machten diese an einigen Beispielen ziemlich deutlich. So erklärte etwa Cohn-Bendit: "Wenn wir keine nationale Armee wollen - und ich will keine! - dann müssen wir uns auf eine europäische Armee - wie klein und ‚smooth` auch immer - einlassen". Und Josef Fischer sagte zu den Vorschlägen seiner linken Parteifreunde, die OSZE auf Kosten der NATO zu stärken: Eine Stärkung der OSZE werde auch eine militärische Komponente der OSZE mit sich bringen - "da brauchen wir uns nichts vorzumachen". Und da der auf "Tabubruch" versessene Cohn-Bendit auch diesen Sonntag nicht ohne einen solchen verstreichen lassen wollte, machte er im Kontext der Diskussion um die Abschaffung der Wehrpflicht den Vorschlag eines "Pflicht-Sozialen Jahres für alle jungen Frauen und Männer" - mit dem "Lernziel Solidarität", sei doch ein "Solidaritäts-Defizit" in dieser unserer Gesellschaft und in der Welt zu verzeichnen.

Nun - über mangelnde "Solidarität" der schreibenden Zunft brauchten sich Fischer und Cohn-Bendit in den auf den Ratschlag folgenden Tagen nicht zu beklagen: Sie wurden in den Zeitungen lang und breit und mit viel Verständnis zitiert, während der Programmentwurf des Bundesvorstands und die Vorstellungen der Parteilinken einmal mehr keine Gnade fanden - wegen Utopismus, Radikalität, fehlender gesellschaftlicher Mehrheitsfähigkeit usw. usf.. Der taz-Kommentar vom 14.10.97 gab den Grünen als Lernziel vor: "Ein grünes Bad Godesberg in Sachen Sicherheits- und Außenpolitik". So steht wohl für die kommenden Wochen und Monate die Neuinszenierung eines Streits zwischen "besonnenen, um Regierungsfähigkeit besorgten" Realpolitikern aus den Fraktionen und "spinnerten, pazifistischen" Wahlprogrammschreibern aus der Partei(-linken) auf dem Spielplan der Bonner politischen Bühne. Gähn!

Vo

1) Dieses Urteil kann man in der Tat auch von "links" vertreten - allerdings mit einer ganz anderen Argumentation als der von Fischer und Co. und der sie massiv unterstützenden Journaille von FAZ bis taz, die sich vor allem an Zielvorgaben wie Abschaffung der Bundeswehr und Auflösung der NATO stören. Eine linke Kritik müßte sich vor allem auf die strategischen Defizite konzentrieren: Vorschläge für eine - realitätstüchtige! - Strategie zur Erreichung der o.g. Ziele findet man im vorliegenden Entwurf nur sehr rudimentär - abgesehen von eklatanten Auslassungen, zahlreichen Mängeln in Einzelfragen und in der Darstellungsform. Aber von seiten des Bundesvorstands wurde mehrfach und ausdrücklich betont, daß es sich schließlich bei dem vorgelegten Papier lediglich um einen allerersten Entwurf handele, daß die Diskussion damit ja erst eröffnet wäre. Wer will, kann das ja ernst nehmen.

12. Die guten Absichten des Duce. Zur Geschichte des Faschismus, Teil 1: Historikerstreit all"italiana

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:01

Während es im deutschen "Historikerstreit" um die historische Rechtfertigung des Mordes an den europäischen Juden (Nolte) und des Kampfs an der Ostfront (Hillgruber) ging, streitet man in Italien um die "guten Seiten" des Faschismus und um die Rolle der Resistenza. Hier wie dort ist das keine Fachdebatte der Historiker, sondern ein Streit über Vergangenheitspolitik. 1986 schrieb der Erlanger Historiker Michael Stürmer, besorgt um die "nationale Identität" der (West-) Deutschen, daß "in geschichtslosem Land derjenige die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet." (1) Die Hartnäckigkeit der italienischen Geschichtsrevisionisten und ihrer Multiplikatoren in den Massenmedien legt nahe, daß das auch für Italien gilt.

In seinem 1994 erschienenen Buch über die im September 1943 gegründete faschistische Repubblica Sociale Italiana (RSI) schrieb Giorgio Bocca, einer der bekanntesten italienischen Journalisten: "Dieses Buch erscheint, während der Faschismus in Mode und diskutabel ist; man kann sagen, es vergeht keine Woche, ohne daß Büchlein erscheinen über seinen Charakter, seine Kultur, seine Erotik, seine Sportbegeisterung usw.; fast alle im Zeichen oberflächlicher Untersuchungen und vorurteilsbeladener Schmähung, in der Substanz mit der Weigerung, ihn als unsere Geschichte zu betrachten. Es ist eine Blockade, die 1945 beginnt und von zwei Wünschen ausgeht: dem einen, legitimen, eine neue Seite aufzuschlagen; dem anderen, weniger legitimen, die Gewissensbisse und die Komplizenschaften zu begraben, die nicht klein waren in einem Land, dessen Bevölkerung in ihrer übergroßen Mehrheit in das Regime, seinen Gehorsam und seinen Konformismus verstrickt war." (2)

Als Giorgio Bocca, ein ehemaliger Partisan, dies schrieb, hatte der organisierte Neofaschismus in Italien gerade seine endgültige Rehabilitierung erlebt. In dem von Silvio Berlusconi angeführten Rechtsbündnis Polo per le libertà hatte der Movimento Sociale Italiano (MSI), dessen Name von Mussolinis RSI inspiriert ist, bei den Parlamentswahlen im März 1994 sensationelle 13,5 Prozent der Stimmen bekommen und war als drittstärkste Partei mit drei Ministern in die Regierung eingezogen. Zwar bemühte sich der MSI nach Kräften um ein demokratisches Image und benannte sich im Januar 1995 in Alleanza Nazionale um. Aber Parteisekretär Gianfranco Fini, Protagonist der Modernisierung, verkündete zur selben Zeit, er betrachte Mussolini als "größten Staatsmann unseres Jahrhunderts".

Die von Berlusconi geführte Rechtsregierung mußte zwar schon nach 226 Tagen sang- und klanglos abtreten; aber auch unter der im April 1996 gewählten "Mitte-Links-Regierung" hat sich das Klima nicht wesentlich geändert, wenn es um die Bewertung des Faschismus und die darauf aufbauende "Vergangenheitspolitik" geht. Das ist nicht verwunderlich, wenn man sich die jahrzehntelange beharrliche Arbeit der italienischen Geschichtsrevisionisten vergegenwärtigt. Führender Kopf dieser Strömung, die - angeblich um der historischen Wahrheit Willen - im Faschismus "Gutes von Schlechtem trennen" will, ist der Historiker Renzo De Felice. Und das über den Tod hinaus: De Felice starb im Mai 1996, kurz vor Vollendung des siebten und letzten Bandes seiner monumentalen Mussolini-Biographie.

Renzo De Felice und die "Vitalität" des Faschismus

De Felices Leitgedanken sieht der Faschismus-Experte Jens Petersen in einem Satz des liberalen Philosophen Benedetto Croce (1866-1952) ausgedrückt. Über die Aufgabe der Historiker bei der Faschismus-Geschichtsschreibung schrieb Croce: "Ich würde das - wenige oder viele - Gute hervorheben, das damals geschaffen wurde, und würde die guten Absichten und die wohlmeinenden Versuche betonen. Ebenso würde ich denjenigen Gerechtigkeit widerfahren lassen, die sich nicht aus niedrigen Motiven, sondern in edler Absicht und guter Gesinnung mit dem Regime einließen." (3) Croce hat allerdings für sich selbst ein solches Unternehmen mit der Begründung ausgeschlossen, er hasse den Faschismus zu sehr, um seine Geschichte schreiben zu können.

De Felice unterstellt nicht nur den Mitläufern "edle Absicht" und "gute Gesinnung", sondern auch Mussolini. Bei ihm erscheint der Führer des Faschismus nicht nur als kluger Realpolitiker (der er tatsächlich auch war),

sondern als Mann mit unterstützenswerten Idealen. Selbst nach der Besetzung Italiens durch die Deutsche Wehrmacht habe Mussolini noch versucht, Schlimmeres zu verhindern.

De Felice ist beileibe kein unbelehrbarer Altfaschist, der sich die Geschichte nach eigenen Bedürfnissen zurechtbiegt. Als Schüler des liberalen Historikers Federico Chabod (1901-1960), der sich 1943 der Resistenza anschloß, stand er der Linken nahe. Sein erstes bedeutendes Werk, die Geschichte der italienischen Juden im Faschismus (Storia degli ebrei italiani sotto il fascismo, 1961 bei Einaudi in Turin erschienen), schrieb er auf Bitten des Verbandes der jüdischen Gemeinden in Italien.

Daß er damit Widerspruch herausfordern würde, war De Felice bewußt. In der Einleitung schreibt er, daß seine Methode, "die Dokumente für sich sprechen zu lassen", ihm den Vorwurf einbringen könne, zu nachgiebig gegenüber dem Faschismus zu sein. Diese Arbeitsweise, derer sich auch Ernst Nolte in seiner Habilitationsschrift "Der Faschismus in seiner Epoche" bedient, weist den - faschistischen bzw. nazistischen - Quellen incl. der Reden und Schriften der Führer entscheidende Bedeutung zu. In Wahrheit gibt De Felice sich - ebenso wie Nolte - nicht mit der Wiedergabe der Dokumente zufrieden. Zwei Thesen hält er durch seine Untersuchung für erwiesen: 1. habe der italienische Faschismus bis zum Erlaß der antisemitischen Rassegesetze (Leggi razziali) im November 1938 die Massen hinter sich gehabt; 2. sei auch danach die Verfolgung der italienischen Juden "relativ moderat" gewesen. (4)

Letzteres stimmt allerdings nur, wenn man die deutsche Situation zum Vergleichsmaßstab nimmt. Die zeitweilig breite Massenunterstützung für das Regime kam nur unter der Bedingung konkurrenzloser faschistischer Propaganda zustande.

Faschismus als "Linkstotalitarismus"

Mit dem 1975 erschienenen Interviewband Intervista sul fascismo wurde De Felice auch für die breite Öffentlichkeit zum Provokateur. Im Gespräch mit dem US-amerikanischen Historiker Michael A. Ledeen spitzte De Felice seine Thesen zu, die auch als Kommentar zur aktuellen italienischen Politik gedacht waren. Aus der Fehleinschätzung der Konservativen des Jahres 1922, sie könnten die Faschisten in einer Koalitionsregierung "zähmen", leitet De Felice seine Warnung an die Christdemokraten des Jahres 1975 ab: Der "historische Kompromiß" mit den Kommunisten werde ähnliche Ergebnisse haben, da die "Extremisten" nicht integrierbar seien!

Nicht weniger provokativ sind De Felices Thesen zur Sache selbst, dem Faschismus. Die faschistische Bewegung sieht er "in der Linie einer revolutionären, wenn man so will: ‚linken` Aufklärung"; als Bewegung der "aufstrebenden Mittelschichten" habe sie nach der "Machtergreifung" im Oktober 1922 die notwendige Modernisierung des italienischen Kapitalismus bewirkt. Und sie habe dies weitgehend autonom von den Interessen der herrschenden Klasse getan: "In Italien stand am Anfang die Massenbewegung. Erst für das Regime (im Unterschied zur Bewegung) wurde der Faschismus zum ideologischen Überbau der Diktatur. Erst im Regime wurde die idealistisch-revolutionäre Seite der Bewegung ausgeblendet zugunsten des Machtrealismus des Duce, der dann auch Industrie und Hochfinanz in sein Kalkül einbezog." (5)

Der Beginn des faschistischen Regimes wird im allgemeinen auf die Jahreswende 1924/25 datiert, nachdem die von Mussolini geführte Regierung 1924 schwer unter Druck geraten war: Nach der Entführung und Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Giacomo Matteotti durch die Faschisten stand das Überleben der Regierung auf dem Spiel. Daß diese die Matteotti-Krise überwinden konnte, lag auch an der Schwäche der demokratischen Opposition, die sich weitgehend auf verbalen Protest beschränkte. So übernahm Mussolini schließlich die volle Verantwortung für den Mord und verschärfte die Repression. De Felice nennt das nicht nur "Machtrealismus", sondern macht auch Mussolinis zaudernde bürgerliche Bündnispartner für die Installierung des "Regimes" verantwortlich: Sie hätten Mussolini während der Matteotti-Krise im Stich gelassen, während die "intransigenten" Faschisten, die von einer "zweiten (antikapitalistischen) Revolution" träumten, als einzige zu ihm hielten. Nach überstandener Krise habe Mussolini seinen bürgerlichen Bündnispartnern, den fiancheggiatori, einen Kompromiß diktieren können. Er stellte sie vor die Wahl, sich entweder für ihn "oder für den ‚Sprung ins Dunkle` zu entscheiden." Aus Angst vor den "Intransigenten" entschieden sie sich für Mussolini, der dadurch erst recht zum starken Mann werden und das Regime zu seiner persönlichen Diktatur ausbauen konnte.

Diese Darstellung ist sicher nicht falsch. Empörend ist hier wie an vielen anderen Stellen die subtile Sympathiewerbung für den Faschismus und vor allem für seinen Führer, Benito Mussolini. Der sei "erheblich klüger, als manche Leute behaupten" und das "Moment der Einheit, der Synthese" von faschistischer Bewegung und faschistischem Regime.

Diese Unterscheidung ist ein zentraler Punkt in De Felices Darstellung. Die Bewegung, ein "revolutionäres Phänomen", bedeute "Bruch", das Regime "Kontinuität", zugespitzt: "Der Faschismus als Bewegung repräsentiert das, was im Faschismus Vitalität besitzt", sie sei ein Versuch gewesen, "neue ‚moderne` und ‚angemessenere` Lösungen zu finden." Die Attribute "modern" und "vital" seien nicht als Werturteile zu verstehen, beteuert De Felice; gleichwohl wirken sie so, zumal der angeblich unparteiische Chronist mitunter ins Schwärmen gerät, z.B. über den in der faschistischen Publizistik "zum Ausdruck kommenden Vitalismus, einen Optimismus, der sich zu erkennen gibt in der Lebensfreude, der Jugend, dem Enthusiasmus, dem Kampf als Kampf für das Leben."

Im Unterschied zum Nationalsozialismus, der das archaische Ideal des germanischen Kriegers pflegte, habe der Faschismus einen "neuen Typ des Staatsbürgers" schaffen wollen, und zwar mittels Erziehung. Das sei "eine typisch demokratische Idee, ein klassischer Gedanke der Aufklärung, ein Programm im Sinne Rousseaus" gewesen. Im Unterschied zum nationalsozialistischen "Rechtstotalitarismus" sei der Faschismus ein "Linkstotalitarismus".

Die Erziehung des "neuen Menschen" sei auch deshalb fehlgeschlagen, weil man sich "notgedrungen" der alten, nicht vom Regime ausgebildeten Lehrer bedienen mußte. Das von Mussolini gegen eine "Philosophie des Konsums" proklamierte Lernziel "Einfachheit und Bescheidenheit" konnte so nicht erreicht werden. Man spürt De Felices Bedauern über den Fehlschlag und sein Verständnis, daß das Regime den Lernunwilligen seine Lektionen auf repressivem Wege und "über den außenpolitischen Hebel" erteilte. Mit Beginn des Kolonialkrieges in Äthiopien (1935) "reduzierte sich alles auf ‚glauben, gehorchen, kämpfen`".

"Hochinteressant" schließlich findet De Felice Mussolinis Erfindung einer "italienischen Rasse" und die damit verbundene, gegen die Juden gerichtete, angeblich "zeitlich begrenzte Diskriminierungspolitik". Auch diese "Konzeption" sei vor allem erzieherisch motiviert gewesen: Damit habe er die Italiener "zum faschistischen Leben bekehren" wollen.

Hitler-Gegner Mussolini

Daß es zwischen italienischem Faschismus und deutschem Nationalsozialismus erhebliche Unterschiede gibt, dürfte mittlerweile unumstritten sein. Die Formel der Kommunistischen Internationale vom Faschismus (in Italien, Deutschland und anderswo) als "offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals" (Dimitroff, 1935) ist auch von den meisten ehemals orthodoxen "Marxisten-Leninisten" als allzu schlicht und gleichmacherisch erkannt worden.

De Felice allerdings vergrößert die Unterschiede zu Gegensätzen in dem Bestreben, die italienischen Faschisten und insbesondre Mussolini als Komplizen der Nazis zu entlasten. Da das Bündnis mit Deutschland "ideologisch keineswegs unvermeidlich" gewesen sei , habe Mussolini noch nach Beendigung des Krieges in Äthiopien (1936) eine "Schaukelpolitik" zwischen Deutschland und England betreiben können. Noch 1939 habe er "keine wirkliche Entscheidung für eines der beiden Lager getroffen." Selbst Italiens Kriegseintritt im Juni 1940 bekommt bei De Felice defensive Züge: So sei Mussolini "besorgt" gewesen, "Deutschland könne als alleiniger Sieger auf dem Schlachtfeld - Frankreich war besiegt, auch England schien am Boden - seinen rächenden Zorn gegen Italien richten."

In Wahrheit wurde das deutsch-italienische Bündnis - ungeachtet einiger diplomatischer Verstimmungen - schon kurz nach dem Machtantritt der Nazis immer enger. Die italienische Zustimmung zum "Anschluß" Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 besiegelte das Bündnis, das erst unter der militärischen Übermacht der Sowjetunion und der westlichen Demokratien zerfiel. Mussolinis Vermittlerrolle auf der Münchner Konferenz im September 1938 hatte nur aufschiebende Wirkung: In dem bevorstehenden Krieg konnte Italien weder neutral bleiben noch sich für die andere Seite entscheiden.

Die "Debatte des Jahres" 1975

De Felices Thesen sorgten 1975 für erheblichen Wirbel und eine scharfe Polarisierung. Dazu trug vor allem ihr offen politischer Charakter bei. De Felice warnte nicht nur vor einer Regierungsbeteiligung der Kommunisten im Rahmen des "historischen Kompromisses" mit der Christdemokratie (s.o.), sondern geißelte auch die "kulturelle Hegemonie" des PCI, sein angebliches Interpretationsmonopol über die Geschichte. Aber nicht nur aus diesem Grunde war seine Intervention den konservativen Kräften willkommen. Während er für die Faschisten mildernde Umstände geltend machte, sprach er die herrschende Klasse, die den Faschismus an die Macht gebracht hatte, von Schuld frei. Keineswegs hätten es die "großen Wirtschaftsmächte ... darauf angelegt, den Faschismus an die Macht zu bringen", behauptet De Felice, widerlegt sich aber im folgenden Satz selbst: "Der Faschismus war für sie eine weiße Garde, die nach Erfüllung ihrer Aufgaben nach Hause geschickt und nicht etwa an die Macht gebracht werden sollte." Nur erfüllte der Faschismus "seine Aufgaben" - vor allem die terroristische Unterdrückung der Arbeiterbewegung - so gut, daß er nicht nur an die Regierung gebracht wurde, sondern dort auch bleiben durfte; den Profit hatten die großen Kapitalgruppen, deren Vertreter dem liberalen System keine Träne nachweinten.

Dem Unternehmerverband Confindustria war De Felices Einsatz für den guten Ruf des Kapitalismus so wichtig, daß er "für den Hausgebrauch eine Zusammenstellung der Diskussionsbeiträge zur De-Felice-Debatte hat anfertigen lassen." (6) Die rechten Parteien verteidigten De Felices Forderung, das "vereinfachte Schema von Faschismus-Antifaschismus" zu überwinden. Und das aus einsichtigen Gründen: Die Parteien der Linken zogen und ziehen besondere moralische Wertschätzung vor allem aus ihrer Teilnahme am antifaschistischen Befreiungskampf; wenn der Antifaschismus ebenso wie der Faschismus ein abgeschlossenes Kapitel ist, dann sind Rechts und Links, moralisch gesehen, ebenbürtig. Über den Faschismus würde nicht mehr, wie De Felice beklagt, "in ausgesprochen politischen Begriffen" gestritten werden; die Linken, deren Polemik "Züge der Kriegspropaganda beibehalten" habe, wären isoliert. Die jahrzehntelang im Abseits stehenden Neofaschisten dagegen wären endlich koalitionsfähig.

Wie man sieht, war De Felice mit seinem Versuch einer "Historisierung" des Faschismus seiner Zeit voraus; das hat im April 1994, kurz nach dem Wahlsieg der Rechten, auch sein Verleger Giulio Einaudi selbstkritisch eingestanden: "De Felices Bücher haben dazu beigetragen, einen Mussolini-Mythos lebendig zu halten, sie haben einem bestimmten Bild des Führers des Faschismus gedient, das Fini (Parteisekretär des MSI, ab Januar 1995 Alleanza Nazionale) kürzlich sagen ließ, Mussolini sei ‚der größte Staatsmann des Jahrhunderts`." (7)

Mit der Veröffentlichung des hier ausführlich zitierten Interviews im Juli 1975 begann in Italien die "Debatte des Jahres" (Petersen). In kurzer Zeit waren von dem Buch mehr als 100.000 Exemplare verkauft; die Presse veröffentlichte eine Flut von Diskussionsbeiträgen. Die Empörung der Antifaschisten brachte der Historiker Nicola Tranfaglia auf den Punkt: "Zum ersten Mal seit 1945 wird hier von einem Historiker, der nicht vom Faschismus herkommt, der eindeutige und klare Versuch gemacht, den Faschismus vollständig zu rehabilitieren." (8)

Das vorwiegend negative Echo konterten die Rechten mit dem Vorwurf, gegen De Felice werde "ideologischer und kultureller Terror" ausgeübt (Ex-Faschist Indro Montanelli). (9) De Felice selbst sprach von "Lynchjustiz". Seine Parteigänger legten ihrerseits bei der Verniedlichung des Faschismus nach. Piero Melograni, Professor für neuere Geschichte an der Universität Perugia, zeichnete ein Idyll: "Die Gewaltanwendung des italienischen Regimes war anders und weniger intensiv als die anderer Systeme der modernen Massengesellschaften... Zwischen 1926 und 1943 trug die faschistische Repression ... keine brutalen Züge, sie war geschmeidig, väterlich fürsorglich oder ermahnend und arbeitete mit korrumpierenden Mitteln." (10)

Ein allzu nachgiebiger Partisan antwortet

Eben dieser Melograni stellte die Fragen in dem 1976 erschienenen Interview mit Giorgio Amendola (Intervista sull'antifascismo) (11), einer Antwort auf das De-Felice-Interview. Amendola (1907-1980), Sohn des von den Faschisten ermordeten Liberalen Giovanni Amendola (1882-1926), schloß sich 1929 der illegalen kommunistischen Partei an. Nach seiner Verhaftung 1932 wurde er bis 1937 interniert, ging dann ins Exil nach Frankreich und kehrte 1943 nach Italien zurück. Dort wurde er einer der führenden Köpfe der Resistenza. 1946 wurde er ins Zentralkomitee des PCI und in die Verfassunggebende Versammlung, 1948 in die Abgeordnetenkammer gewählt. Im PCI galt er als Exponent der rechten miglioristi (Reformisten).

In dem Interview nimmt Amendola De Felice, wie schon zuvor in seinem Leitartikel im PCI-Zentralorgan l'Unità vom 20.7.1975, gegen den Vorwurf in Schutz, eine "Apologie des Faschismus" betrieben zu haben. Fundiert, teilweise provokant, aber immer diskutierenswert sind Amendolas Aussagen über die italienische Linke, den antifaschistischen Widerstand, den Partisanenkampf. Mit berechtigtem Stolz weist er auf die Führungsrolle der Kommunisten hin, die auch unter schwierigsten Bedingungen den illegalen Kampf gegen das Regime führten, während die Sozialisten entweder im Exil waren oder auf bessere Zeiten warteten. Auch die innere Emigration der Intellektuellen bestand wesentlich aus Abwarten, während Katholiken und Liberale sich mit dem Faschismus arrangierten. Ohne die kommunistischen Kader, hebt Amendola mit Recht hervor, "hätte es keine Partisanenbewegung gegeben, sondern den Aufruhr von Wehrdienstflüchtigen unter weitgehender Führung von Militärs."

Ebenso berechtigt ist Amendolas Selbstkritik, was die mangelhafte Analysefähigkeit seiner Partei angeht. Antonio Gramsci habe mit seinem "Ahnungsvermögen" weitgehend allein gestanden; die Linkssektierer um Amadeo Bordiga behaupteten ebenso wie die Sozialisten, die Regierungsübernahme der Faschisten habe "nichts verändert" oder gar die Bedingungen für die Revolution verbessert. Eine kritische Auseinandersetzung mit solchen Fehleinschätzungen ist auch heute noch von Bedeutung.

Schwer erträglich ist nicht nur Amendolas Nachgiebigkeit gegenüber De Felice und Melograni (der sich mit seinen Fragen allerdings höflich zurückhält), sondern vor allem sein allzu deutlich sichtbares tagespolitisches Motiv: Die Politik des PCI seit Gramsci, der Antifaschismus und die Resistenza, suggeriert Amendola, finden ihre Krönung in der Politik des "historischen Kompromisses". Als Erbe des Faschismus nennt er an erster Stelle das "Phänomen der Mißachtung des Gemeinwohls", das sich in "korporativen Egoismen", u.a. "Steuerhinterziehungen", zeige!

Der verhinderte Retter des Vaterlandes

20 Jahre nach den Turbulenzen des Jahres 1975 erschien ein weiteres Interview-Buch, in dem De Felice seine Bewertung des Faschismus zuspitzte: Rosso e nero (Rot und schwarz), mit Pasquale Chessa, dem Vizedirektor des zum Berlusconi-Konzern gehörenden Wochenmagazins Panorama, als Gesprächspartner. (12) De Felice datiert die Geburtsstunde der italienischen Republik nicht auf den 25. April 1945 (den Tag der Befreiung), sondern auf den 8. September 1943, als der Waffenstillstand mit den Allierten verkündet wurde. Zwar erkennt De Felice an, daß Italien weder weiterkämpfen konnte noch wollte. Die faschistische Repubblica Sociale Italiana (RSI) mit Sitz in Salò am Gardasee, die nach der Besetzung des Landes durch die Deutsche Wehrmacht ausgerufen wurde, sei aber nicht weniger legitim als die vom König eingesetzte Badoglio-Regierung im Süden.

Mussolinis Rolle bewertet er positiv: "Ob es gefällt oder nicht: Mussolini, der sich nach seiner Gefangenschaft auf dem Gran Sasso als erledigt ansah, hatte Hitlers drängende Forderung, im nördlichen Teil des Landes eine faschistische Republik zu konstituieren, akzeptiert, weil er überzeugt war, dies sei die einzige Möglichkeit, der Heimat zu dienen, um sie zu verteidigen." Er habe befürchtet, daß Italien das gleiche Schicksal erleiden werde wie Polen. Das sei zwar eine Fehleinschätzung gewesen, denn "Hitler brauchte Mussolini", schmälere aber nicht dessen gute Vorsätze: "Das Motiv, das ihn antrieb, war die Verteidigung des Landes."

Auch Mussolinis Politik zwischen 1922 und 1943, einschließlich der Kolonialkriege, würdigt De Felice als ehrliches Bemühen, seinem Volk zu dienen: "Er war ein Mann, der in einem extrem schwierigen Moment der politischen und geistigen Veränderung Europas versuchte, Italien eine Funktion zu geben. Aber er hatte nicht die Kraft, diejenigen zu besiegen, die sich, sei es von rechts oder von links, den Veränderungen widersetzten. Er hatte teil am Alten und am Neuen, er stellte sich hinter alle Mythen einer Revolution, die sich von der bolschewistischen unterscheiden mußte, die zu verwirklichen er aber nicht die Mittel hatte. Er war kein Kriegshetzer im klassischen Sinne..." und auch innenpolitisch ganz umgänglich, regierte er doch "autoritär-paternalistisch, typisch italienisch". (13)

Schließlich sei Mussolinis Stärke die Schwäche der anderen, der Antifaschisten, gewesen. Das habe sich auch nach dem 8. September 1943, als der bewaffnete Widerstandskampf Massencharakter annahm, nicht grundlegend geändert. "Verwandte, Freunde und Nachbarn" auf beiden Seiten mitgerechnet, kommt De Felice auf maximal 4 Millionen ItalienerInnen, die zwischen 1943 und 1945 für oder gegen den Faschismus gekämpft haben - "wenige, bezogen auf die 44 Mio. Personen, die damals in Italien lebten." (15) Womit bewiesen

werden soll, daß die übergroße Mehrheit indifferent gewesen und die nach Kriegsende heroisierte Resistenza lediglich von einer kleinen Minderheit getragen worden sei, deren Kampf nicht mehr und nicht weniger Bedeutung gehabt habe als die Verteidigung der faschistischen RSI. (Nach dem selben Maßstab wäre Garibaldi, der Volksheld des Risorgimento, mit seinen legendären 1.000 Rothemden lediglich ein Bandenhäuptling.)

In der öffentlichen Debatte gelten De Felices Zahlen als ernsthaftes Argument dafür, den Antifaschismus nunmehr ins Museum zu verfrachten. Tatsächlich hat sich die Resistenza zu Recht großes Prestige erworben - weil sie als Minderheit eine Übermacht herausforderte, viele Opfer brachte und dennoch, an der Seite der britischen und US-amerikanischen Truppen, schließlich siegte.

Historiker contra De Felice

Während De Felice mit Rosso e nero die Bestsellerlisten stürmte, seine Thesen in den Massenmedien verbreitet wurden, haben seine Kritiker es schwer, in gleicher Weise Gehör zu finden. Das hervorragende Buch der Historiker Enzo Collotti und Lutz Klinkhammer (15), ebenfalls in Interviewform, wird vom Verlag zwar als "Antwort auf De Felice" angepriesen. Die Kritik richtet sich allerdings gegen De Felices Gesamtwerk, und die Provokationen von Rosso e nero sind gar nicht berücksichtigt. Was fehlt, ist ein polemischer "Anti-De-Felice" im Taschenbuchformat.

Immerhin wurde ein wesentliches Argument, das De Felice zur Rehabilitierung des Faschismus benutzt hat, auch in der breiten Öffentlichkeit widerlegt: seine These, die "Rassenpolitik" sei dem Regime von den Nazis aufgezwungen worden. In späteren Vorworten zu seinem Buch über die italienischen Juden stellt De Felice die Verkündung der antisemitischen Rassengesetze als Versuch dar, "sein Regime von dem nazistischen abzuheben" (16); entsprechend nachlässig seien die Gesetze angewendet worden. Der Historiker Michele Sarfatti hat nun in einem Aufsatz dargestellt, daß die Judenverfolgung keineswegs erst 1938 einsetzte. Der Text wurde von dem Wochenmagazin L'Espresso (dem Spiegel vergleichbar) in Auszügen nachgedruckt und erreichte auf diese Weise ein Millionenpublikum.

Für Sarfatti haben schon die pro-katholischen Bestimmungen der Riforma Gentile (1923) über den Religionsunterricht antisemitischen Charakter, vor allem aber das Konkordat zwischen dem italienischen Staat und dem Vatikan (1929), durch das der Katholizismus "alleinige Staatsreligion" wurde. Unstrittig ist, daß die planmäßige "Ausgrenzung" (sfaldamento) der Juden 1935/36 beschlossen wurde. Vorangetrieben wurde sie namentlich durch Italo Balbo, Mitglied des Großen Rates des Faschismus, und zwar mit Wissen und Billigung Mussolinis. Daß das Regime - anders als Teile der italienischen Streitkräfte - die Deportationen nicht etwa behinderte, sondern unterstützte, ist ebenfalls gesichert. Entscheidender Beweis ist für Sarfatti der Befehl vom 15. Juli 1943 (zehn Tage vor Mussolinis Absetzung), die Juden in den italienisch besetzten Gebieten Frankreichs an die Deutschen auszuliefern. Auch die faschistische Sozialrepublik (RSI) hat die Deportationen nach Auschwitz und Bergen-Belsen tatkräftig unterstützt, u.a. durch Internierung der Juden in Durchgangslagern.

Die öffentliche Diskussion um die faschistische "Rassenpolitik", insbesondere den Charakter der antisemitischen Leggi Razziali von 1938, wurde durch einen "Fauxpas" Vittorio Emanueles von Savoyen angeheizt. Der Enkel des letzten italienischen Königs Vittorio Emanuele III., der Mussolini zum Regierungschef gemacht hatte, nannte die faschistischen Rassengesetze "nicht so schrecklich". Am selben Tag, dem 30. April 1997, legte Ministerpräsident Prodi seinem Kabinett einen brisanten Gesetzentwurf vor, der eine Verfassungsbestimmung aus dem Jahre 1947 aufheben würde: Damals wurde dem König und seinen männlichen Nachkommen auf immer die Rückkehr nach Italien verboten.

Nationale Versöhnung und Duce-Kult

So sind es manchmal Zufälle, die den Historikern den Zugang zur Massenpresse öffnen. Im allgemeinen hat die öffentliche Debatte über den Faschismus eher niedriges Niveau, insbesondere wenn sich Politiker - mit eindeutigen Absichten - äußern. Die provokatorischen Äußerungen eines Gianfranco Fini ("Mussolini ist der größte Staatsmann des Jahrhunderts") oder Irene Pivettis Lob der faschistischen Frauenpolitik sorgen dann zwar regelmäßig für Empörung. Der jeweilige Skandal dient aber zunehmend als Anlaß für Aufrufe zu "nationaler Versöhnung" und zur Überwindung der "alten Gräben".

Solche Appelle kommen nicht nur von ausgewiesenen Rechten wie Fini oder von dem christdemokratischen Staatspräsidenten Scalfaro. Schon 1994, als es nach dem Wahlsieg der Rechten Auseinandersetzungen um die Feierlichkeiten zum 49. Jahrestag der Befreiung gab, rief auch der sozialistische Philosoph Norberto Bobbio dazu auf, "die Gegenüberstellung von Faschismus und Kommunismus zu überwinden." (17) Im Februar 1997 war es Parlamentspräsident Luciano Violante, der sich auf dem PDS-Kongreß zum Fürsprecher der Versöhnung machte. Giorgio Bocca kritisierte Violantes Rede, die von den Delegierten des PDS-Parteitages bejubelt wurde, als Versuch, "die Erinnerung an den Bürgerkrieg auszulöschen." (18)

Wo im Gegenteil die Erinnerung an diesen Bürgerkrieg wach gehalten wird, geschieht das immer öfter mit dem Hinweis, daß "auch die Partisanen Verbrechen begangen haben". Das ist zwar nicht generell zu leugnen, die damit verbundene Gleichsetzung von Faschisten und Antifaschisten ist aber eine bodenlose Geschichtsfälschung. Zu diesem Zweck werden auch legitime Widerstandsaktionen wie das Attentat in der Via Rasella in Rom (vgl. diverse ak-Artikel zum "Fall Priebke", zuletzt ak 405) zu "sinnlosen Terrorakten" erklärt. Schwieriger wird es bei offensichtlich inhumanen Partisanenaktionen, u.a. Gegenstand des umstrittenen Spielfilms "Porzus", der im September auf der Biennale von Venedig vorgestellt wurde.

Während "Porzus" als "kritische Aufarbeitung" des Antifaschismus beworben wird, ist der Faschismus auch in Originalton und -bild ein Kassenfüller. Zur 50-Jahr-Feier der italienischen Republik überraschte L'Espresso (6.6.1996) mit einem exklusiven Angebot: "Ein Diktator, ein Volk: erstmalig als Video die komplette Sammlung der gefilmten Reden des faschistischen Führers!" Und das für kaum mehr als 5 DM pro Videokassette.

Wenn das der Duce noch erlebt hätte! In tiefer Depression hatte Mussolini im August 1943, kurz nach seinem Sturz, geschrieben: "Die Erinnerung an mich und an mein Schicksal wird in wenigen Jahren ausgelöscht sein..." Wenige Monate später hatte er neuen Mut gefaßt und erwartete unsterblichen Ruhm für das in den dreißiger Jahren geschaffene Imperium: "Dieses Jahrzehnt wird von den künftigen Generationen ... in den Himmel gehoben werden." (19)

Mehr als ein halbes Jahrhundert danach hat sich keine dieser Erwartungen bewahrheitet. Der Faschismus wird nur von einer Minderheit "in den Himmel gehoben"; eine Mehrheit aber findet eine Diskussion über seine Vor- und Nachteile keineswegs abwegig. Revisionistische Historiker, (nicht nur) rechte Politiker und die Medien halten diese Diskussion am Kochen. Weitere "Tabubrüche" sind zu befürchten. Gemeinsames Interesse der Regierungskoalition wie der rechten Opposition ist eine tiefgreifende Verfassungsreform, mit der die Exekutive gestärkt und das Parlament geschwächt werden soll - eine Revision der aus dem Faschismus gezogenen Lehre, die Befugnisse der Verfassungsorgane zu begrenzen, "um die Gefahr neuer totalitärer Systeme zu vermeiden." (20)

All das soll Anlaß sein, in mehreren ak-Artikeln die Geschichte des italienischen Faschismus nachzuzeichnen. Sie ist auch 75 Jahre nach dem "Marsch auf Rom" (28. Oktober 1922) nicht "bewältigt".

Js.

Anmerkungen:

1) Michael Stürmer: Geschichte in geschichtslosem Land, FAZ, 25.4.1986; dokumentiert in: "Historikerstreit". Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München (Piper) 1987, S. 36

2) Giorgio Bocca: La Repubblica di Mussolini, Milano (Mondadori) 1994, S. 341

3) zitiert bei Jens Petersen: Zum Stand der Faschismusdiskussion in Italien, Nachwort zu Renzo De Felice: Der Faschismus. Ein Interview von Michael A. Ledeen, Stuttgart (Klett-Cotta) 1977, S. 120

4) Renzo De Felice: Storia degli ebrei italiani sotto il fascismo, Torino (Einaudi), 1961, S. XXXVIf.

5) Renzo De Felice: Der Faschismus. Ein Interview von Michael A. Ledeen, Stuttgart (Klett-Cotta) 1977, S. 6; alle folgenden Zitate stammen aus diesem Buch

6) Jens Petersen: a.a.O., S. 142

7) La Stampa, 23.4.1994

8) Il Giorno, 5.7.1975; deutsch bei Jens Petersen: a.a.O., S. 124f.

9) Il Giornale, 19.7.1976, deutsch bei Jens Petersen: a.a.o., S. 125

10) Corriere della Sera, 17.7.1975, deutsch bei Jens Petersen: a.a.O., S. 131

11) Giorgio Amendola: Der Antifaschismus in Italien. Ein Interview von Pietro Melograni, Stuttgart (Klett-Cotta) 1977; alle folgenden Zitate stammen aus diesem Buch

12) Renzo De Felice: Rosso e nero, Milano (Baldini & Castoldi) 1995

13) Interview in L'Espresso, 11.9.1995

14) Renzo De Felice: Rosso e nero, a.a.O., Auszug in L'Espresso, 11.9.1995

15) Enzo Collotti/ Lutz Klinkhammer: Il fascismo e l'Italia in guerra. Una conversazione fra storia e storiografia, Roma (Ediesse) 1996

16) ebd., S. 23

17) Corriere della sera, 8.4.1994

18) Corriere della sera, 23.2.1997

19) zitiert bei Jens Petersen: Referat auf einer Veranstaltung des Deutschen Historischen Instituts in Rom und des Instituts für Zeitgeschichte am 25.11.1982 in München; dokumentiert in: Der italienische Faschismus. Probleme und Forschungstendenzen, München und Wien (Oldenbourg) 1983, S. 15

20) Ministerpräsidium der Republik Italien, Dienststellen für Information und literarisches Urheberrecht: Der italienische Staat und seine Verfassungsordnung, Rom 1976, S. 19

13. Der plötzliche Ruhm der Madame Forrester. Viviane Forresters Bestseller "Terror der Ökonomie"

Viviane Forresters "Terror der Ökonomie"

Autor: Martin Rheinländer · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:33

Binnen kurzer Zeit wurde Viviane Forresters Essay "L'horreur économique" zu einem spektakulären Publikumserfolg in Frankreich. Eine Schriftstellerin und Literaturkritikerin, die über Arbeit und Ökonomie im Kapitalismus schreibt? Gewiefte Analytiker und Theoretiker werden in diesem Buch gewiß kaum etwas finden, was sie nicht schon gelesen oder sogar selbst geschrieben haben. Die Gründe für den plötzlichen Ruhm Viviane Forresters liegen aber vielleicht weniger in dem, was sie zu sagen hat, als darin, wie sie es sagt.

Glaubt man Forresters Beschreibungen, dann vollzog sich die Arbeit am "Terror der Ökonomie" im Stillen, ganz am Rande des tagespolitischen Geschehens: "Ich hatte mich einfach in meiner Ecke verkrochen und als Schriftstellerin meine Gedanken zu dem Thema aufgeschrieben. Ich muß mich völlig frei von Erwartungen fühlen." Auch während der großen Streikbewegung im Dezember 1995 hatte sie sich abseits gehalten, obwohl sie mit den Streikenden sympathisierte. Warum nicht, wie etwa Pierre Bourdieu, zu den Streikenden gehen und zu ihnen sprechen? "Bis zu diesem Zeitpunkt hatte ich ausschließlich Essays und Romane geschrieben. Vor zweieinhalb Jahren hätte mich also noch niemand gebeten, während der Streiks Reden zu halten." (Die Zeit, 15.9.97)

Das Abseits als Ort des Schreibens wirkt sich auf den Text auf verschiedene Weise aus. Einerseits scheint es in der Gesellschaft, über die Forrester schreibt, so gut wie keinen Widerstand zu geben; häufig drängt sich das Bild eines allgewaltigen Integrationsmechanismus auf, der die alltägliche Revolte nur noch als Selbstzerstörung möglich macht. Das ist schon erstaunlich angesichts der sozialen und innenpolitischen Auseinandersetzungen in Frankreich. Andererseits erweist sich dieser Blick aus dem Abseits als ausgesprochen treffend: indem - unterhalb der großen Politik, auch der Linken - das Elend des Alltagslebens, die Revolte im Stillstand, auf den Punkt gebracht wird. Indem sie einseitig ist, spitzt sie zu, ohne sich über diejenigen zu erheben, über die sie als Opfer der eigenen Ohnmacht schreibt.

Rezensenten haben betont, daß diese Art des Schreibens in Frankreich eine literarische Tradition hat. Das stimmt, aber es stimmt auch nicht. Denn kaum einer von den Repräsentanten des intellektuellen Milieus hat sich in den letzten Jahrzehnten damit hervorgetan, jenen Ton anzuschlagen, der zu dieser Tradition gehört: Seit den Zeiten von Sartre, Camus und Merleau-Ponty ist der "Universelle Intellektuelle" in Mißkredit geraten - und damit auch die eingreifende Polemik, das engagierte Schreiben, das die Popularität nicht scheut und trotzdem mit keinem Satz populistisch wird. Der plötzliche Ruhm von Viviane Forrester hat eben auch damit zu tun: daß es SprecherInnen für alltägliche Erfahrungen geben kann, ohne daß diese SprecherInnen zugleich WortführerInnen werden. So einfach ist das, so einfach wie die Gedankengänge der Madame Forrester.

Deshalb ist der individuelle Akt des Schreibens im Abseits auch zu einem öffentlichen Ereignis geworden. Forrester, als Intellektuelle, macht sich keine anderen Gedanken als andere, sie spricht sie nur nuanciert aus, formuliert sie als literarische Polemik. Sie sagt es selbst: "Ich habe aufgeschrieben, was ich allein in meiner Stube dachte, und ich glaubte, ich würde damit allein bleiben. Aber dann stellte ich fest, daß genau darin die List unserer Epoche liegt: Jeder, der sich nicht der Einheitslogik des Marktes unterwirft, glaubt, er sei damit allein, und deswegen bleibt man passiv. Aber das stimmt nicht. Wir sind zahlreich."(Tagesspiegel, 21.9.97)

Muß man das Recht

zu leben "verdienen"?

Es gibt zahlreiche Wiederholungen in diesem Buch. Man kann sie Variationen nennen, aber das mindert nicht die - vor allem zum Ende hin - etwas erschöpfende Art, die Polemik bei gleichbleibendem Tempo und den Ton auf gleicher Höhe zu halten. Das ist insofern schade, weil damit wichtige Stränge der Kritik verlorenzugehen drohen - darunter die Kritik der Arbeitsideologie, womit Forrester gleich mit den ersten Sätzen des Essays beginnt: "Wir leben im Zeichen einer meisterhaften Täuschung: des Trugbilds einer untergegangenen Welt, deren Verschwinden wir mit aller Kraft zu ignorieren suchen, die eine artifizielle Politik aber zu erhalten vorgibt.

Millionen Schicksale werden von einem Anachronismus zugrunde gerichtet, nur weil wir beharrlich versuchen, unser heiligstes Tabu für immer zu bewahren: das Tabu der Arbeit." (S. 7)

Die Arbeit selbst, so Forrester, sei im Verschwinden begriffen, nur richte sich die gesamte Politik und Ideologie darauf, den Bestand der Arbeit als Beschäftigung zu sichern. Wenn es denn stimmt, daß die Unternehmen Arbeitskräfte entlassen, weil sie sie nicht mehr brauchen, dann ist die Logik der Beschäftigungspolitik und der Zwang zur Suche nach Beschäftigung geradezu absurd. Selbst wenn die These Forresters vom Verschwinden der Arbeit etwas schlicht begründet wird, trifft ihre Kritik der Arbeits-Ideologie den Kern der heutigen Misere: "Gewiß, auf diese Weise konservieren wir etwas, was zu einem Mythos geworden ist, und zwar zum erhabensten Mythos, den es gibt: dem Mythos, daß Arbeit der unverzichtbare Antrieb des privaten wie des öffentlichen Räderwerks unserer Gesellschaft ist." (S. 9) Weil dieser Mythos aufrechterhalten wird, ruft man nach etwas Unmöglichem - Vollbeschäftigung, die mehr ist als das US-amerikanische Elend des sogenannten Job-Wunders - und überläßt die Erwerbslosen dem Gefühl der "Schmach".

Arbeit wird in diesen ideologischen Verhältnissen zum Maßstab sozialer Selektion. Die Gleichsetzung von Rentabilität mit Nützlichkeit läßt die Frage aufkommen: "Muß man zu leben ‚verdienen`, um das Recht zu leben zu haben?" (S. 15) Daraus "entsteht eine heimtückische Furcht: das diffuse, aber begründete Erschrecken davor, wie eine große Zahl menschlicher Wesen, vielleicht sogar die meisten von ihnen, als überflüssig angesehen wird. Nicht untergeordnet und auch nicht ausgestoßen, sondern überflüssig. Und daher schädlich. Und daher ...." (S. 21) Das ist keine Prognose, sondern eine Tendenzbestimmung, und zu Unrecht ist Forrester vorgeworfen worden, sie prophezeie damit einen sozialen Holocaust. Denn "für die Gesamtheit der Gesellschaft ist eben diese Gesamtheit noch Gegenstand eines wirklichen Interesses, das an ihre Kultur gebunden ist, an tiefgehende, erworbene oder spontane Affekte - auch wenn sich eine wachsende Gleichgültigkeit gegenüber anderen Menschen breitmacht." (S. 21)

Worum es also geht, das sind die sozialen Wahrnehmungsweisen, kulturellen Normen und Maßstäbe von Gleichheit, Solidarität und Freiheit als soziales Ethos. Forrester beharrt auf dem, was von anderen Existenzrecht genannt wird; vor allem aber koppelt sie dieses Recht vom Maßstab Arbeit-Leistung-Produktivität ab. Das bedeutet heutzutage schon sehr viel. Schließlich sieht man - in Frankreich wie in der Bundesrepublik - die herrschende Klasse sowie Gewerkschaften und auch mehrheitlich die Linke in jenem Diskurs vereint, dem die bundesdeutsche Sozialdemokratie zuletzt die einprägsame Losung gegeben hat: "Arbeit, Arbeit, Arbeit...!" Wer also in Viviane Forresters Polemik nur eine Anklageschrift gegen den vielgeschmähten Neoliberalismus sehen will, verkennt, daß ihre Kritik ebenso die Linke trifft - soweit diese die Arbeit zum Nonplusultra des sozialen Lebens macht. Eher ratlos fragt sich Viviane Forrester in ihrem Essay deshalb auch, wie es denn gekommen sei, daß die früheren Hoffnungen auf eine Befreiung von der Arbeit so gänzlich aus der öffentlichen Debatte verschwunden sind.

Ein "kaltblütiges Protokoll"

Die Thesen Viviane Forresters über das Verschwinden der Arbeit sind, was die ökonomisch-soziale Analyse betrifft, weder originell noch differenziert. Dasselbe trifft auf fast alle anderen ihrer Thesen zu, die im wesentlichen den heutigen Kapitalismus auf das virtuelle Netzwerk des sogenannten Casino-Kapitalismus reduzieren. Viviane Forrester geht hier zunächst nur von dem aus, was in linksbürgerlicher Hinsicht gegen den Kapitalismus zu sagen ist. Aber um analytische Tiefe in Sachen "Kritik der politischen Ökonomie" geht es in diesem Buch eben nicht.

Denn gleichgültig, ob sie über die Vorstädte von Paris, die soziale Ausgrenzung durch repressive Einschließung oder den Verlust historischer Orte von Kommunikation und Kämpfen schreibt - immer bleibt das zentrale Thema von Forrester die verstümmelte Subjektivität in diesen Verhältnissen: das Leiden von Individuen durch verinnerlichte oder aufgezwungene herrschaftliche Maßstäbe und die Entsprechung dieses Leidens in der Abwehr durch Gleichgültigkeit. Wobei diese Gleichgültigkeit eine Art systemkonformer Selbstschutz ist - man will nicht wahrnehmen, was zur eigenen sozialen Realität gehört. Eben das macht die Stabilität des herrschenden Systems aus: "Ein System, das allgemeine Gleichgültigkeit bewirkt, hat damit einen weitaus größeren Erfolg errungen, als wenn es Anhängerschaften gewonnen hätte, die immer nur partiell sein können, seien sie auch noch so stark. Denn in Wahrheit ist es die Gleichgültigkeit, die bestimmten politischen Systemen den Massenzulauf bringt." (S. 59)

Wenn dem aber so ist, wie kommt es dann zu dem plötzlichen Ruhm der Madame Forrester? Den Grund nennt sie selber, denn gegen die Brutalität des resignativen Vergessens "gibt es keine andere Waffe als die Genauigkeit, das kaltblütige Protokoll. Kritik an ihr ist zwar eindrucksvoller, aber weniger radikal, denn sie nimmt ihr Spiel auf, akzeptiert diese Regeln und perpetuiert sie - und sei es nur durch den Widerspruch, den sie formuliert. Der springende Punkt jedoch ist, ‚das Spiel nicht mitzumachen`." (S. 23) In dieser Kälte der Protokollantin findet man einen der Gründe für den Erfolg dieses Buches. Man hat sich gefragt, wie es denn kommt, daß eine Frau, die keine Ökonomie-Spezialistin, sondern Schriftstellerin ist, einen derartigen Erfolg erzielen konnte. Die Antwort liegt darin, daß sie als Schriftstellerin eingegriffen hat. Im "kaltblütigen Protokoll" entsteht nämlich das monströse, rein dingliche Bild einer Gesellschaft, die von außen betrachtet wird. Gesellschaftliche Verhältnisse scheinen nur noch starre Kulisse zu werden für etwas, das niemand mehr sehen sehen kann - es sei denn als Lücke. Und die handelnden Figuren - seien es die Erwerbslosen, die dem Arbeitszwang unterliegen, oder Vorstadtjugendliche, die völlig irrealen Lebensentwürfen folgen - bewegen sich in dieser absurden Konstellation wie Personen in einem Beckett-Stück.

Monsieur Homais

und Emma Bovary

in der Talk-Show

Die Kälte des Blicks verhindert sentimentale Identifikation und provoziert gerade dadurch leidenschaftliche Parteinahme. Während sie die schwadronierende postmoderne Publizistik mit dem ewig daherplappernden und aufgeklärt räsonierenden Apotheker Homais aus Flauberts Madame Bovary vergleicht, ordnet sie den jungen Leuten der Vorstädte die Figur der Emma Bovary zu: "Da sind sie, die Opfer des Mangels, wünschen sich sehnlichst, was es nicht gibt, und sind - wie Emma - frustriert von einem Lebensentwurf, der den Charakter einer Chimäre hat, aber dadurch nur um so prächtiger wirkt." (S. 93)

Das kaltblütige Protokoll konfrontiert die LeserInnen mit der Gleichgültigkeit, aber auch mit dem völlig rationalen Kalkül der Herrschaft. Warum sich über die Wirtschaftsbosse beklagen, fragt Forrester. "Die kapitalistische Utopie hat sich noch zu Lebzeiten ihrer Anhänger, der Wirtschaftsbosse, verwirklicht. Warum sollten sie sich nicht darüber freuen? Ihre Genugtuung versteht sich doch von selbst und ist nur menschlich. Allzu menschlich? Das ist nicht ihre Sache, die beschränkt sich auf das Geschäftemachen." (S. 73) Der Essay enthält eine Absage an den ideologischen Humanismus, wird aber dadurch nicht weniger radikal ein Manifest praktischer Humanität. Die humanistische Ideologie, das sind die verlogenen Dialoge, Streitkulturen und Runden Tische - eben jene Talk-Show-Öffentlichkeit, in der sich die elitären Schwätzer à la Monsieur Homais mit den proletarischen Emma Bovarys unendlich lange unterhalten können, ohne sich noch etwas zu sagen zu haben.

Während Viviane Forrester scheinbar über etwas schreibt, worin sie keine "Spezialistin" ist, macht sie sich somit an die Arbeit als Schriftstellerin. Ihr Essay kann auch als ein Versuch gelesen werden, der sozialen Frage als Zusammenhang von Klassenkampf und Empanzipation wieder eine angemessene Artikulation zu verschaffen - also Begriffe wie Proletariat, Klassen, Klassenkampf, Profit, Kapitalismus, Ausbeutung aus der ideologischen Versteinerung oder dem Vergessen zu befreien: "Solch archaische Ausdrücke zu gebrauchen grenzt an Heldenmut. (...) Die Verhältnisse schreien jedoch nach diesen Wörtern, die auf den Index gesetzt wurden, während ihr Inhalt, der nie ausgedrückt, nie wirklich zur Kenntnis genommen wird, weiterhin existiert. Wie kann die Sprache, aus der diese Vokabeln entfernt wurden, der Geschichte gerecht werden, die weiter mit ihnen angefüllt ist und sie stumm weiter mit sich führt?" (S. 27)

Vom Erfolg von Schwindeln begriffen?

Ein Buch macht keine soziale Bewegung und führt auch keinen Regierungswechsel herbei. Eine grundlegende Verwechselung findet sich in den zahlreichen bundesdeutschen Rezensionen des Essays. Es ist die Verwechselung von Ursache und Wirkung: Das Buch ist nämlich keineswegs Ursache, sondern Wirkung jener sozialen Bewegungen, die das Buch fast ganz und gar ausklammert - und ihnen dadurch offenbar erst aus der Seele sprechen konnte. Es könnte damit genug sein, Viviane Forrester hat schließlich in ihrem Essay zunächst einmal jede positive Alternative verweigert, weil sie davon ausgeht, die richtigen Antworten würden sich erst dann ergeben, wenn die Fragen richtig gestellt würden. Es könnte also damit genug sein, daß eine

Schriftstellerin eine besondere Wirkung dadurch erzielt, daß sie auf ihre Weise Antworten offenläßt - zum Beispiel offen für die Debatten und Klärungsprozesse innerhalb der Bewegungen.

Nun hat aber Viviane Forrester schon angekündigt, an einem Folgeband zu arbeiten, wo sie ihre eigenen Vorschläge unterbreiten will. Darauf muß man nicht gespannt sein. Mittlerweile bewegt sich Forrester in höchsten Kreisen, hat schon ihre Dispute mit dem Börsen-Tycoon Soros beim Diner geführt. Im Januar erwartet sie das Wirtschaftsforum in Davos zu einer Podiumsdiskussion. Wird dort, wie anderswo in der Welt des Spektakels, Viviane Forrester jemand anderes sein können als eine - Emma Homais?

Martin Rheinlaender

Viviane Forrester: Der Terror der Ökonomie. Aus dem Französischen von Tobias Scheffel,

Paul Zsolnay Verlag, Wien 1997; 216 Seiten, DM 36,-

14. Hundert Tage Rot-grün-rot in Frankreich. Die 35-Stunden-Woche und andere Wahlversprechen - eine Zwischenbilanz

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:37

Im Juni wurde in Frankreich die weltweit erste Regierung gebildet, die Sozialisten, Kommunisten und Ökologen umfaßt. Im folgenden soll versucht werden, eine vorläufige Bilanz der Regierung Jospin auf den Feldern Sozial-, Ausländer- sowie Afrika- und Militärpolitik zu ziehen. Dabei sollen Wahlversprechen und konkrete erste Schritte der neuen Koalitionsregierung miteinander verglichen werden.

Am Abend des 10. Oktober ging die "Konferenz über Löhne, Beschäftigung und Arbeitszeiten" im Hôtel Matignon, dem Amtssitz des Premierministers, zu Ende. Diese Konferenz brachte unter der Schirmherrschaft der Regierung die "Sozialpartner" zusammen, vertreten durch die drei größten Gewerkschaftsbünde CGT, FO und CFDT einerseits und den zentralen Unternehmerverband CNPF andererseits. Ziel des Gipfels war, eine Entscheidung über die Zukunft eines der zentralen Wahlversprechen der Linksparteien herbeizuführen, welches das Herzstück der Sozialpolitik der neuen Regierung bilden soll: die 35-Stunden-Woche. Schon seit Wochen war die Spannung mit Blick auf diesen Tag gestiegen. Einerseits stieß der CNPF immer neue Drohungen und Bannflüche gegen die Perspektive einer verbindlichen Verkürzung der Arbeitszeit aus und drohte mehrfach mit Boykott der Veranstaltung. Seitens des Unternehmerverbands definierte man zwei Schmerzgrenzen: Es solle weder ein allgemeinverbindliches Gesetz noch ein festgelegtes Enddatum für den Übergang zur 35-Stunden-Woche geben; vielmehr solle erst "die Organisation der Arbeitszeiten geändert" - sprich eine größere Flexibilisierung, etwa mittels Arbeitszeitkonten - erzielt werden, bevor man dann später in den Betrieben die Arbeitszeit reduzieren könne. Andererseits machten auch die Gewerkschaften - vor allem die KP-nahe CGT - im Vorfeld mobil, um Druck zugunsten einer Verkürzung der Arbeitswoche zu entfalten. So streikten am 30. September die Beschäftigten der Télécom, wobei der Ausstand sich auch gegen die derzeit anlaufende Teilprivatisierung des öffentlichen Unternehmens richtete. Mit 20 Prozent Beteiligung am Streik war der Erfolg freilich gering. Die Gründe dafür sind darin zu suchen, daß zum einen nach den großen Mobilisierungen 1994 und 1995 gegen die drohende Privatisierung die Beteiligung an Streik- und Aktionstagen bereits das Jahr 1996 hindurch abgebröckelt war, da die Beschäftigten resignierten und sich ins vermeintlich nicht mehr zu Ändernde zu fügen begannen - auch wenn die Umfrage der linken Basisgewerkschaft SUD unter den 120.000 Beschäftigten erst jüngst zeigte, daß Opposition nach wie vor vorhanden ist: Immerhin beteiligten sich 53% der Beschäftigten an der Umfrage, und 80% davon sprachen sich gegen die Privatisierung aus. Zum zweiten hatten nur die beiden stärksten Gewerkschaften bei France Télécom, die CGT und SUD, zu diesem 24stündigen Streik aufgerufen, während die CFDT (sozialdemokratisch) und FO ("unpolitisch"-reformistisch) den Zug der Privatisierung ihrerseits für abgefahren erklärten und dadurch den Schwung der Mobilisierung zusätzlich ausbremsten.

Am 8. Oktober folgten Arbeitsniederlegungen bei der Bahngesellschaft SNCF und dem Pariser Metrobetreiber RATP, die den Verkehr 24 Stunden lang beeinträchtigten (zwischen einem Drittel und der Hälfte der Züge verkehrten). Nach Angaben der SNCF-Direktion beteiligte sich ein Drittel der Eisenbahner an den Ausständen. Am Tag der Konferenz selbst schließlich war der private Sektor an der Reihe: Die Renault-Beschäftigten am Produktionsort Cléon legten die Arbeit für eine Stunde nieder. Gleichzeitig demonstrierten Arbeitsloseninitiativen und soziale Bewegungen, die von dem Gipfel ausgeschlossen blieben, vor dem Amtssitz des Premierministers.

Die Regierung Jospin sah sich also von beiden Seiten unter Druck gesetzt. Ihr mußte allerdings klar sein, daß ein deutliches Abweichen vom Wahlversprechen der 35-Stunden-Woche ohne Lohnverlust eindeutig negative Auswirkungen auf ihre politische Position haben würde. Denn eine Reihe von Wahlversprechen sind bereits offenkundig mißachtet worden: der Stopp der Privatisierung von France Télécom und der Schließung des Renault-Werks im belgischen Vilvoorde, die Erhöhung des Mindestlohns SMIC (die mit 4 Prozent magerer ausfällt als unter der Vorgängerregierung Juppé)... Tatsächlich geht aus der Abschlußerklärung, mit der die Regierung aus dem Gipfeltreffen vom 10.10. herauskam, die Beibehaltung des Ziels 35-Stunden-Woche klar hervor. Bis zum 1. Januar 2000 soll die 35-Stunden-Woche die verbindliche Arbeitszeitregelung für alle

Unternehmen mit mehr als zehn Beschäftigten darstellen, was mit einem Rahmengesetz sichergestellt werden soll; als Perspektive ist von einer Verallgemeinerung der 35 Wochenstunden für alle abhängig Beschäftigten bis zum Ende der Legislaturperiode, also bis zum Jahr 2002, die Rede. Der entsprechende Gesetzesentwurf soll noch vor Jahresende 1997 ins Parlament eingebracht werden. Damit sind Spekulationen, die Verkürzung der Arbeitszeit werde ohne verbindlichen Gesetzestext allein den Verhandlungen der "Sozialpartner" überlassen, vom Tisch.

Das Ergebnis der Konferenz vom 10. Oktober kombiniert freilich die Techniken der Gesetzgebung und der Verhandlung auf Ebene der "Sozialpartner" miteinander. So soll in einer ersten Zeit die konkrete Ausgestaltung des Übergangs zu den 35 Stunden für die jeweilige Branche oder den konkreten Betrieb durch Gewerkschaften und Kapitalseite ausgehandelt werden, denen freie Hand gelassen wird - hier wird also das Kräfteverhältnis entscheidend sein. In der zweiten Jahreshälfte 1999 dann soll eine erneute Sozialkonferenz nach Art der gerade zu Ende gegangenen die Ergebnisse der Verhandlungen bilanzieren und gleichzeitig die ökonomische Situation bewerten. Der Premierminister soll sodann "die Konsequenzen daraus ziehen" und mit seiner Regierung ein zweites Gesetz vorlegen, welches die allgemeine Einführung der 35-Stunden-Woche für das folgende Jahr bestätigt. Die Tageszeitung Libération spricht diesbezüglich von "Netz und doppeltem Boden für Lionel Jospin", der sich nicht ohne Absicherung ins Leere habe stürzen wollen.

Um der Unternehmerschaft, die ja zum Abschluß von Abkommen auf Betriebs- und Branchenebene gewillt sein muß, ebenfalls Vorteile in Aussicht zu stellen, enthält die Erklärung des Regierungschefs auch Entgegenkommen in deren Richtung. So heißt es u.a.: "Die Beschäftigten müssen Gegenleistungen für diesen sozialen Fortschritt akzeptieren, sowohl was die künftige Entwicklung der Löhne als auch, was die Organisationsformen der Arbeitszeit betrifft." Letzteres geht in die Richtung einer Flexibilisierung der Arbeitszeiten etwa mit der Technik von Jahres-Arbeitszeitkonten, wonach die Arbeitskräfte je nach Bedarf des Betriebes in mancher Woche deutlich über und in anderen Wochen klar unter der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit eingesetzt werden können. Was die Löhne betrifft, so ist davon die Rede, der Erfolg der Arbeitszeitverkürzung beruhe "künftig auf einer gebändigten Entwicklung der Löhne". Von der klassisch keynesianischen Politik der Ankurbelung der Massenkaufkraft über die Löhne, welche die sozialistischen Vorschläge vor der Wahl prägte, wird nicht mehr gesprochen.

Der Unternehmerverband CNPF schrie am Abend nach der Sozialkonferenz öffentlich Zeter und Mordio: "Die Ideologie hat über die Vernunft gesiegt", tönte CNPF-Präsident Jean Gandois. Zugleich trompetete er unter Rückgriff auf ein berühmtes Zitat des Generals de Gaulle: "Wir haben eine Schlacht verloren, aber nicht den Krieg". Und schließlich versicherte er, daß er "kämpfen" werde. Dazu wird die Kapitalseite angesichts der anstehenden Verhandlungen über die Modalitäten des Übergangs in der Tat ausgiebig Gelegenheit haben. Wenn die erste demonstrative Aufregung sich gelegt haben wird, dann wird man sich beim CNPF vielleicht sagen können, daß im Fall der Aushandlung entsprechender Modalitäten die ganze Sache gar nicht so schlecht für die Unternehmerseite aussieht - vor allem, wenn "Fortschritte" bei der Flexibilisierung der Arbeitszeiten damit verbunden werden können. Zusätzlich können die Unternehmen - auch dies ein Resultat der Konferenz - 1998 finanzielle Hilfen vom Staat als "Anreiz" zur Arbeitszeitverkürzung einstreichen - 9.000 Francs (knapp 3.000 DM) pro Beschäftigten im Falle einer Reduzierung auf 35 Stunden, bis zu 13.000 Francs (4.000 DM) pro Nase bei weitergehenden Schritten etwa zur 32-Stunden- oder 4-Tage-Woche. Die Libération hatte schon am 2. Oktober berichtet, wie sechs der führenden Köpfe des CNPF - unter ihnen dessen Chef Jean Gandois persönlich - in ihren eigenen Betrieben die Arbeitszeit bereits auf eigene Initiative verkürzt haben. Gandois läßt demnach etwa in seinem belgischen Betrieb ab 1999 wöchentlich 34 Stunden arbeiten, mit "Mäßigung der Löhne" und finanziellen Anreizen vom Staat als Gegenleistung. Sein Kollege vom CNPF-Vorstand, Jean-Yves Bloquert, läßt jene Beschäftigten ihre Arbeitswoche auf 31 Stunden ohne Lohnverlust verkürzen, die dafür die Einrichtung von Jahres-Arbeitszeitkonten akzeptieren - mit Zustimmung von CGT und FO in seinem Betrieb.

Jean Gandois selbst wird den "Kampf" des CNPF freilich nicht mehr führen: er trat in der Woche nach der Konferenz zurück. Sein Nachfolger, so der ausscheidende Boß der Bosse, werde - "um die Unternehmen zu verteidigen" - den Charakter eines "Schlächters" (tueur) haben müssen. Der Rücktritt Gandois', Ausdruck der inneren Spannungen beim CNPF, läßt Presse und Gewerkschaften eine "Radikalisierung" auf Seiten der Unternehmerorganisation befürchten.

Steuerpolitik

Im übrigen Bereich der Sozialpolitik ist die Steuerpolitik erwähnenswert. Brisant ist besonders die Erhöhung der CSG (contribution sociale généralisée) von 3,4 auf 7,4 Prozent. Wie der Name andeutet, handelt es sich bei dem "allgemeinen Sozialbeitrag" um eine Abgabe, die von allen Einkommensbeziehern zu bezahlen ist - von Lohn- und Gehaltsempfängern wie von Personen, die Finanzeinkünfte haben (von Sparguthaben über Aktien bis zu Grund- und Bodenbesitz). Aber auch Rentner und Arbeitslose müssen die CSG auf ihre "Einkünfte" bezahlen, wenn diese eine gewisse Minimalgrenze überschreiten - das betrifft derzeit 42 Prozent der Pensionäre und 14 Prozent der Arbeitslosen. Zweck der Übung ist, das (vor allem auch aufgrund der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit) defizitäre Sozialversicherungssystem zu unterhalten.

Die CSG ist von der sozialistischen Minderheitsregierung unter Michel Rocard 1990 mit den Stimmen der Konservativen und gegen die der Kommunisten eingeführt worden; die konservativen Premierminister Balladur und Juppé haben sie jeweils erhöht. Die Jospin-Regierung hat vor allem die Erhebungsgrundlage auf die Finanzeinkünfte von Privatpersonen erweitert, während für Lohnempfänger ein Transfer ihrer Sozialversicherungskosten vom Lohn (die Krankenkassenbeiträge dort werden gesenkt) auf die CSG stattfindet. Die Lohnempfänger gewinnen dadurch unter dem Strich 1,1 Prozent an Kaufkraft, während neben den Beziehern von Finanzeinkommen auch die Rentner und Arbeitslosen das Nachsehen haben: Sie verlieren 1,2 Prozent. Man hätte auch die Finanzeinkünfte gezielt besteuern können - aber das hätte nach Umverteilung und Klassenkampf gerochen. Allerdings hat die Regierung ihre Absicht angekündigt, für die Rentner und Arbeitslosen Ausgleichsmaßnahmen zu treffen.

Was die übrige Steuerpolitik betrifft, so ist weder die angekündigte Erhöhung der Steuer auf Großvermögen (die KP hatte im Wahlkampf ihre Vervierfachung propagiert) noch die Senkung der Mehrwertsteuer - derzeit 20,6 Prozent - auf Grundkonsumgüter für 1998 verwirklicht. Die Regierung hat inzwischen erklärt, sie habe aufgrund der Kompliziertheit der Materie bisher nicht eingegriffen, werde dies jedoch im Laufe des kommenden Jahres tun.

Ausländergesetze und "illegale" ImmigrantInnen

Mit Spannung wurde das Herangehen der neuen Linksregierung an die Immigrationspolitik erwartet. Dieser Bereich ist für die Linksparteien weit mehr als eine Probe auf die Moral. Die parlamentarische und gesellschaftliche Debatte um die Loi Debré, das vom RPR-Innenminister Jean-Louis Debré vorgelegte repressive Ausländergesetz, bildete im Februar und März '97 die letzte große innenpolitische Auseinandersetzung unter der Regierung Juppé, bevor Chirac am 20. April die Nationalversammlung auflöste und damit vorgezogene Neuwahlen und den Regierungswechsel auslöste. Der Wahlsieg der Linkskoalition hängt unter zwei Aspekten eng mit der Loi Debré-Debatte zusammen. Zum einen hat der breite gesellschaftliche Widerspruch gegen die polizeistaatliche Logik des Gesetzes, der von den Intellektuellen und Künstlern mit ihren Petitionen für den "zivilen Ungehorsam" und ihrer Selbstbezichtigungskampagne ("Auch ich habe einen legalen Ausländer beherbergt, und ich werde es wieder tun") angefacht wurde, zur breiten Front sozialer und politischer Proteste gegen die Regierung Juppé und zu ihrem Scheitern erheblich beigetragen. Zum anderen wurde aber auch die Sozialdemokratie vom Konflikt um das Gesetz schwer gebeutelt: angesichts einer Linkswählerschaft, die in ihrer Haltung zu den Ausländergesetzen gespalten war (41 Prozent der sozialistischen und 30 Prozent der kommunistischen Wähler befürworteten die Loi Debré), wagte der Parti Socialiste keinerlei klare Position zu beziehen. Der Eiertanz ließ die Glaubwürdigkeit der Sozialisten in den Keller rutschen; binnen einen Monats verlor Jospin 6 Prozentpunkte in der öffentlichen Meinung und 11 Prozent unter den PS-Anhängern. Die bürgerliche Rechte, die zugleich zumindest ihr Lager in dieser Debatte zusammengeschweißt hatte, sah sich durch diese Konstellation veranlaßt, den Sprung nach vorn zu wagen und Neuwahlen zu provozieren - als möglichen Ausweg aus der prekären Lage, in die sie sich durch den Druck des vielfältigen sozialen und politischen Unmuts getrieben sah. Zusätzlich brisant wird das Thema durch das anhaltende rechtsextreme Werben um die frühere Linkswählerschaft.

Das Wahlprogramm des Parti Socialiste, Ende April veröffentlicht, hatte die Abschaffung jener Gesetze versprochen, mit denen die konservativen Innenminister Pasqua (1993) und Debré (1997) die Schraube der Repression angezogen hatten. Die Bündnisabkommen der Sozialisten mit den Grünen einerseits und dem Parti Communiste andererseits enthalten diese Forderung jedoch nicht - ein geschickter Schachzug, wie sich im Nachhinein herausstellt: So droht dem PS zwar sein eigenes Programm entgegengehalten zu werden, aber die Koalitionspartner können keine ihnen gegenüber abgegebenen Versprechen diesbezüglich einklagen.

Am 31. Juli legte der Politologe und Soziologe Patrick Weil, den Jospin mit der Erarbeitung eines Entwurfs für eine neue Ausländergesetzgebung beauftragt hatte, einen Katalog mit 120 Punkten vor. Darin taucht die Abschaffung der Pasqua- und Debré-Gesetze nicht auf - "wir sind nicht von einer Verteufelung der bestehenden Texte ausgegangen", erklärt Weil gegenüber Le Monde (8.8.). Aufbauend auf diesem repressiven Instrumentarium, das also weitergelten soll, entwickelt Weil ein Szenario, das er selbst im Interview mit Le Monde treffend zusammenfaßt: "Es ist nicht normal, daß die Elite der frankophonen Länder" - gemeint sind vor allem die früheren französischen Kolonien in Afrika - "die wir besser oder genauso gut ausbilden können wie Belgien, die USA oder Großbritannien, sich aufgrund unserer aktuellen Politik auf diese Länder ausrichtet. Ja, ich schlage vor, daß wir diese politische, intellektuelle und wirtschaftliche Elite ausbilden, daß wir (...) ihr erlauben, zwischen Frankreich und ihren Herkunftsländern zu verkehren." Auf die Nachfrage hin, ob das keine "elitäre Konzeption der Einwanderung" sei, erklärte er: "Soll man bei der aktuellen Lage des Arbeitsmarkts das Land für die Einwanderung von Nichtqualifizierten öffnen? Wir denken: nein." So sieht eine "Öffnung der Grenzen in Funktion des nationalen Interesses" aus, wie Weil das nennt!

Ansonsten schlägt der Entwurf eine Reihe von Verschärfungen vor, etwa für Abschiebehäftlinge. So klagten Solidaritätsinitiativen seit langem das System der "Doppelstrafe" an, das darin besteht, straffällige Ausländer zuerst zu einer Haftstrafe zu verurteilen und sie danach noch zusätzlich abzuschieben und mit einem Einreiseverbot nach Frankreich zu belegen. Mit dem markigen Spruch: "die Doppelstrafe, ich bin dafür!" (Libération, 1.8.) schlägt Weil vor, aus dieser eine "Dreifachstrafe" zu machen. Denn zusätzlich zu ihrer administrativen Funktion, der Entfernung unerwünschter Personen aus dem Land zu dienen, soll die Abschiebehaft zusätzlich Straffunktion erhalten und daher speziell für strafrechtlich verurteilte Immigranten auf einen Monat ausgedehnt werden - eine "absolute Schikane", so die linke Richtergewerkschaft SM.

Die letztgenannte Idee scheiterte zwar am heftigen Einspruch des Justizministeriums; die wichtigsten Vorschläge des Weil-Reports wurden jedoch in einen Gesetzentwurf verpackt, der nach dem neuen Innenminister - dem Chef der linksnationalistischen "Bewegung der Citoyens" MDC - Loi Chevènement benannt ist. Über die zehn Punkte, die im Kabinett noch strittig waren, entschied Premierminister Jospin am 3.September, und zwar durchweg "im Sinne der Festigkeit" (Le Monde vom 5.9.), also der harten Linie. Die Abschiebehaft für alle Ausländer, ob straffällig oder nicht, soll demnach von bisher 4 auf 10 Tage ausgedehnt werden, um "schwierige Fälle" identifizieren oder Abschiebungen in aufnahmeunwillige Länder durchführen zu können. An genau diesem Punkt ist der rechte Innenminister Pasqua übrigens bereits 1993 vor dem Verfassungsgericht gescheitert. Aber was Pasqua nicht durfte, wird vielleicht der Linksregierung gelingen. Die Grünen haben Mitte September angekündigt, daß sie im Parlament gegen das Chevènement-Gesetz stimmen werden, das am 15. Oktober vom Kabinett angenommen worden ist und im November im Parlament vorgelegt werden soll. Bei der KP-Fraktion scheint man hinter verschlossenen Türen kontrovers zu diskutieren, so daß man auf ihr Stimmverhalten gespannt sein darf.

Unterdessen läuft noch bis Ende Oktober die "Legalisierungs"operation für die sans papiers, ImmigrantInnen ohne Papiere, welche die Regierung im Juni hatte anlaufen lassen. Im Gegensatz zu 1981/ 1982, als die damalige Linksregierung pauschal alle ImmigrantInnen "legalisierte", die vor Anfang '81 eingereist waren und ihren Lebensunterhalt verdienten, wird dieses Mal die Prozedur einer Einzelfallprüfung unter Zuhilfenahme von bestimmten Kriterien angewandt. Einige dieser Kriterien lassen den Behörden einen großen Ermessensspielraum ("gute Integration in die französische Gesellschaft"). Bis Ende September waren rund 120.000 Anträge gestellt, 5.000 waren bis dahin positiv beantwortet worden; den verschiedenen Pressestimmen zufolge haben maximal 50 Prozent der AntragstellerInnen eine Chance auf eine positive Antwort. Die große Frage stellt sich: Was wird mit jenen geschehen, die keine Papiere erhielten, aber den Behörden nunmehr bekannt sind? Werden sie abgeschoben werden? Diese Befürchtung veranlaßte die Autoren der ersten Aufrufe gegen das Debré-Gesetz vom Februar zu einer neuen Petition, die fordert, "alle ImmigrantInnen ohne Papiere zu legalisieren, die den Antrag dazu gestellt haben".

Premierminister Jospin erklärte unterdessen gegenüber der Tageszeitung Le Parisien (13. Oktober), daß jene, die nicht legalisiert werden könnten, "unser Territorium werden verlassen müssen"; man werde sich um Projekte kümmern, in deren Rahmen sie zur Entwicklung ihrer Herkunftsländer beitragen könnten.

Das Interesse, den Draht zu den politischen, ökonomischen und akademischen Eliten der "Dritten Welt" nicht zu verlieren, das im Weil-Report seinen Ausdruck findet, ist übrigens bereits zuvor durch die französische Außen- und speziell die Afrikapolitik formuliert worden. Denn hier hatte man bemerkt, daß die Herablassung

und Arroganz, mit der Paris die ehemaligen Kolonien seines afrikanischen "Hinterhofs" behandelte, sich gegen den französischen Neokolonialismus selbst zu wenden drohte, nachdem die USA sich immer stärker für Afrika zu interessieren beginnen.

Die Militär-

und Afrikapolitik

Die Niederlage erst des Habyarimana-Regimes in Ruanda (dessen Milizen den Genozid von 1994 verübten), dann des herrschenden Mobutu-Clans in Zaire/Kongo vor vier Monaten haben der postkolonialen Pariser "Kooperations"politik schwere Schläge versetzt. Denn in beiden Fällen waren die herrschenden Regime von Paris unterstützt worden, während Washington in beiden Fällen auf Seiten der siegreichen Rebellen stand. Eine Umorientierung der französischen Politik kam daraufhin - wenn auch schleppend - in Gange.

In diesem Kontext kam der Regierungswechsel gerade zum besten Zeitpunkt, um den Formwandel der französischen Neo-Kolonialpolitik zu begleiten. Der Parti Socialiste hatte noch als Oppositionspartei vor den Wahlen eine "tiefgreifende Reform" der französischen Afrikapolitik gefordert. Die PS-Konzeption enthielt insbesondere die Forderung nach Auflösung des Ministeriums für "Kooperation" und die Eingliederung der Afrikapolitik in die "normale" Zuständigkeit des Außenministeriums. Dadurch sollte das Ende der "Sonderbeziehungen" ausgedrückt werden. Im übrigen war von einer Kontrolle des Parlaments über diesen Bereich die Rede, der bisher meist als Geheimpolitik durch die Exekutive betrieben worden war.

Der "Kooperations"minister Juppés, Jacques Godfrain, zeigte sich dann allerdings öffentlich erstaunt darüber, daß sein Nachfolger Charles Josselin (er hat den Titel eines "Staatssekretärs für Kooperation" in der Jospin-Regierung inne, in welcher die Gesamtzahl der Ministerposten deutlich reduziert ist) anläßlich seiner Antrittsrede vor dem Parlament nichts geäußert habe, was er selbst nicht gleich oder ähnlich gesagt hätte. Josselin selbst hatte vor den Abgeordneten das Wort vom "Bruch" mit der Politik seines Amtsvorgängers ausdrücklich zurückgewiesen. Tatsächlich hatte bereits der rechte Premierminister Alain Juppé den Plan erstellen lassen, das "Kooperations-" dem Außenministerium einzugliedern. Dieses Vorhaben war jedoch damals am Widerstand der "afrikanischen Zelle" im Elysée-Palast gescheitert, welche unter allen bisherigen Präsidenten große Teile der afrikanischen Politik als Privat- und Geheimangelegenheit des Präsidentenamts verwaltete. Diese Parallelinstitution ist nicht nur nicht angekratzt, sondern nach der jüngsten Wahlniederlage der Rechten durch die Aufnahme von Ex-Justizminister Jacques Toubon gestärkt worden - von ihrer Unterstellung unter parlamentarische Kontrolle ist indes keine Rede mehr. Josselin verkündete nun vor den Parlamentariern, die Auflösung des von ihm geleiteten Ministeriums stehe nicht an, aber das Außenministerium übe die "politische Kontrolle" über die "Kooperation" aus.

Zu den materiellen Beschlüssen bezüglich der "Kooperations"- bzw. Neokolonialpolitik zählt die Reduzierung der dauerhaft in Afrika stationierten französischen Truppen von derzeit 8.360 auf rund 5.000 Mann. Dieser Plan wurde jedoch bereits von der Juppé-Regierung ausgearbeitet, ist also nicht als Bruch zu bewerten; er zielt darauf ab, "hin zu einer Selbstverwaltung der Krisen" zu steuern (Le Monde). Frankreich will zwar nicht auf seine Dominanz über das postkoloniale Afrika verzichten, (bzw. auf das, was ihm angesichts des US-amerikanischen Vordringens auf dem Kontinent davon verblieben ist); aber man will sich in Paris nicht länger von afrikanischen Diktaturen als Gendarm für deren "innere Angelegenheiten" einspannen lassen. Im Januar 1997 hatte der damalige sozialistische Oppositionsführer Jospin angesichts des französischen Eingreifens gegen wiederholte Soldatenmeutereien in der Zentralafrikanischen Republik (ZAR), formuliert: "Welchen Auftrag hat unsere Regierung für unsere Soldaten definiert? Die französische Armee darf nicht in eine innere Polizeitruppe oder in eine Präsidentengarde für Präsident Patasse verwandelt werden." Ebenso wie ihre konservativen Vorgänger hat die Jospin-Regierung daher ein vorsichtiges Desengagement eingeleitet, das darin besteht, just die Truppenpräsenz in der ZAR aufzugeben. Hingegen bleiben die französischen Militärbasen an der West- und Ostküste des Kontinents (im Senegal, der Elfenbeinküste und in Djibouti) ebenso vollständig aufrechterhalten wie in zwei Ländern in der Mitte des Kontinents, im reichen Erdölland Gabun und im mittlerweile "befriedeten" Tschad. Damit scheinen die französischen strategischen Positionen mitnichten gefährdet, zumal in kürzester Zeit Nachschub und Verstärkungen aus der Metropole eingeflogen werden können, wie die letzten französischen Interventionen zur Niederschlagung der Meutereien in der ZAR gezeigt haben. Die Verstärkung für die Truppen in der ZAR war damals via Gabun und Tschad eingetroffen.

Aufgegeben fühlt sich nur der ZAR-Präsident Ange-Félixe Patasse, der sauer reagierte und nunmehr die französischen Soldaten noch früher als vorgesehen aus seinem Land abziehen sehen will.

Im übrigen ist auch der Militärhaushalt von den Sparbeschlüssen, die zur Einhaltung der Maastricht-Kriterien dienen sollen (10 Milliarden Francs müssen gefunden werden) betroffen; 2 Milliarden sollen im Verteidigungshaushalt eingespart werden. Dies trug der Regierung eine öffentliche Rüge durch den (mit ihr "kohabitierenden") Staatspräsidenten Chirac ein,der sich zum "Garanten der Armee und der Verteidigung" aufschwang.

Bernhard Schmid, Paris

Das Hamburger Wahlergebnis vom 21.9.1997 (in Prozent)

SPD 36,2 (40,4)*

CDU 30,7 (25,1)

GAL 13,9 (13,5)

Statt 3,8 (5,6)

FDP 3,5 (4,2)

DVU 4,9 (2,8)

REP 1,9 (4,8)

BFB 1,3

NPD 0,1

PDS 0,7 (0,5)

APPD 0,5

* in Klammern die Ergebnisse von 1993

15. Ogoni - Tragödie ohne Ende. Zum zweiten Jahrestag der Ermordung Ken Saro-Wiwas

Autor: Vo · Rubrik: Nigeria · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:16

Aus Anlaß des zweiten Jahrestages der Ermordung des nigerianischen Oppositionsführers Ken Saro-Wiwa wird von zahlreichen Solidaritätsgruppen vom 5. bis 10. November eine bundesweite Ken-Saro-Wiwa-Woche durchgeführt werden. Geplant sind Diskussionsveranstaltungen, Lesungen, Konzerte, Demonstrationen und insbesondere direkte Aktionen gegen den multinationalen Konzern Shell - ist Shell doch einer der hauptverantwortlichen Akteure im Hintergrund der Hinrichtung Saro-Wiwas und der Tragödie des Volkes der Ogoni im Nigerdelta.

Wir wollen im folgenden einen kurzen Abriß der Konflikte und Prozesse geben, die zur Ermordung Saro-Wiwas durch die Militärmachthaber in Nigeria geführt haben.

Ökologische Zerstörungen durch Erdölförderung

Das Nigerdelta im Süden Nigerias gilt mit seinen Süßwassersümpfen, Regen- und Mangrovenwäldern als eines der empfindlichsten Ökosysteme der Erde. Dort leben rund 6 Millionen Menschen; ihre traditionelle Wirtschafts- und Lebensweise gründete sich auf Fischfang, Palmölherstellung und Subsistenz-Landwirtschaft. Seit 1958 wird in der Region von großen multinationalen Konzernen - Agip, Elf, Chevron, Mobil, Texaco, Shell - Erdöl auf großer Stufenleiter gefördert. Über 90% der nigerianischen Erdölproduktion stammt aus dem Nigerdelta; seit Anfang der 70er Jahre ist das Erdöl aus dem Delta die wichtigste Einnahme- und Devisenquelle des nigerianischen Staates, 95% der Exporterlöse und 80% des Staatshaushalts sind dem Erdöl zu verdanken. Das Erdöl bescherte den multinationalen Konzernen enorme Profite und den herrschenden Schichten Nigerias immensen Reichtum. Gleichzeitig aber führte die Erdölförderung im Delta selber zu umfassenden Umweltzerstörungen und zur Umwälzung der traditionellen Lebensweise der Bevölkerung. In den Fördergebieten kam es zur Verseuchung von Feldern und Gärten, zur Vergiftung von Trinkwasser und Luft, zu Fischsterben und überdurchschnittlich hohen Zahlen von Atemwegserkrankungen und Krebs. Die Lebenserwartung liegt 12 Jahre unter dem nigerianischen Durchschnitt. Lecks in Pipelines und Betriebsunfälle führen zur umfassenden Kontaminierung des Bodens; für Förderanlagen und Pipelines wird zuvor landwirtschaftlich genutzte Fläche in großem Maßstab in Anspruch genommen. Die traditionelle Wirtschaftsweise gerät so unter erheblichen Druck.

Diesen negativen ökologischen und sozialen Auswirkungen der Erdölförderung stehen keine nennenswerten "Entwicklungs-"Errungenschaften gegenüber. Vielmehr gehört die Region zu den am stärksten vernachlässigten in ganz Nigeria. Die Infrastruktur ist völlig mangelhaft. Dörfer und Gemeinden sind weder an das Elektrizitäts- oder Wassernetz noch an das Straßennetz angeschlossen. Die Ausstattung mit Schulen und die Gesundheitsversorgung sind mangelhaft, für die junge Generation gibt es viel zu wenig Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Die Diskrepanz zwischen ökologischen und sozialen Belastungen einerseits und ausbleibender Entwicklung andererseits erzeugte bei der betroffenen Bevölkerung das Bewußtsein, zugunsten fremder Interessen ausgebeutet und vernachlässigt zu werden. Sie gewann den Eindruck, daß die Gewinne und Vorteile aus der Erdölförderung andernorts von Dritten realisiert werden, während sie mit den negativen ökologischen und sozialen Folgen vor Ort allein gelassen wird. Daraus resultierten die Konflikte, die dann zur Tragödie der Ogoni und zur Ermordung Saro-Wiwas führten.

Ethnisierung und Eskalation des Konflikts

Bei der von der Erdölförderung im Nigerdelta negativ betroffenen Bevölkerung handelt es sich um die Angehörigen relativ kleiner ethnischer Gruppen (Nigeria ist ein multi-ethnischer Staat mit rund 400 ethnischen Gruppen). Diese haben so gut wie keinen Einfluß und keine Macht im nigerianischen Staatsapparat und können deswegen auch die Entscheidungen über die Verteilung der Erdöl-Einkommen nicht beeinflussen. Hierüber entscheiden vielmehr die führenden Schichten der drei großen Ethnien in Nigeria - der Haussa-Fulani, der Yoruba und der Igbo -, die (mit unterschiedlichem Gewicht und in wechselnden Konstellationen/Koalitionen) den nigerianischen Staatsapparat weitgehend kontrollieren. Vermittels der Kontrolle über die Staatsmacht organisieren sie die Umverteilung der Erdöl-Revenuen aus den von den kleinen Ethnien des Niger-Deltas besiedelten Fördergebieten an die Zentrale des Staates bzw. über die Zentrale an

die von der eigenen ethnischen Klientel besiedelten Regionen. Diese leben - so der Vorwurf Saro-Wiwas 1992 - "wie Vampire von den Ressourcen der Minoritäten im Delta, deren Land Erdöl hat".

Eine der am schlimmsten betroffenen ethnischen Gruppen im Delta sind die Ogoni, ca. 500.000 Menschen, die im südöstlichsten Teil Nigerias in einem Gebiet von rund 650 Quadratkilometern siedeln. Die Bevölkerungsdichte ist hier die höchste in Nigeria (und eine der höchsten der Welt überhaupt). Der Boden war ursprünglich sehr fruchtbar, die Ogoni betrieben überwiegend Subsistenz-Landwirtschaft und Fischfang. Nachdem Shell jedoch 1958 mit der Erdölförderung in Ogoniland begonnen hatte, wurde die knappe Landfläche durch Förderanlagen, Pipelines u.a. Einrichtungen der Ölkonzerne weiter eingeschränkt. Shell produzierte ohne Rücksicht auf die Umwelt; Felder, Flüsse und (Mangroven-)Wälder wurden schwer geschädigt, mehrfach ereigneten sich regelrechte Ölkatastrophen. Angemessene Kompensationszahlungen für Landverlust und Umweltzerstörungen blieben aus, Arbeitsplätze für die entwurzelten Bauern wurden nicht geschaffen. Anfang der 90er Jahre lag die Arbeitslosenrate der Ogoni bei 85%.

Früher und erfolgreicher als andere Ethnien im Nigerdelta organisierten die Ogoni Protest und Widerstand gegen diese Verhältnisse. Zu verdanken war dies vor allem der Persönlichkeit Ken Saro-Wiwas, international bekannter Schriftsteller, Filmemacher und Vorsitzender des nigerianischen Schriftstellerverbands. Saro-Wiwa brandmarkte die Umweltzerstörungen im Gebiet seines Volkes als "ökologischen Krieg" mit dem Resultat des Genozids an den Ogoni. Auf seine Initiative hin wurde 1990 das Movement for the Survival of the Ogoni People (MOSOP) gegründet, um die Interessen der Ogoni gegenüber den Erdölkonzernen und dem nigerianischen Staat zu vertreten. MOSOP forderte in einem Manifest vom August 1990 - der Ogoni Bill of Rights - u.a. wirksamen Umweltschutz, Kompensationen für die ökologischen Zerstörungen, einen angemessenen Anteil an den Erdöleinnahmen für die lokale Bevölkerung und das Recht auf Selbstbestimmung und politische Autonomie. Die Ogoni versuchten durch friedliche Protestaktionen ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Im Januar 1993 gingen mehr als 100.000 Ogoni gegen die Umweltzerstörung im Nigerdelta auf die Straße. Bei weiteren Demonstrationen im April und Mai 1993 gegen die Zerstörung von Feldern und Ernten durch den Bau neuer Pipelines wurden mehrere Menschen von Polizeikräften getötet.

Die herrschenden Militärs denunzierten den Protest der Ogoni als subversiv und separatistisch und antworteten mit massiver Repression. Im Sommer 1993 eskalierte der Konflikt zum Krieg des Regimes gegen die Ogoni. Mindestens 2000 Ogoni wurden getötet, mindestens 30.000 aus ihren Dörfern vertrieben (höhere Schätzungen sprechen sogar von 4000 Toten und 80.000 Vertriebenen). Die Armee konnte den Widerstand der Ogoni mit Einsatz massiver Gewalt brechen. Saro-Wiwa wurde im Mai 1994 unter dem Vorwand, den Mord an vier gemäßigten Ogoni-Führern angestiftet zu haben, verhaftet und saß seitdem in einem Hochsicherheitsgefängnis in Isolationshaft. Seit Januar 1995 wurde ihm und mehreren mitgefangenen Ogoni ein Schauprozeß gemacht. Im November 1995 wurden Saro-Wiwa und drei mitangeklagte Freunde zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde am 10.11.1995 trotz weltweiter Proteste vollstreckt.

Auch nach der Beendigung des Krieges gegen die Ogoni im Sommer 1993 waren die Ogoni in den Folgejahren massiver Gewalt des Militärregimes ausgesetzt. Niederbrennen von Dörfern, Erschiessungen, Vergewaltigungen, Folterungen, willkürliche Verhaftungen und andere Menschenrechtsverletzungen sind im von der Außenwelt abgeriegelten Ogoniland an der Tagesordnung. MOSOP wurde verboten, die Büros der Organisation verwüstet und geschlossen, die Führer verhaftet, ermordet, ins Exil oder in den Untergrund getrieben. Am ersten Todestag Saro-Wiwas war es verboten, Tote zu beerdigen, Gottesdienste abzuhalten oder schwarze Kleidung zu tragen. Ansammlungen von mehr als drei Personen sind verboten. Zuletzt kam es am 12. Juli diesen Jahres zu einem schweren Übergriff: Soldaten eröffneten das Feuer auf einen mit Ogoni besetzten Bus, eine Person wurde getötet, zwei weitere lebensgefährlich verletzt. Und noch immer sitzen 19 Ogoni-Führer, die wie Saro-Wiwa 1994 verhaftet worden waren, im Gefängnis. In ihrem Verfahren gab es erst im August 1996 erste Anhörungen, das heißt, sie waren länger als zwei Jahre ohne jegliche Anklageerhebung festgehalten worden.

Shell trägt Verantwortung

Obgleich sich die Situation in Ogoniland in keiner Weise gebessert hat, bemühen sich Shell und der nigerianische Staat seit geraumer Zeit, durch Werbefeldzüge und internationale Publicity-Kampagnen das Image des Konzern, welches im Zusammenhang mit der Ermordung Saro-Wiwas stark gelitten hatte, wieder aufzubessern und die Ölförderung im Nigerdelta in einem besseren Lichte erscheinen zu lassen. Shell ist der

am längsten in Nigeria tätige und mit einem Förderanteil von rund 50% größte Erdölkonzern in Nigeria. Vor 1993 hatte Shell allein in Ogoniland fünf Ölfelder mit 96 Bohrlöchern betrieben. 1993 dann hatte der Konzern aus Sicherheitsgründen die Erdölförderung in Ogoniland einstellen müssen. Im Mai 1996 äußerte Shell den Wunsch, die Förderung wiederaufzunehmen. Versprochen wurden die Beseitigung von Umweltschäden und neue Entwicklungsprojekte. Shell hatte die Dreistigkeit, dies als Entgegenkommen gegenüber der Bevölkerung und als Beitrag zur Versöhnung darzustellen. Angesichts der Verantwortung von Shell für die umfassenden ökologischen und sozialen Zerstörungen in Ogoniland und der Mitverantwortung für die Eskalation der Gewalt und die Hinrichtung Saro-Wiwas zeugt das von ungebrochener Arroganz im Ungang mit der betroffenen Bevölkerung. Auch heute noch scheut sich Shell nach wie vor nicht, mit einem der korruptesten und brutalsten Militärregime Afrikas zusammenzuarbeiten, dessen tägliche Menschenrechtsverletzungen in Kauf zu nehmen und direkt von der brutalen Repression des Regimes gegen die Ogoni zu profitieren.

Nicht zuletzt, um den PR-Aktionen von Shell Aufklärung über die tatsächlichen Verhältnisse in Ogoniland entgegenzusetzen, soll am 2. Todestag Saro-Wiwas, dem 10.11.1997, ein internationaler Protesttag gegen den Konzern durchgeführt werden. Zudem geht es dabei darum, den internationalen Druck auf das Militärregime in Nigeria zu verstärken - im Interesse der Rechte der Ogoni im besonderen und der Demokratisierung des Landes im allgemeinen. In der Bundesrepublik wird es vom 5. bis zum 10. November eine bundesweite Ken Saro-Wiwa - Woche geben, mit der die nigerianische Demokratiebewegung und der Kampf der Ogoni bekannt gemacht und unterstützt werden sollen.

Vo

Nähere Informationen über die internationalen Aktivitäten sind zu erhalten bei:

MOSOP, Suite 4, 3-4 Albion Place, Galena Road, London W6 OLT, Tel: O181/5638614, Fax: 0181/5638615.

Über die Aktionen in der BRD informiert u.a.:

AK Nigeria - Aktion Ogoni c/o Udo Schuldt, Traberweg 34E, 22159 Hamburg, Tel.: 040/69640440, Fax: 040/69640441.

16. Bündnis im Bandenkrieg. Die türkische Armee richtet sich im Nordirak ein

Autor: WADI e.V. · Rubrik: Türkei; Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:38

In vielen arabischen Ländern stellen Frauenorganisationen einhellig fest, daß häusliche Gewalt und Mißbrauch von Frauen innerhalb der Familie eines der bedeutendsten gesellschaftlichen Probleme im Nahen Osten darstellt. Die Formen dieser Gewalt sind vielfältig, neben meist gewaltsam durchgeführtem Inzest sind es Vergewaltigungen und andere Formen von sexuellem Mißbrauch. Die Opfer haben kaum die Möglichkeit, sich zu wehren, da einerseits in fast allen Fällen die Männer von der Familie oder dem Stammesverband gedeckt werden, andererseits fatalerweise die betroffenen Frauen oftmals als die Schuldigen gelten. Bei Vergewaltigungen etwa ist es üblich anzunehmen, daß die Frau oder das Mädchen den Täter gereizt habe und deshalb selber schuld sei. Auf Frauen, die mißhandelt worden sind, wird innerhalb der Familie starker Druck ausgeübt, sich nicht an Polizei oder Öffentlichkeit zu wenden.

Gedroht wird damit, sie in einem solchen Fall aus dem Familienverband auszustoßen und ihnen, falls sie Mütter sind, ihre Kinder wegzunehmen. Zudem kann es passieren, daß die männlichen Familienmitglieder das Bekanntwerden eines Mißbrauchs als Ehrverletzung der Familie ansehen, die dann oft nur durch Tötung der betreffenden Frau wiederhergestellt werden kann. Andere Mittel der Bestrafung reichen von Prügel bis zur völligen sozialen Isolation. Diese Ehrverletzungen haben eine lange, blutige Tradition und spielen bis heute eine wichtige Rolle. Überrascht etwa ein Mann seine Frau, Tochter, Schwester oder eine andere Verwandte bei Intimitäten mit einem fremden Mann, gilt die Familienehre als verletzt. (1) Nur die Tötung der Frau und des anderen Mannes kann dann die Ehre wiederherstellen. Diese Tötung wird, bei entsprechend konservativ eingestellten Familien, zur Ehrenaufgabe der Männer. Nicht selten treten Fälle auf, in denen vor der Dorfgemeinschaft Gelübde abgelegt werden, erst wieder zur Alltagsnormalität zurückzukehren, wenn die betreffende Frau getötet worden ist. Dieser Ehrenkodex ist noch immer weitverbreitet, gilt selbstverständlich aber nicht für alle Familien und stellt in dörflichen Gemeinschaften ein wesentlich größeres Problem dar als in den Städten.

Seit geraumer Zeit gibt es unterschiedliche Initiativen und Organisationen, die aktiv gegen diese sogenannten "Verbrechen der Ehre" vorgehen. Die Eröffnung einer Zufluchtsstätte für bedrohte Frauen ist hierbei ein bedeutender Schritt. Das erste Haus für mißbrauchte Mädchen und Frauen in der arabischen Welt wurde 1993 in Nazareth eröffnet. Daß dieses Frauenhaus in Israel steht, ist kein Zufall, sondern Zeichen für die besondere Situation des Teils der arabischen Community, die innerhalb Israels als israelische Staatsbürger leben.

Die circa 800.000 PalästinenserInnen mit israelischer Staatsbürgerschaft leben in einer einmaligen Sondersituation, die ihr Selbstverständnis als PalästinenserInnen und Israelis nachhaltig geprägt hat. Für Jahrzehnte abgeschnitten von der arabischen Welt, die sie nicht besuchen konnten, da sie Inhaber eine israelischen Passes sind, leben sie inmitten eines "westlichen" Staates als arabische Minderheit, der ihre Eigenarten nicht nur positiv zugestanden, sondern auch als kulturelles Stigma zugeschrieben werden. Die Auseinandersetzung zwischen dieser "Moderne", die sich nach 1948 in Israel rasant entwickelte, und der traditionellen arabischen Lebensweise steht im Zentrum ihrer Situation.

Die Widersprüchlichkeit läßt sich beispielhaft an der Problematik der Familienehre zeigen. Traditionelle Eliten, besonders unter den Beduinenstämmen im Negev, propagieren öffentlich, daß Frauen, die gegen den Moralkodex verstoßen getötet werden sollen. Ein Sprachrohr finden sie dabei unter anderem im israelischen Fernsehen, wo kürzlich ein Scheich unkommentiert von sich geben durfte, daß Mädchen, die außerehelichen Geschlechtsverkehr gehabt hätten, Drogen nehmen würden oder ähnliches, es nicht verdienten, weiterzuleben. Dieser Fernsehauftritt löste unter den arabischen Frauenorganisationen Empörung aus; nicht zuletzt wurde darauf verwiesen, daß einem jüdischen Israeli ähnlichlautende Äußerungen, die gegen geltende Gesetze verstoßen, nie gestattet worden wären. Es ist aber eine alte Politik der israelischen Regierung, mehr oder weniger die traditionellen Machthaber und Notabeln der arabischen Gesellschaft gewähren zu lassen. So unterstützt man Kräfte, die eine gewisse Rückschrittlichkeit der arabischen Community garantieren.

Schon seit Gründung des Staates Israel stützt diese Politik sich auf die Argumentation, man wolle nicht zwangsweise westliche Werte und Vorstellungen in das arabische Kollektiv einpflanzen, sondern man achte

die kulturelle Differenz. Die daraus folgende kulturelle und juristische Autonomie aber hat wenig mit arabischer Eigenart, viel aber mit Zementierung klassischer Herrschaftsstrukturen zu tun.

So stießen Vertreterinnen der Organisation Women against Violence (WAV), die Betreiberinnen des Frauenhauses in Nazareth, auch auf ablehnendes Unverständnis, als sie erstmalig Frauenhäuser für Araberinnen einforderten und das israelische Sozialministerium um finanzielle Unterstützung angingen. Derartige Einrichtungen seien nicht kulturtypisch und daher auch nicht prioritär zu fördern. "Es hat lange gedauert, bis wir begriffen haben, daß wir mit Forderungen, die sich nur auf unsere arabische Identität bezogen haben, bei der israelischen Regierung nicht weiterkommen", erklärt Aida Souliman-Touman, Vorsitzende der WAV. "Es bestand seitens der Israelis ja ein Interesse, daß wir möglichst traditionell leben, und dieses Interesse teilen sie mit vielen von unseren Repräsentanten. Hier in Israel gibt es zwar eine starke Frauenbewegung, aber noch immer klammern sich die Männer an ihre Rolle als Patriarchen in der Familie. Das hängt eng mit unserer Geschichte zusammen. 1948 haben wir fast alles verloren, unser Land und unsere politischen Einflußmöglichkeiten. Das hat besonders die Männer getroffen, die sich daraufhin auf ihre Familie als einzig bleibende Sphäre zurückgezogen haben. Erst als wir also im Ministerium unsere israelischen Pässe auf den Tisch gelegt haben und sagten: Wir haben die gleichen Pässe wie Ihr, wir haben Euch um diese Pässe nie gebeten, aber da wir sie nun haben, wollen wir als gleichberechtigte israelische Bürger behandelt werden, sind wir weitergekommen." Gelder, die generell für Frauenhäuser innerhalb Israels zur Verfügung standen, wurden, wenn auch in geringem Maße, für das geplante Projekt bewilligt.

Allerdings ist die Berufung auf kulturelle Unterschiede nur eine Seite der jüdischen Politik gegenüber den Araberinnen. So haben arabische Aktivistinnen feststellen müssen, daß gerade fortschrittliche und linke Organisationen, die für Verständigung und Kooperation mit den AraberInnen eintreten, zu einer paternalistischen Haltung neigen. "Wir müssen uns oft gegen den guten Willen von jüdischen Frauenorganisationen zur Wehr setzen, arabische Frauen haben andere Probleme als jüdische, und deshalb müssen unsere Lösungen auch andere sein", faßt die Vorsitzende der WAV ihre Erfahrungen zusammen. Ziel ist die wirkliche formale Gleichberechtigung vor dem Gesetz, denn arabische Männer, die ihre Frauen mißbrauchten oder die sogar im Rahmen der Ehrverletzung gemordet haben, können auf die Akzeptanz der Justiz bauen und kommen im Regelfall mit milden Urteilen davon. Zivile Rechtsprechung unterliegt in Israel in großen Teilen religiösen Gerichten, im Falle der muslimischen AraberInnen den Schariah-Gerichten, die weitgehende Autonomie genießen. Hier werde, meinen verschiedene Frauenorganisationen, zu wenig Druck ausgeübt, es gäbe eine schreiende Ungleichbehandlung von Juden bzw. Jüdinnen und Arabern bzw. Araberinnen, besonders von Frauen und Männern, auch vor staatlichen Gerichten.

Trotzdem gibt es für die arabischen Aktivistinnen eine breite Palette von Möglichkeiten, politisch zu intervenieren. Es besteht beispielsweise die Möglichkeit der Lobbyarbeit durch arabische Abgeordnete in der Knesset, die beispielsweise gemeinsam mit Vertretern linker israelischer Parteien verschiedene Gesetzentwürfe zur Gleichstellung palästinensischer Frauen eingebracht haben. Denn obgleich seitens der israelischen Regierung nur bedingtes Interesse an fundamentalen Änderungen innerhalb der arabischen Community besteht, bieten Verfassung und demokratische Institutionen eine Vielzahl von Möglichkeiten, eigene Vorstellungen und Interessen durchzusetzen.

"Es war ein langer Prozeß", meint Aida Souliman-Touman, "bis arabische Frauen begriffen und akzeptiert haben, daß nicht der Staat Israel in all seinen Ausformungen generell abzulehnen ist, sondern, daß das westlich-demokratische System auch ihnen viele Vorteile bietet." Die Sicherheit eines legalen Systems, in dem, anders als in den meisten arabischen Ländern, politische Repräsentanz nicht von Familien- und Stammesbindungen abhängig ist, ermöglicht es, ohne Rücksichtnahme auf diese traditionellen Bindungen aktiv zu sein. So wurden die Probleme von häuslicher Gewalt gegen arabische Frauen offensiv in Parlament, Presse und Öffentlichkeit thematisiert und angegriffen, was in anderen Ländern des Nahen Ostens bis heute ein Ding der Unmöglichkeit wäre. (3)

Anhand der Frauenhäuser lassen sich die unterschiedlichen Facetten aufzeigen. Kommt eine verfolgte Frau in eine Polizeistation, um Schutz zu verlangen, kann es ihr, ist der Polizist Araber, passieren, daß er die Familie benachrichtigt, die sie verfolgt, weil er selbst diesem Moralkodex anhängt. Ist er aber Jude, interessiert er sich wenig für innerarabische Auseinandersetzungen und informiert eher die Notaufnahmestelle in Nazareth. Das gleiche gilt für den direkten Schutz der Frauen und Mädchen. Ihre Sicherheit ist durch jüdische Polizeikräfte (4) gewährleistet.

Unter Schutz stehen auch Einrichtungen, in die verheiratete Frauen mit ihren Kindern kommen können, die die Übergriffe ihrer Ehemänner nicht weiter ertragen können oder wollen. Daß alleine im Zeitraum von 1994 bis 1997 über 450 Mädchen von Polizei, Sozialarbeitern und Krankenhäusern in das Schutzzentrum überwiesen wurden, zeigt, wie groß dieses Problem ist. Es muß außerdem von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden, da viele Frauen und Mädchen keine Möglichkeit haben, sich an Sozialarbeiter oder Polizisten zu wenden, oder nicht den Mut aufbringen, die gesellschaftliche Barriere hierfür zu überwinden. Groß ist die Angst, als Prostituierte oder unmoralische Person stigmatisiert zu werden. Natürlich gibt es ähnliche Aktivitäten seitens jüdischer Frauenorganisationen, da häusliche Gewalt alle Frauen in Israel betrifft. Untersuchungen des israelischen Arbeitsministeriums haben ergeben, daß es in jeder vierten Familie Übergriffe auf Frauen gibt. Geht es um allgemeinere Probleme und Fragen, engagieren sich arabische und jüdische Frauenorganisationen gemeinsam.

Für wie viele Mädchen jede Hilfe zu spät kommt, ist unbekannt. In den letzten Jahren wurden 52 Fälle von Tötungen aus Ehrengründen dokumentiert, die arabische Rechtshilfsorganisation "Albadeel" geht allerdings von einer wesentlich höheren Zahl aus, da bekannt ist, daß mutmaßliche Morde als Unfälle oder Selbsttötungen kaschiert werden.

Die Mädchen und jungen Frauen, die im Zentrum in Nazareth aufgenommen werden, blicken oft auf eine jahrelange Tragödie zurück. Viele sind extrem verwahrlost, haben keinerlei Schulausbildung genossen und sind völlig traumatisiert. Das bisher jüngste hier behandelte Opfer familiärer Vergewaltigung war gerade neun Jahre alt. In dem Zentrum, das die Mädchen aus Sicherheitsgründen nicht verlassen dürfen, werden sie psychosozial betreut und soweit möglich wieder aufgerichtet. Hierfür stehen nur sechs relativ kleine Räume zur Verfügung, die chronisch überbelegt sind. Nach drei Monaten wird versucht, sie in die Gesellschaft wiedereinzugliedern, was vor allem dann fundamentale Schwierigkeiten bereitet, wenn die Familie weiterhin an ihrer Tötungsabsicht festhält. In solchen Fällen kam es schon vor, daß Mädchen bis zu einem Jahr im Zentrum bleiben mußten. Dann wird versucht, ihnen eine Existenz weitab von ihrem Heimatdorf zu schaffen, was in einem kleinem Land wie Israel nicht leicht fällt. Seit 1995 besteht außerdem eine Wohneinheit, in der Mädchen mit extremen Problemen vorübergehend betreut wohnen können.

Um überhaupt den Ehrentötungen ein Ende zu setzen, hat sich eine breite Koalition verschiedener arabischer Organisationen gegründet. Ziel ist es, auf politischer Ebene darauf hinzuwirken, daß diese Vergehen gerichtlich wesentlich härter geahndet werden, und mittels Aufklärung in Schulen und anderen Einrichtungen die Ursachen von Mißbrauch zu bekämpfen. Man stehe, meinen Mitarbeiterinnen von WAV, erst am Anfang, habe aber in den letzten Jahren schon eine breite öffentliche Sensibilisierung für dieses Thema erreicht, und man hoffe, daß auch in anderen arabischen Ländern ähnliche Einrichtungen geschaffen werden. Entsprechende Initiativen und Ideen gibt es beispielsweise auch in Jordanien, nur stellt sich dort die Situation wesentlich komplizierter dar.

Allerdings sei die Unterstützung, die man nach längeren Auseinandersetzungen endlich vom israelischen Sozialministerium erhalten habe, unter der Regierung Netanjahu wieder gekürzt worden. Statt emanzipatorische Initiativen und Gruppen zu unterstützen, versuche die neue Likud-Regierung wieder die Allianz mit den alten arabischen Eliten und Notabeln zu verstärken. Ob und wie sich diese Politik auf die arabische Community innerhalb Israels auswirkt, ist noch nicht abzusehen.

Thomas v. der Osten-Sacken

WADI e.V.

WADI e.V. unterstützt die Einrichtungen für mißbrauchte Mädchen in Nazareth. Spendenkonto: 612305-602, Postbank Frankfurt, BLZ: 500 10060

Anmerkungen:

1) Das gleiche gilt, wenn die Tochter beispielsweise den für sie ausgewählten Mann nicht heiraten will oder im letzten Moment vor der Hochzeit flieht.

2) Einzige Ausnahmen bilden Ägypten seit dem Camp-David-Abkommen und, seit 1993, Jordanien.

3) Wie zentral dieses Problem ist zeigt sich darin, daß auch im benachbarten Jordanien über Wege und Möglichkeiten nachgedacht wird, es zu thematisieren und den Opfern zu helfen. Eine offensive und öffentlichkeitswirksame Vorgehensweise, wie in Israel möglich, wäre hier allerdings undenkbar.

4) WAV bietet auch Trainingskurse für Polizisten an, in denen der Umgang mit mißbrauchten Mädchen gelehrt wird. Hierbei stellte sich heraus, daß in den Seminaren nach längeren Diskussionen arabische Polizisten, begannen die Idee positiv zu unterstützen.

17. "Rußland kann den Westen nicht imitieren." Ein Gespräch zwischen Kai Ehlers und Boris Kagarlitzki

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:10

Das hier dokumentierte Gespräch zwischen Kai Ehlers und Boris Kagarlitzki wurde schon vor einigen Monaten in Moskau geführt. Kagarlitzki (Jahrgang 1958), Theaterwissenschaftler und Marxist, arbeitet gegenwärtig am Moskauer "Institut für vergleichende Politologie", dem früheren "Institut für Internationalismus und internationale Arbeiterbewegung". Seine verblüffende These: "Nie war das Klima für die Entwicklung linker Perspektiven in Rußland günstiger"; Rußland sei "einfach gezwungen, einen nicht standardisierten Weg zu gehen". Der Text wurde von Kai Ehlers für die WoZ (Zürich) bearbeitet. Wir danken dem Autor und der WoZ-Redaktion für die Genehmigung zum Abdruck.

Kai Ehlers: Zehn Jahre nach Beginn der Perestroika, fünf Jahre nach Antritt Boris Jelzins ist es Zeit für eine Zwischenbilanz. Was war das Ergebnis dieser Jahre?

Boris Kagarlitzki: Es ging um die Beseitigung des alten sozialen Systems und seine Ersetzung durch ein neues, für den Staat weniger kostspieliges; die neoliberalen Reformen Jelzins waren ein solcher Versuch. Die Macht hat für sich den Ausweg aus der Krise gefunden, indem sie sich dem Kapitalismus zuwandte und sich dabei als kompradorisches Regime konsolidierte.

Aber es steckt doch sichtlich immer noch in der Krise.

Klar. Die Privatisierung begann den Staat zu zersetzen, blieb aber stecken. Ich habe bereits vor zwei Jahren geschrieben, daß es nicht möglich ist, die sowjetischen Betriebe zu privatisieren. Unsere Unternehmen sind keine "business enterprises" im amerikanischen Sinne, sie sind ein Teil des Staates und zugleich Teil des sozialen Netzes; durch sie geht der Steuerfluß. Die Unternehmen zu privatisieren bedeutete praktisch, nicht nur ein Stück der Staatseigentums, sondern des Staates selbst abzugeben. Im Mikrobereich führte das zu vollkommenem Chaos. Das kann nicht einfach bis auf Regionsebene so fortgehen.

Die Strukturen sind ja wohl auch älter als die Sowjetunion?

Natürlich, es ist die Grundsituation einer nachholenden Entwicklung, die das Land in periodisch sich wiederholende Krisen treibt. Dabei ist das nicht ganz exakt: Es ist ja eines der Rätsel der Sowjetunion, wie sie auf der anderen Seite immer wieder unglaublich nach vorne stürmte. Sie war ein halbkapitalistisches Land mit sozialistischen Merkmalen. Jetzt hat man versucht, sich von den Elementen des Sozialismus zu befreien, die das Erbe der Revolution waren. Was ist denn das Regime Jelzin? Das ist die Sowjetunion, bereinigt um ihre sozialistischen Elemente; das sind Stalinsche Bürokraten, die die marxistischen Dekorationen und Rituale abgelegt haben.

Was wird jetzt abgelegt?

Man wirft jetzt, das muß ich leider in der Sprache der Sowjetorthodoxen sagen, ausgerechnet die Errungenschaften der sowjetischen Periode weg. Damit meine ich das, was wir in der Welt dargestellt haben, also fundamentale Wissenschaft, die soziale Sphäre, das Gesundheitswesen, die Bildung und schließlich noch einen Aspekt des sowjetischen Systems, der bis heute kaum beachtet wurde, die "Obschtschinost", die Gemeinschaft des industriellen Arbeitskollektivs.

Kannst du bitte genauer sagen, was du darunter verstehst?

Das ist im Grunde die alte zaristische Bauerngemeinschaft, nur ausgerichtet auf die Notwendigkeiten der industriellen Produktion. Im Zuge der schnellen Industrialisierung wurden die Bauern aus dem Dorf in die Stadt geworfen, dort begannen sie sich nach fast den gleichen Prinzipien wie auf dem Dorf zu organisieren; unser Staat selbst ist so organisiert. Für den Staat ist das bequem. Das ist kein westliches Proletariat und auch nicht das mythische Proletariat der sowjetischen Ideologie; das gab es sowieso nie. Das ist die normale traditionelle bäuerliche Nachbarschaftsgemeinschaft, aber organisiert rund um Fabriken. Der Staat verwaltet die Betriebe, diese verwalten ihre Leute. In den Betrieben wirken wechselseitige Verpflichtungen. Die Administration achtet auf Disziplin, die Arbeiter haben ihre sichere Arbeit. Deshalb gibt es keine bürgerlichen Beziehungen zwischen

dem Staat und seinen Untertanen und der Untertanen untereinander. Es gibt nur die Beziehungen des Staats zu den Kollektiven, seltener auch der Obschtschinas untereinander. Diese Strukturen versucht man jetzt zu zerstören, wenigstens aber zu korrumpieren.

Das haben doch schon Alexander II. und Pjotr Stolypin vor der Revolution von 1917 vergeblich versucht.

Genau! Für Stolypin trafen unvereinbare Widersprüche aufeinander: Einerseits war es aus seiner Sicht zur Forcierung des industriellen Wachstums notwendig, die Obschtschina zu zerstören, um eine Masse freier Arbeiter zu erhalten; andererseits war die Obschtschina noch die steuerliche Basis des russischen Staates. Hätte man die Obschtschina schnell zerschlagen, dann hätte das bedeutet, daß die steuerliche Basis eher zusammengebrochen wäre als daß neue Arbeitsplätze für die entstanden wären, die aus der Obschtschina herauskamen. Im Ergebnis versuchte Stolypin, die Obschtschina nicht zu zerstören, sondern zu korrumpieren, genauso wie heute. Daraus ist aber nichts weiter gefolgt.

Mehr noch: Lenins "Deklaration über den Boden" von 1917 machte die Obschtschina ja wohl zur allgemeinen gesellschaftlichen Struktur?

Aber ja! Die Bolschewiki erkannten das selber nicht; tatsächlich folgten sie darin jedoch ganz den Ideen der von ihnen politisch diskriminierten Volkstümler, der Narodniki. Die gegenwärtige Macht befindet sich in einer vergleichbaren Situation. Auf der einen Seite will man die Modernisierung und dafür müßte man die heutigen Formen der Obschtschina liquidieren, vor allem die wechselseitige Verpflichtung zwischen Verwaltung und Arbeiterschaft. Wenn man sie aber schnell zerstört, dann werden wir nicht nur 60% Produktionsrückgang für fünf Jahre haben, sondern 100%. Das wäre das Ende, denn andere Mechanismen gibt es nicht. Deshalb gingen sie denselben Weg wie Stolypin: sie versuchen, sie zu korrumpieren, das heißt, sie von Subventionen abhängig zu machen usw. So kommt es, daß die Obschtschina bis heute Solidarität kennt, andererseits schon von inneren Spannungen zerfressen wird. Der Direktor gehört irgendwie mit zu den Arbeitern, aber er erhält doch, sagen wir 5000 Dollar im Jahr, während der Arbeiter nichts bekommt.

Welche Bedeutung mißt du diesen Strukturen heute bei?

Wir verlieren zur Zeit die Obschtschinost. Ob das gut oder schlecht ist, ist eine zweite Frage. Vielleicht haben wir sie auch noch nicht verloren. Zur Zeit hat die Wirtschaft drei Sektoren: Erstens einen äußerst engen formalen Bereich, vor allem in Moskau, in Leningrad usw., das sind gewissermaßen Enklaven der westlichen Wirtschaft; zweitens die nichtformale Wirtschaft; drittens die Obschtschinas im Stadium der Auszehrung.

Viele verstehen sich als Notgemeinschaft, so weit ich beobachten konnte und orientieren ausdrücklich gegen ihre Auflösung.

Ich sage noch mehr: Wer schafft Valuta für Rußland? Gasprom, die Öl- und Gasindustrie und ähnliche, also unsere Exporteure, die auf dem Weltmarkt tätig sind! Sie sind konkurrenzfähiger als die Betriebe, die nach den neuen politischen Prinzipien organisiert sind. Und Gasprom - das ist die typische korporative Struktur der Obschtschina. Sie können monatelang ohne Lohn arbeiten lassen und dann zu Dumpingpreisen verkaufen! (lacht)

Die Liquidierung der Obschtschina ist also wieder einmal nicht gelungen?

Gaidar wollte es, auch der IWF. Aber es geht nicht. Als sie es versuchten, gab es einen riesigen Produktionsabfall. In ihrem Vorgehen gegen die Betriebskollektive haben sie die finanzielle Basis zerstört - das ist die Steuerkrise, die wir heute haben. Privatisierte Betriebe hörten auf, ihre öffentlichen Funktionen wahrzunehmen, andere fuhren damit fort, verwandelten sich aber in einen Verlustbetrieb. In beiden Fällen muß der Staat einspringen; statt Einnahmen von den Betrieben zu erhalten, muß er sie zusätzlich stützen. So entsteht eine gefährliche neue Krisenrunde, weil das Geld nicht ausreicht.

Was folgt aus der bisherigen Entwicklung - mehr oder weniger Kapitalismus, mehr oder weniger Demokratie?

Als Objekt der Aktivitäten des IWF, als zukünftiger Teil des Weltmarktes sind wir selbstverständlich ein kapitalistisches Land. Darüberhinaus bleibt Rußland jedoch seine eigene Welt, für die andere als kapitalistische Gesetze gelten. Die Arbeiter bekommen ihren Lohn nicht, gehen aber zur Arbeit. Ist das ein kapitalistisches Arbeitsverhältnis? Nein, das ist eben die Obschtschina! Die Menschen leben auf Kosten der Solidarität der Gemeinschaft. Das ermöglicht dem Staat, seinen Verpflichtungen nicht nachzukommen - dafür

bezahlt das Volk keine Steuern. (lacht) Also, Obschtschina, das ist diese kompakte wechselseitige Verpflichtung, der korporative Bau. Er bewahrt nicht nur traditionelle Elemente, vermischt mit sozialistischen, er existiert einfach aufgrund anderer Gesetzmäßigkeiten als denen der kapitalistischen Welt: denen der naturalen Wirtschaft, einer Wirtschaft des unmittelbaren geldlosen Tauschhandels; Lohn wird nicht gezahlt, aber dafür werden Produkte ausgehändigt.

Und wie ist es mit der Demokratie?

Demokratie im westlichen Sinne existiert ebenfalls nicht nur nicht, sie ist auch nicht möglich, weil eine bürgerliche Gesellschaft andere soziale Beziehungen erfordert. In der Obschtschina ist die Beziehung der Menschen zueinander von kollektiven Verpflichtungen geprägt und nicht von individuellen. Jetzt versucht der Staat sich mit den Leuten wie mit Bürgern zu verständigen... (lacht)

Glaubst du, daß Menschen sich in dieser Situation aus eigenen Stücken zusammenschließen können?

Ich denke, es gibt keinen anderen Ausweg, denn die alten Zwangsgemeinschaften gibt es schon nicht mehr, obwohl sie in den Traditionen noch wirken. Hinauszugehen ist immer noch ein Schritt in die Ungewißheit. Dennoch beginnen die Menschen sich freiwillig zu verbinden, weil der Staat ihnen keinen Lebensschutz mehr gewährt. Im Grunde wollen sie den staatlichen Paternalismus, sie fühlen sich verlassen, vom Staat verraten. So wächst das Mißtrauen in den Staat. Darüberhinaus wächst in diesen kriselnden Obschtschinas so etwas wie eine kollektive, assoziative Beziehung zwischen den Menschen heran.

Bereits erkennbar?

Im Prinzip ist sie in den neuen Gewerkschaften angelegt, allerdings noch sehr unterentwickelt. Die neuen Gewerkschaften entsprechen zum einen den westlichen; das ist nicht unbedingt beängstigend, andererseits sind sie den Fragen nicht gewachsen, die jetzt anstehen. Das heißt, sie können die Probleme der korrumpierten Obschtschina nicht lösen. Wie kann ein Gewerkschaftsführer, der zugleich Direktor ist, die Interessen der Arbeiter schützen? Im übrigen sind die alten Gewerkschaften zum Teil noch erhalten und bilden so eine Behinderung für die neuen.

Dann die kommunistische Partei: Eine Superobschtschina! Eine einzige korporative Gemeinschaft! Sie verbindet die Masse der Pensionäre und Leute der alten Generation in den Städten und auf dem Lande. Wenn der Chef der Administration Kommunist ist, kann man auf diese Weise sogar Arbeit finden. Im übrigen ist das nicht einmal eine politische Frage, sondern einfach eine von alten Beziehungen.

Diese Superobschtschina ist zum einen ein Schutz; sie unterstützt die Menschen in dieser Krise. Auf der anderen Seite ist sie ein Hindernis für die Entstehung einer neuen freien, sozialen Kraft.

Insgesamt haben wir eine Situation, in der demokratische Institutionen in den Regierungsetagen simuliert werden. Wir haben ein Parlament, das nichts entscheidet. Wir haben Wahlen, aber alle wissen, wenn sie nicht richtig wählen, dann werden die Wahlen annulliert, dann wird mit Bürgerkrieg gedroht.

Das ist wie ein Mechanismus, der durchdreht; die Räder kreisen, aber das Gefährt kommt nicht vom Fleck. Auf der anderen Seite gibt es diese Strukturen der Obschtschina, die immer noch funktionieren. Das ist der Grund, warum wir trotz allem einiges an tatsächlicher Freiheit haben.

Vertraust du dieser Freiheit?

Meiner Meinung nach hat das neue System kein Verlangen nach einer totalen Kontrolle über die Bevölkerung. Einige demokratische oder halbdemokratische Institutionen ermöglichen es, die Last vom Staat abzuwälzen und ihm ein schönes Gesicht für den Westen zu geben. Vor Ort werden die Entscheidungen dagegen nach den Strukturen der Obschtschina und nach Mechanismen des Clans getroffen, die anschließend in demokratische Prozeduren umgeformt werden. Der Westen versteht sehr gut, daß man ihn täuscht - und nimmt die Maskerade bereitwillig an: Für ihn ist der Betrug ebenfalls bequem: So muß er Rußland nicht voll in den Weltkapitalismus einbeziehen.

Ihr habt keine Diktatur...

... aber auch keine Demokratie.

Wie soll man so ein Staatswesen nennen?

Im Prinzip ist es eine Oligarchie, aber - was dem Lande sehr hilft - eine pluralistische Oligarchie, ein Pluralismus der Korporativen im Sinne der alten Gemeinschaftsstrukturen. Das zu sehen ist wichtig, um die globaleren Zusammenhänge zu begreifen. Der Kapitalismus, der hierher kam, war nicht in der Lage und auch nicht gezwungen, hier eine echte Demokratie zu schaffen oder westliche Formen der Marktwirtschaft. Er war nur gezwungen, unsere Gesellschaft mit den westlichen politischen Strukturen und dem westlichen Markt "kompatibel" zu machen. Betriebe und demokratische Institutionen westlicher Prägung bilden eine Art Transistor, Überleitungen von einem System zum anderen. Diese "peredniki" sind real vorhanden, sie sind keine Fiktion, keine Dekoration, insofern ist unsere Demokratie zwar eine Fassade, aber die Fassade ist ja auch ein Teil des Gebäudes.

Unterm Strich - was habt ihr nun Neues in eurem Haus?

Wir erhielten sehr viele westliche Verbrauchsgüter. Geändert hat sich die Qualität des Konsums. Die Veränderung des Konsums war eines der Elemente der Mobilisierung. Die Wirklichkeit der heutigen Russen ist selbstverständlich nicht mit jener der Amerikaner gleichzusetzen, aber der amerikanische und der russische Verbraucher sind gleich. (lacht) In diesem Sinne wurden wir ein Teil der globalen Gesellschaft, ohne sagen zu wollen, ob das gut oder schlecht ist. Sogar der heutige russische Müll ist nicht mehr derselbe wie der alte sowjetische. Das ganze System der Müllverwertung ist zusammengebrochen, jetzt haben wir Plastikmüll, Dosen usw. (lacht)

In der Tat ein großes Problem. Aber was...

... außer dem Müll?!...

... hat sich noch geändert? (beide lachen)

Im Grunde ist das Leben natürlich freier, auf jeden Fall für Intellektuelle, für eine begrenzte Schicht. Ein gewisser Anarchismus erweist sich als durchaus organisch für die russischen Menschen; sie erwiesen sich immer als anarchistisch, wenn der Staat sie entließ. Das gilt nicht nur für die Intellektuellen. Die leiden sogar eher, ihr Weltbild zerfällt. Aber erkennbar ist - die Gesellschaft lebt, ja, sie lebt und befindet sich im Plus.

Gleichzeitig wurden wir eine provinziellere Gesellschaft, das heißt, für den russischen Menschen ist es heute weit weniger interessant, was jenseits der Grenzen geschieht.

Schließlich, ziemlich paradox, hat der sowjetische Mensch erfahren, was Kapitalismus ist, und die Perspektive gewonnen, sich mit ihm auseinandersetzen zu müssen. Nicht jetzt, es ist noch zu früh. Aber es gibt schon ein gewisses Verständnis von neuen Spielregeln, die man benutzen kann, davon, welcher Art die neue Fassade ist, was dahinter liegt, was sich davor auf der Straße abspielt. Das heißt, wir haben aufgehört, eine isolierte Gesellschaft zu sein. Auch das ist ein Plus.

Welche Auswege siehst du?

Ich denke, daß es in nächster Zeit keine Auswege gibt, jedenfalls keine, mit einer Perspektive für Linke, also mit einer realen Alternative. Um eine konstruktive Alternative zu entwickeln, wäre nicht nur ein politisches Subjekt nötig, es müßte auch ein soziales Subjekt geben. Wenn sich die Obschtschina stabilisiert oder umgekehrt, wenn sie weiter korrumpiert wird, dann haben wir vielleicht nicht nur linke, sondern einfach werktätige Intelligenz und Millionen arbeitslose "Budgetnikis", Lehrer, Ärzte, Arbeiter der sozialen Sphäre, Wissenschaftler, die die Gesellschaft verändern müssen, einfach um zu überleben. In der Gesellschaft, deren Modell wir uns eben angeschaut haben, gibt es für sie keine Zukunft. Für die Fassade sind sie nicht nötig, dort wird eine andere Struktur gebaucht, umbringen kann man sie nicht. Auf der anderen Seite ist man entschlossen, die soziale Sphäre in den Obschtschinas einzuschrumpfen. Es beginnt also ein Kampf, in dem die "Budgetnikis" mit dem Bereich der Obschtschina gleiche Interessen haben, denn die "Budgetnikis" bilden einen Teil der sozialen Struktur der Obschtschina und umgekehrt sind die Obschtschinas das notwendige Arbeitsfeld für die "Budgetnikis".

Wenn die Bewegung zur Wiederbelebung der Obschtschina und die der werktätigen Intelligenz zusammenfinden, dann kann daraus eine mächtige Kraft werden. Bisher ist das nicht geschehen. Der Widerstand würde beginnen, wenn die Macht einen offenen Kurs auf Vernichtung dieser Schicht einschlagen

würde, also Schulen geschlossen, Bildung eingeschränkt würde usw. Aber jetzt? Jetzt geht es nicht hierhin und nicht dorthin. Alle sozialen Prozesse werden daher davon abhängen, welche politischen Entscheidungen das Regime in den nächsten zwei Jahren treffen wird.

Aber so oder so glaubst du, daß die sozialen Prozesse mit den Strukturen der Obschtschina zusammenhängen?

Wenn sich eine Bewegung aus der sozialen Sphäre entwickeln würde, dann fände sie in den Obschtschinas die notwendige Struktur. Zur Zeit lebt jeder für sich. Die "Budgetnikis" könnten sich auch in Richtung der neuen Kooperativen wenden, aber das ist ohne Perspektive, denn nicht eine der Kooperativen wird sie beschützen. Die finden selbst nur Schutz, wenn sie sich mit den Menschen in den Obschtschinas zusammentun.

Für wie realistisch hältst du das Zustandekommen einer solchen Bewegung?

Nun, die Lehrer etwa streiken in periodischen Abständen. Noch sind sie eher dabei, die Macht zu unterstützen, aber die Macht bedrückt sie, gibt dann wieder nach, bedrückt, gibt nach. Die Macht will sich noch nicht mit ihnen anlegen. Das ist die gegenwärtige Lage.

Kommt aber auch nur das kleinste wirtschaftliche Wachstum, dann brächte das für die Regierung eine Katastrophe. Dann wird die Obschtschina aufleben. Jetzt vegetiert sie ökonomisch auf der Ebene der Selbsterhaltung. Jetzt wirkt sie dahin, daß die Gesellschaft bei ihrem gegenwärtigen Zustand überleben kann. Das bedeutet, sie ist nützlich für die gegenwärtige Macht. Das ist wie im Regime der Zaren. Sie ermöglicht der Bevölkerung, den fürchterlichen Zustand anzunehmen, in dem sie sich befindet. Jede Obschtschina kümmert sich nur um sich selbst, so daß die Macht sie gegeneinander ausspielen kann.

Im Falle wirtschaftlichen Wachstums aber werden die Obschtschinas Verbindungen knüpfen, eine gewisse Schicht Neureicher wird sie verlassen, der Rest, der bleibt, beginnt sich zu konsolidieren. Es kommen neue Leute, das heißt, es beginnt ein Kampf um die Verteilung der Früchte des wirtschaftlichen Wachstums - Klassenkampf also. Aufgabe der Linken wäre es, diesen Kämpfen bewußten Ausdruck zu verleihen und sie politisch zu koordinieren.

Deine Ausführungen erinnern mich an die Narodniki, konkret Vera Sassulitsch, die seinerzeit bei Karl Marx und Engels anfragten, ob sie es für möglich hielten, daß die Obschtschina einen besonderen Weg zum Kommunismus eröffnen könne...

... und Marx antwortete, daß die Narodniki mit dieser Annahme im Großen und Ganzen recht hätten.

Ja, nur mit der Einschränkung, das könne dann geschehen, wenn im Westen gleichzeitig eine proletarische Revolution siege. Wie stehst du heute zu solchen Perspektiven?

Ich denke, Marx hatte recht.

Aber die erwartete Revolution im Westen hat nicht stattgefunden und heute...

Die Frage ist ja zum einen, warum es im Westen keine Revolution gab. Statt dessen gab es eine soziale Reform. Heute aber findet bei euch dieser bemerkenswerte Vorgang statt, den ihr "Abbau des Sozialstaates" nennt. Wenn ihr euch weiter in dieser Richtung bewegt, dann werden wir noch sehen, was da in einigen Jahren sich im Westen entwickelt. Das ist das eine.

Auf der anderen Seite ist der Gang ins Volk, also in die Obschtschina, den die Narodniki im 19. Jahrhundert machten, zwar gescheitert; aber 1905 ging dieselbe Obschtschina, die die Narodniki nicht überzeugen konnten, in die Revolution. Die wurde auch nicht gewonnen, hat aber doch Wirkung gehabt.

Was ich sagen will, wir sehen erneut die interessante Parallele: Die Obschtschina ist heute keine konkret bestimmte politische Basis für die Linken, sie ist eine potentielle soziale Basis, in der man arbeiten muß, für die man kämpfen muß, mit der man sich auseinandersetzen muß.

Wir haben noch einen langen Weg durch die Wüste vor uns, aber generell befinden wir uns heute an der Schwelle eines wichtigen Übergangs und linke Perspektiven sind wieder gefragt. Für den Westen waren die Streiks in Frankreich 1995 das erste Symptom dafür, daß etwas Neues beginnt. Sie ließen erstmals Grenzen deutlich werden, bis zu denen der "Sozialabbau" getrieben werden kann. Die Frage nach einer Alternative,

auch in anderen europäischen Ländern, erhebt sich, sobald die Widerstände bis zu einem gewissen Maß wachsen. Sobald die Grenze der neoliberalen Auftritte deutlich wird, wo ihre Politik einfach nicht mehr akzeptiert wird, zeigt sich, daß es sehr wohl Varianten gibt, sogar bei den Neoliberalen. Wo vorher kein Geld war im staatlichen Sektor Frankreichs, wurde plötzlich etwas gefunden, nachdem das Land einen Monat in Streiks lahmgelegt war.

Ja, man fand Geld. Einmal...

Nein, hier zeigt sich ein Symptom. Die Linken werden immer verlieren, solange sie die Regeln des Spieles akzeptieren, nach dem angeblich kein Geld da ist, so wie Szuganow, der dem Budget der Regierung zustimmt. Man muß die Regeln durchbrechen. Schau dir die Zapatisten an. Sie akzeptieren die Regeln des Staates einfach nicht. Aus solchen Bewegungen erwächst eine Alternative.

Und der Staat? Welche Rolle spielt er in diesem Prozeß?

Das ist, wie ich anfangs schon andeutete, am besten in den Regionen erkennbar. Viele regionale Betriebe stehen nach der Privatisierung still; Arbeitslosigkeit, Zerfall der sozialen Netze, ja, Hunger droht. Was tut die örtliche Macht? Sie beginnt vor Ort zu verstaatlichen. Dabei werden die bestehenden Strukturen der Obschtschinas einbezogen.

Im Ergebnis entstehen anstelle des alten monolithischen Staatssektors jetzt dezentralisierte verstaatlichte Sektoren mit örtlichen, korporativen Verbindungen, die ihren eigenen Wirtschaftsraum bilden. Die Obschtschina beginnt sich in neuer Form zu rekonstruieren. Das geschieht in spontaner Weise, nicht etwa in der Art, daß sie sich als Narodniki oder als Sozialisten deklarieren oder irgendwelche Bücher gelesen hätten. Die Betriebe befinden sich nur einfach in dieser Situation, also kommt der Chef, sagt, was zu tun ist und beginnt sie in dieser Weise mit dem Staatssektor zu verknüpfen.

Aus der Not geboren, sozusagen?

Ja, es geschieht einfach auf der Basis konkreter Absprachen und Einbeziehung örtlicher Vertreter von Betrieben, Institutionen usw. Dem ersten Betrieb folgt der zweite, der dritte usw., und siehe da, übers Jahr gibt es schon einen richtigen kleinen Staatssektor bei jedem Gouverneur.

Diese Entwicklung ist zur Zeit sehr deutlich im Gange. Moskau geht dabei allen voran. Moskaus Regierung ist der größte Unternehmer. Sie hat die Mammutfirmen wie SIL und andere wieder in Staatshand zurückgeführt. Sie hat Ladenketten eröffnet. Sie betreibt die Metro; die hat jetzt ihre eigene Reklameabteilung, ihre touristischen Firmen, ihre Fast-food-Abteilung, "metro express". Das ist alles Staatssektor, das wächst zudem alles spontan im Namen der Privatisierung. Wenn man also über Formen des Sozialismus oder gemischte Wirtschaft spricht, dann haben wir hier schon gewisse Muster vor uns. Das soll nicht heißen, daß das, was die Bürokraten in Rußland heute machen, gut ist. Ich will damit sagen, wenn der derselbe Prozeß nicht bürokratisch ablaufen würde, nicht zufällig, nicht nur unkontrolliert, sondern bewußt, mehr oder weniger gelenkt und koordiniert, wenn man danach die Wirtschaft im Ganzen ausrichten und die Gesellschaft auf humanere, auf demokratischeren Grund stellen würde, dann läge darin bereits eine Chance. Die Wiedergeburt der Obschtschina auf territorialem Niveau ist ein mächtiger Prozeß, ein Prozeß mit riesigem Potential.

Du siehst im Regionalismus also eine Alternative?

Regionalismus und wenn du willst munizipaler Sozialismus, ja. Regionalismus kann kapitalistisch sein oder bürokratisch, er kann aber auch sozialistisch sein; das hängt von der politischen Entwicklung ab. Er ist natürlich auch eine Alternative zur Globalisierung. Es heißt, man könne heute keine globale Alternative vorschlagen - regionale können wir aber. Die Summe regionaler Alternativen, wenn sie koordiniert werden, ist dann schon mehr als nur eine regionale Alternative.

Deswegen muß man keineswegs Angst haben vor einer Regionalisierung. Sie ist ja keineswegs mit Auflösung von Staatlichkeit gleichzusetzen. Auf regionaler Ebene spielt der Staat eine sehr große Rolle. Es geht nicht um weniger, sondern um einen anderen Staat. Man braucht einen Staat, der sich selbst dezentralisiert, der anders umverteilt als bisher. Eine andere Sache ist, daß die Liberalen eben das zu Zeit nicht wollen.

Das klingt so, als ob du glaubst, daß diese Entwicklung beispielhaft für ein neues Staatsverständnis werden könnte.

Möglicherweise, obwohl man skeptisch gegenüber jedem Messianismus sein muß. Zumindest geht Rußland wieder einmal nicht den Weg, der ihm vom Westen vorgeschlagen wurde. Das ist eine Tatsache. Und es wiederholt sich wieder einmal das Paradox der russischen Geschichte, daß jedesmal dann, wenn Rußland versucht, den Westen zu imitieren, im Ergebnis etwas anderes dabei herauskommt. Es ist einfach gezwungen, einen nicht standardisierten Weg zu gehen.

Die russische Regierung spricht neuerdings von einer polyzentristischen Welt, die anzustreben sei. Ist sie damit Teil dieses Weges?

Ja, ja, natürlich. Aber man muß da nicht zu prinzipiell rangehen. Auf der einen Seite ist es gut, daß wir diese historische Lektion erhalten haben. Für uns ist es nicht schlecht, eine gewisse Zeit als Dritte Welt zu verbringen. Bei uns dachte man ja immer, daß Indien, Afrika, Lateinamerika mit uns nichts gemein haben; jetzt ist uns sehr direkt gezeigt worden, wie viel sie mit uns gemein haben. Das wird helfen, für die Zukunft ein bißchen mehr Solidarität aufzubringen und mehr Verständnis für globale Entwicklungen. Eine andere Sache ist, daß Rußland so oder so nicht Dritte Welt bleiben wird. Es wird dort ein bißchen verweilen, aber nicht bleiben. Wie seine eigene Welt aussehen wird, das ist allerdings offen.

18. Von Rußland lernen...? Rezension von Kai Ehlers Buch "Herausforderung Rußland"

Autor: Kt. · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:32

Kai Ehlers, seit vielen Jahren ein aufmerksamer und sensibler Beobachter und Interpret der politisch-gesellschaftlichen Entwicklungen in Rußland, hat ein neues Buch vorgelegt. Titel: "Herausforderung Rußland". Nun ja. Der Untertitel hat mich dann aber doch erstaunt und neugierig gemacht: "Vom Zwangskollektiv zur selbstbestimmten Gemeinschaft?". Auf den Gedanken, daß man eine solche Frage überhaupt stellen könnte, wäre ich von allein sicher niemals gekommen. Denn meiner Ansicht nach bräuchte Rußland schon sehr viel Glück und auch Unterstützung von außen, um wenigstens im Lauf der nächsten zwanzig Jahre annähernd so etwas wie eine normale kapitalistische Entwicklung mit "bürgerlich-demokratischen" Verhältnissen hinzukriegen. Sehr viel wahrscheinlicher scheint mir jedoch, daß irgendwann der Weg diktatorischer Zwangsmittel eingeschlagen werden wird, um die für eine kapitalistische Entwicklung notwendigen Rahmenbedingungen überhaupt erst einmal zu schaffen. Angefangen bei der gewaltsamen Zerschlagung der alles überwuchernden Mafia-Strukturen, die die Herausbildung kapitalistischer Austauschverhältnisse von vornherein unmöglich machen. Ungefähr vergleichbar wäre das der Vernichtung des Raubrittertums und der Sicherung der Verkehrswege durch die entstehenden Zentralstaaten des Mittelalters als unbedingt notwendige Voraussetzung des Frühkapitalismus.

Wo aber zeichnet sich in der russischen Gesellschaft heute irgendeine Chance für eine Entwicklung zur selbstbestimmten Gemeinschaft ab? Das Zauberwort lautet "Obschtschina". Was aber ist das? "Die auf Gemeineigentum begründete Dorfgemeinschaft", die sich "im russischen Raum (...) bis weit in die neuere Zeit hinein als Grundform des Lebens erhalten" habe (S. 109). Kai Ehlers gibt unter diesem Aspekt eine zusammenfassende, kenntnisreiche Einführung in die Entwicklung der russischen Gesellschaft seit dem Mittelalter. Weder den Zaren noch den kapitalistischen Reformern zu Anfang dieses Jahrhunderts noch der KPdSU sei es trotz aller Anstrengungen gelungen, die Obschtschina gänzlich zu zerstören.

Deutlich wird aber aus Kais Buch auch: Was die Obschtschina nun eigentlich ganz genau ist und wie ihre geschichtliche Entwicklung interpretiert werden soll, ist zwischen den Geistesgrößen umstritten und nicht eindeutig zu klären. Ist die Obschtschina als slawische Urgemeinde vielleicht schon vor der Ankunft der Wikinger in Rußland, also noch vor dem Jahr 1000, untergegangen, wie einige behaupten? Oder ist sie überhaupt erst im 15. und 16. Jahrhundert entstanden, wie andere meinen? Ist unter heutigen Umständen die Obschtschina in Rußland überhaupt noch eine materielle Realität, oder ist sie nicht eher eine mentale Verfaßtheit, deren materielle Basis, eben die Dorfgemeinschaft, nur noch in marginalen Restbeständen existiert?

Kai beschreibt die Überlebensstrategien der russischen Bevölkerung als Beweis seiner These, daß die Obschtschina nicht nur weiterlebt, sondern daß sie zum entscheidenden Element der Gesellschaft geworden ist: Die Menschen bauen einen großen Teil ihrer Nahrungsmittel wieder selbst auf Datschengeländen und in Kleingärten an; bargeldloser Tauschhandel macht einen erheblichen Teil des Wirtschaftslebens aus. Das alles wird wohl so sein, nur ist zu fragen, wieweit diese Verhältnisse "typisch russisch" (im Sinne einer Fortexistenz oder Neubelebung der Obschtschina) sind - und wieweit sie eine Zukunftsperspektive bieten können.

In den ersten Nachkriegsjahren wurden in Deutschland an den unmöglichsten Stellen Kartoffeln angebaut. Wer konnte, bewirtschaftete einen oder vielleicht sogar zwei kleine Gärten, hielt sich hinter dem Haus ein paar Kaninchen und bei genügend Platz auch schon mal Hühner. Für die Ablieferung von Kaninchenfellen gab es Zuckermarken; Erntehilfe in der Landwirtschaft wurde in Getreide und Butter kompensiert; Arbeitsleistungen und Gegenstände wurden bargeldlos gegeneinander getauscht; der Schwarzmarkt war fast wichtiger als der legal betriebene Handel.

Bedeutete das, daß die Dorfgemeinschaft in Deutschland überlebt hatte oder wiederauferstanden war? Selbstverständlich nicht. So ist wohl auch der Versuch, die Überlebensstrategien der russischen Bevölkerung im Sinne der Obschtschina zu interpretieren (und ideologisch zu überhöhen), mit einer gewissen Vorsicht zu prüfen. Sicher erleichtert die Tatsache, daß Rußland niemals durchkapitalisiert wurde und daß sich

vorkapitalistische dörfliche Strukturen relativ stark erhalten haben, diese Strategien. Mehr aber wohl auch nicht, und daraus eine Zukunftsperspektive abzuleiten, wie Kai es unternimmt - und zwar nicht nur allein für Rußland, sondern weltweit! - scheint mir doch allzu gewagt.

Sind wir überhaupt zu der Annahme berechtigt, daß die Mehrheit der Russen, sozusagen die ganz durchschnittlichen Menschen, in den heutigen Überlebensstrategien mehr sehen als einen elenden Notbehelf, dem sie am liebsten schnellstmöglich entkommen würden? Kai hat im Laufe der Jahre Rußland oft bereist, immer wieder einige Wochen dort gelebt, viele Gespräche geführt und dokumentiert - aber mir scheint, daß nur wenige dieser Unterhaltungen ganz normale, durchschnittliche Menschen als Partner hatten.

Jedenfalls läßt sich auf den als Überlebensstrategie praktizierten Formen keine Gesellschaft aufbauen, die irgendeine Chance hätte, wirtschaftlich wieder auf die Beine zu kommen. Kai beschreibt ganz richtig, wie Rußland unter der Hegemonie des internationalen Kapitalismus zu einem weitgehend entindustrialisierten Land gemacht worden ist, das überwiegend von der Freigabe seiner Rohstoffe zur Ausplünderung lebt und daß in seiner Wirtschafts- und Finanzpolitik weitgehend den Kommandos internationaler kapitalistischer Institutionen folgen muß. Das Verewigen der Überlebensstrategien würde allerdings zwangsläufig auch ein Verewigen dieser Abhängigkeiten zur Folge haben. Also das Gegenteil von "selbstbestimmter Gemeinschaft". Gegenüber dem weltweit dominierenden, hochentwickelten und hochzentralisierten Kapitalismus bliebe eine atomisierte, weitgehend auf "Inseln geldfreier Naturalbeziehungen" (S. 207) beruhende Gesellschaft ewig im Nachteil.

Kt.

19. Keine neuen Reformen auf Kuba. V. Parteitag der KP beschließt Fortsetzung des bisherigen Kurses

Autor: kuk · Rubrik: Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:34

Seit einigen Monaten ist Kuba Dauerthema in den nationalen und internationalen Medien. Che Guevara entwickelt sich zu einem richtigen Spätsommer/Herbst-Hit, und es wurde überall, wenn auch selektiv, über den V. Parteitag (1) der Kommunistischen Partei Kubas (KPK) berichtet.

Und die bürgerlichen Medien sind sich einig - in ihrer Enttäuschung. Ihre beiden größten Erwartungen erfüllten sich nicht. Zum einen war viel über den angeblich angegriffenen Gesundheitszustand Fidel Castros spekuliert worden. Jetzt präsentierte sich ein frischer, hellwacher Präsident. Zum anderen warten die Kalten Krieger aller Länder immer noch ungeduldig auf weitere Wirtschaftsreformen, die ein Abschwören von sozialistischen Prinzipien oder wenigstens eine weitere Aufgabe egalitärer Grundsätze bedeuten würden. Doch auch damit wurde es nichts. Und prompt legten die meisten Medien dies als Schwäche der Machthaber in Havanna aus.

Drei Aspekte des Parteitages können jetzt (knapp eine Woche nach Beendigung) näher betrachtet werden: Zum einen nutzte die KPK-Führung das Ereignis, um aktuelle Wirtschaftsdaten für das Jahr 1997 bekanntzugeben. Dann wurde ein politisch-ideologisches Grundsatzdokument beschlossen, das den zukünftigen Kurs von Partei und Gesellschaft bestimmen soll. Zum dritten gab es Neuwahlen praktisch aller wichtigen Parteigremien und -ämter.

Gebremstes Wirtschaftswachstum

Die Rede, mit der Carlos Lage (Vizepräsident und Politbüro-Mitglied) am zweiten Tag des Parteitages ein 68seitiges Wirtschaftspapier vorstellte, nutzte er gleichzeitig zur Bekanntgabe einer Reihe von Wirtschaftsdaten. Das Bruttosozialprodukt Kubas wird 1997 um 2 bis 3% wachsen. Erhofft hatte man sich 4 bis 5%. Lage erklärte das geringe Wachstum des ersten Quartals (1,6%) mit schlechten Ernteergebnissen beim Hauptexportprodukt Zucker (enttäuschende 4,6 Mio. t gegenüber 4,9 Mio. t im Vorjahr) und bei anderen landwirtschaftlichen Produkten. Als Hauptursachen nannte er die im Oktober 1996 durch den Hurrikan Lilly verursachten Schäden (2) und Auswirkungen des Helms-Burton-Gesetzes. Der Zugang zu Krediten für Öl- und Lebensmittelimporte sowie für den Zuckersektor sei spürbar erschwert worden, weil ausländische Banken wegen des US-amerikanischen Drucks die Vergabe eingestellt hätten. Daher sei es nicht gelungen, 200 Mio. Dollar für die Vorfinanzierung der Zuckerernte aufzubringen. Dies entspricht zwei Dritteln der benötigten Gelder. (3) Weitere wachstumshemmende Faktoren sind nach Lages Angaben gesunkene Preise für die Exportprodukte Zucker und Nickel sowie gestiegene Weltmarktpreise für das Importprodukt Erdöl.

Zu den internen Problemen der kubanischen Wirtschaft zählte Lage: unzureichende interne Kontrolle der Arbeitsprozesse; mangelhafte Buchführung; zu langsame Entscheidungsprozesse; Planerfüllung, die weder Kosten, Qualität, noch Rentabilität berücksichtigt; viele Betriebe vernachlässigen ihre höchste Verpflichtung, die Bedürfnisse des Landes an erste Stelle zu setzen; Entscheidungsprozesse, die sektorale, territoriale oder betriebliche Interessen nicht berücksichtigen, und - in vereinzelten Fällen - Korruption. Lage betonte, daß "Effizienz" nicht länger nur ein Slogan sein dürfe, sondern endlich umgesetzt werden müsse. (4)

Raúl Castro nannte bereits im April weitere Ursachen für Unbeweglichkeit und Stagnation: Selbstzufriedenheit, Desinteresse führender Kader an der politischen Ausbildung ihrer Mitarbeiter und exzessive Duldung von Unfähigkeit. Es zeigt sich immer wieder, daß die kubanische Führung die Probleme des Landes kennt und klar benennt. Gleichzeitig war sie bisher nicht in der Lage, Lösungen für die defizitären Bereiche (Staatsbetriebe und halbstaatliche Kooperativen) zu finden. Umfassende neoliberale Reformen, die so vehement von "Kuba-Experten" gefordert werden, stehen für die Regierung nicht zur Debatte. Davon würden wenige profitieren, für die meisten würde es schlimmer werden. Über vorsichtige Reformen wird mit Sicherheit nachgedacht. Gegenwärtig wird jedoch kein Bedarf dafür gesehen.

Wachstum trotz Einbußen

Angesichts der Produktionsrückgänge auf den genannten Gebieten ist es erstaunlich, daß dennoch ein bescheidenes Wachstum für 1997 erwartet wird. Daß trotz des Einbruchs bei Zucker und landwirtschaftlichen Produkten unter dem Strich ein Zuwachs steht, ist nur so zu erklären, daß auf anderen Gebieten erheblich

zugelegt worden sein muß. Gerade hierüber ist jedoch kaum berichtet worden, obwohl Carlos Lage dazu ebenfalls Zahlen bekanntgab: Demzufolge sind seit dem Erlaß des Helms-Burton-Gesetzes immerhin 80 neue Joint-ventures abgeschlossen worden. Wachstumsraten für 1997 könne nicht nur der Tourismus vermelden, sondern auch die Erdölproduktion, die Leichtindustrie (4,1%), die Baustoffindustrie (10%), die Nickelförderung (15%), die Fischindustrie (14%) und der Tabakanbau. (Alle Angaben bis Ende September 1997) Das Modernisierungsprogramm für Heizkraftwerke mache Fortschritte, ein 250-MW-Kraftwerk sei im Bau, ein Vertrag über den Bau des ersten Kraftwerks auf Naturgasbasis (100 MW) stehe kurz vor dem Abschluß.

Weitere Erfolgsmeldungen verkündete Lage aus den Bereichen Biotechnologie, Pharmazeutische Industrie, Wohnungsbau und -renovierung (hier gebe es noch Nachholbedarf). Er beendete die Bilanz mit den Worten: "Das Land ist nicht gefesselt, es wird gearbeitet, wir suchen nach Alternativen, überwinden Hindernisse und konsolidieren die Erfolge." Das Ende der Mangelwirtschaft werde in dem Maße erreicht werden, wie sich die Wirtschaft weiter erhole und die Produktion weiter steige. Für die Zeit bis 2002 erhofft Kuba sich ein jährliches Wachstum von 4 bis 6%. Der Weg dahin soll durch die Anwendung effizienterer Produktionsmethoden und der Fortsetzung der bisher verabschiedeten Reformen beschritten werden. Dazu heißt es in dem Wirtschaftspapier: "Veränderungen zielen darauf ab - unter Beibehaltung der Dominanz des staatlichen, sozialistischen Sektors -, den staatlichen Betrieben einen im Vergleich zu konkurrierenden Eigentumsformen höheren Effizienzgrad zu verleihen."

Bleibt nur die Frage, wie das geschehen soll. Vor allem, wenn man bedenkt, daß diese Forderung nicht gerade neu ist. Gleichlautende Vorsätze sind in den vergangenen Jahren nur selten umgesetzt worden. Moralische Appelle werden mit Sicherheit nicht weiterführen. Für produktivitätssteigernde Investitionen ist kein Geld vorhanden. Sind kostensenkende Entlassungen geplant? Bisher gibt es darauf keine befriedigenden Antworten.

Verbesserung statt Reform

Castro erklärte in seiner 6 Stunden 43 Minuten langen Eröffnungsrede, daß zukünftige Reformen äußerst vorsichtig angegangen werden würden. Er zeigte sich mit den negativen Folgen der ökonomischen Öffnung unzufrieden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werden jegliche Maßnahmen abgelehnt, mit der die als Ungerechtigkeit empfundene Bereicherung mancher Selbständiger (5) noch zunehmen würde. Deren Zahl ist aufgrund neu eingeführter Steuergesetze von 210.000 (1995) auf derzeit 170.000 zurückgegangen. (6)

Ein großer, von den bürgerlichen Medien völlig unterschlagener Teil des Parteitags war der Debatte des Wirtschaftsberichtes (7) gewidmet. Das Hauptthema der freimütig geführten Diskussion waren die unerfreulichen Produktionsergebnisse der landwirtschaftlichen Genossenschaften (UBC), vor allem der Zuckerkooperativen. Zu Wort kamen vorwiegend Agrarexperten, die auf Schwachstellen hinwiesen und vorbildliche Leistungen herausstellten. Konkrete Verbesserungsvorschläge lauteten: bessere Schulung der UBC-LeiterInnen, leistungsabhängige Bezahlung der ZuckerrohrarbeiterInnen (Abschaffung von Vorschußzahlungen), Einrichtung regionaler Beratungsstellen und eine verstärkte Kontrolle des Arbeitsprozesses (d.h. der Arbeitenden). Die Diskussion erweckte den Eindruck großer Ernsthaftigkeit und ehrlichen Verbesserungswillens. Wieviel davon umgesetzt wird, ob dies zu einer Verringerung der internen Probleme beiträgt und ob damit die externen Probleme kompensiert werden können, wird die nächste zafra zeigen.

Appell an die Einheit

Ein politisches Grundsatzdokument mit dem Namen "Die Partei der Einheit, der Demokratie und der Menschenrechte, die wir verteidigen" wurde im April der Bevölkerung vorgelegt. Sein Umfang entspricht gut sieben jW-Seiten (selbst für geübte ak-LeserInnen ein hartes Stück Arbeit). Dennoch beteiligten sich nach offiziellen Angaben sechs Mio. KubanerInnen an der Diskussion über das Manifest, 20.000 Ergänzungsvorschläge wurden eingebracht.

Im ersten Teil ("Es gibt nur eine einzige Revolution") wird der Beginn der kubanischen Revolution auf den 10.10.1868 festgelegt, als sich erstmals Kubaner gegen die spanische Kolonialregierung erhoben. Nach der Schilderung der verschiedenen Etappen bis zur Gegenwart wird die aktuelle Bedrohung durch die USA thematisiert: Angesichts deren Vernichtungswillen "haben wir die zwingende Pflicht, unsere Einheit und unseren Willen zum Widerstand zu stärken und unsere Anstrengungen auf allen Gebieten zu vervielfachen."

Der Aufruf zur Einheit durchzieht auch die folgenden Seiten des Manifestes. Der 1. Teil endet mit einer Aufzählung der Errungenschaften der Revolution.

Im 2. Teil ("Die Partei der Einheit") wird das Mehrparteiensystem kritisiert und verworfen. Es stehe der Einheit der Revolutionäre und des Volkes entgegen, ohne die die Revolution nicht fortgesetzt werden könne. Die KPK habe durch verschiedene Kurskorrekturen unter Beweis gestellt, daß sie auch der aktuellen Wirtschaftskrise gewachsen sei. Im 3. Teil ("Die Demokratie, die wir verteidigen") werden die partizipativen Formen des kubanischen Gesellschaftssystems gepriesen und das Festhalten an der sozialistischen Demokratie betont.

Damit sind die wichtigsten Punkte genannt. Der Rest ist eine Aneinanderreihung von Richtigem, Langweiligem, Ärgerlichem, Parolenhaftem und allzu oft reichlich Undifferenziertem. Sieben Zeilen zum Thema Frauen, nicht viel mehr zum brennenden Problem des aktuellen und zukünftigen wirtschaftlichen Kurses. Wenngleich vieles Richtige in dem Manifest enthalten ist, könnte es in der vorliegenden Entwurfsform (Granma International, Juli 1997) guten Gewissens nicht einmal für die politische Schulung von Parteimitgliedern empfohlen werden. Wenn es richtig ist, daß das Vertrauen der Bevölkerung in die Revolution davon abhängig ist, in welchem Maß die Regierung die Wirtschaftskrise in den Griff bekommt und die Versorgung mit Lebensmitteln und Produkten des täglichen Bedarfs allmählich verbessert, dann fragt man sich doch, warum nicht über diese Fragen der intensive Dialog gesucht wird.

Veränderungen im Parteiapparat

Das Zentralkomitee wurde von 225 auf 150 Mitglieder verkleinert. 114 Mitglieder wurden wiedergewählt, 36 erstmalig aufgenommen. Als eine der zukünftigen Aufgaben des ZK nannte Raúl Castro (2. Sekretär der KPK), daß es "die Revolution gegen ideologische Viren immunisieren müsse, die sie von innen zersetzen könnten." Das Politbüro wurde von 26 auf 24 Mitglieder (darunter zwei Frauen!) verkleinert. Zu den sechs (nach anderen Angaben acht) neuen Mitgliedern zählen vier KP-Sekretäre aus Provinzen, die in der aktuellen Krise besonders gute ökonomische Ergebnisse erzielt haben. Neu dabei außerdem Parlamentspräsident Ricardo Alarcón und Revolutionsveteran Juan Almeida Bosque. Fidel Castro wurde als Parteivorsitzender wiedergewählt. Sein Bruder wurde als sein Nachfolger bestimmt, falls Fidel sterben oder aus Krankheitsgründen nicht länger die Regierungsgeschäfte führen sollte. Raúl und Fidel Castro stehen weiterhin an der Spitze des Politbüros.

In ihren Parteitagsreden richteten die Brüder scharfe Vorwürfe gegen die USA. Wenngleich der Frust über die Auswirkungen des Helms-Burton-Gesetzes, der berechtigte Ärger über die von den USA aus gelenkten Bombenanschläge gegen Tourismuseinrichtungen (siehe ak 406) und über einen biologischen Angriff mittels eines Pflanzenschädlings bei den Castro-Brüdern tief sitzt, so haben sie sich mit einzelnen Formulierungen erheblich im Ton vergriffen. Sowohl Castros Vorwurf des "totalen wirtschaftlichen Krieges der USA gegen Kuba" als auch Raúls Anklage eines "versuchten Völkermordes gegen unsere Leute" können angesichts der historischen Beispiele nur Kopfschütteln hervorrufen.

kuk

Anmerkungen:

1) Insgesamt hat die KP Kuba 780.000 Mitglieder, ihr Jugendverband UJC ca. 520.000. Sechs Jahre nach dem IV. Parteitag 1991 versammelten sich 1.482 der 1.500 gewählten Delegierten im Konferenzpalast von Havanna. Die Auswahl der Delegierten und der Kandidaten für das neue Zentralkomitee nahmen die Mitglieder der KP und der UJC vor. Danach erfolgte eine Bestätigung oder Ablehnung durch die parteilosen ArbeitskollegInnen der KandidatInnen.

Das Motto dieses Parteitages lautete "Einheit und Kontinuität". Hinter dem Podium hingen große Bilder von Che Guevara, José Marti, dem KP-Gründer Julio Antonio Mella, Karl Marx und Lenin. Nicht-kubanische Medien waren zur Berichterstattung nicht zugelassen.

2) In acht Provinzen ist durch den Hurrikan der gesamte Bananenanbau zerstört worden. Den Gesamtschaden bezifferte Lage auf über 800 Mio. Dollar.

3) Liquiditätsengpässe und Devisenmangel bezeichnet auch die kubanische Führung als Achillesfersen der Revolution für die kommenden Jahre. Die Außenschulden betrugen 1994 9 Mrd. Dollar, 1995 10,5 Mrd. und

1996 12 Mrd. Ursache ist das Handelsbilanzdefizit. Im vergangenen Jahr wurden Waren im Wert von 3,9 Mrd. Dollar importiert, die Exporteinnahmen beliefen sich auf etwa 2 Mrd. (taz, 9.10.)

Für den größten Teil Auslandsschulden erfolgt keine Tilgung. Da es keine Umschuldungsverhandlungen gibt, können keine neuen langfristigen Kredite gezogen werden. Kurzfristige Kredite, beispielsweise für Erdölimporte, muß Kuba mit bis zu 30% Zinsen bezahlen.

4) Zu den internen Problemen zählt die taz (9.10.) auch dieses: "So wurden etwa für die Zuckerrohrschnitter die wichtigsten der zuvor eingeführten materiellen Leistungsanreize wieder abgeschafft und durch moralische Appelle, Aufrufe zur Arbeitsdisziplin und verstärkte Kontrollen ersetzt."

5) Angesprochen auf die Zweiklassengesellschaft von Dollar-Besitzern und "Habenichtsen" wies Vizefinanzminister Rubén Toledo Díaz in einem taz-Interview (10.10.) darauf hin, daß "immer mehr Arbeiter ... Zugang zu speziellen Geschäften (erhalten), in denen sie rare Produkte für kubanische Pesos einkaufen können." Gerade diese - zumindest für eine Übergangsphase - sinnvolle Einrichtung gerät jedoch unter Druck, je stärker das Handelsbilanzdefizit zu Importbeschränkungen führen wird.

6) Eine bemerkenswerte Veränderung könnte es für eine kleine Gruppe der selbständig Arbeitenden dennoch geben. Zukünftig besteht "in Ausnahmefällen und wenn es den Interessen des Staates entspricht", die Möglichkeit, Angestellte zu beschäftigen. Bis dato durften private Unternehmungen nur alleine oder als Familienbetrieb geführt werden

7) Dieser Bericht ist auf Versammlungen und Diskussionsrunden entstanden, die unter Beteiligung von Delegationen aus allen Provinzen des Landes stattfanden.

Quellen: ND, WP, Granma, El Pais, NZZ, taz, ap.

20. Die völlige Zerstörung der indischen Ökonomie (Interview mit Prof. Swamy, Präsident der Bauernbewegung KRRS)

Zusammenschluß von NGOs stellt sich der Weltwirtschaftsordnung entgegen

Autor: Tom Kucharz · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:12

Vom 18.-20.5.1998 werden sich in Genf Staatsoberhäupter und Minister aus der ganzen Welt treffen, um der zweiten Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) beizuwohnen und um das 50. Jubiläumsjahr des multilateralen Handelssystems (GATT und WTO) zu feiern. Im folgenden Beitrag befassen wir uns mit der internationalen Vernetzung gegen den ausbeuterischen Welthandel. Seit neuestem existiert dazu eine internationale Plattform mit dem Namen "Peoples' Global Action against ‚Free Trade` and WTO" (PGA). Ins Deutsche übertragen: "Die globale Aktion der Menschen gegen ‚Freihandel` und WTO".

ak-LeserInnen werden sich daran erinnern, daß im Sommer das 2. Interkontinentale Treffen für die Menschlichkeit und gegen Neoliberalismus in Spanien stattgefunden hat (siehe ak 405). In der Abschlußerklärung zur weiteren Arbeit im gemeinsamen Netzwerk sprach man sich dafür aus, in Zukunft miteinander gegen die neoliberalen Modelle des Welthandels vorzugehen. In diesem Sinn trafen sich vom 4.-8. August in El Indiano (Andalusien, Spanien) mehrere Basisbewegungen, Umwelt- und Solidaritätsgruppen. Es wurde darüber diskutiert, wie man sich am besten gegen die WTO organisieren kann, um die Zerstörung der Umwelt, die Verdrängung der ländlichen Bevölkerung, den Verlust nachhaltiger Lebensweisen, der kulturellen Vielfalt sowie der Selbstbestimmung zu beenden, und wie man den wachsenden Widerstand gegen den sogenannten "freien Handel" zu einer neuen weltweiten Allianz bündeln kann. Diese Allianz soll den Gruppen, die gegen den "freien" Markt kämpfen, gegenseitige Unterstützung ermöglichen.

Gemeinsam gegen Freihandel und WTO

Unter den 50 TeilnehmerInnen befanden sich u.a. VertreterInnen des Nationalen Indigenen Rats (CNI, Mexiko), der Bewegung für das Überleben der Ogoni (MOSOP, Nigeria), des Movemento Sem Terra (MST, Brasilien), der Civil Resistance Assembly of Chiapas (Mexico), der Karnataka State Farmers' Association (KRRS, Indien), der Bauernbewegung der Philippinen (KMP), der Peruanischen Bauernkonföderation (CCP), der Föderation Bolivianischer Bauern (FSUTCO), Independent Media Network (Irland), AEDENAT (Anti-Maastricht Bündnis, Spanien), einer kolumbianischen Frauenorganisation (Organización Feminina Popular) und der Sandinistischen Arbeiterzentrale (CST, Nicaragua). Organisiert wurde das Treffen vom Netzwerk Play Fair Europe! (1) und vom Referat für Internationales und Ökologie des AStA der RWTH Aachen (Rheinl.-Westf. Technische Hochschule).

Auf dem Treffen wurden die Grundlagen für die PGA gelegt:

1) Eine deutliche Ablehnung der WTO und anderer Liberalisierungsabkommen (wie z.B. APEC, EU, NAFTA, MERCOSUR, etc.), weil sie zu einer sozial und ökologisch destruktiven Globalisierung beitragen;

2) eine konfrontative Einstellung gegenüber dem Welthandelssystem. Wir glauben, daß Lobbyarbeit bei solch voreingenommenen und undemokratischen Organisationen, in denen das Kapital die Politik bestimmt, nichts Entscheidendes bewirken kann;

3) ein Aufruf zum gewaltlosen Ungehorsam und zum Aufbau lokaler Alternativen durch die lokale Bevölkerung, als Antwort zum Handeln von Regierungen und großen Unternehmen;

4) eine auf Dezentralisierung und Autonomie gegründete Organisationsform.

Das erste große Projekt ist die Vorbereitung der 1. Konferenz der PGA im Februar nächsten Jahres in Genf. Drei Themenschwerpunkte werden die Konferenz bestimmen. Zum einen die Diskussion um das Manifest von El Indiano zur PGA. Zum Zweiten wird das Koordinieren weltweiter dezentraler Aktionen während der Ministerkonferenz im Mai den weitaus bedeutendsten Teil ausmachen. Und zum anderen steht die Bildung lokaler, nationaler, regionaler und themenbezogener Bündnisse an, damit möglichst viele Organisationen und

Gruppen einbezogen werden und verschiedenste Aktionsfelder entstehen. Zudem werden die Voraussetzungen geschaffen für ein Mediennetzwerk, das die Arbeit des sich verstärkenden Widerstandes der Bewegung einer breiten Öffentlichkeit weltweit zugängig machen soll. Ein wichtiger Ansatz der Konferenz ist, daß mindestens 50% der Teilnehmenden von außerhalb Europas kommen. Um dieses Kriterium umzusetzen, bedarf es jeder nur erdenklichen finanziellen Hilfe!

Nun zum erwähnten Manifest von El Indiano, das auf der Konferenz in Genf von den Delegierten aus allen Teilen der Welt verabschiedet werden soll. Es beschreibt in geraffter Form, wie der Welthandel derzeit funktioniert und erläutert dessen erschreckende Auswirkungen. Beleuchtet wird die unheimliche Macht der WTO und ihre Rolle in diesem Welthandelssystem. Zudem beantwortet es die Frage, warum es einer Offensive gegen dieses Welthandelssystem, der WTO und dem damit verbundenen Angriff auf den globalisierten Kapitalismus bedarf.

Prinzipien und Arbeitsweise der PGA

Mit welchen Prinzipien beginnt PGA ihre Arbeit?

1) PGA ist keine Organisation, sondern ein internationales Bündnis mit drei Zielen: a) größtmögliche Einbeziehung von Personen und Gruppen für einen Akt des gewaltlosen zivilen Ungehorsams gegen den sogenannten Freihandel, b) das Angebot eines Instrumentariums zur Koordination und Beteiligung auf globalem Niveau für all jene Menschen, die gegen Freihandel ankämpfen und c) das Bekanntmachen von Widerständen gegen unmenschliche Systeme.

2) PGA organisiert sich weitestgehend autonom und dezentral.

3) Es gibt keine Mitgliedschaft.

4) PGA will keine juristische Person sein und wird in keinem Land registriert bzw. legalisiert. PGA vertritt keine Organisationen oder Personen und wird auch von niemanden vertreten!

5) Die Konferenzen von PGA werden voraussichtlich alle zwei Jahre stattfinden, jeweils drei Monate vor den geplanten WTO-Ministerkonferenzen.

Die Konferenzen von PGA werden durch ein gewähltes Komitee einberufen. Jenes setzt sich aus repräsentativen Bewegungen und Organisationen zusammen. Die Zusammensetzung soll regional umfassend (Vertreter aller Kontinente sowie der jeweils bedeutendsten Gebieten dort) und vor allem thematisch repräsentativ sein (d.h. von Frauenbewegung bis Bildungsinitiative). Das Komitee bereitet die Konferenzen zwar vor, spricht aber nicht im Namen von PGA. Auf jeder der Konferenzen wird dieses Einberufungskomitee vollständig neu gewählt, um den radikal-demokratischen Ansatz der Bewegung zu unterstreichen.

Welche Informationswege sind geplant? Gedacht ist an ein regelmäßiges Infobulletin, verschiedene, bereits existierende Internetseiten und E-mail- Netze sollen genutzt, Publikationen wie Fingerbücher, Flugblätter, Materialzusammenstellungen, Presseinfos und Mediensammlungen produziert werden. Die Erstellung der verschiedenen Informationspoole geschieht dezentral, und sie werden in verschiedenen Sprachen lokal vertrieben, um darüber neue lokale Gruppen aufzubauen.

Im Rahmen der Kampagne gegen die WTO fand vom 27.9.-11.10. die zweite vom AStA der RWTH organisierte "Autumn University on North-South Issues and the Environment" statt, diesmal unter dem Titel "Surviving In A Globalized World". Das Seminar beschäftigte sich mit den Effekten und Folgen der Globalisierung auf die verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren und Strukturen (Landwirtschaft, Handel, Kultur, "Gender" ...). ReferentInnen und TeilnehmerInnen kamen u.a. aus den oben genannten Basisorganisationen. Um nicht nur diejenigen, die zur Autumn University kommen konnten, über "freien" Handel, Globalisierung, die WTO und seine verheerenden Folgen zu informieren und zu sensibilisieren, und um die PGA und ihre Vorhaben bekannt zu machen, sowie um den Leuten vom Süden die Möglichkeit zu geben über ihren Kampf zu erzählen, finden nun nach der Autumn University mehrere speakers-tours durch verschiedene europäische Städte statt. Für Deutschland sind folgende Touren geplant:

1. Tour mit der Referentin Ana Barahona, Vertreterin der CST (Nicaragua): 24.10. Würzburg, 26.10. Kassel, 28.10. Göttingen, 30.10. Mainz, 31.10. Frankfurt.

2. Tour mit einer Vertreterin von MOSOP (Nigeria): 25.10. Bremen, 27.10. Hamburg, 29.10. Kiel, 31.10. Berlin, 3.11. Leipzig, 4.11. Dresden, 6.11. Prag (Tschechien).

Tom Kucharz

Anmerkung:

(1) Play Fair Europe! ist eine Gruppe von Einzelpersonen aus verschiedenen europäischen NGOs, die im Rahmen von PGA internationale Projekte organisieren. Sie bildete sich 1995 auf der 1. Autumn University in Aachen.

Peoples' Global Action in der BRD: Play Fair Europe! e.V., Turmstr. 3, 52072 Aachen, Tel: 0241-803792, Fax: 0241-8888394; E-mail: playfair@asta.rwth-aachen.de

Mexicogruppe Dresden c/o ÖIZ, Kreuzstraße 7; 01067 Dresden, Tel: 0171-3251367, E-mail: tk7@rcs.urz.tu-dresden.de, homepage: http://www.pangea.org/encuentro

Die völlige Zerstörung

der indischen Ökonomie

Folgendes Interview führten wir während des Seminars, auf dem die internationale Plattform "Peoples' Global Action against ‚Free trade` and WTO" ins Leben gerufen wurde. Prof. M.D. Nanjunda Swamy (Bengalore, Indien) ist Präsident der Bauernbewegung KRRS (Karnataka Rajya Ryota Sangha), die etwa 500.000 Mitglieder hat. Das Seminar begann nach der Abschlußveranstaltung des 2. Interkontinentalen Treffens für die Menschlichkeit und gegen den Neoliberalismus auf dem durch die Landarbeitergewerkschaft (SOC) besetzten Landgut El Indiano, nahe Cadiz (Andalusien).

Du hast am 2. Interkontinentalen Treffen für die Menschlichkeit und gegen den Neoliberalismus teilgenommen. Kannst Du etwas über deine Erfahrungen hier berichten?

Wenn junge Menschen, zu denen ich ja nicht mehr gehöre, eine Kraft entwickeln wollen, um diesen Planeten zu erhalten, bedarf es ein bißchen mehr Disziplin in der Durchführung solch eines Treffens. Doch immerhin sind etwa 80% der Teilnehmenden mit Ernst an die Sache gegangen. Aber auch die Organisatoren müssen sich eine gewisse organisatorische Handhabe aneignen, in dem Sinn, daß die Teilnehmenden vom ersten bis zum letzten Tag gezielt arbeiten. Damit man sich sofort nach dem Treffen in eine konstruktive Aktion eingebunden fühlt.

Welche Erfahrungen macht Indien mit den Regeln der WTO und der neoliberalen Politik?

Indien ist ein Agrarland. 75% der Gesamtbevölkerung leben von der Landwirtschaft. Das Ziel der multinationalen Kooperationen (gemeint ist das Zusammenwirken von multinationalen Konzernen mit der WTO sowie vergleichbaren Handelsabkommen; T.K.) ist die Schwächung der indischen Landwirtschaft. Sie wollen deshalb zuerst das landwirtschaftliche System und die Nahrungssicherheit zerstören. Um Indien von einem Nahrungsmittelproduktionsland in ein -konsumtionsland zu verwandeln und dadurch den Nahrungsmittelmarkt zu kontrollieren. Und das würde die Ausrottung von nahezu 50% der indischen Bevölkerung bedeuten, also von etwa 500 Mio. Menschen. Doch das ist nur ein Teil der WTO-Maschinerie. Hinzu kommen die Sektoren der Industrie, des Finanzwesens und der Dienstleistungen, die ebenfalls von multinationalen Kooperationen angegriffen werden. Indien droht eine enorme Arbeitslosigkeit und dies nicht nur im landwirtschaftlichen Bereich. Damit wäre die indische Ökonomie dann völlig zerstört.

Viele repräsentative VertreterInnen sozialer Bewegungen des Südens sind zu dieser kleinen Zusammenkunft eingeladen worden, um eine globale Allianz gegen die WTO ins Leben zu rufen. Was kann solch ein Bündnis für Indien bedeuten, welche Chancen räumst du ihm ein?

Es geht hier nicht nur um die Länder des Südens, die durch solche internationalen Treffen unterstützt werden, nein. Wenn man den Globus in Norden und Süden teilt, dann verhalten beide Hälften sich wie siamesische Zwillinge. Nehmen wir das Beispiel der Biodiversität des Südens, die durch transnationale Kooperationen des Nordens zerstört wird. Dies gefährdet die Nahrungssicherheit des gesamten Planeten. Ich bin zu den Treffen hier gekommen, um das eine zu sagen: der Kampf muß gemeinsam geführt werden, vom Süden und vom

Norden. Für die Jugend im Norden besteht eine größere Verantwortung, die Multinationalen im Norden zu bekämpfen, damit diese nicht weiter den Süden gnadenlos ausbeuten.

Kannst du etwas über die direkten Aktionen der KRRS erzählen?

Nun, unsere Landeshauptstadt Bengalore hat ein sehr angenehmes Klima und das lädt viele transnationale Kooperationen ein, dort ihre Büros zu öffnen. Über 37 haben sich bereits niedergelassen, und wir suchten uns Cargill als erstes Ziel aus. Denn Cargill ist der größte Getreidehändler auf der Welt, der sogar in entwickelten Ländern wie Kanada das Nahrungssicherheitssystem zerstört hat. Cargill versucht nun, in die indische Ökonomie einzudringen, um als Monopolist Saatgut zu produzieren. Wer jedoch das Saatgut kontrolliert, kontrolliert die Bauern, und wer den Nahrungssektor eines Landes kontrolliert, kontrolliert das Land. Tausende Mitglieder unserer Organisation sind also in das Büro von Cargill gegangen, haben die gesamte Einrichtung auf die Straße geworfen und ein großes Feuer gemacht. Nun versucht Cargill, unter Polizeischutz seine Arbeit weiterzuführen.

Das Interview führten Stefan Armborst, Alain Cassini und T. Kucharz

(El Indiano, Andalusien, August 1997)

21. Die Stadt, der Müll und das Verbrechen. In New York wird weniger gemordet - und mehr gefoltert

In New York City wird weniger gemordet - und mehr gefoltert

Autor: Michael Hahn · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:05

Armes New York. Früher mußte die Stadt als Projektionsfläche für die verbotenen Sehnsüchte deutscher Spießer herhalten: Gewalt, Drogen, Prostitution, Homosexualität, Glücksspiel. Neuerdings dient sie als Spielwiese für allerlei Ordnungs- und Sauberkeitsphantasien.

In Ungarn, Estland, Kenia und Südafrika beriet er die Polizei und jetzt auch in Berlin: Auf Einladung der Polizeigewerkschaft GdP kam Bill Bratton Ende August in die deutsche Hauptstadt. Er fuhr mit seinen Gastgebern durch die Stadt, ekelte sich vor Bettlern, Wandschmierereien und illegalen Souvenier-Trödlern, und sprach vor einem kleinen Kreis von Senatoren, Polizeibeamten und Journalisten. Was er zu sagen hatte, war tags darauf in fast allen Zeitungen der Republik zu lesen.

Und wer ist dieser Bratton? Von 1994 bis 1996 leitete er das "New York Police Department". Solange er noch im Amt war, dürfte hierzulande kaum jemand auch nur seinen Namen gekannt haben. Bekannt ist er hier erst in den vergangenen Monaten geworden. Zu verdanken hat er das den Schröder-Voscherau-Parolen von der "Inneren Sicherheit".

Mitten im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf biß Ende Juni auch das Hamburger Abendblatt und lieferte gleich eine ganze Artikelserie: "Im Kampf gegen das Verbrechen: Hamburg blickt auf New York." Der Spiegel, der gerade erst das "amerikanische Jobwunder" gefeiert hatte (siehe ak 403), zog Anfang Juli mit einer Titelgeschichte nach: "Gegen Verbrechen, Drogen und Dreck in deutschen Städten: Aufräumen wie in New York?" Deutsche Polizeichefs, berichtete das Wochenmagazin, "pilgern in die amerikanische Metropole, um von der Stadt zu lernen, die das Verbrechen zurückgedrängt hat".

Die Zahlen, die die deutschen Ordnungshüter dort präsentiert bekommen, sind in der Tat beeindruckend. So hat sich in New York City in den vergangenen sieben Jahren die offizielle Kriminalitätsrate halbiert, von 9.700 registrierten Straftaten je 100.000 Einwohner auf weniger als 5.000. Noch deutlicher sank die Zahl der Morde: Von 2.264 (1990) auf 984 (1996). Wenn die Tendenz der ersten acht Monate anhält, dann dürften es in diesem Jahr rund 750 Morde werden - also nur noch ein Drittel der Zahl von 1990.

Nun kann mensch mit Statistiken bekanntlich allerlei Schindluder treiben. Wer weiß schon, wieviele Morde als "Unfall" oder "Notwehr" in den Tabellen verschwinden? Wieviele Frauen zuhause gequält, wieviele Kinder mißhandelt werden, ohne daß jemand die Polizei ruft? Wieviele Steuerhinterzieher und Sklaventreiber unbehelligt bleiben, wieviele Menschen durch die Nachlässigkeit ihrer Chefs am Arbeitsplatz ums Leben kommen?

Trotzdem läßt sich die Tendenz nicht wegdiskutieren: Das Leben in den Straßen von Manhattan und den angrenzenden Stadtteilen ist sicherer geworden. Der New Yorker Bürgermeister Rudolph Giuliani prahlt: "Eine der sichersten Städte der Welt." Die Wiederwahl des Republikaners Anfang November gilt als sicher.

Auch wenn schon ihre Vorgänger verschiedene Reformen einleiteten und den New Yorker Polizeiapparat drastisch ausweiteten, sind es Giuliani und Bratton, die die meisten Lorbeeren für die sinkenden Verbrechenszahlen einheimsen. Die beiden organisierten die Polizei um und schickten die Beamten wieder öfter auf Fußstreife. (Wegen der weitverbreiteten Korruption vor allem bei der Drogenpolizei hatte Giulianis Vorgänger David Dinkins viele Beamte aus dem Streifendienst entfernt.)

Außerdem propagierten Giuliani und Bratton die sogenannte "Broken Windows"-Theorie. Grob gesagt geht es dabei darum, bereits kleinste Ordnungswidrigkeiten und sichtbare Anzeichen von Verwahrlosung zu bekämpfen. Dadurch werde ein Klima geschaffen, das schlimmere Verbrechen verhindert. Vorrangige Aufgabe der Polizei sei es, den BürgerInnen ein Gefühl von Sicherheit und Ordnung zu vermitteln (siehe Kasten).

Verbrechen gegen die Lebensqualität

Statt Bagatellvergehen zu entkriminalisieren, werden angebliche Einstiegsdelikte mittlerweile besonders vehement verfolgt. Motto: Der kleine Ladendieb von heute darf nicht zum brutalen Räuber von morgen werden. So setzt die neue New Yorker Polizeistrategie zum Beispiel bei Graffiti an. Um dem Verbrechen unter Tage den Nährboden zu entziehen, werden besprühte U-Bahn-Waggons umgehend aus dem Verkehr gezogen und innerhalb von 24 Stunden gereinigt. Das blitzblanke Einheitsgrau soll die Gewißheit vermitteln: Hier werden keine Regelverstöße mehr geduldet. Schwarzfahrer müssen damit rechnen, über Nacht eingelocht zu werden. Außerdem wurden mit Großrazzien Obdachlose vertrieben, die in U-Bahn-Stationen und -Schächten Zuflucht gefunden hatten, weil sie ihnen sicherer erschienen als die städtischen Notunterkünfte.

Auch oberirdisch konzentriert sich die New Yorker Polizei auf sogenannte Quality-of-Life-Crimes, auf Verbrechen, die gegen "die Lebensqualität" verstoßen. Ob Fahrradfahren auf dem Gehsteig, Biertrinken unter freiem Himmel oder Pinkeln hinter dem nächsten Busch - dafür hagelt es empfindliche Strafen. Selbst wer in der U-Bahn unnötigerweise zwei Sitzplätze auf einmal beansprucht, kann festgenommen werden. "Null Toleranz" auch für die kleinsten Regelverstöße lautet das Motto. Der Spiegel ist beeindruckt: "Entscheidend ist das Klima von Recht und Ordnung, das an die Stelle des Geruchs von Gewalt und Gesetzlosigkeit getreten ist. Die Obrigkeit ist wieder da."

Diese "Obrigkeit" besteht übrigens zu einem guten Teil aus privaten Sicherheitsdiensten. So fordern die "Broken-Windows"-Theoretiker Kelling und Coles eine "Partnerschaft zwischen privaten und öffentlichen Kräften" (1). Sie feiern die Erfolge des "Business Improvement District" (BID), der seit 1988 im Zentrum Manhattans für Ordnung sorgt. Mittlerweile gibt es in ganz New York City mindestens 33 solcher BIDs. In diesen Vereinen schließen sich Immobilienbesitzer und Geschäftsinhaber eines Stadtviertels zusammen und erheben eine freiwillige "Steuer", mit der sie gemeinsame Aufgaben finanzieren: Von der Straßenreinigung bis zu uniformierten Wachdienstpatrouillien. Gerade der "Grand Central BID" im Herzen Manhattans ist besonders berüchtigt: Mit Hilfe von maskierten Schlägertrupps soll er den riesigen Nahverkehrsbahnhof Grand Central Station "bettlerfrei" gemacht haben. Heute gilt das Terminal als Aushängestück der New Yorker Stadterneuerung.

Überwachungsstaat

Null heißt nicht immer Nullkommanull. "Zero Tolerance" gilt kaum bei der Touristin, die aus Versehen bei Rot die Fifth Avenue überquert. Vielmehr entscheidet das Gutdünken des nächsten Polizisten darüber, wer bei einer Ordnungswidrigkeit festgenommen wird. Die Personalien und Fingerabdrücke von SchwarzfahrerInnen und Open-Air-Pinklern werden in den zentralen Polizeicomputer eingegeben. Ohne Rechtsgrundlage werden Festgenommene über alles mögliche ausgefragt ("De-Briefing"), über ihre Bekannten und etwaige Beobachtungen im Stadtviertel. Unter dem Strich bleibt polizeiliche Willkür und eine breit angelegte Schleppnetzfahndung gegen Obdachlose und Bettler, Jugendliche, ethnische Minderheiten, und gegen alle, die sich ein Bier nur am Straßenrand leisten können und nicht im Straßencafe. Der Spiegel drückt es so aus: "Bestimmte Viertel, ausgesuchte Bevölkerungsgruppen werden in den Blick der Sicherheitskräfte genommen, vorsorglich."

Anders als die deutsche Law-and-Order-Propaganda weismachen will, hat die US-Polizei gegenüber den deutschen Ermittlungsbehörden auf vielen Gebieten noch einen gewaltigen Nachholbedarf. Das fängt damit an, daß es in den USA bisher weder amtliche Melderegister noch Personalausweise gibt. Die Polizei in den USA ist stark dezentralisiert und steht unter kommunaler Kontrolle; staats- oder gar bundesweite Einheiten treten kaum in Erscheinung. Wenn die Bundespolizei FBI an Bahnhöfen Ausweise kontrollieren würde (wie es der deutsche BGS tut), würde dies mit Sicherheit zu einem öffentlichen Aufschrei führen.

Auch der Aufenthaltsstatus eines/r Festgenommenen geht in den USA die Polizei normalerweise nichts an. Eine Regelanfrage bei der Einwanderungsbehörde ist bisher nicht möglich. Ob ein Schwarzfahrer oder eine Ladendiebin sich legal oder illegal im Land aufhält, macht zunächst keinen Unterschied. Zumindest im kosmopolitanen New York ist mit Hetze gegen EinwandererInnen nichts zu gewinnen. Selbst der Republikaner Giuliani fordert "offene Grenzen" (und lobt die Arbeitsmoral der Neuankömmlinge). Gerhard Schröders "Raus-und-zwar-schnell"-Rassismus hätte allenfalls in den weißen Vorstadt-Speckgürteln eine Chance.

Allerdings eilt gerade New York durch die zunehmende Vernetzung und Zentralisierung verschiedener Polizeieinheiten mit Riesenschritten in den Überwachungsstaat. So wurden die bisher autonome

U-Bahn-Polizei und die Sicherheitskräfte der riesigen Sozialwohnungskomplexe dem regulären Police Department unterstellt.

Warum gibt es weniger Verbrechen?

Jeder siebte ertappte Schwarzfahrer habe sich als steckbrieflich gesuchter Verbrecher entpuppt, rechtfertigt Bill Bratton die Großrazzien in der U-Bahn - eine Zahl, die man getrost bezweifeln darf (2). Dagegen leuchtet ein anderes Argument ein: Weil schon ein lautes Autoradio eine Leibesvisitation nach sich ziehen kann, lassen viele Leute ihre (illegalen) Schußwaffen zu Hause. Das könnte ein Grund dafür sein, daß die Zahl der im Affekt begangenen Tötungsdelikte zurückgegangen ist. Und wem die ständigen Polizeikontrollen zu gefährlich werden, der weicht eben anderswohin aus. Schon wird im benachbarten New Jersey über steigende Straßenkriminalität geklagt.

Daß die Zahl der registrierten Gewaltverbrechen sinkt, mag durchaus damit zusammenhängen, daß immer mehr potentielle Täter vorsorglich weggesperrt werden. "Je mehr wir verhaften, desto weniger Verbrechen werden verübt," brüstet sich der New Yorker Polizeichef Howard Safir im Spiegel. Das wird nicht ganz falsch sein: Mittlerweile befindet sich rund ein Prozent der erwachsenen US-Bevölkerung im Knast (siehe den Artikel "Prison-Industrial Complex"). Ob dies eine dauerhaft erfolgversprechende Strategie gegen Gewaltkriminalität sein kann, ist damit selbstverständlich noch nicht gesagt.

Ob die rücksichtslose Ahndung von Bagatelldelikten (wie in New York) wirklich die Zahl von schweren Straftaten reduzieren hilft, ist noch nicht erwiesen. So kritisiert eine im Auftrag der US-Bundesregierung erstellte Studie der "University of Maryland", daß Massenfestnahmen und Schikanen wegen Ordnungswidrigkeiten zu einem Anstieg von Gewaltkriminalität führen können, weil sie die Spannungen in den betroffenen Communities steigern. Das Fazit der 650-Seiten-Studie: "Wir wissen wirklich nicht, wie sich die meisten Maßnahmen auf Kriminalität auswirken." Auch die New York Times gibt zu: "Niemand weiß wirklich, warum das Verbrechen zurückgeht."

Sicher ist jedenfalls, daß die Kriminalitätsziffern nicht nur in New York City sinken. Auch die US-weite Statistik zeigt in den vergangenen sechs Jahren einen stetigen Rückgang der registrierten Gewaltverbrechen. Mit einem Landesdurchschnitt von 7,4 Morden pro 100.000 Einwohnern lag die Zahl 1996 so niedrig wie seit 1969 nicht mehr.

In den 80er Jahren war ein wichtiger Grund für die Gewalteskalation in vielen Großstadtbezirken die Einführung der Droge Crack. Die blutigen Kämpfe um die Aufteilung des Milliarden-Marktes dürften in den USA in den vergangenen zehn Jahren mehrere tausend Tote gefordert haben. Inzwischen hat sich der Markt stabilisiert, die Territorien sind abgesteckt. Crack tauchte damals im großen Stil zuerst in New York City auf. Jetzt scheint sich dort als erstes die Lage beruhigt zu haben - vielleicht ein Grund dafür, daß in der Stadt die Zahl der Morde schneller als anderswo zurückgeht.

Auch einige weniger spektakuläre Entwicklungen dürften dazu beigetragen haben, daß die Zahl der Gewaltverbrechen in den USA abnimmt. Angefangen beim Altersaufbau: Derzeit gibt es relativ wenige 18-25-Jährige - die Altersgruppe, deren männliche Hälfte besonders zu Handgreiflichkeiten neigt. Allerdings rücken demnächst die zahlreichen Enkel der BabyBoom-Generation nach.

Immer wieder wird auch behauptet, das "amerikanische Beschäftigungswunder" habe viele potentielle Kriminelle in anständige Lohnarbeit befördert und so von schlimmerem Tun abgehalten. Dies läßt sich freilich nicht belegen. Gerade in den multiethnischen Großstadtghettos ist von den zwölf Millionen seit 1992 neugeschaffener Jobs bisher nicht viel zu bemerken. Die offizielle Arbeitslosenrate in New York City liegt weiterhin weit über dem Landesdurchschnitt.

Zunehmende Brutalität der Polizei

Der allgemeine Rückgang der Gewaltkriminalität scheint die Polizei zu immer rücksichtsloserem Vorgehen anzuspornen. So ist die New Yorker Bevölkerung zwar sicherer vor Vergewaltigern und Taschendieben in Zivil geworden, aber nicht unbedingt sicherer vor den "Men in Blue". Oder, wie es der schwarze Prediger und Populist Al Sharpton Ende August auf einer Protestdemo gegen Polizeigewalt zuspitzte: "Die Kriminalität ist überall in New York City gesunken - außer im Police Department!"

In den ersten drei Jahren von Giulianis Amtszeit als Bürgermeister (1994-1996) wurden fast einhundert Menschen von Polizisten umgebracht, also im Durchschnitt fast drei im Monat. Die Zahl der Beschwerden gegen gewalttätige Polizeibeamte stieg zwischen 1992 und 1995 beinahe auf das Doppelte (von 2.900 auf 5.000 im Jahr).

Seit 1993 gibt es in New York einen offiziellen Beschwerdeausschuß bei Polizeiübergriffen. Allerdings hat Giuliani, ein früherer Staatsanwalt, schon immer versucht, dieses Civilian Complaint Review Board zu torpedieren. Als das Stadtparlament 1992 (noch während der Amtszeit von Giulianis liberalem Vorgänger David Dinkins) über die Einrichtung des Gremiums debattierte, randalierten vor dem New Yorker Rathaus mehrere tausend bewaffnete (und zum Teil betrunkene) Polizisten - angefeuert von Staatsanwalt Giuliani. Im November 1993 gewann Giuliani mit einem "Law-and-Order"-Wahlkampf gegen Dinkins. Als Bürgermeister sorgte er schnell dafür, daß das Review Board weitgehend wirkungslos wurde.

Im Juni 1996 veröffentlichte "Amnesty International" eine Studie über "Police Brutality and Excessive Force in New York City Police Department". Dabei wurden unter anderem 35 Tötungen durch New Yorker PolizistInnen untersucht - fast alle Opfer waren Nicht-Weiße. Das Fazit von AI: "Die Brutalität der Polizei beschränkt sich nicht auf Minderheiten. Aber ein Großteil der Mißhandlungen scheint rassistisch motiviert zu sein." Die meisten Getöteten und Mißhandelten waren nicht einmal selbst einer Straftat verdächtig, sondern hatten es nur gewagt, sich bei der Festnahme eines anderen einzumischen oder sonst der Polizei zu widersprechen.

Folter im Polizeirevier

Ein besonders krasser Fall von Polizeibrutalität ereignete sich Anfang August: In der Nacht vom 8. auf den 9. August 1997 wurde ein 30jähriger haitianischer Immigrant festgenommen, als er versuchte, vor einer Disco einen Streit zu schlichten. Auf dem Weg zum Revier wurde er in einer dunklen Straße von den vier Polizisten zusammengeschlagen; offenbar eine gängige Praxis.

Auch auf dem Revier ging die Quälerei (angeblich mit dem Ruf: "It's Giuliani time!") weiter: Dort folterten zwei Beamte den Festgenommenen, indem sie ihm einen Holzstiel in den Hintern und in den Mund rammten. Der 30jährige verlor mehrere Zähne und erlitt schwere Verletzungen an Darm und Blase. Vermutlich wäre er verblutet, wenn nicht Mitgefangene Alarm geschlagen hätten. Der Mann kam ins Krankenhaus. Dort behaupteten die Polizisten, ihr Opfer habe sich seine Verletzungen wohl beim Geschlechtsverkehr mit Homosexuellen zugezogen. Öffentlich gemacht wurde die Folter von zwei Krankenschwestern, die sich über die Drohungen von Polizei und Vorgesetzten hinwegsetzten.

In den folgenden Tagen demonstrierten mehrere tausend Menschen (darunter viele haitianische ImmigrantInnen) gegen den Vorfall. Giuliani war gezwungen, die Folterer vor Gericht stellen zu lassen und eine "vollständige Untersuchung" anzuordnen. Selbstverständlich handelte es sich nach offizieller Lesart nur um einen "abscheulichen Einzelfall".

Allerdings spricht die Tatsache für sich, daß offensichtlich das ganze Polizeirevier von der Folter wußte und die Täter anscheinend mit keinerlei Repressalien rechneten.

Auch wenn dieser Fall besonders widerwärtig sein mag, ein Einzelfall ist er mit Sicherheit nicht. Dieses Mal gelang es nur nicht, die Beweise zu vertuschen. Aber auch früher schon hat es immer wieder massenhafte Proteste gegen allzu ungeheuerliche Folterungen und Todesschüsse durch Polizisten gegeben. Nur in Ausnahmefällen gelingt es freilich, die Umstände zu dokumentieren. Inzwischen gibt es jedoch vielfältige Ansätze für eine Organisierung gegen den Polizeiterror. So gründeten mehrere Angehörige von Getöteten die Gruppe "Parents against Police Brutality", die inzwischen auch überregional Medienaufmerksamkeit erreicht hat.

Nach einer Welle von polizeilichen Todesschüssen auch in anderen Großstädten berief das linke New Yorker Antirepressions-Büro Center for Constitutional Rights im vergangenen April eine "National Emergency Conference on Police Brutality and Misconduct" ein. Dort verabredeten unabhängige Ermittlungsausschüsse und "Bürger-beobachten-die-Polizei"-Komitees eine stärkere Vernetzung. Dazu soll auch eine umfassende landesweite Statistik über Tötungsdelikte von Polizeibeamten gehören.

Immer wieder ist in diesem Zusammenhang auch die Forderung zu hören, daß mehr Angehörige von rassistisch diskriminierten Minderheiten als PolizistInnen eingestellt werden sollen. So gelten über 60 Prozent

der Wohnbevölkerung New Yorks als "Nicht-Weiße", aber nur rund 30 Prozent aller PolizistInnen. Dazu kommt, daß viele PolizistInnen außerhalb der Stadt wohnen: Sie pendeln täglich von den weißen Mittelschichts-Suburbs in die City, und werden in vielen Vierteln als weiße "Besatzungsarmee" wahrgenommen. Auch Giuliani folgte mit einer entsprechenden Geste: Er zog mehrere weiße Polizisten aus dem oben erwähnten Revier ab und ersetzte sie mit schwarzen Kollegen, die zuvor als Polizei-Ausbilder in Haiti Dienst getan hatten.

Gegen das Anliegen, daß Polizisten die soziale Situation der Viertel, in denen sie Dienst tun, kennen sollten (vielleicht sogar aus der eigenen Biografie), ist sicher nichts einzuwenden. Aber auch mit mehr Schwarzen oder Latinos in Uniform wird sich das strukturelle Problem von Polizeiterror nicht beheben lassen. Denn auch eine dunkelhäutige Polizei hat die Funktion, die zunehmenden sozialen Konflikte unter Kontrolle zu halten.

Gerade Giulianis Politik illustriert diesen Zusammenhang: Während der Bürgermeister in seiner vierjährigen Amtszeit vor allem im sozialen Bereich rigoros Gelder gekürzt und in den vergangenen Jahren mehrere zehntausend kommunale Arbeitsplätze abgebaut hat, wirft er der Polizei die Milliarden hinterher. 8500 zusätzliche PolizistInnen wurden unter Giuliani eingestellt. So lassen sich ökonomische Deregulierung und Law & Order munter miteinander vereinbaren. Es kann nicht mehr lange dauern, bis sich auch Gerhard Schröder in den Straßen von Manhattan fotografieren läßt.

Michael Hahn

Anmerkungen:

1) Kelling/Coles (siehe Kasten), S. 239.

2) So nennen Kelling/Coles (S. 134) eine deutlich niedrigere Zahl: "In manchen (U-Bahn-Stationen) waren bis zu zehn Prozent der Festgenommenen gesuchte Straftäter oder sie trugen eine illegale Waffe bei sich." Ohnehin ist es zweifelhaft, ob tatsächlich Tausende von steckbrieflich Gesuchten so dumm waren, sich beim Überspringen der U-Bahn-Drehkreuze erwischen zu lassen. (Fahrscheine, die man im Waggon kontrollieren könnte, gibt es in New York City nicht.)

Scherben bringen Unglück

Die "Broken Windows"-Theoretiker kämpfen gegen "Unordnung"

Die vielzitierten "zerbrochenen Fensterscheiben" stammen aus einem bereits 1982 veröffentlichten Aufsatz (1). James Q. Wilson, einer der beiden Autoren, hat die Hauptthesen vor kurzem noch einmal zusammengefaßt: "Wir erklärten, wie Stadtviertel in Unordnung und sogar Verbrechen geraten, wenn sich niemand um sie kümmert. Wenn ein Fabrik- oder Bürofenster kaputt ist, werden Passanten den Schluß ziehen, daß es niemanden kümmert oder daß keiner das Sagen hat. Im Laufe der Zeit werden weitere Scheiben eingeworfen. Bald werden alle Fenster kaputt sein, und dann werden Passanten denken, daß nicht nur in dem Gebäude, sondern sogar in der ganzen Straße keiner das Sagen hat. Nur die Jungen, die Kriminellen und die Dummköpfe verkehren in einer ungeschützten Straße, und so werden immer mehr Bürger die Straße verlassen. Kleine Regelverstöße und Unordnung führen zu größeren, und vielleicht sogar zu Verbrechen."(2)

Wenn also nicht bereits die ersten Anzeichen von Unordnung und Verwahrlosung bekämpft werden, dann herrscht bald offene Gesetzlosigkeit. Jugendliche hängen an der Straßenecke herum, Bettler behelligen Passanten, die ersten Drogenhändler tauchen auf. Allmählich verfällt das Viertel, und die Kriminellen bekommen die Oberhand.

Interessanterweise geht es den "Broken-Windows"-TheoretikerInnen in erster Linie gar nicht darum, die Zahl von Verbrechen zu senken. Am wichtigsten sei vielmehr, den BürgerInnen ein Gefühl von Sicherheit zu vermitteln. Deswegen müsse die Polizei vor allem für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sorgen. Die Strafverfolgung (Ermittlung und Ergreifung von Kriminellen) kommt erst an zweiter Stelle.

So schreiben Kelling/Coles: "Sowohl Unordnung (disorder) als auch die dadurch verursachte Furcht sind ernste Probleme, die schon für sich Aufmerksamkeit verlangen. Unordnung demoralisiert die Gemeinschaft, schädigt die Wirtschaft, führt zum Aufgeben öffentlicher Räume, und unterhöhlt das allgemeine Vertrauen in die Fähigkeit des Staates, Probleme zu lösen (...). Die Wiederherstellung von Ordnung ist der Schlüssel zur Wiederbelebung unserer Städte (...), auch wenn es nicht zu einer Reduzierung von Verbrechen führt."(3)

Und worin besteht Unordnung? So lautet die Definition in "Broken Windows": "Aggressives Betteln, Straßenprostitution, Betrunkensein und öffentliches Trinken, drohendes Verhalten, Schikanieren, Versperren von Straßen und öffentlichen Plätzen, Vandalismus und Graffiti, öffentliches Urinieren und (Kacken), Verkaufen ohne Genehmigung und andere derartige Handlungen."(4)

Welch reaktionärer Mief da verbreitet wird, mag auch das folgende Zitat illustrieren: "Für einige Einwohner wird die wachsende Anonymität keine große Rolle spielen, da die Nachbarschaft kein ‚Zuhause' für sie darstellt, sondern nur ‚der Ort, an dem sie leben'. Ihre Interessen liegen an anderer Stelle; sie sind Kosmopoliten. Für andere Bewohner, die ihrem Leben Sinn und Zufriedenheit durch die örtliche Verwurzelung geben - und nicht durch weltweite Geschäftigkeit -, wird dies jedoch von großer Bedeutung sein. Für sie hört Nachbarschaft auf zu existieren (...). Ein derartiges Gebiet ist sehr anfällig für die Entstehung von Kriminalität."(5)

Selbst wenn man den Autoren zugute halten will, daß der Begriff "cosmopolitan" im Amerikanischen weniger befrachtet ist als im Deutschen, so wird doch eine konservativ-kulturpessimistische Grundhaltung sichtbar: In der guten alten Welt überschaubarer Gemeinschaften war das Leben eben noch in Ordnung. Schuld an "Unordnung" und Kriminalität ist der "Werteverfall" der vergangenen 30 Jahre. Von daher ist die "null Toleranz" von Giuliani/Bratton auch eine Kampfansage an die liberalen/linken Bewegungen der vergangenen Jahrzehnte.

M.H.

Anmerkungen:

1) James Q. Wilson und George L. Kelling: "The Police and Neighbourhood Safety: Broken Windows". In: Atlantic Monthly, März 1982. Deutsche Übersetzung in: Kriminologisches Journal, Heft 2/1996 (siehe auch Heft 3/96). Wilson hat bereits 1975 ein Buch "Thinking about Crime" veröffentlicht, das später zur "Bibel" konservativer Kriminologen wurde. Der Aufsatz von 1982 wurde im vergangenen Jahr zu einem Buch "ausgeweitet": George L. Kelling und Catherine M. Coles: "Fixing Broken Windows: Restoring Order and Reducing Crime in Our Communities". New York (Free Press) 1996.

2) Kelling/Coles, S. xv (Übersetzung M.H.)

3) Kelling/Coles, S. 242

4) Kelling/Coles, S. 15

5) Wilson/Kelling in KJ 2/96, S. 125

22. Prison-Industrial Complex. Mit Knast und Zwangsarbeit gegen die Unterklassen

Autor: M.H. · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:06

In keinem anderen Land der Erde gibt es so viele Häftlinge wie in den USA (pro Kopf der Bevölkerung). Nur Rußland kann noch einigermaßen "mithalten", in der BRD sind es (pro Kopf) weniger als ein Zehntel des US-Werts. Mehr als 1,5 Millionen US-AmerikanerInnen befinden sich derzeit hinter Gittern: dreimal so viele wie 1980. Zusätzlich über drei Millionen Menschen sind auf Kaution oder Bewährung in "Freiheit". Nach Angaben des US-Justizministeriums wird im Laufe eines Jahres jeder vierzehnte erwachsene Mann zumindest vorübergehend inhaftiert. Bei 18- bis 35jährigen Afroamerikanern ist es jeder dritte. Der Haushalt des "Federal Bureau of Prisons" hat sich von 1980 bis 1995 verachtfacht (von 330 Millionen auf 2,6 Milliarden Dollar). In vielen Bundesstaaten ist der am schnellsten wachsende Haushaltsposten der Neubau von Gefängnissen.

Dabei unterscheiden sich die US-Kriminalitätsraten - entgegen landläufiger Vorstellungen - kaum von Westeuropa. Mit einer Ausnahme: Mord. Dies dürfte an der weiten Verbreitung von Schußwaffen in den USA liegen.

Trotz der landesweit sinkenden Kriminalitätsraten wächst die Zahl der Gefangenen immer schneller. Im Jahr 2000 sollen es bereits an die zwei Millionen Inhaftierte sein. Schuld daran sind nicht etwa mehr Verurteilungen, sondern vor allem längere Strafen. Zwischen 1975 und 1989 verdreifachte sich die durchschnittliche Haftdauer für ein Gewaltverbrechen. Diese Entwicklung dürfte sich seither noch beschleunigt haben, vor allem wegen der sogenannten "Three Strikes"-Gesetze, die in den vergangenen vier Jahren auf Bundesebene und in den meisten Bundesstaaten eingeführt wurden. Danach müssen Wiederholungstäter bei ihrer dritten Straftat automatisch zu lebenslänglich verurteilt werden. Mildernde Umstände gibt es nicht. In manchen Einzelstaaten gilt dies selbst dann, wenn das dritte Delikt nur ein Diebstahl war.

Immer öfter wird auch "life without parole" verhängt: lebenslänglich ohne jede Möglichkeit einer Freilassung auf Bewährung. Diese Gefangenen werden selbst dann nicht mehr entlassen, wenn sie bereits todkrank sind. Noch schlimmer sind nur die Todesstrafen-Gefangenen dran. Seit Präsident Clinton die Revisionsmöglichkeiten gegen Todesurteile drastisch eingeschränkt hat, explodiert die Zahl der Hinrichtungen: 1996 wurden 45 Menschen hingerichtet, in diesem Jahr wird sich diese Zahl wohl verdoppeln. Über 3.200 sitzen in den Todestrakten (siehe ak 383).

Die Mehrzahl der anderthalb Millionen Gefangenen ist nicht etwa wegen Gewaltverbrechen (und schon gar nicht wegen Wirtschaftsdelikten) in Haft, sondern wegen Drogen. Daß der staatliche "War on Drugs" sich nicht gegen verpönte Rauschzustände sondern gegen die Unterklassen richtet, läßt sich schon an den Gesetzen ablesen. So gilt der Besitz von fünf Gramm der Yuppie-Droge Kokain in der Regel als Ordnungswidrigkeit (mit Bewährungsstrafe); für die gleiche Menge Crack - die proletarische Kokain-Version - gibt es aber mindestens fünf Jahre Haft ohne Bewährung.

Obwohl Clinton in Washington unter allgemeinem Beifall das Ende von "Big Government" verkündet, ist der Staat keineswegs am Absterben. Zwar haben US-Bundesregierung und Einzelstaaten die Sozialausgaben drastisch gekürzt, aber dafür gleichzeitig ihre Kontrollapparate immer weiter ausgebaut. "Die vorhandenen sozialen Dienste (werden) in Instrumente zur Überwachung und Kontrolle der neuen ‚gefährlichen Klassen' umgewandelt," schreibt dazu der Soziologe Loic Wacquant von der University of California. So wird überprüft, ob FürsorgeempfängerInnen sich fleißig um einen Job bewerben, Fortbildungskurse und Pseudo-Praktika besuchen, ihre Kinder zur Schule schicken, keine weiteren Kinder gebären, etc. In immer größerem Ausmaß werden Sozi-BezieherInnen zu Zwangsarbeit ("workfare") herangezogen (siehe ak 403). Noch einmal Wacquant: "Die Ineffizienz der Pflichtarbeitsprogramme ist ebenso offensichtlich wie ihr Strafcharakter." (FR, 12.7.97)

Gleichzeitig wird das Sozialhilfesystem privatisiert. Manche Bundesstaaten übertragen die Verwaltung der Welfare-Gelder und die Überwachung der LeistungsempfängerInnen an Großkonzerne wie das Rüstungsunternehmen Lockheed Martin oder Ross Perots Software-Unternehmen EDS.

Die umfassende Repression hat nur noch wenig mit der Entwicklung der Kriminalität zu tun, sondern dient der sozialen Kontrolle. "Das Gefängnis", meint die Le Monde Diplomatique (Juli 1995), "ist für die Mehrheit der Inhaftierten nichts anderes als eine Maschine zum Ausschluß einer Bevölkerung mit niedrigem Bildungsstand und starken psychosozialen Problemen."

Die "überflüssigen Esser" aus den Ghettos werden allerdings nicht einfach weggesperrt, sondern oft wieder in den kapitalistischen Verwertungsprozeß integriert. Während früher in den US-Knästen nur staatliche Aufträge (wie das Prägen von Kfz-Nummernschildern) ausgeführt wurden, dürfen sich seit einigen Jahren auch private Konzerne der billigen Zwangs-Arbeitskraft bedienen. Das treibt immer skurrilere Blüten: So nehmen Gefangene im Bundesstaat New Mexico telefonische Hotelreservierungen entgegen.

Immer mehr Knäste werden sogar komplett von Privatunternehmen gebaut und betrieben. In vielen ländlichen Gegenden ist der Neubau von Gefängnissen (landesweit derzeit rund 150 pro Jahr!) die einzige staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. Der "militärisch-industrielle Komplex" als Zentrum der US-Wirtschaft wird wohl bald abgelöst. Für den neuen Wachstumsmotor kursiert bereits ein Begriff: "Prison-Industrial Complex".

M.H.

23. US-Gewerkschaften und Maquilas. NAFTA-Abkommen und Gewerkschaftskrise führen zu widersprüchlichen Interessen

Autor: Ronald Köpke · Rubrik: USA; Lateinamerika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:15

Das NAFTA-Abkommen von 1994 setzt die US-Gewerkschaften unter Druck. Der Kampf gegen die steigende Billiglohnkonkurrenz im eigenen Land wird durch die steigende Lohnkonkurrenz im NAFTA-Gebiet erschwert. Lester Thurow vom Massuchusettes Institute for Technology präzisiert in diesem Zusammenhang das Kernproblem: Das wahre Motiv der Besorgnis über den NAFTA-Vertrag war, daß sich auf der einen Seite das Bruttoinlandsprodukt in den USA von 1973 bis 1992 (inflationsbereinigt) um 27% steigerte, während die Löhne im selben Zeitraum um 20% für etwa 60% der männlichen Arbeiter fielen. Darum ist es nicht überraschend, daß der republikanische Multimillionär und NAFTA-Gegner, Ross Perot, Zustimmung bei Millionen ArbeiterInnen findet, die die Schuld am sozialen Abstieg den Mexikanern geben.

"Die Vereinigten Staaten sind heute eine Ökonomie der Ersten Welt mit einer großen und wachsenden Wirtschaft der Dritten Welt in seinem Inneren" (Thurow 1993).

Das ist der materielle und gesellschaftspolitische Kern der Lohnkonkurrenz innerhalb der USA, zwischen den USA und Mexiko, wie auch zwischen den USA und Zentralamerika. Die weitere Marktöffnung innerhalb der Sphäre der US-Hegemonie und damit die Vertiefung der Lohnkonkurrenz evoziert eine gesellschaftspolitische Polarisierung: Auf der einen Seite formiert sich ein konservativer nationalistischer Standortprotektionismus, auf der anderen Seite ein Lager der Befürworter des Freihandels. Beide Positionen sind in sich nicht minder widersprüchlich: Die abstiegsbedrohte US-ArbeiterInnenschaft und ihre Gewerkschaften finden sich in beiden Lagern wieder: Die konservative Gewerkschaftspolitik verfolgt die traditionelle Absicherung der Pfründe in einigen wenigen Industriezweigen, während die neuen Gewerkschaftsstrukturen zunehmend auch das working poor in den USA repräsentieren. Die Reformer stehen eher auf Seiten eines über Sozial- und Umweltstandards regulierten Freihandels. Sie verfolgen die Integration der nationalen und regionalen Lohndifferenzen innerhalb eines LohnarbeitsanbieterInnenkartells, in dem gewisse Mindestspielregeln der Lohnkonkurrenz festgelegt werden.

Dieser Flügel setzt bspw. verstärkt auf ethisch moralisch motivierte Konsumboykotts gegen US-Modevermarkter, in deren Zulieferern (Sweatshops und Maquilas) bestimmte Sozialstandards verletzt werden. Diese Spielart der Gewerkschaftspolitik ist Produkt einer spezifischen Restrukturierung der Gewerkschaften der American Federation of Labor-Congress of Industrie (AFL-CIO). Sie ist im speziellen, ebenso wie der Abstieg der weißen FacharbeiterInnen und der Mittelklassen im allgemeinen, ein spezifisches Produkt der neoliberalen Ära Reagan/ Bush. Die neoliberale Ära führte die US-Gewerkschaften an den tiefsten Punkt ihrer Krise, der gleichzeitig Ausgangspunkt für die ersten Ansätze der Krisenüberwindung war.

Krise und Niedergang der US-Gewerkschaften

Die gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnenbewegung in den USA ist unübersehbar in einem rasanten Niedergang begriffen. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad sank von 33% in den fünfziger Jahren, auf unter 15% Mitte der 90er Jahre. In der Industrie betrug der Organisationsgrad 1993 gerade noch 11,2%. Der Mitgliederstand sank von 23 Millionen in den 70er Jahren, auf 16,4 Millionen 1995. Der eigentliche Niedergang begann mit den zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der USA am Ende der 70er Jahre (Inflation, Rezession und steigende Arbeitslosigkeit). Die Wirtschaftskrise war einer der Ausgangspunkte der neoliberalen Wende in den 80er Jahren und markierte das schließliche Ende der späten Spielarten des New Deal. (1)

Die ökonomischen Gründe für den Abstieg der Gewerkschaften waren im wesentlichen Erscheinungen des Umbruchs des fordistischen Akkumulationsregimes in den USA und seiner spezifischen politischen (neoliberalen) Regulierung: Zum einen wurden verstärkt bestimmte lohnintensive Fertigungsbereiche der Industrie auf kleinere Zulieferer verlagert. Soweit diese in den USA produzierten, mißlang die gewerkschaftliche Organisierung weitgehend. Andere Zulieferer wurden in Standorte außerhalb der USA

verlagert, wie z.B. nach Mexiko oder nach Zentralamerika. Zum anderen waren ganze Branchen der USA im Niedergang begriffen, deren Reste z.T. bis heute klassische Domänen der Gewerkschaften der AFL-CIO sind (Bergbau, Stahlindustrie, Elektronik, Schiffbau, Automobilindustrie).

Einige wichtige Unternehmen verlagerten aufgrund von Infrastrukturanreizen und Lohnkostenvorteilen ihre gesamte Binnenproduktion in den gewerkschaftsschwachen Süden der USA, wo der Organisationsgrad nur bei 6% liegt. Des weiteren führten eine forcierte Deregulierung staatlicher Aufsichtsbehörden und Privatisierungen im Infrastruktursektor (Transportwesen, Telekommunikation) zur Ausdehnung gewerkschaftsfreier Räume. Die allgemeine politische Situation in den 80er Jahren ermutigte zusätzlich den privatwirtschaftlichen Sektor zu gewerkschaftsfeindlichen Maßnahmen. Das wachsende Überangebot an billiger Arbeitskraft durch legale und illegale ArbeitsmigrantInnen (vor allem aus Lateinamerika) wurde überdies zur Ersetzung regulierter Arbeitsverhältnisse durch working poor-Arbeitsverhältnisse genutzt. Die Gewerkschaften mußten gegenüber den Unternehmen, wo sie sich halten konnten, zunehmend Konzessionen machen (concession bargaining). Diese Konzessionen, die vor allem die Entlohnung betrafen, unterschritten teilweise die Schmerzgrenze der Beschäftigten. Die Legitimität der Gewerkschaften wurde durch dieses concessing bargaining untergraben, sie erschienen zu Recht zunehmend als funktionslos. Durch diese Veränderungen bricht das Modell des business unionism, einer extrem auf die Bedienung einer bestimmten Klientel ausgerichteten korruptionsanfälligen Betriebs- und Branchenpolitik. Der business unionism hatte den AFL-CIO-Gewerkschaften öffentlich den Ruf einer Bedienungsagentur für weiße männliche Facharbeiter ohne gesellschaftliche Solidaritätsfunktion eingebracht. Die Gewerkschaften repräsentierten im Rahmen ihres traditionellen Konzeptes zunehmend weniger die kulturelle und soziale Realität, der sich rapide verändernden neuen Billiglohnsektoren in den USA. Das betraf gleichzeitig den steigenden Anteil der Frauen am working poor, wie auch die heterogenere ethnische Aufspaltung der LohnarbeiterInnen. Die ethnische Heterogenität war ohnehin ein probates Mittel der politischen Herrschaft der USA, die ArbeiterInnenklasse zu spalten.

Eine weitere Spaltungslinie ist die Form der Beschäftigung. Durch Auflösung formeller Erwerbsarbeitsverhältnisse erodieren die potentiellen Ansatzpunkte für ein traditionelles collective bargaining: Die Anzahl der ArbeiterInnen, die "irregulär" beschäftigt sind, erreicht Mitte der 90er Jahre 30 bis 36 Millionen Personen. Das entspricht etwa 25 bis 30% der Erwerbstätigen. Diese Art der Beschäftigung, die außerhalb der Reichweite der traditionellen Gewerkschaftspolitik liegt, wächst zehn mal schneller als die gesamte Beschäftigung des Jobwunders USA. Geschickt nutzten die monetaristischen Akteure der Reagan-Ära die sich vertiefende rapide Aufspaltung der ArbeiterInnenklasse, wie auch den schlechten Ruf der Gewerkschaften der AFL-CIO, um die Gewerkschaften zu desavouieren. Auf der anderen Seite klammerten sich die Gewerkschaften vor allem außenpolitisch an den Staat, als ob der Klassenkompromiß der Ära des New Deal noch bestünde, wie in den guten alten Zeiten des Koreakrieges. War doch die imperialistische US-Außenpolitik auch traditionell Garant der Pfründe der weißen männlichen Arbeiterklasse und damit Dreh- und Angelpunkt der Regulierung der internationalen Lohnkonkurrenz im Sinne des Standortes USA. Genau dieser Mechanismus wird jedoch durch forcierte Globalisierungsprozesse erschüttert.

Die Reaganomics zeichneten sich dadurch aus, daß gleichzeitig eine antigewerkschaftliche Kampagne mit einer streng antikommunistischen Außenpolitik verknüpft werden konnte und es trotzdem gelang, die Gewerkschaften für das außenpolitische Projekt einer verstärkten Systemkonfrontation einzubinden. Denn ihre Apparate klammerten sich nach wie vor an das alte Standortkonzept. Die AFL-CIO-Gewerkschaften unter der Führung ihres Vorsitzenden Lane Kirkland ließen sich unter der Regierung Reagan auf eine Beteiligung an tripartistischen Kommissionen ein. Jedoch bestimmte die Regierung Reagan selektiver als alle vorherigen, wie und woran sie die Gewerkschaften zu beteiligen gedachte. Die Beteiligung am selektiven Diskussionskorporatismus Reagans konnte nicht im geringsten den Abstieg der FacharbeiterInnen oder die Krise der Gewerkschaften aufhalten. Die wachsende massive Kritik in den eigenen Reihen an dieser Politik wurde später zum Ausgangspunkt der Restrukturierung der AFL-CIO.

Die Gewerkschaftspolitik der Aufstandsbekämpfung in Lateinamerika

Trotz der offenen Feindschaft der Reaganomics gegenüber den Gewerkschaften erhielt die AFL-CIO in den 80er Jahren jährlich mehr als 40 Millionen US-Dollar für den Aufbau von den USA genehmen Freien Gewerkschaften und hatte damit für die Außenarbeit ebenso größere Mittel zur Verfügung wie für die eigenen Strukturen im Inland. In Zentralamerika wurden im Rahmen der Eindämmung des Kommunismus vor allem Projekte in Nicaragua, El Salvador, Guatemala und Honduras gefördert. Diese Instrumentalisierung ohne

Gegenleistung rief an der Basis der Gewerkschaften zunehmend Widerstand hervor. Die Regierung Reagan schuf 1983 ein neues Organ für die Koordinierung der politischen Stiftungen, das streng an den antikommunistischen Implikationen der US-Außenpolitik angepaßt war. Dieses Organ, das National Endowment for Democracy (NED), koordiniert einen Großteil der Fonds der U.S. Agency for International Development (USAID) und kontrollierte die Weiterleitung von Fonds an vier große politische Stiftungen der USA. Eine davon ist die Internationale Abteilung der AFL-CIO. Die Internationale Abteilung der AFL-CIO unterhält Unterabteilungen in Europa, Asien, Lateinamerika und in Afrika. Für Lateinamerika ist das 1978 gegründete American Institute for Free Labor Development (AIFLD) zuständig. Das NED, das als Aufsichtsbehörde für einen Großteil der Fonds des AIFLD zuständig war, sollte die politischen Interessen der USA deutlicher in Projekten der Entwicklungszusammenarbeit garantieren, als die träge Entwicklungsagentur USAID. Das NED untersteht direkt der US Information Agency, deren diplomatische Aufsicht beim Außenministerium liegt. Unter diesen Bedingungen unterlag die Arbeit des AIFLD indirekt auch der Aufsicht der CIA, deren informelle MitarbeiterInnen sich in den lateinamerikanischen Büros des AIFLD gegenseitig die Türklinke in die Hand drückten. Über den Umweg der strafferen außenpolitischen Kontrolle durch das NED finanzierte die USAID das AIFLD.

Im Rahmen eines speziellen bilateralen Abkommens gab das AIFLD in El Salvador zwischen 1990 und 1993 allein 15 Millionen US-Dollar für die Arbeit mit seinen Counterparts, vor allem mit der sozialchristlichen Central de Trabajadores Democráticos (CTD) aus.

Nicaragua hatte in den 80er Jahren neben Polen (Förderung von Solidarnoscz) eine besondere Förderungspräferenz für die AIFL-CIO-Stiftungen. Die Förderung des Free Labor Development war dabei Teil der jeweiligen Destabilisierungspolitik. In Nicaragua war die Förderung von oppositionellen Gewerkschaften unmittelbar den Kriegszielen der USA (Contrakrieg) untergeordnet. Das AIFLD agierte dabei ohne bilaterale Vereinbarung zwischen den USA und Nicaragua als Goldesel für konterrevolutionäre Gewerkschaftsorganisationen, bis hin zur damals noch kommunistischen CAUS (Central de Acción y Unidad Sindical), die heute der neosomozistischen Regierungspartei des Präsidenten Arnoldo Alemán nahesteht. Entscheidendes Kriterium für die Förderung war die Opposition zu den sandinistischen Gewerkschaften und die Bereitschaft, entsprechende Arbeitskampfmaßnahmen zur Destabilisierung der angeschlagenen nicaraguanischen Wirtschaft durchzuführen.

Gemeinsam mit der Wirtschaftsförderungspolitik der USAID für die Freien Produktionszonen geriet Anfang der 90er Jahre auch die Mittelverwendung des AIFLD in die öffentliche Kritik. Ungeachtet dessen verfolgt das AIFLD weiter die traditionelle Politik der Förderung des Free Labor Development in den Ländern des Karibischen Beckens.

Bei der Entscheidung über eine Förderungswürdigkeit von Gewerkschaftsprojekten haben spezifische Länderarbeitsgruppen des State Departments, die über die Arbeitsbedingungen in den Förderländern jährliche Monitorings erstellen, das letzte Wort. Mit Ausnahme von El Salvador sind die Bewilligungen der AIFLD-Projekte direkt vom State Department abhängig. Im Fall El Salvador wurde eine Sonderregelung zur Förderung des "demokratischen Wiederaufbaus" nach 1992 getroffen. Die El Salvador-Aktivitäten des AIFLD unterstehen dabei dem Office for Democratic Initiatives der USAID. Als Reaktion auf die massive Kritik an der politischen Steuerung des NED in Reihen der Demokraten, hat die Clinton-Adminstration eine neue Abteilung, das Center for Democracy unter dem Dach der USAID eingerichtet. Diese Abteilung arbeitet dem neu geschaffenen Bureau of Global Programs der Clinton-Regierung zu. Dieses soll die politischen Förderaktivitäten der USA in der Dritten Welt der neuen Weltordnung anpassen. Die Counterpart-Arbeit des AIFLD konzentrierte sich stets auf politisch genehme Gewerkschaften. In einigen Fällen sind diese Counterparts jedoch nicht kompatibel mit den Anforderungen der neuen Gewerkschaftsstrukturen der AFL-CIO, wie die der Textilgewerkschaft UNITE. Ein Beispiel dafür ist Honduras.

Die neue Führungsspitze der US-Gewerkschaften hatte ein Großreinemachen in den internationalen Abteilungen des AFL-CIO angekündigt. Bislang wurde lediglich der Abteilungsleiter der Internationalen Abteilung ausgewechselt. In der Praxis vor Ort herrscht das Primat der Aufstandsbekämpfung, der Apparat ist noch mit alten Hardlinern und MitarbeiterInnen des CIA besetzt.

Die Außenpolitik der AFL-CIO als Wendepunkt

Die Reaganomics wurden wider Willen zu einem politischen Instrument, das den Wechsel von der fordistischen New Deal-Gewerkschaft zu einem teilweise effektiv operierenden internationalen Lobbyapparat forcierte. Die Früchte dieser gezwungenen Umstrukturierung ernten gegenwärtig die neuen Gewerkschaftsstrukturen in der nachliberalen Ära Clinton, die jedoch kaum weniger antisozial und antigewerkschaftlich ist als die ihrer Vorgängerregierungen Reagan und Bush. Die vitalste Erneuerungsströmung in der AFL-CIO kam aus Solidaritätsprojekten mit den Befreiungsbewegungen El Salvadors, Nicaraguas und Guatemalas. Ihre AkteurInnen wandten sich zunehmend offen gegen die Einbindung der Außenarbeit der Gewerkschaften als Aufstandsbekämpfungsagentur. In den 80er Jahren schufen sich die Solidaritätsnetzwerke Strukturen außerhalb des Gewerkschaftsapparates. 1987 mobilisierten erstmals die Reformkräfte in der AFL-CIO Zehntausende für die Solidarität mit Zentralamerika und Südafrika. Am 25.4.1987 konnten einige Änderungen an der außenpolitischen Plattform der AFL-CIO durchgesetzt werden. Die Opposition wurde dabei von Jack Sheikman angeführt. Sheikman war Vorsitzender einer der beiden Vorgänger der Textilgewerkschaft UNITE, der Amalgamated Clothing and Textile Workers Union (ACTWU). Der rechte Block in der AFL-CIO setzte im Gegenzug weiterhin eine Zustimmung für Reagans Sternkriegsprogramm (SDI) und für die Unterstützung der Contra in Nicaragua durch. Zu diesem Zeitpunkt konnte die Führung der AFL-CIO aber nicht mehr verhindern, daß die Lebensmittelgewerkschaft UFCW eine Solidaritätskampagne mit Gewerkschaftern bei Coca Cola in Guatemala durchführte. Ein weiterer Höhepunkt des internationalistischen Aufbruchs in den Gewerkschaften war 1989/ 90 der Boykott salvadorianischen Kaffees durch die Hafenarbeiter an der Westküste der USA.

Vor allem die neuen MigrantInnen aus Lateinamerika gaben der überbetrieblichen Vernetzung und Politisierung der Gewerkschaftsbewegung der USA neuen Auftrieb. Einer der historischen Ausgangspunkte war der Kampf um die Schließung des General Motors Werkes im Stadtteil Van Nuys von Los Angeles im Jahr 1988. Erstmals setzte sich eine demokratische Opposition in der größten Einzelgewerkschaft des AFL-CIO in der durch Korruptionsskandale erschütterten International Brotherhood of Teamsters (IBT) durch. In der IBT sind vor allem Fahrer des Speditionsgewerbes organisiert. Die oppositionelle Teamster for a Democratic Union (TDU) unter der Führung von Ron Carey konnten im Herbst 1991 16 der 17 Vorstandsposten erobern und setzten sich an die Spitze der Reformbewegung der AFL-CIO.

Die neuen Freiräume wurden zunächst von der Hafenarbeitergewerkschaft und den beiden Textilgewerkschaftsverbänden ACTWU und ILGWU, die später zu UNITE fusionierten, dazu genutzt, internationale Solidaritätsaktionen zu beginnen. Auch konservativere Gewerkschaftsverbände nutzen zunehmend die Möglichkeiten der Vernetzung mit neuen sozialen Bewegungen, den Aufbau von Lobbygruppen und die internationale Zusammenarbeit. Die Auswechselung der alten Riege der sogenannten lame ducks, der Riege um Lane Kirkland, in den Gewerkschaften begann Ende der 80er Jahre und konnte nach und nach größere Freiräume öffnen. 1995 trat die alte Riege um Lane Kirkland ab. Auf dem AFL-CIO-Kongreß in New York gab es zum ersten Mal seit 100 Jahren eine Kampfkandidatur. Die Gewerkschaft der Angestellten im Dienstleistungssektor (SEIU), die Bergarbeitergewerkschaft (UMW), die LKW-Fahrer und Transportbeschäftigten (Brootherhood of Teamsters) und die American Federation of State, County and Municipe Employees und andere Gewerkschaftsgruppen organisierten eine oppositionelle Bewegung namens New Voice, deren Ziel es war, die alte Garde zu stürzen: Der von Kirkland designierte Nachfolger, Schatzmeister Thomas R. Donahue, wurde nicht gewählt, sondern der Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft (SEIU), John Sweeney. Die neue Führungsriege des New Voice (Sweeny/ SEIU, Rich Trumka/ UMW, Chavez-Thompson/ AFSCME) bedeutete eine Abkehr vom Selbstbedienungsapparat der weißen männlichen Facharbeiter hin zu einem Bündnis zwischen schlanker Industriearbeit und working poor. Sweeney, Trumka und Chavez Thompson versprachen nicht weniger als den Aufbau einer neuen sozialen Bewegung. Im Rahmen der Fusionen der Textilgewerkschaften zu UNITE, wie auch im Rahmen der Fusionsbestrebungen der Automobilarbeiter, Stahlarbeiter und Maschinisten, die im Jahr 2.000 eine große Metallgewerkschaft gründen wollen, haben die Reformkräfte weiteren Aufschwung.

Die neue Textilgewerkschaft UNITE

Für die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Frauenorganisationen der Freien Produktionszonen Mittelamerikas ist vor allem die neue vereinigte Textilgewerkschaft UNITE von Bedeutung. Die Union of Needletrades, Industrial and Textile Employees (UNITE) wurde im Juni 1994 als Zusammenschluß der Amalgamated Clothing and Textile Workers' Union (ACTWU) und der International Ladies' Garment Workers

Union (ILGWU) gegründet. Die ILGWU ist vor allem in der Frauenbekleidungsbranche in den großen Städten wie New York und Los Angeles vertreten. Die ACTWU hat ihre Basis in der Herrenbekleidungsbranche vorwiegend im Süden der USA. In der US-Textil- und Bekleidungsbranche wurde der Druck der deregulierten und z.T. illegalen Arbeitsverhältnisse in den Sweatshops und der internationale Druck der regionalen Lohnkonkurrenz zu einem mit den traditionellen Gewerkschaftsmethoden unlösbaren Problem. In der Bekleidungsbranche ist der Handlungsdruck aufgrund der drastischen Lohnsenkungen in der Bekleidungsfertigung, aufgrund der Auslagerung lohnintensiver Fertigung und aufgrund illegaler Beschäftigung besonders groß. Die Textilgewerkschaften mußten sich, wollten sie überleben, in Gewerkschaften der working poor-Beschäftigten, der MigrantInnen und auch der illegalen MigrantInnen verwandeln. Umgekehrt brachte die neue Klientel der lateinamerikanischen MigrantInnen wesentlich pragmatischere Kampfformen in die Gewerkschaftspolitik mit ein. Somit war es kein Zufall, daß zuerst in der Textil- und Bekleidungsbranche im Süden der USA sogenannte corporative campaigns initiiert wurden: Im Rahmen von corporative campaigns der Bekleidungsindustrie kooperieren Gewerkschaften, KonsumentInnenvereinigungen, Menschenrechtsgruppen und MigrantInnenvereine, um gezielt Kampagnen gegen die lukrativsten und sensibelsten Bereiche einiger Bekleidungskonzerne durchzuführen. Gleichzeitig war UNITE (bzw. ihre beiden Vorläuferorganisationen) Schrittmacher der Solidaritätsaktionen von Gewerkschaft zu Gewerkschaft in Zulieferern US-amerikanischer Modefirmen in den Freien Produktionszonen Mittelamerikas und der Karibik. Ein Teil dieser Arbeit ist die direkte Unterstützung von Schwestergewerkschaften durch die Präsenz von UNITE-Koordinatoren vor Ort. Die erste gemeinsame Kampagne der beiden später fusionierten Gewerkschaftsverbände richtete sich gegen den US-Modekonzern The GAP und gegen die Praktiken in seinen zentralamerikanischen Zulieferern. Die Kampagne konzentrierte sich auf die taiwanesische Maquila Mandarin International in El Salvador.

Die Textilgewerkschaften organisierten 1992 eine Kampagne gegen die Förderung der Freien Produktionszonen durch die vom USAID aufgebauten zentralamerikanischen Exportförderstiftungen wie die Fundación Salvadoreña para el Desarrollo Económico y Social (FUSADES) in El Salvador oder die Fundación para la Inversión y Desarrollo de Exportaciones (FIDE) in Honduras. Diese Stiftungen unterhalten Investorenanwerbebüros in den USA. In Zusammenarbeit mit dem NLC wurden 50 Pressekonferenzen in den USA organisiert, auf denen die steuerfinanzierte USAID-Exportförderung und die Auslagerung von Arbeitsplätzen in der US-Bekleidungsindustrie öffentlich angegriffen wurde.

Eine Untersuchung dieser Förderung durch den Bundesrechnungshof der USA (General Accounting Office) 1993 war u.a. Resultat dieser Kampagne. Das FUSADES-Büro in Miami wurde mit Hilfe von lateinamerikanischen MigrantInnenorganisationen und Solidaritätsgruppen gestürmt und daraufhin geschlossen.

UNITE repräsentiert eine größere ethnische Vielfalt und einen Teil des industriellen Billiglohnsektors der USA und wird geführt von einer reformierten Gewerkschaftsspitze, die die klassische Aufstandsbekämpfungspolitik des AIFLD negiert und ein besonderes Interesse verfolgt, Kooperationen im Zusammenhang mit der regionalen Lohnkonkurrenz anzustreben. Diese Kooperation manifestiert sich besonders in der unmittelbaren Betreuung von Schwestergewerkschaften in Zentralamerika und der Karibik. Dazu unterhält UNITE KoordinatorInnen vor Ort in Honduras, Guatemala und in der Dominikanischen Republik.

Das NLC und die Solidaritätsgruppen

Das National Labor Committee for Human Rigths in Central America. Education Fund in Support of Worker and Human Rights in Central America (NLC) ist als unabhängiges Komitee entstanden, das sich vor allem mit den Arbeitsbedingungen in Zentralamerika und der Karibik befaßt. Das NLC arbeitet als internationale Lobbyorganisation mit 23 Gewerkschaften der AFL-CIO zusammen. Es hat sich auf corporative campaigns spezialisiert. Das NLC spielte mit UNITE eine entscheidende Rolle bei den Auseinandersetzungen um die Maquilas Global Fashion, KIMI u.a. in Honduras und bei Mandarin International und Gabo in El Salvador. An den Auseinandersetzungen um die Arbeitsbedingungen in den Maquilas sind auch andere Solidaritätsorganisationen beteiligt, die in den 80er Jahren unmittelbar mit den Befreiungsbewegungen Zentralamerikas zusammengearbeitet haben. Sie standen ursprünglich den offiziellen US-Gewerkschaften, aufgrund Außenpolitik der Aufstandsbekämpfung, ablehnend gegenüber. Mit der Neuorientierung einiger Abteilungen der AFL-CIO kam es zu einer Annäherung mit offiziellen Gewerkschaftsstrukturen der USA und zu einer Vernetzung über die "Campaign for Labor Rigths". In diesem Netzwerk sind Solidaritätsgruppen, NLC,

National Consumer League (NCL) und Gewerkschaften zusammengeschlossen. Die Beteiligung an diesem Netzwerk bedeutete für einige ehemalige GewerkschaftsaktivistInnen, die in den 80er Jahren begonnen hatten, sich außerhalb des Apparates zu organisieren, eine Wiederannäherung auf sachlicher Grundlage mit den Organisationsstrukturen der AFL-CIO. Zu den wichtigsten Solidaritätsorganisationen, die zur Problematik der Freien Produktionszonen arbeiten, gehören neben dem NLC u.a. das U.S. Guatemala Labor Education Project (U.S. GLEP), Committee in Solidarity with the People of El Salvador (CISPES) und Witness for Peace (Solidaritätskomitee zu Nicaragua).

Counterparts und heteronome Kooperation

In den USA beendet die Thematik der Lohnkonkurrenz die "Care-Paket Mentalität" gegenüber Zentralamerika. Erstmals sind die Arbeits- und Lebensbedingungen in den USA selbst Thema der internationalen Zusammenarbeit. Gleichzeitig entmystifiziert sich der Begriff der Solidarität und wird dabei der mittelständischen "Sorge um den Hunger der Welt" oder einem Sozialromantizismus entzogen. Im Bündnis mit den Gewerkschaften findet ein Wandel zu praktischer und auch konfliktbesetzter Zusammenarbeit statt und damit eine Bewußtwerdung über den materiellen Kern der Solidarität, dem Eigeninteresse innerhalb der Lohnkonkurrenz, auch wenn diese ethisch moralisch begründet wird. Unter diesem Blickwinkel ist internationale Solidarität kein Nischenthema, sondern eine blanke Überlebensfrage der US-amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Die Interessen der US-Gewerkschaften und der mit ihnen kooperierenden Solidaritätsorganisationen gegenüber den zentralamerikanischen Maquilas bzw. gegenüber den zentralamerikanischen AkteurInnen bleiben jedoch widersprüchlich: Die klassische Variante der internationalen Gewerkschaftspolitik der AFL-CIO war die Unterstützung der US-Hegemonie in der Region. Diese Rolle spielt nach wie vor das AIFLD. Diese Politik dient bis heute der Absicherung der alten Standortinteressen und findet ihre Entsprechung in der Finanzierung ausgewählter Gewerkschaftsapparate in Zentralamerika. Die neue Variante der Zusammenarbeit mit zentralamerikanischen Counterparts zur Durchführung von Kampagnen gegen auslagernde US-Modekonzerne ist unter der Fahne der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Maquilas zunächst ethisch moralisch motiviert und kommt aus der Strömung der Solidaritätsnetzwerke. Das NLC und UNITE haben ihre darauf aufgebauten Kampagnen professionalisiert. In diesen Kampagnen werden jedoch bestimmte Muster über die Freien Produktionszonen in der Öffentlichkeit kolportiert (Beschäftigung Minderjähriger, Frauenarbeit, extrem repressive schlechte Arbeitsbedingungen), deren empirische Evidenz z.T. unter der instrumentellen Zweckbestimmung leidet. Werden die dabei benutzten Bilder über die Wirklichkeit der Freien Produktionszonen in die Gesellschaften Zentralamerikas zurücktransportiert, so beschleunigen sie die Spaltung der AkteurInnen vor Ort in KooperationspartnerInnen und in die nationale Gegenkampagne. Die traditionellen zentralamerikanischen Gewerkschaften finden sich zum Teil aufgrund eigener Standortinteressen auf Seiten der nationalen Gegenkampagne wieder.

Die an der Problematik der Maquilas arbeitenden Gewerkschafts-, Menschenrechts- und Frauenorganisationen Zentralamerikas, die für diese Kampagnen einen Resonanzboden bilden, sind in ihren Ländern dem Vorwurf des Standortverrates ausgesetzt. Plakative Kampagnen, die die Beschäftigung Minderjähriger zu einem Hauptthema der Maquilas machen, bergen die Gefahr einer verzerrten Darstellung der Wirklichkeit der zentralamerikanischen Maquilas. Die Kampagne gegen die Beschäftigung Minderjähriger traf bspw. in Honduras in dem Moment auf nationalen Widerstand, wo sich gerade in der hondurianischen Öffentlichkeit das Bild der Industrieparks verbessert hatte. So hatte das US Labor Department im Oktober 1996 festgestellt, daß die Beschäftigung Minderjähriger in zentralamerikanischen Maquilas gerade keine allgemeingültige Praxis ist. Die Informations- und Definitionsmacht liegt jedoch eindeutig bei den US-Organisationen und nicht bei ihren zentralamerikanischen PartnerInnen.

Ronald Köpke

Anmerkung

1) Der New Deal bezeichnet die Phase der Wirtschafts- und Sozialpolitik nach der Wirtschaftskrise von 1929, in der Elemente keynesianischer (nachfrageorientierter) Wirtschaftspolitik, makroökonomischer Steuerung, eine begrenzte Sozialpolitik, steigende Reallöhne und korporatistische Einbindung der antikommunistisch bereinigten AFL-CIO-Gewerkschaften das Rückrat bildeten. Nach Auffassung von John Kenneth Galbraith war diese Ära bereits spätestens 1965 mit der Regierung Lyndon Johnson vorbei (Galbraith 1995). Symbolisch jedoch ist der New Deal endgültig mit dem Siegeszug der Antigewerkschaftspolitik Reagans beendet worden.

24. Soziale Befreiung jenseits von Staat und Nation? Zur Programmatik der EZLN und der Diskussion in der Soli-Szene

Autor: Gaston Kirsche · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:02

Mit diesem Artikel von Gaston Kirsche (gruppe demontage) setzen wir die Reihe von Diskussionsbeiträgen zum Thema "EZLN/Widerstand in Mexiko und weltweit" in ak fort. Der Autor untersucht Programmatik und Wortwahl von Zapatisten (in geringerem Umfang auch die der EPR) und setzt sich mit dem z.T. kritiklosen Bezug der Solidaritätsbewegung auf die indigenen Revolutionäre auseinander.

Die EZLN (Zapatistische Armee zur nationalen Befreiung) begann ihren Aufstand in Chiapas am 1.1.94, dem Tag des Inkrafttretens der NAFTA/TLC-Verträge (North American Free Trade Agreement). Durch dieses symbolische Datum unterstrichen die Zapatistas ihre Gegnerschaft zu einer neoliberalen, auf Freihandelskapitalismus orientierten Politik. Chiapas ist eine der ärmsten Regionen Mexikos mit einem hohen Anteil indigener und (landloser) kleinbäuerlicher Bevölkerung, auf die sich die EZLN in den Erklärungen bezieht: In Übersetzungen ins Deutsche ist manchmal vom "Campesino-Indígena-Volk" (1) die Rede. Ob vom "Campesino-Indígena-Volk" oder von einem indigenen bzw. indigenisierten Landproletariat ausgegangen wird, geht über eine Sprachstilfrage hinaus. Interessant wird es, wenn ein dahinterstehender Bezug auf Vorstellungen von abgrenzbaren Völkern oder Ethnien dem Bezug auf soziale Klassenverhältnisse entgegengestellt wird. Dieser Widerspruch durchzieht die Chiapas-Solidarität und die Projektionen auf das als vermeintlich authentisch-ursprünglich wahrgenommene Indigene an der EZLN.

Kapitalismus allüberall

Die Rebellion in Südmexiko wurde zwar durch wirtschaftsliberale Politik ausgelöst. Die mit dem Beitritt zur NAFTA verbundene neoliberale Politik hat die Ausbeutungsbedingungen und -strukturen aber nur verschärft, nicht begonnen. Neoliberalismus ist nur eine Ausformung von Kapitalismus. Die Durchsetzungskraft privater Unternehmen führte bereits in den 70ern zu einer massiven Vermögenskonzentration bei einer kleinen Wirtschaftselite. Diese Entwicklung könnte durch die NAFTA noch verstärkt werden, da die mexikanische PRI-Regierung die Wirtschaftselite mit Vermögensvorteilen gegen die US-Konkurrenz absichert. Schon Jahre vor der NAFTA gab es eine verstärkte Konzentration des Landbesitzes und damit einhergehend eine zahlenmäßige Zunahme von TagelöhnerInnen, die in der Landwirtschaft arbeiten.

Chiapas zählt neben Guerrero und Oaxaca, wo die EPR (Revolutionäre Armee des Volkes) stark ist, zu den mexikanischen Bundesstaaten mit dem höchsten Anteil indigener landloser Bevölkerung. Im Gegensatz zu Vorstellungen von unberührten indigenen Kulturen ist die soziale Alltagsrealität der Dörfer in der Selva Lacandona von Chiapas wie im kargen Hochland von Oaxaca von einer Durchdringung durch kapitalistische Verwertungszwänge gekennzeichnet. Die Scheinalternative Migration und "Assimilation" mit rassistischer Entrechtung versus "Rückständigkeit" als "Indio" im Dorf drückt die fortwährend reproduzierte soziale, ethnisierte Grenze aus.

Am Beispiel Mixtepec/Oaxaca schrieb Marta Guidi hierzu: "Seit Ende des vergangenen Jahrhunderts entwickelte sich eine Migrationstradition, die eng mit der zunehmenden Eingliederung der comunidad in den nationalen Markt und die mexikanische Nation verbunden ist. Die Markteinbindung der MixtekInnen als LieferantInnen billiger landwirtschaftlicher und mineralischer Rohstoffe führte zur Auflösung des regionalen Warenaustauschnetzes, zur Zunahme der Bodenerosion und zur Zunahme des Konsums von Industrieprodukten, der seinerseits die Notwendigkeit von Geldeinnahmen zur Überlebenssicherung erhöhte. Insgesamt verschlechterte sich die Lebensqualität in der Region." (Marta Guidi: Migration als Überlebensstrategie? in: Peripherie 49, S. 51/52)

In Anlehnung an marxistische Dependenztheorie ausgedrückt: Je integrierter die indigenen Gruppen und Regionen in die Nationalökonomie sind, um so marginalisierter und mehrheitlich ausgebeuteter sind sie. "(So) ist es seit NAFTA nur eine Frage der Zeit, bis die interessanten Böden den Besitz wechseln. Die Campesinos haben dann keine landwirtschaftlichen Produkte mehr zu verkaufen, sondern einzig und allein noch ihre Arbeitskraft als Ware anzubieten. Die läßt sich aber immer schwerer veräußern, so daß im letzten Jahr allein in

Chiapas fünfzehntausend Menschen an Hunger und leicht heilbaren Krankheiten starben." (A. Martínez/E. Largend: Neue Welt, neue Folge, in: konkret 6/94). So sah der Kapitalismus in Chiapas im Jahr vor dem Deregulierungsschub durch die NAFTA aus.

Kapitalismus heißt

jetzt Neoliberalismus

Mitte 1992 verfaßte Marcos für die EZLN den Text "Chiapas: Der Südosten in zwei Winden, einem Sturm und einer Prophezeiung". Darin heißt es: "Chiapas verblutet auf tausend Wegen: Öl und Pipelines, Stromleitungen, Eisenbahnwagen, Bankkonten, Last- und Lieferwagen (...). Der Tribut, den der Kapitalismus von Chiapas fordert, findet in der Geschichte keinen Vergleich. 55% der in Mexiko verbrauchten hydroelektrischen Energie stammen aus diesem Bundesstaat, (...) doch nur ein Drittel der chiapanekischen Haushalte verfügt über elektrisches Licht (...). Die Eisenbahnlinie folgt (...) nicht den Bedürfnissen der chiapanekischen Bevölkerung, sondern denjenigen der kapitalistischen Plünderung."

Entnommen ist diese Übersetzung dem einzigen Artikel aus der Soli-Szene, der die Inflation der Begriffe Neoliberalismus und Globalisierung in den Texten der EZLN beschreibt: "Es gibt keine Erklärung der Zapatistas, warum sie den Begriff Kapitalismus durch Neoliberalismus ersetzten, nur Interpretationen und Spekulationen." (Jutta Klaß: Aus den Traktaten des Don Durito de la Lacandona, in: SOZ-Magazin 7, Ostern '97). Der unkritische Umgang mit den zapatistischen Begriffen und die vordergründige Vereinheitlichung werden dort nur unzureichend kritisiert.

Unter der Zwischenüberschrift "Das Geld gegen die Menschheit" ist zu lesen: "Uns verbrüdert eine Weltordnung, die Nationen und Kulturen zerstört. Der große internationale Kriminelle, das Geld, hat heute einen Namen, der die Unfähigkeit der Macht widerspiegelt. Ein neuer Weltkrieg wird heute erlitten. Es ist ein Krieg gegen alle Völker, gegen die Menschen, die Kultur, die Geschichte. Es ist ein Krieg, der von einer Handvoll heimatloser und schamloser Finanzzentren angeführt wird (...)." (Marcos: Brief an das europäische Treffen der Solidaritätsgruppen in Brescia/Italien) Unkommentiert geht es in dem Artikel weiter - (gab es auf dem Treffen niemandem, der solch ein antisemitisches Argumentationsmuster zurückwies?) -, um zwei Spalten später mit dem rein positiven Bezug auf die Herausforderung durch die Zapatistas für neue Ansätze linker Politik zu schließen.

Auch wenn solche Argumentationen bei der EZLN nicht häufig sind: Es lohnt sich doch, darüber zu streiten, ob eine verkürzte Kapitalismuskritik, die nur noch Neoliberalismus und Finanzkapital als Gegner kennt, nicht immer eine offene Flanke zum Antisemitismus hat. Gerade in der Soli-Szene in Deutschland ist die Kritik hieran traurigerweise rar.

Marcos erklärte Ende Juli '94: "Der Neoliberalismus trifft nicht nur die Ärmsten, sondern verdrängte auch wichtige Sektoren der mexikanischen Unternehmer (...). Die mörderische Gewinnsucht wird in der Sprache der Wirtschaftstheorie ‚Neoliberalismus` genannt." (Brief an die ehrlichen mexikanischen Unternehmer, zitiert nach Jutta Klaß, s.o.) Die Unterscheidung von gewinnsüchtigen kontra ehrlichen Unternehmern ist wohl taktisch begründet, um mit einem breit angelegten Bündniskonzept der Einkreisung durch das Militär und ihrer Kriegführung niedriger Intensität etwas entgegenzusetzen. Das ist ein wichtiger Unterschied zu völkischen Konzepten wie z.B. dem der PKK, bei denen kurdische Großgrundbesitzer und Landlose gemeinsam für das Konzept Nation stehen. Im Konfliktgebiet vertritt die EZLN eine solche Volksvereinheitlichung nicht.

Indigene soziale Gruppen

Die EZLN kann nicht verhindern, das Todesschwadrone Oppositionelle ermorden. Sie richtet sich gegen die rassistische Diskriminierung und Entrechtung indigener Bevölkerung und die Verelendung ihrer Regionen. Wichtig ist, daß die EZLN, anders als die PKK, soziale Widersprüche nicht mit Volkstümelei verschleiert, sondern auf der Ebene der praktischen Politik die Forderungen von Landproletariat und Kleinbauern aufgreift und unterstützt. Die EZLN stellt in den Dörfern auch die Macht der Kaziken in Frage: "Die Kaziken sind lokale Persönlichkeiten mit ökonomischer Macht, die den Handel, den Warenaustausch kontrollieren (...). Die Kaziken leben in den Gemeinden und sind Indígenas im Gegensatz zu den Großgrundbesitzern und Viehzüchtern." So äußerte sich Héctor Ochoa "von der zapatistischen Bewegung" (MigrantInnenzeitschrift Köxüz Nr. 6, 1996) im Interview. Die Klassenverhältnisse in den Dörfern sind ethnisiert: Das heißt aber nicht,

daß es nicht auch nicht-indigene Kaziken gibt, die aus den Städten kommen (z.B. Dorflehrer, die einen Laden besitzen) oder "indianische" Großgrundbesitzer. Es unterstreicht nur, daß es sich hier um ein ethnisiertes, rassistisch grundstrukturiertes Klassenverhältnis handelt.

Am Anfang des Aufstandes diskutierte die EZLN über die Kaziken. Ob diese von sich aus das zapatistische Operationsgebiet verlassen haben, wissen wir nicht. In den meisten Dörfern sind sie zurück, weil das Militär mit seinen Posten in den Dörfern die zapatistische Macht zurückgedrängt hat. In Videos und anderen Interviews wird leider nur in Ansätzen über Klassenunterschiede im ländlichen oder indigenen Chiapas geredet. Alba Gúzman aus Michoacan/Mexiko schrieb: "Die unterentwickelt gehaltenen nationalen Gesellschaften haben eine Dynamik des internen Kolonialismus entwickelt, die nicht nur zwischen der nationalen und der ‚Indígena`-Gesellschaft wirkt, sondern sich ebenfalls im Inneren der ‚Indígena`-Gesellschaft selbst reproduziert." (Die Rolle der ‚Indígena`-Frauen in der Befreiung Amerikas, in: Bruni Höfer u.a.: Das fünfhundertjährige Reich, Köln 1990).

In der Diskussion über die EZLN in der BRD kommen diese Fragen entschieden zu kurz. Aus den sozialen Forderungen der EZLN wird indirekt deutlich, daß sie die Macht und Privilegien der Kaziken zumindest zurückdrängen. Erfreulich ist, daß die Kleinbauern beim Verkauf ihres Kaffees an die Zwischenhändler (Coyotes) durch die Präsenz der zapatistischen Guerilla als Gegenmacht stabilere und höhere Preise durchsetzen können.

Zentral für die EZLN sind Forderungen nach kultureller Autonomie der indigenen Gemeinschaften. Hierbei geht es aber weniger um Inszenierungen eines Selbstbestimmungsrechtes von Völkern als vielmehr um ein Ende von rassistischer Ausgrenzung und sozialer Entrechtung: "Die EZLN ist antirassistisch, da es unter anderem um die Beendigung der rassistischen Unterdrückung der Indígenas als Individuen und Gemeinschaften geht. Doch kein einziges Mal hat sich diese Forderung zum ‚reverse racism` überschlagen und die Indígenas zu besseren Menschen erklärt." (A. Martínez/E. Largend, s.o.)

Im Unterschied etwa zur PKK bedienen sie sich keiner Volks-Rhetorik, die eine durch Ausgrenzung anderer definierte Ethnie oder Kultur mit einer festgelegten Tradition in den Mittelpunkt stellt. Die Debatte um das zapatistische Frauengesetz zeigte, das Traditionen gegenüber der Emanzipation auch ins Hintertreffen geraten können. Die EZLN (wie auch die EPR) sind weit entfernt davon, den MigrantInnen aus ihren Regionen mangelnden Patriotismus und Verrat an der heimatlichen Scholle vorzuwerfen, wie dies vom Vorsitzenden der PKK, Öcalan, bekannt ist.

Im Gegensatz zu nationalen-volkstümelnden verfolgt die EZLN meist basis-demokratische und republikanische Ansätze: "Wir müssen darüber nachdenken, was an unseren Gebräuchen und Traditionen erneuert werden muß. Das Gesetz sollte nur die Gebräuche und Traditionen schützen, die von den Gemeinden als gut befunden werden. Zum Beispiel sind wir gegen den Brauch, daß die Dorfautoritäten unter sich ausklüngeln, wie das Gemeindeland verteilt wird (...). Wenn also das Gesetz sagt, daß die Gemeindeautonomie respektiert wird, und die Gemeindeautoritäten beschließen, daß Frauen kein Land erben können, stehen die Frauen völlig schutzlos da (...). Es ist nicht gerecht, daß wir gegen Geld in eine Ehe verkauft werden. Das sind Gebräuche und Traditionen von früher, die geändert werden müssen (...)." (Protokoll einer Frauenversammlung 6/94, in: Jutta Klaß: Frau-Sein und Indígena: Die doppelte Unterdrückung und Diskriminierung, in: Forum Nr. 204/5-96, S.15)

Frigga Haug schreibt in diesem Zusammenhang: "Nicht der umstandslose Schutz der Indígenakultur kann also eine Forderung der Frauen sein, sondern Frauen brauchen das Recht der praktischen Teilhabe an allen politischen Entscheidungen und können dort alle Sitten zurückweisen, die ihre physische und geistige Würde verletzen." (Frauen von Chiapas, in: Das Argument Nr. 217, S.805)

Programmatik der EZLN

Von ihrer Programmatik her lehnt die EZLN die Machteroberung ab, fordert soziale Selbstorganisation und autonome Bewegungen. Die herrschende Macht wird bekämpft, gleichzeitig wird versucht, der Falle der Verstaatlichung von Befreiungsbewegungen zu entgehen: "Die Absage an ein Konzept politischer Machteroberung, von dem mit der Staatswerdung einer politischen Elite letztlich nicht mehr zu erwarten ist als ein administratives Regime staatskapitalistischer Modernisierung, also nur eine weitere Variante nationaler Befreiung". (Redaktion Land & Freiheit in: L&F 20/96, S.2)

Vielmehr soll auf lokaler Ebene der Raum erkämpft werden für radikale Veränderungen materieller wie sozialer Art. Die militärische ist der sozialen Organisation untergeordnet. So versucht die EZLN beispielsweise, einen Rahmen für Landbesetzungen von landlosen Kleinbauern und indigener Bevölkerung zu schaffen und zu garantieren: "Im Windschatten der EZLN haben Tausende Campesinos insgesamt fast 300 Latifundien in Chiapas ganz oder teilweise besetzt." (A. Martínez/E. Largend, s.o.) Mit der Zurückdrängung der EZLN durch das Militär wurden viele dieser Besetzungen militärisch oder durch private Schwadrone beendet.

Trotz ihrer sozialrevolutionären Praxis bezieht sich die EZLN auch positiv auf den nationalstaatlichen mexikanischen Rahmen und argumentiert damit innerhalb der Strukturen von Staat und Nation, die für sozialistische Revolutionäre keine Hilfen bei freier Assoziation und Emanzipation sind. Linke Politik nur im Rahmen von einzelnen Staaten betreiben zu können, mag ein notwendiges Übel sein, ein Bezug auf Nation muß zwangsläufig immer schwammig sein, Unterdrückungsverhältnisse verschleiern und Klassenwidersprüche verwischen. Dies läßt sich mit einer Reihe von Äußerungen des Subcomandante Marcos belegen: "Das neoliberale Projekt verlangt diese Internationalisierung der Geschichte, es verlangt eine Auslöschung der nationalen Geschichte, es verlangt die Auslöschung kultureller Grenzen. (...) für das Finanzkapital (existiert) nichts, nicht einmal Vaterland oder Besitz. Das Finanzkapital besitzt ausschließlich Zahlen auf Bankkonten. Und in diesem Spiel wird das Konzept der Nation ausgelöscht. Daher muß ein revolutionärer Prozeß ansetzen bei der Wiedererlangung des Konzeptes der Nation und des Vaterlandes."

Dies sind Äußerungen aus einem in der BRD verbreiteten Interview (im Original: Brecha, Uruguay. Zitiert nach: Zwei Jahre Aufstand in Chiapas/Mexico - Durito, Broschüre von: Viva Maria/Oldenburg, 1996). Ohne der EZLN die sozialistische Orientierung absprechen zu wollen, müßte diese national-patriotische Linie kritisiert werden. Aber die Soli-Szene schweigt, und einige Strömungen bewundern unkritisch die EZLN: "Nichts gegen Enthusiasmus, aber teilweise schien das Skandieren von ‚EZLN` und ‚Viva Zapata` die fehlende Distanz zur zapatistischen Bewegung auszudrücken. Politisch wird eine solche Position vor allem dann gefährlich, wenn sie permanent auf ein vereinheitlichendes ‚wir` rekurriert, das es gar nicht gibt." (U. Brand: Der gemeinsame Feind, in: blätter des iz3w Nr. 216, 9/96).

EZLN und EPR

Von der Programmatik her wird die zweite mexikanische Guerilla EPR von zahlreichen SympathisantInnen der EZLN insbesondere in der Soli-Szene in den Metropolen argwöhnisch betrachtet. Der EPR wird unterstellt, eine "alte Guerilla" zu sein; von manchen wird sie als "maoistisch-stalinistisch" oder als "mexikanischer Sendero Luminoso" charakterisiert, obgleich dies fragwürdig sei. (so Gerold Schmidt: Die neue Guerilla, in: ila 199) Völlig verrückt wird es, wenn die EPR dafür kritisiert wird, überhaupt zu kämpfen: "Das Auftreten der EPR auf der politischen Bühne rollt auch schwere Stolpersteine auf den Weg des Dialogprozesses zwischen EZLN und Regierung in Chiapas. (...) das Auftauchen der EPR (erschwert) den Prozeß der Einigung der mexikanischen Linken, den die EZLN so (...) vehement (...) anstrebt". So Boris Kanzleiter (Guerilla in Guerrero, in: LN 268, 10/96). In ak 396 forderte er "Kein Volkskrieg in Mexiko!" und brachte es fertig, den Ansatz des langandauernden Volkskrieges prinzipiell gegen eine soziale Selbstorganisierung zu stellen.

Damit wendet er sich generell gegen kommunistische lateinamerikanische Guerillas wie die FMLN oder die FARC/ELN in Kolumbien. Diese absurde Debatte führt von den Problemen, denen sich nationale Befreiungsbewegungen stellen (müssen), weg. Ein möglicher Grund dafür: B. Kanzleiter redet ominös von "Selbstorganisation der zivilen Opposition in Mexiko und darüber hinaus", ohne zu benennen, wer mit welchem Interesse für was einsteht. Die Entgegensetzung "zivil" contra "militärisch" geht genau an der Frage vorbei, welche sozialen Interessen sich in einer Befreiungsbewegung ausdrücken. In den letzten Jahren hat sich auch in Guerrero wachsender sozialer Widerstand entwickelt: Eine Reihe von unabhängigen radikalen LandarbeiterInnen- und Indígena-Organisationen ist entstanden. So auch die OCSS, der die 17 Landarbeiter angehörten, die bei dem Massaker am 28.6.95 ermordet wurden.

Die OCSS ist Mitglied in der FAC-MLN (Breite Front für den Aufbau einer nationalen Befreiungsbewegung). Dieser Zusammenschluß wird von Kanzleiter als "Ultras" denunziert: Radikale maoistische oder marxistisch-leninistische Gruppen seien das, keine breite gesellschaftliche Front. Trotzdem erwähnt er: "In Guerrero verfügen diese Gruppen über eine relativ breite soziale und politische Basis." (ak 394). Durch die Erwiderungen seitens der Chile AG Braunschweig auf diese Artikel wurden Kanzleiters Positionen gelungene Kritiken entgegengesetzt (nachzulesen in: ak 394, 395 und 398). Eine spannende Debatte, die in der

Soli-Szene leider kaum beachtet wurde. "Lenkt ja alles nur ab von der Guerilla neuen Typs EZLN", könnte die Devise dabei sein.

Beide, die EPR wie die EZLN, haben einen klassenkämpferischen Ansatz, der von den Interessen der Landlosen und KleinbäuerInnen ausgeht. Nicht nur die EZLN bezieht hierbei ausdrücklich Stellung gegen die rassistische Diskriminierung, Entrechtung und Ausgrenzung von Indígenas. Das erste Manifest der EPR wurde in zwei Sprachen vorgetragen: Nicht nur im offiziellen Spanisch, das viele Indígenas nie gelernt haben, sondern auch im Nahúatl, der regionalen indigenen Sprache. Beide wenden sich gegen den PRI-Staatsapparat.

Ob sich die EPR zur Legitimation auch ausdrücklich auf die mexikanische Nation bezieht, wie dies von der EZLN ausdrücklich formuliert wird, wissen wir nicht. Die bekannten Texte legen es aber nahe. In dem Video "¿EPR - Retorno a las Armas?" vom Canal seis de julio/Mexico D.F. werden die Pressekonferenzen der EPR vom Spätsommer 1996 gezeigt: Neben rotschwarzen Fahnen der EPR hing dort immer auch die Fahne mit dem Adler, der die Schlange packt. Mexikos Staatsfahne wird auch von der EZLN benutzt. In dem Video ist direkt hinter einen entsprechenden Appell der EZLN eine Militärparade auf dem Zoccalo montiert: Die riesige mexikanische Fahne vor marschierenden Truppen zeigt sehr deutlich, wem Fahne, Staat und Nation nutzen.

Ob der klassenkämpferische Ansatz der Guerillas in Forderungen versandet, die den Rechtsstaat einfordern und sich damit auf die formale bürgerliche Gleichheit reduzieren lassen, ist eine offene Frage. Zunächst einmal basieren beide Volksarmeen auf der sozialrevolutionären Forderung nach Land und einem Ende der Ausbeutung. Während die EPR eine demokratische Volksrepublik fordert, die durch den bewaffneten Kampf erkämpft werden muß, und die Machtfrage stellt, lehnt die EZLN vordergründig die Machteroberung ab: Der Raum, der für eine imperative Basisdemokratie erkämpft werden soll, bedeutet letztendlich auch, die Machtfrage zu stellen.

Zivilgesellschaft?

Die EZLN und die UnterstützerInnenszene in Mexiko-Stadt reden nicht nur zuwenig über die Klassenverhältnisse: Ihre Forderungen werden da problematisch, wo es um die Konsequenzen geht aus dem, wofür in Mexiko der Begriff "Zivilgesellschaft" steht. Gerade auch in ihrer Abgrenzung von der anderen neuen Guerilla in Mexiko, der EPR: "Wir brauchen Eure Unterstützung nicht. Ihre seid nicht unsere Feinde oder Rivalen, aber wir sind verschieden. Was wir wollen, ist die Unterstützung der nationalen und internationalen Zivilgesellschaft." (Comunicado der EZLN an die EPR vom 29.8.96)

Es bleibt der Widerspruch, daß der Begriff Zivilgesellschaft für ein fordistisches Wohlfahrtsmodell steht, für einen Kapitalismus mit sozialstaatlicher Abfederung: "In Mexiko wird häufig auf Europa als Modell eines ‚zivilisierten` und ‚sozialen` Kapitalismus verwiesen, das heißt als ein Modell, das auch für die Entwicklung Mexikos beispielgebend sein könnte. Die Orientierung am europäischen Modell könnte sich somit als eine Illusion erweisen, die ausblendet, daß die ökonomischen Grundlagen des fordistischen Kapitalismus (...) weitgehend beseitigt sind (...)." (Joachim Hirsch, Die Restrukturierung des kapitalistischen Weltsystems, in: Beute 10/96)

Eine soziale Grundabsicherung gehört jedoch auch in Europa der Vergangenheit an, was die Problematik reformistischer Ansätze verdeutlicht. Wie Köxüz schrieb, ist der Begriff Zivilgesellschaft mehrdeutig. Die EZLN scheint ihn zu benutzen für alle nicht militärisch agierenden Linken, zum Teil aber auch für Leute, die mit Emanzipation nichts zu tun haben: Sei es nun das Treffen des Sub Marcos mit dem Dalai Lama oder die Teilnahme rechter Intellektueller aus Frankreich am ersten intergalaktischen Treffen, welche die französische Streikbewegung verurteilten. Dem zweiten Treffen in Spanien blieben sie fern.

Dazwischen lag der Odeon-Streit, bei dem zwei VertreterInnen der EZLN zwischen die Fronten antagonistischer Bestandteile der französischen Zivilgesellschaft gerieten: Im Theater Odeon fand am 11.11.96 eine Veranstaltung statt, wo neben den EZLN-VertreterInnen auch Danielle Mitterrand, der frühere Präsidentenberater Regis Debray und weitere staatstragende Prominenz auftrat. Als illegale MigrantInnen der ‚Sans Papier` die Bühne für ihr Anliegen besetzen wollten, kam es zur Konfrontation. Obwohl sie an den Antirassismus der EZLN direkt anknüpften, sprengte die Reaktion des Publikums ihnen gegenüber die Veranstaltung. Sie erklärten: "Wie die Zapatistas (...) verweigern wir die Prekarisierung unseres Lebens und

beanspruchen wir das Recht für alle auf ein würdiges Leben überall dort, wo wir leben wollen". (zitiert nach Chiapas-Rundbrief 2/97, Hg. Infobüro Nicaragua)

Eindeutig grenzt sich die EZLN von europäischen grünbürgerlichen Vorstellungen von Zivilgesellschaft als Veranstaltung von BürgerInnenbeteiligung am kapitalistischen Staat ab, wenn ihr Pressesprecher erklärt: "Was wir jedoch von der zentralamerikanischen Revolution gelernt haben, ist, der Abgabe der Waffen wie in El Salvador oder - wie im Falle der Sandinisten - der alleinigen Orientierung auf den Wahlprozeß zu mißtrauen." (Marcos 2/94 in: Topitas, S.28). Durch die Bündnispolitik in die ominöse Zivilgesellschaft hinein geraten solche Positionen zu sehr in den Hintergrund.

Emanzipatorische Stränge

Wir sehen in der Politik der EZLN (und auch der EPR) mehrere emanzipatorische Stränge. Der erste besteht, wie oben schon angeführt, im Aufgreifen der Frage der Landverteilung und wird praktisch sichtbar in der konkreten Unterstützung von Landbesetzungen, um für die landlose und kleinbäuerliche Bevölkerung eine materielle Verbesserung ihrer Existenzgrundlage zu erreichen. Die meisten der 34 Forderungen, mit denen die EZLN in die Verhandlungen mit der Regierung ging, sind ähnlich gelagert: Soziale Einrichtungen werden gefordert; ein Anteil am Gewinn aus den Rohstoffen von Chiapas wie Öl, Gas und Kaffee; Schuldenstreichung, die Landverteilung und anderes. (EZLN: Weder Almosen noch Geschenke, in: Topitas, S.113-118) Untrennbar mit den sozialen sind die antirassistischen Forderungen nach einem Ende der Diskriminierung und der Anerkennung der indigenen Sprachen verbunden.

Ein zweiter Strang ist, daß sich die EZLN (wie übrigens auch die EPR) eingesteht, daß der "Machismo" einer der grundlegenden Widersprüche ihrer Organisation ist. Die EZLN ist nicht die erste Befreiungsbewegung, die schon im Kampf möglichst viel einer sozialistischen Gesellschaft aufbauen will: Bei ihr ist es stimmiger als bei einigen anderen, weil sie dem zentralistischen Konzept einer staatlich organisierten Befreiung eine Absage erteilt und die Selbstorganisation propagiert.

Dies verweist auf einen dritten Punkt: den Zugang und die Rolle von Frauen in der EZLN. Rund ein Drittel der ZapatistInnen sind weiblich; zusammen mit den zivil am Aufstand beteiligten Frauen ergibt sich ein Anteil von 50%. Frauen sind auch in höheren Positionen zu finden. Die Kommandantin Ramona war von Beginn des Aufstandes an eine der tragenden Persönlichkeiten, und sie ist nicht das einzige Beispiel.

Hierbei geht es nicht allein um die Tatsache, daß Frauen bewaffnet kämpfen und dadurch in eine Männerdomäne eindringen. "Sie sind Vorbilder, sie überschreiten alle Grenzen, sie haben ein Wissen um Empfängnisverhütung und lernen im Krieg - und zwar nicht nur den Umgang mit Waffen, sondern auch Lesen und Schreiben, Spanisch und eben auch den Gebrauch von Antikonzeptiva." (Frigga Haug, S.804).

Die EZLN bewegt sich im permanenten Widerspruch zwischen Nation und Emanzipation: In der ersten EZLN-Erklärung werden die Herrschenden zu Vaterlandsverkäufern erklärt, und weiter heißt es: "Das mexikanische Volk ist an unserer Seite, wir haben ein Vaterland und eine dreifarbige Fahne, die von den aufständischen Kämpfern geliebt und respektiert wird (...)." (1. EZLN-Erklärung, in: Topitas, S.21) Es gibt beim EZLN traditionelle militärische Strukturen, Uniformen. Bei Paraden weht eine große Nationalflagge, und nach der mexikanischen wird die eigene Hymne gesungen, in der es heißt: "(...) denn unser Vaterland ruft und braucht die ganze Kraft der Zapatisten." (nach: Topitas, S. 52/53, 100).

Solidarität heißt für uns, das nicht schönzureden, sondern zu kritisieren: "Es war nicht nötig, die Beteiligung der Menschen aus den verschiedenen Ländern, einschließlich der Türkei, an diesem ‚interkontinentalen Treffen` mit hochgehangenen offiziellen Staatsfahnen bekanntzugeben (...). Wir müssen nicht mehr die Retter dieser Fahnen sein. Diese Fahnen sind genügend verschmutzt."

Trotzdem sehen wir bei der EZLN eine Vielzahl von sozialistischen Programmpunkten und praktischen Ansätzen. Oder wie die EZLN zum Auftakt des ersten intergalaktischen Treffens im Juli '96 erklärte: "Ihr alle seid der rote Stern, der in uns einen Spiegel hat." Daß auf diesem Treffen Teile der europäischen Soli-Szene sich beim Rufen von "Marcos, Marcos" und "Viva EZLN" verausgabten anstatt in Debatten, sagt mehr aus über die Identitätssehnsüchte orientierungsloser Metropolenlinker als über die EZLN selbst. Dabei wollte die Chiapas-Soligruppe aus Thessaloniki dort über "Die Nation als Einfallstor von Herrschaft" reden. (L&F 20/96, S.7)

Auch das zweite intergalaktische Treffen vom 25.7-3.8.97 im spanischen Staat war wohl mehr ein Spektakel als eine Auseinandersetzung, wie Timo Reinfranck/Tobias Ebbrecht berichten: "Das Fehlen einer klaren politischen Strategie war das eigentliche Dilemma des Encuentros." Unter der Überschrift "Billig in den Urlaub mit Zapata-Reisen" (jungle world, 14.8.97) schildern sie Beliebigkeiten bis zum Abschlußtreffen, auf dem man sich gegenseitig die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen ohne anschließende Diskussion vorlas.

Es wird sich zeigen, ob sich die Chiapas-Solidarität auf immer mehr Treffen totläuft oder ob die Befreiung von Staat und Nation Sympathien weckt. Die EZLN selbst ist etwas anderes als die intergalaktischen Treffen: Beim ersten intergalaktischen Treffen gab es für die Soli-Szenen aus den Metropolen etwas Guerilla zum Anfassen. Für die EZLN und die vom Militär eingekreisten Dörfer bedeutete das internationale Aufmerksamkeit und dadurch Schutz. Beim zweiten intergalaktischen Treffen waren nur zwei EZLN-VertreterInnen anwesend. Es sieht so aus, als ob die Zapatistas sich von den Treffen nicht allzuviel versprechen. Was weder gegen die Praxis noch gegen das Programm der EZLN spricht: Eine Befreiungsbewegung, die den Kampf für den Sozialismus nicht nur als Ziel beschwört, um Fehler der Gegenwart zu überspielen, sondern die Fallstricke von Verstaatlichung, Patriarchat und der Unterordnung sozialer Kämpfe zu kappen versucht, ist für uns eine Hoffnung. Kritische Solidarität ist mit der EZLN möglich und nötig.

Gaston Kirsche

(gruppe demontage)

Anmerkung:

1) nachzulesen in: (Hg.) Las Topitas: ¡Ya Basta! - Der Aufstand der Zapatistas, Hamburg 1994, VLA, DM 28,-.

Die demontage ist eine kleine antinationale, kommunistische Gruppe in Hamburg, die verschiedene Beispiele von Befreiungsnationalismus diskutierte. Beiträge dazu erschienen in den "blättern des iz3W" (Nr. 222) und in der "17° Celsius" Nr. 14 ("Postfordistische Guerilla - Vom Mythos nationaler Befreiung") und Nr. 15 ("Wie wär`s mit Weltkommunismus - Die deutsche Soli-Szene und der Befreiungsnationalismus der PKK").

25. Ein neues Sünden-Babel? ECMI, FUEV, BdN etc. pp.

Autor: hn., Flensburg · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:24

Mit einer Antwort von hn, Flensburg auf Rudi Arendts Artikel "Tümelnder Minderheitenschutz. Die Politik von EZM und FUEV" (ak 405) setzten wir die Diskussion über "Deutschtum-Politik" und das ECMI fort. (vgl. auch ak 401 und 402)

Ein bestimmter Teil der linken Szene pflegt momentan ein großes Feindbild, das seine gewaltigsten Ausmaße in Gestalt eines neu gegründeten Institutes namens ECMI (European Center of Minority Issues) erreicht hat. Dabei geht es um eine (anscheinend schlecht getarnte) "Deutschtums-Politik", die den erneuten Anlauf zur Erringung der gewalttätigen Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent unternimmt.

Als tragende Vehikel für dieses Unterfangen sind in diesem Teil der Szene Gruppen und Institutionen wie das ECMI, die FUEV (Föderation europäischer Volksgruppen), der BdN (Bund deutscher Nordschleswiger) samt bedeutenden und unbedeutenden Freunden und Förderern ausgemacht worden.

Ihr wesentliches Anliegen sei die Förderung nationalistischen Denkens bei den verschiedenen realen oder eingebildeten "Volksgruppen" Europas mittels des "Selbstbestimmungsrechts der Völker" und die anschließende Ausbreitung des Sezessionsgedankens. Im Ergebnis soll die "Parzellierung" der europäischen Staatenwelt dann den Großdeutschen Einheitsstaat als unanfechtbare Großmacht Nr. 1 in Europa gebären.

Die Kronzeugen

Wenden wir uns den Urhebern dieser Argumentation zu. In der Vergangenheit der Herren W. Goldendach, Martin Rudig und Pierre Gallois, einigen Autoren der Broschüre "Von Krieg zu Krieg" und diverser Zeitschriftenartikel, läßt sich - im Sinne "kritischer Aufklärung" (die Herr Hans-W. Minow für sich in Anspruch nimmt) - einiges Interessantes finden:

So ist zwar Pierre Gallois antifaschistischer Widerstandskämpfer und Anhänger De Gaulles gewesen - aber nicht nur das: Die Verfasser der Broschüre "Von Krieg zu Krieg" legen Wert darauf, dessen militärische Karriere en detail aufzulisten: Luftwaffenschule, Offizierslaufbahn, "maßgebliche" Beteiligung am Aufbau der "Force de Frappe" (der französischen Atomstreitmacht), Brigadegeneral, für seine strategischen Studien bekannt, hoch dekoriert, Kommandant der Ehrenlegion (Uff - wir erstarren hoffentlich alle in Ehrfurcht !!!).

Daß die Verfasser diese Etiketten derart ausführlich zitieren, sagt eigentlich schon ziemlich viel über ihre "antifaschistische und antimilitaristische Haltung"! Kurz und knapp heißt das: Die Verfasser bieten uns als einen Hauptzeugen ihrer Attacke einen glühenden französischen Nationalisten an!

Walter von Goldendach und Martin Rudig werden vorgestellt als Personen, die im "Umfeld" bzw. direkt im Auswärtigen Amt tätig sind. Ja, es gab und gibt Militärs, die nach ihrer Pensionierung (bei sehr gutem Ruhestandsgehalt!) verdienstvoll für die Friedensbewegung tätig geworden sind, dazu gehörten (zeitweilig) Gert Bastian und Admiral Schmähling. Sie haben also ein klein wenig zur Buße für ihre Dienste am deutschen Militarismus getan.

Goldendach und Rudig, obschon sie bei der verwerflichsten Tätigkeit (so ja ihre eigenen Bekundungen) des deutschen Staates mittun (und die "Vertriebenenpolitik" gehört zu den unbestritten kritikwürdigsten Staatstätigkeiten!), sind weiterhin in Amt und Würden, "zu Diensten dieses Staates". Hübsch! Rudig bekundet sogar, "in einer großen Parteienstiftung" zu arbeiten, "die mit den staatlichen 'Volksgruppen'-Aktivitäten verflochten ist" - und das heute noch ....

Wahrlich, das sind überzeugende Kronzeugen der "antinationalen" Kampagne!

"Jacke wie Hose ..."

Teilweise finden wir in den Veröffentlichungen unserer GenossInnen von der "antinationalen Front" gut recherchierte Aufarbeitungen der historischen Wurzeln dieser "Deutschtums-Vereine", ihrer Nähe zur Politik

des Hitler-Staates, zu Alt-Nazis der Nachkriegszeit und einer dreisten Traditionspflege, die immer wieder ihre Wurzeln im NS-Staat betont. Gleiches gilt für die Enthüllungen über das Agieren der Vertriebenen.

Doch trumpft die antinationale Kampagne dabei derartig auf, als ob sie die Vertriebenen-Verbände samt deren intellektuellen Denkfabriken erstmalig entdecken würde.

Gerade im Umfeld der FUEV gibt es reichlich braune Punkte und andere Fragwürdigkeiten - dennoch, um einen aktuellen Vergleich anzuführen: Kein Mensch würde die heutige FDP als rechtsradikal oder faschistisch brandmarken, wenn er die braunen Tupfer (Zitelmann, Stahl, Kappel, etc.) entdeckt und durch ein bissel Stöbern in der Geschichte auf die Lischkas, die Zogelmänner, etc. in der Vergangenheit dieser Partei stößt. Schließlich überwiegt heute der radikale, dummdreiste Neoliberalismus der Kubicki, Möllemann und Westerwelle. Aber ist die FDP deshalb faschistisch?

Ähnliches gilt auch für FUEV, BdN und das ECMI. Das entscheidende Manko bei der Beweisführung der Kampagnenaktivisten ist, daß zur aktuellen Bedeutung dieser Vereine fast nichts gesagt wird: Welche Rolle spielen heute die Vertriebenen, die FUEV und das ECMI im Konzert der bundesdeutschen Außenpolitik - haben sie mehr Einfluß als früher, werden sie stärker gefördert oder benutzt? Basiert die Grundlinie deutscher Außenpolitik wieder auf Volkstumspolitik, Nationalismus und Aggression? Dazu finden sich keinerlei konkrete Tatsachen und fundierte Analysen, dafür um so mehr Prognosen und Mutmaßungen.

So auch bei Arendt: Lang und ausführlich dargelegte Tätigkeiten und Einschätzungen aus dem Vertriebenenspektrum sind nicht die Politik der BRD, auch nicht, wenn dieser Eindruck erzeugt werden soll.

Die Logik der "Antinationalen" ist wirkungsvoll und schlicht: Wer nicht für uns ist, der ist für die - wer nicht für unsere Aktivitäten gegen die Deutschtümler ist, der verteidigt das ECMI, etc. (Besonders hübsch von Peter Nowak und Rudi Arendt im ak vorgeführt)

Was bislang aber über die Aufgabenstellung des ECMI und seine praktizierte Öffentlichkeitsarbeit bekannt geworden ist, lassen lediglich die Umrisse einer Institution bürgerlicher Politikberatung erkennen, mehr nicht. Auffällig ist darüberhinaus, daß innereuropäisch brisante Konflikte, wie z.B. Kurdistan/Türkei weiträumig ausgeklammert werden.

Ein "deutsches" Konstrukt?

Selbstverständlich ist das "Selbstbestimmungsrecht der Völker" älter als die UNO, es war Gegenstand der Europa-Debatten von KommunistInnen und SozialistInnen um die Jahrhundertwende (Lenin, Luxemburg ...), es stand sowohl Pate bei der Gründung der UdSSR aus verschiedenen "Sowjet"-Republiken als auch beim Entkolonialisierungsprozeß in der Dritten Welt.

Als solches fand es dann unter dem Druck der jungen "befreiten Länder" Eingang in das UN-Völkerrecht (v.a. Prinzipiendeklaration der UN 1970 als "ius cogens = zwingendes Recht"), ein gleiches gilt für das "Sezessionsrecht" und unter bestimmten Bedingungen auch für das "gewaltsame Sezessionsrecht" (im Gegensatz zu den dümmlichen Behauptungen der Herren Minow & Co. weist Prof. N. Paech dies ausführlich nach, in: "Kurdistan aktuell, extra Nr. 5). Natürlich waren diese Prinzipien für den Befreiungsprozeß gegen den US-Imperialismus oder das portugiesische Kolonialreich eine wichtige Hilfe. Für den Genossen Arndt ist das auch gar nicht strittig - nur ignoriert er, daß gerade dieses der Dreh- und Angelpunkt der Agitation seiner Freunde Minow & Co. ist.

Die Instrumentalisierung des "Selbstbestimmungsrecht der Völker" durch rechte und bürgerliche Politiker (und entsprechende "Fachmenschen") wird bei Minow & Co. zum Vorwand für eine generelle Ablehnung des Selbstbestimmungsrechts und darüberhinaus der ebenso generellen Ablehnung von Minderheitenproblemen. Damit nicht genug: Jeder Linke, der früher "Dem Volke dienen" (Mao) gerufen hat, wird deshalb bei einigen dieser "Antideutschen" gleich zum Parteigänger der Faschisten deklariert ("Volk", "Volks"befreiung ... = ..., logo, oder?).

Großdeutsche Politik hat immer versucht, Deutschland als bedrängt und diskriminiert darzustellen, insbesondere nach den verlorenen Weltkriegen, und das Instrument des "Selbstbestimmungsrecht für Deutschland" zur Schürung nationalistischer Volksgemeinschafts-Stimmungen einzusetzen. Dies gilt es zu entlarven, anstatt das Kinde mit dem Bad auszuschütten.

Fragen ....

Vielmehr sollte eine eine linke Diskussion und ein linker Streit um folgende Fragen gehen:

Welche Außenpolitik betreibt das neue Deutschland (EU-Orientierung, NATO-Konzept, OSZE, etc.) ? Welche Bedeutung haben die Vertriebenen heute (im Vergleich zu früheren Bundesregierungen)?

Wie ist die neofaschistische Gefahr zu beurteilen - welche Freiräume, welche Grenzen der Neuen Rechten gibt es in diesem Staat? "Minderheitenprobleme" - Ursachen, Geschichte, Lösungsmöglichkeiten? Aber bitte mit mehr konkreter Analyse als mit diesen herausgesuchten Positionen eines einzelnen Ablegers bundesdeutscher Außenpolitik!

hn, Flensburg

26. Ein pazifistisches Glaubensbekenntnis. Kritische Anmerkungen zum Osnabrücker Friedensmanifest (ak 406)

Autor: Js. · Rubrik: Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:04

Das Osnabrücker Manifest "Für eine Friedenspolitik ohne Militär" soll, so der Anspruch, "als eine Art Plattform zur Vernetzung und Steigerung der Handlungsfähigkeit der europäischen und internationalen Friedensbewegung beitragen". Ob dieser Text dem Stand der Bewegung entspricht, wird sich in der Diskussion zeigen. Daß er ungeeignet ist, die "Handlungsfähigkeit" der Friedensbewegung zu steigern, scheint mir schon jetzt festzustehen. Während die praktisch-politischen Forderungen des Entwurfs so vielfältig sind wie die Arbeit der Initiativen, wird mit dem Abschnitt II ("Pazifismus - von der Idee zur Realität") und Teilen von III ("Pazifistische Handlungsperspektiven") die Vereinheitlichung auf ein pazifistisches Glaubensbekenntnis angestrebt.

Einen Vorschlag für eine einheitliche Kampagne enthält das Manifest nicht. Die am Schluß genannten Forderungen verbinden allgemein Richtiges (gegen Militärinterventionen, für die Abschaffung aller Atomwaffen, für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung) mit rührend Naivem ("die Wirtschaftspolitiken an den Zielen sozialer und internationaler Gerechtigkeit zu orientieren") und Fragwürdigem (die Orientierung auf die "friedenspolitischen Instrumente der UNO und der OSZE").

Auch der erste Teil, der die kriegerische Wirklichkeit beschreibt, enthält m.E. falsche Aussagen. Die Kennzeichnung des Westfälischen Friedens von 1648 als "eine Etappe im kriegsträchtigen Prozeß der Herausbildung von Nationalstaaten" ist, was die deutsche Entwicklung angeht, falsch. Der Friedensvertrag schrieb die deutsche Kleinstaaterei fest und markierte damit eine "Etappe" des deutschen Sonderweges. Während der Nationalstaat in England und Frankreich schon vor der bürgerlichen Revolution bestand, führte die deutsche Verspätung zum "Verrat der Bourgeoisie an ihrer eigenen Revolution" (Lukacs): Das Entstehen des Proletariats (im Revolutionsjahr 1848 erschien das "Kommunistische Manifest") ließ sie das Bündnis mit den Fürsten suchen, während große Teile des revolutionären Fußvolks nationalstaatliche "Einheit" vor demokratische "Freiheit" setzten. Die Einheit kam schließlich durch Preußens Waffen und bedeutete das "Hinüberwachsen der Überreste der ‚deutschen Misere` in einen besonders reaktionären, durch keinerlei demokratische Kontrolle gestörten Imperialismus." Georg Lukacs, der diesen Prozeß in seinem Buch "Die Zerstörung der Vernunft" beschreibt, leitet daraus die "besondere Aggressivität" des deutschen Imperialismus ab.

Dieser Exkurs mag haarspalterisch klingen, weil er für die praktische Arbeit unerheblich ist. Da der Anlaß für den Kongreß und das Manifest der 350. Jahrestag des Westfälischen Friedens ist, sollte man aber bei der Geschichtsbetrachtung schon einigermaßen sorgfältig vorgehen.

Seid friedfertig!

Ob der Kapitalismus des Nordens die "wesentliche Ursache" aller Kriege im Süden ist, wäre noch genauer zu untersuchen. Diese radikale These wird im Text aber auf andere Weise relativiert: Gleichberechtigt neben "kapitalistisches Profitstreben" treten "technokratischer Machbarkeitswahn" und "exzessive Konsumbegierden" bzw. "Haben-Wollen". Konsumkritik von links ist sicherlich ein wichtiges politisches Anliegen. Der in dem Osnabrücker Text hergestellte Zusammenhang läuft aber schlicht darauf hinaus, die Kriegsschuld gleichmäßig auf "uns alle" zu verteilen. Friedenspolitik läßt sich mit dieser Art "Analyse" nicht betreiben.

Das christliche Gebot der Feindesliebe durchzieht den Text auch da, wo ausnahmsweise reale Friedenshindernisse benannt werden. Genau genommen hat die Friedensbewegung es gar nicht mit Feinden, sondern mit Irregeleiteten zu tun, die noch für die Sache des Friedens zu gewinnen wären: "Statt in Osteuropa Armut und Arbeitslosigkeit gemeinsam zu bekämpfen, die Umwelt zu sanieren und durch drastischen Abbau der militärischen Potentiale den Menschen dort Hoffnung zu machen, hat die NATO der Versuchung nachgegeben, sich nach Osten zu erweitern." Wer hätte nicht schon einmal einer Versuchung nachgegeben? Die Weltmacht USA wird in dem Manifest gar nicht erwähnt - selbstauferlegte Buße für die "anti-amerikanischen Parolen" der Vergangenheit, z.B. während des Golfkriegs?

Im Abschnitt II "Pazifismus - von der Idee zur Realität" wird uns "der konsequente Weg zu diesem Ziel" ("der Weg ist das Ziel") durch das Beispiel "herausragender Persönlichkeiten" veranschaulicht. Die moralische Autorität der genannten Personen (Bertha von Suttner, Tolstoi, Ghandi, Martin Luther King, Mandela u.a.) soll nicht in Zweifel gezogen werden; nur wissen wir schon etwas länger, daß eben nicht einzelne große "Männer die Geschichte machen" (und einzelne große Frauen auch nicht), sondern daß der gesellschaftliche Fortschritt von großen Menschenmassen erkämpft werden muß. Die größten friedenspolitischen Taten dieses Jahrhunderts waren m.E. die Oktoberrevolution, die das Ende des Ersten Weltkriegs einleitete, und der militärische Kampf der Anti-Hitler-Koalition, durch den die Welt vom Nazismus befreit wurde. Beide Ereignisse kommen in dem Manifest aus gutem Grund nicht vor: Sie widerlegen den Glauben, daß Frieden immer und überall durch eine "Kultur der Gewaltfreiheit" zu erreichen sei.

Hindernisse, die dem geforderten "Paradigmenwechsel" entgegenstehen, werden allenfalls vorsichtig angedeutet: So gebe es einen "tiefsitzenden Interessenkonflikt" zwischen Friedensbewegung und "herrschenden Eliten". Wie dieser Konflikt aufzulösen ist, wird nicht verraten. Gilt der Aufruf, alle Menschen sollten "sich gegenseitig Respekt erweisen", auch für die "Mächte des Bellizismus"? Für den voraussehbaren Fall, daß diese sich durch Appelle zur Friedfertigkeit nicht aufhalten lassen, sichern sich die AutorInnen des Manifests schon mal vorsorglich ab: "Nicht der Pazifismus, sondern die Nichtbefolgung seiner Forderungen begünstigt Kriege und kriegerische Massaker." Da hilft nur Beten, daß sich die "herrschenden Eliten" irgendwann doch von dem "radikal an Menschenrechten und Demokratie" geprägten Gesellschaftsmodell des Pazifismus überzeugen lassen.

Js.

27. Elf Jahre Haft für Benjamin Ramos Vega. Gesundheitszustand weiter verschlechtert - Hungerstreik abgebrochen

Gesundheitszustand weiter verschlechtert - Hungerstreik in Alcalá Meco abgebrochen

Autor: Soli-Komitee · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:25

Am 3., 4. und 5. September 1997 fand in Madrid vor dem spanischen Sondergericht für politische Verfahren, der Audiencia Nacional, der Prozeß gegen den im Juni 1996 aus der BRD ausgelieferten baskischen politischen Gefangenen Benjamin Ramos Vega statt. Das Urteil gegen ihn lautet auf 11 Jahre und 4 Monaten. Es setzt sich zusammen aus 7 Jahren Haft für "Unterstützung einer bewaffneten Bande" (ETA) und 4 Jahren und 4 Monaten für "Fälschung von Autokennzeichen". Die Vorwürfe der "Mitgliedschaft", des "Sprengstoffbesitzes" und der "Lagerung von Kriegswaffen" wurden vom Gericht fallen gelassen. Der Generalstaatsanwalt hatte für Benjamin Ramos Vega noch in seinem Plädoyer insgesamt 40 Jahre Haft gefordert.

Der Prozeß war von einer 11 köpfigen Kommission, bestehend aus AnwältInnen, ProfessorInnen, Abgeordnete, ehemalige DDR-Diplomaten in Spanien, GewerkschafterInnen, JournalistInnen und MitarbeiterInnen von Menschenrechtsorganisationen beobachtet worden. Die VerteidigerInnen werden gegen das Urteil Revision einlegen.

Gemeinsam mit Benjamin Ramos Vega standen Agurtzane Ezberra und Felipe San Epifanio (Pipe) vor Gericht, die beide dem Kommando Barcelona der ETA zugerechnet werden und die in ähnlichen Verfahren bereits zu mehreren hundert Jahren Haft verurteilt sind. In diesem Prozeß wurden sie zu weiteren 27 bzw. 41 Jahren verurteilt.

Im Gerichtssaal

Die Audiencia Nacional in Madrid macht eher den Eindruck einer Polizeiwache als den eines Gerichts. Überall, auch im Gerichtssaal, ist uniformierte Polizei, die auf jede unerwünschte Lebensäußerung mit sofortigem Rausschmiß reagiert. Konsequenterweise hat dort auch nicht der Richter, sondern die Polizei das Hausrecht.

Der Gerichtssaal ist durch 8 cm dicke Panzerglasscheiben in 3 Bereiche geteilt: Zuschauerraum, Raum für die Angeklagten und dem eigentlichen Gerichtssaal, in dem Staatsanwaltschaft, Richter und Verteidigung sitzen und die ZeugInnen befragt werden.

Da alle Bereiche akustisch voneinander isoliert sind, findet die Kommunikation über eine Lautsprecheranlage statt, die ausschließlich vom Richter bedient wird und meistens so leise gestellt ist, daß dem Prozeß nur schwer zu folgen ist. Beschwerden darüber werden als unerwünschte Äußerung geahndet.

Die Verteidigung und die Angeklagten können sich zwar sehen , aber während des Prozesses nicht miteinander reden. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, Teile des Gerichtssaales - aus "Gründen der persönlichen Sicherheit" - durch Vorhänge so abzuteilen, daß weder die ZuschauerInnen oder die Angeklagten, noch - auch das kommt vor - die VerteidigerInnen die anwesenden ZeugInnen bei der Befragung sehen können.

Der Prozeß

Benjamin Ramos Vega hat in Barcelona den Mietvertrag für eine Wohnung unterzeichnet, in der Monate später Waffen, Sprengstoff, gefälschte Autokennzeichen und Dokumente des Kommandos Barcelona der ETA gefunden wurden. Er hat diese Wohnung für eine damals noch legal lebende alte Freundin, Lola, angemietet, die selbst nicht im Mietvertrag auftauchen wollte, weil sie als bekannte Linke und ehemalige Gefangene nicht ununterbrochen den Nachstellungen der Polizei ausgesetzt sein wollte. Diese Wohnung verriet Pipe San Epifanio, als ihm direkt bei seiner Verhaftung mit den Worten "Entweder - oder" - so seine Aussage - eine entsicherte Polizeipistole an den Kopf gehalten wurde.

Das Gericht konnte Benjamin Ramos Vega weder nachweisen, daß er Pipe San Epifanio kannte oder wußte, wozu die Wohnung dienen sollte, noch daß er die Wohnung jemals betreten hat: es gab keine Fingerabdrücke von ihm dort, keine ZeugInnen haben ihn dort jemals gesehen, selbst das Wohnungsschloß war ausgetauscht worden.

Zur Verurteilung wegen Unterstützung ist es aber notwendig nachzuweisen, daß er wußte, wen er unterstützt. Dies war anhand der Wohnungsanmietung nicht möglich. Deshalb konzentrierte sich das Gericht auf die Tatsache seiner Flucht: Nach der Verhaftung von Pipe San Epifanio war Lola bei Benjamin Ramos Vega aufgetaucht und hatte ihm empfohlen, zu fliehen. Er mietete daraufhin ein Auto, ganz legal auf seinen Namen, mit dem er dann gemeinsam mit Lola und Agurtzane Ezberra Barcelona verließ.

Agurtzane Ezberra hatte nach ihrer Verhaftung während der fünftägigen incommunicado-Haft ausgesagt, daß Benjamin Ramos Vega sowohl wußte, wer sie ist, wie daß sie zum Kommando Barcelona der ETA gehört. Diese Aussage, die sie vor dem Untersuchungsrichter bestätigte, hat sie danach und im Prozeß der als unter, Folter entstanden, widerrufen. Trotzdem ist dies die Aussage, auf die sich das Urteil wegen Unterstützung gegen Benjamin Ramos Vega hauptsächlich stützt.

Während der Flucht mit dem gemieteten Auto gerieten die drei in eine Polizeikontrolle, in der, nach Aussage eines an der Kontrolle beteiligten Polizisten, Benjamin Ramos Vega seine Papiere und den Automietvertrag vorzeigte. Das Auto und Benjamin Ramos Vegas Personalien konnten allerdings nicht überprüft werden, da der Kontakt zum Polizeicomputer gestört war.

Notiert wurde das Kennzeichen des Autos, das mit dem Mietvertrag übereinstimmte, und das später mit eben diesem Kennzeichen in Zaragossa aufgefunden wurde. Trotzdem wurde Benjamin Ramos Vega zu 4 Jahren und 4 Monaten Haft wegen Fälschung von Autokennzeichen verurteilt, weil die Staatsanwaltschaft und das Gericht der Meinung sind, daß sie gefälscht gewesen sein müssen, weil es ihnen nur Dank gefälschter Autokennzeichen gelungen sein konnte, durch die Polizeikontrollen zu kommen.

Erst gegen Ende des Prozesses wurden die Untersuchungsberichte von Ärzten verlesen, die Agurtzane Ezberra einmal während der fünftägigen incommunicado-Haft, zum anderen Mal nach deren Ende bei der Einlieferung ins Gefängnis untersucht hatten. "Die Gefangene hat Blutergüsse an den Armen und am Rücken. An den Handgelenken und im Genitalbereich hatte sie grüne und blaue Flecken. Sie gab an, geschlagen worden zu sein. Man habe ihr eine Plastiktüte über den Kopf gezogen", wurde von den Ärzten protokolliert. Diese Berichte, deren Verlesung die Verteidigung beantragt hatte, galten lange als verschwunden, tauchten aber wie durch ein Wunder wieder auf und wurden dann tatsächlich auch verlesen, was laut Aussage der VerteidigerInnen nur der Anwesenheit der BeobachterInnenkommission zu verdanken war.

Neben der Atmosphäre im Gerichtssaal und den Einschränkungen der Rechte der Verteidigung, ist die incommunicado-Haft zentraler Kritikpunkt der BeobachterInnenkommission. Die incommunicado-Haft ist Teil der spanischen Anti-Terrorismus-Gesetzgebung. Sie erlaubt es den spanischen Sicherheitskräften, einen Festgenommenen bis zu fünf Tagen in Polizeigewahrsam zu halten, ohne daß er die Möglichkeit hat, Angehörige über seinen Aufenthaltsort zu informieren oder einem Anwalt zu sprechen. Die incommunicado-Haft endet mit Vorführung und Verhör vor dem Untersuchungsrichter.

Aussagen bei Verhören in der incommunicado-Haft müssen zwar protokolliert werden und die Gefangenen ärztlich untersucht werden, doch die meisten Berichte von Mißhandlungen und Folterungen betreffen diesen Zeitraum. In diesem Zusammenhang hat es auch bereits mehrere Todesfälle (z.B. "Fensterstürze", "Selbstmorde") gegeben. Die incommunicado-Haft ist von allen Menschenrechtsorganisationen eindringlich kritisiert worden.

Trotzdem gelten Aussagen, die während der incommunicado-Haft gemacht worden sind, in Spanien in jedem Fall als "rechtsstaatlich", egal ob vorher offensichtlich gefoltert wurde oder nicht. Jone, die Anwältin von Benjamin Ramos Vega, sagt zu ihren Erfahrungen, warum die meisten Gefangenen solche Aussagen vor dem Richter bestätigen: "Sie haben Angst, wenn sie die Aussage verweigern, ihren Folterern wieder ausgeliefert zu werden."

Agurtzane Ezberra, die bei der Aussage vor dem Untersuchungsrichter nicht mehr selbst stehen konnte, zeigte ihre Folter dennoch an. Nach dem Gespräch mit ihrer Anwältin widerrief sie ihre Aussagen als unter Folter und dem Eindruck von Drohungen entstanden.

Das Urteil

Die Auslieferung von Benjamin Ramos Vega nach Spanien war vom Berliner Kammergericht an Garantien geknüpft worden: Eine dieser Garantien verlangt, daß keine Aussagen, die unter Folter zustande gekommen sind, gegen ihn verwendet werden dürfen. Das Kammergericht erwähnte dabei ausdrücklich die Aussagen von Agurtzane Ezberra.

In der Urteilsbegründung wird eingestanden, daß sowohl Pipe San Epifanio, wie auch Agurtzane Ezberra Verletzungen an ihren Körpern aufwiesen, nachdem sie in Polizeikasernen festgehalten worden waren. Auch geht die Urteilsbegründung darauf ein, daß beide angeben, gefoltert worden zu sein. Es sei jedoch "nicht möglich, mit Sicherheit einen Verstoß gegen die Grundrechte festzustellen, sind doch die Verletzungen von Pipe San Epifanio auf seine Gegenwehr bei seiner Verhaftung zurückzuführen und auch die Verletzungen von Agurtzane Ezberra lassen auf ähnliche Umstände schließen oder haben andere, durch Zufall entstandene, oder selbst provozierte Gründe, die jedoch nicht vollständig geklärt werden konnten."

Außerdem wird in der Urteilsbegründung betont, daß die Anschuldigung der Folter nicht nachgewiesen sei, und selbst wenn, blieben noch die Aussagen vor dem Untersuchungsrichter, die alle vorangegangenen Aussagen nochmals bestätigen.

Ferner betont das Gericht, der Vorwurf sei "abenteuerlich, daß die Behandlung nicht korrekt gewesen sei". Deswegen kann das Gericht auch versichern, daß "die Empfehlungen, die von Seiten des deutschen Gerichts an die Auslieferung von Ramos gebunden waren, erfüllt werden."

Insgesamt ist es der BeobachterInnenkommission nicht gelungen zu verhindern, daß die unter Folter erlangten Aussagen im Urteil eine Rolle spielen - was gelungen ist, ist daß sich das Gericht überhaupt mit der Möglichkeit von Folter auseinandersetzen mußte.

Die Begründung des Gerichts für die 7 Jahre Haft für Unterstützung von ETA bleibt trotz dieser Tatsache sehr vage: "Die Aussagen von Benjamin Ramos Vega während des Prozesses lassen zu der Überzeugung kommen, daß er darüber informiert war, daß bestimmte Personen etwas mit ETA zu tun haben und diese Angst vor einer Verhaftung hatten, wodurch er sich dazu entschloß, deren Flucht zu unterstützen." Gesagt hat Benjamin Ramos Vega im Prozeß das Gegenteil.

Die 4 Jahre und 4 Monate für Fälschung von Autokennzeichen sind völlig abenteuerlich, weil es keine ZeugIn gibt, die das gemietete Auto jemals mit falschen Kennzeichen gesehen hat - ganz im Gegenteil. Deshalb gibt es für diese Strafe auch keine Begründung außer der, daß Mitglieder von ETA grundsätzlich mit falschen Kennzeichen herumfahren.

Benjamin Ramos Vegas Gesundheitszustand

Der leitende Berliner Gefängnisarzt Dr. Rex hatte in einem Gutachten an die spanische Behörden ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der HIV-positive Benjamin Ramos Vega nicht in Kontakt mit Gefangenen kommen darf, die unter ansteckenden Infektionskrankheiten leiden. Er soll "eine seinem Gesundheitszustand angemessene medizinische Betreuung" erhalten, so lautet eine der Garantien. Während der Haft in Spanien hat sich der Gesundheitszustand von Benjamin Ramos Vega jedoch rapide verschlechtert: Die Zahl der CD4 Helferzellen, ein Maß für den Zustand seiner Immunabwehr, ist inzwischen auf 112 gesunken, was ca. 10% des Wertes eines gesunden Menschen ist. Die Zahl hat sich in dem einen Jahr Haft in Spanien halbiert.

Dr. Friedrich, Teilnehmer der BeobachterInnenkommission, schreibt in seinem Gutachten zur aktuellen Gesundheitssituation: "Die rapide Verschlechterung seines Gesundheitszustandes geht darauf zurück, daß die medizinische Behandlung nicht sachgerecht erfolgt ist." Benjamin Ramos Vega wird nicht als normaler Untersuchungsgefangener behandelt - er ist in der Strafhaftabteilung des Gefängnisses Alcalá Meco, und er hat dauernd Kontakt mit Häftlingen, die drogenabhängig sind und unter Infektionskrankheiten leiden - während seiner Haftzeit ist in Alcalá Meco TBC ausgebrochen.

Hungerstreik in Alcalá Meco

Vom 27.9 bis 9.10.97 befanden sich die baskischen politischen Gefangenen in Alcalá Meco, insgesamt 35, in einem unbefristeten Hungerstreik. Der Hungerstreik richtete sich gegen Angriffe durch Schließer und durch soziale Gefangene. Er ist abgebrochen worden, nachdem die Gefängnisleitung Gespräche zugesagt hat.

Direkter Auslöser des Hungerstreiks war ein Überfall auf drei jugendliche politische Untersuchungshäftlinge, die sich - wie Benjamin Ramos Vega - in der Strafhaftabteilung von Alcalá Meco befinden. Sie waren am 8.9.97 von fünf sozialen Gefangenen angegriffen und zusammengeschlagen worden. Zuvor hatten die Schließer den Angreifern eine Zwischentür und die Zellentüren der Gefangenen geöffnet.

Die Eltern der betroffenen Jugendlichen fordern jetzt, daß die Jugendlichen in einer Untersuchungshaftanstalt für Jugendliche im Baskenland und nicht in einer Strafhaftabteilung für männliche Erwachsene 500km entfernt von ihren Wohnorten untergebracht werden.

Es ist nicht der erste Vorfall dieser Art in Alcalá Meco: Am 7.4.97 war ein baskischer politischer Gefangener erhängt in seiner Zelle aufgefunden worden. Nur durch Zufall gelangte in die Öffentlichkeit, daß seine Augen verbunden, die Hände auf dem Rücken und auch die Füße gefesselt waren. Bereits 1985 war ein baskischer politischer Gefangener mit durchschnittener Kehle aufgehängt in der Anstaltsdusche gefunden worden.

1991 wandten sich mehrere soziale Gefangene hilfesuchend an die Öffentlichkeit. Sie schrieben, daß die Schließer und zivil gekleidete Männer sie aufgefordert hätten, namentlich genannte baskische politische Gefangene u.a. auch in Alcalá Meco zu ermorden. Sie teilten mit, daß ihnen Messer ausgehändigt worden waren. Sollten sie sich weigern, so müßten ihre Angehörigen mit Schwierigkeiten rechnen.

Benjamin Ramos Vega hat sich trotz seines schlechten Gesundheitszustandes am Hungerstreik beteiligt. Er erlitt nach 4 Tagen eine Nierenkolik, die durch ärztliche Behandlung kuriert werden konnte.

Soidaritätskomitee

Benjamin Ramos Vega

28. NIX mehr startet in Krümmel. Der Auftakt zur NIX-mehr-Kampagne war Klasse, aber... !

Autor: Mobilisierungsgruppe Hamburg · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:29

Etwa 1.500 bis 2.000 Menschen beteiligten sich während der drei Tage vom 19. bis 21. September 1997 am AKW Krümmel an den Kundgebungen, an den Aktionen, Konzerten und Veranstaltungen. Obwohl viele auf der Auftaktkundgebung etwas enttäuscht über die geringe Beteiligung waren, breitete sich im Laufe des Samstagnachmittags fast überall gute Stimmung aus: Die vorbereiteten Aktionen zwischen Bergedorf und dem AKW konnten trotz einer Präsenz von etwa 1.000 PolizistInnen durchgeführt werden. In Bergedorf wurden Schienen und Signale verpackt, im Raum Escheburg wurden Schienen unterhöhlt, Schrauben entfernt. Auch die angekündigte Schrottaktion gegen den Schrottreaktor konnte ungestört durchgeführt werden. Das Camp, das in der Nähe des AKWs direkt an der Elbe eingerichtet war, war gut organisiert und trug ganz erheblich zur guten Laune in Krümmel bei.

Wichtig war sicherlich auch, daß im Rahmen einer Veranstaltung im Camp zwei Vertreter der Anti-WAA-Initiativen aus der Umgebung von La Hague teilnahmen. Jannick Rousselet und Jean-Paul Paris diskutierten mit zahlreichen Interessierten und forderten, Atomtransporte zu blockieren. Außerdem fand zeitgleich zum Aktionswochenende in Krümmel eine Demonstration im französischen Lille statt. Damit ist ein Einstieg in die weiter auszubauende Zusammenarbeit zwischen französischer und bundesdeutscher Anti-AKW-Bewegung gelungen.

Erfolgreich verlief auch die Aktion "Ausrangiert", die von den gewaltfreien Gruppen von "Mal richtig abschalten" am Sonntag durchgeführt wurde. Dabei gelang es auch, einen kleineren Schienteil tatsächlich zu demontieren.

Insgesamt ist nach diesem Wochenende klar, daß der nächste Krümmel-Castor, der für den 3. November 1997 erwartet wird, erhebliche Schwierigkeiten bekommen wird. Der politische und ökonomische Preis für die Transporte steigt. Mindestens 500.000 DM, der Einsatzleiter der Polizei sprach sogar von 1,5 Millionen DM, kostete bereits der Einsatz am Auftaktwochenende.

Weiter geht's: Aktionen und Kundgebung am 1.11.

Und daß diese Kosten weiter in die Höhe getrieben werden, steht schon jetzt fest. Mit einer Kundgebung am Samstag, den 1. November (12 Uhr in Geesthacht, An der Post) wird nun der zweite Teil, der Ernstfall, eingeläutet. Am 3. November wird der nächste Castortransport - vermutlich nach Sellafield - das AKW Krümmel verlassen. So soll der Samstag für eine Schienenbesichtigung genutzt werden. Das gewaltfreie Bündnis "Mal richtig abschalten" mobilisiert schon seit Wochen zu einer Massenblockade für diesen Transporttermin und hat angekündigt, daß sich auch Leute an den Schienen anketten werden. Ebenso klar ist, daß sich an der Transportstrecke zahlreiche Initiativen auf diesen Tag vorbereitet haben und es bis hinunter nach Süddeutschland zu Aktionen gegen diesen Atomtransport geben wird.

Bewegung mit Defiziten

Trotz des erfolgreichen Ablaufs der Auftaktveranstaltung zur NIX-mehr-Kampagne lassen sich die Defizite und auch Ärgernisse in der Mobilisierung zu diesem Wochenende nicht übersehen.

Nachdem in Münster die Kampagne gegen Atomtransporte mit vielen Initiativen beschlossen wurde und dabei explizit der Auftakt in Krümmel vorgesehen war, zeigte sich schon schnell, daß nur ein kleiner Teil der Anti-AKW-Gruppen auch tatsächlich in die Vorbereitung einstieg. Aus Hamburger Sicht ergab sich, daß zwar in Münster bundesweite Unterstützung zugesagt wurde, davon aber konkret nichts zu spüren war. Ohne die aktive Beteiligung der gewaltfreien Gruppen um "Mal richtig abschalten" wäre das Auftaktwochenende in Krümmel kläglich gescheitert.

Insgesamt muß festgestellt werden, daß es weder in Hamburg noch beispielsweise im Wendland gelungen ist, die Krümmel-Auftaktaktion breiter zu verankern. Zwar waren, wenn man so will, die "harten Kerne" der Bewegung vor Ort, aber über den unmittelbaren AktivistInnenkreis hinaus hat die Mobilisierung nicht gewirkt. Für die Hamburger Mobilisierungsgruppe muß selbstkritisch festgehalten werden, daß wir das Ziel "5.000 auf

die Krümmel-Schienen" gründlich verfehlt haben. Das ist nicht von der Zahl her das Problem, sondern weil es offenkundig nicht gelungen ist, die zahlreichen Einzelpersonen, die bei den Gorleben-Transporten im Frühjahr noch die 200 Kilometer (und mehr) ins Wendland angereist waren, an die erheblich näher gelegenen Tore des AKW Krümmel zu bringen.

Klar ist daher insofern: Gorleben ist zwar überall, aber offenbar nicht in Krümmel.

Besonders auffällig war auch die geringe Präsenz der eher autonomen Gruppen. Schon in der Mobilisierungsphase hielt sich hartnäckig der Eindruck, daß diese meist mobilisierungsstarken Gruppen - bis auf wenige Ausnahmen - nur wenig für einen starken Auftakt am AKW Krümmel taten.

Bedenkt man die Debatte um Delegierten- und Entscheidungsstrukturen, ausgelöst durch das Agieren von "X-tausend mal Quer" in Gorleben, so drängt sich der Eindruck auf, als seien die Beschlüsse auf der Bundeskonferenz in Münster nichts weiter als ein Selbstbedienungsladen. Zwar wurde ein einigermaßen durchdachtes Konzept für die Startphase der Kampagne festgelegt, aber offenbar haben sich zahlreiche Gruppen lediglich die Dinge herausgepickt, auf die sie ohnehin Lust hatten. Die Dummen waren so diejenigen, die an einer ernsthaften Umsetzung des Teils Eins der Kampagne, also das Auftaktwochenende am AKW Krümmel, arbeiteten.

Problematisch dabei ist auch, daß zahlreiche Gruppen ohne jeden Kommentar oder politische Debatte aus der gemeinsamen Vorbereitung verschwanden bzw. gar nicht erst auftauchten. Gegenüber den Organisatoren im Hamburger Raum war dies ein höchst unsolidarisches Verhalten. Die vielbeschworene Vielfalt der Bewegung verlor sich so in einem eher beliebigen Nebeneinander, ohne daß dabei die gemeinsam beschlossenen Schritte (Auftakt der Kampagne in Krümmel, Verhinderung des ersten dann folgenden Castors aus Krümmel, Aufbau neuer Strukturen gegen Transporte insgesamt ...) ernsthaft miteinander angegangen wurden.

Nun ist zwar anzunehmen, daß sich viele Gruppen vor allem auf den Teil Zwei der Kampagne, nämlich die Verhinderung des ersten Castortransports nach dem Auftaktwochenende, konzentriert haben. Streckenkoordination und Vorbereitung von Aktionen entlang der Transportstrecken scheinen hier im Vordergrund gestanden zu haben. Daß diese Vorbereitung notwendig und richtig ist, ist keine Frage. Sie rechtfertigt aber nicht, daß sich zahlreiche Initiativen einfach aus der gemeinsamen Vorbereitung für den Auftakt der Kampagne verabschieden.

Wie es gelingen soll, außerhalb von Gorleben zunächst einen (!) weiteren Kristallisationspunkt zu entwickeln, ist angesichts des bisherigen Agierens völlig unklar. Ziel war es, den Widerstand insgesamt zu verbreitern und dabei vor allem den Betrieb der AKWs wieder ins Zentrum der Auseinandersetzungen zu rücken. Dafür war Krümmel ausgewählt worden, weil dieses AKW durch eine Vielzahl von Problemen (Leukämie, Druckbehälter, geplanter MOX-Einsatz) günstige Voraussetzungen hat. Die Atomtransporte sollten Mittel zum Zweck sein, die ungelöste Entsorgung weiter zu thematisieren und den Druck für den Ausstieg aus der Wiederaufarbeitung zu vertiefen. Entlang der Transportstrecken sollten viele Menschen und Initiativen die Chance haben, auch ohne AKW vor Ort, aktiv zu werden und die Menschen regional anzusprechen und zu mobilisieren. Entscheidend ist jedoch, daß diese Problematik rückgekoppelt wird an die Orte, in denen der Müll entsteht. Von daher war es konsequent, die Kampagne mit zentralen Aktionen am AKW Krümmel zu verbinden, da so die Ursachen für die Atomtransporte wieder verstärkt in den Mittelpunkt gerückt werden könnten.

Die Überlegung in Hamburg war außerdem, daß mit großen und starken (zentralen) Aktionen am AKW Krümmel auch eine positive Ausstrahlung in die Regionen entlang der Transportstrecken zu erreichen sein wird. Ohne einen Ort wie Gorleben, der immer auch wieder eine zentrale Orientierung für die Anti-AKW-Bewegung geliefert hat und unter diesem Dach eine auch regionale Mobilisierung ermöglicht, wären nach unserer Einschätzung kaum Perspektiven für einen anhaltenden Widerstand gegen das Atomprogramm vorstellbar.

Hinzu kommt, daß in Hamburg schon seit Anfang der 90er Jahre fast jeder Castortransport aus den AKWs Brokdorf, Krümmel und Brunsbüttel thematisiert wurde. Seit Jahren finden kleine und kleinste Aktionen entweder vor Ort oder aber in Hamburg selbst statt. Doch diese Aktivität verpufft weitgehend. Über eine kleine Gruppe von AktivistInnen sind diese Aktionen (fast) nie hinausgekommen, und eine Perspektive für den Widerstand konnten sie daher nicht entwickeln.

Tücke der Dezentralität

Wir befürchten, daß sich unter dem hochtrabenden Titel der "NIX mehr - Kampagne gegen Atomtransporte" nur eine Neuauflage der verbreiteten Dezentralität abspielen wird. Schon jetzt laufen an verschiedenen Standorten und zu allerlei Atomtransporten Aktionen unter diesem Titel. Wir kritisieren nicht die Aktionen, aber dadurch, daß alles unter dem NIX-mehr-Titel läuft, ist ein eigenständiges Profil der Kampagne wohl demnächst kaum noch sichtbar. Der Grund für diesen inflationären Umgang mit dem Kampagnenbegriff liegt auf der Hand. Zu den laufenden Atomanlagen (Ausnahme Gorleben) ist schon seit Jahren kein Hund mehr zu mobilisieren. Da ist nichts auf der Straße zu blockieren oder zu behindern. Lediglich die Atomtransporte machen hier eine Ausnahme, und da sie ausreichendes Aktionsfutter darstellen, wird sich draufgestürzt. Und egal, wann dies wo, warum und wieso passiert, die Parole lautet "NIX mehr ..."

Auch vor diesem Hintergrund hatten wir die Hoffnung, mit einer Ausrichtung der Aktivitäten auf ein AKW - in diesem Fall Krümmel - mehr Menschen mobilisieren zu können. Die Bündelung unserer Kräfte auf einen gemeinsamen Aktionspunkt erschien und erscheint uns immer noch sinnvoll. Angesichts der nicht eben großen Stärke der Anti-AKW-Gruppen in Hamburg und Norddeutschland halten wir es für extrem wichtig, nicht nur einfach jedem Castor hinterherzuhühnern, sondern an ausgewählten Punkten dafür zu sorgen, daß sich die Aktionen steigern, mehr Menschen in die Aktivitäten eingebunden werden. Daß bei diesen Aktionen vielfältige Angebote auch an Menschen gemacht werden, die sich nicht sofort vor einen Castor werfen wollen, die aber derartige Aktionen richtig finden und nach Gelegenheiten suchen, ihren Beitrag zur Unterstützung des Widerstands zu leisten.

Eben darauf zielte das Konzept für die Auftaktveranstaltung am AKW Krümmel vom 20. bis 21. September. Wir wollten erreichen, daß in Krümmel Interessierte und Aktive aus unterschiedlichen Bereichen zusammenkommen. Deshalb der Versuch, Demonstrationen, Aktionen, Infoveranstaltungen, Open-Air-Konzert etc. so nebeneinander durchzuführen, daß jeder und jede seinem/ihrem Bedürfnis bzw. Vorstellungen von Widerstand entsprechend agieren konnte und dennoch alles zusammen ein gemeinsames Ziel dokumentiert:

Stillegung aller Atomanlagen - Sofort!

Mobilisierungsgruppe Hamburg, 13.10.97

Nähere Infos und Kontakt:

"Mal richtig abschalten", Tel.: 0441/ 5922762 - 5.000 auf die Krümmelschienen, Fax: 040/4304490 - Info-Telefon im Anti-Atom-Büro: 040/3909222

Der Castor kommt!

Samstag, 1.11., Kundgebung

12 Uhr, Geesthacht (Post)

3.11. "Tag K"

(geplanter Transporttermin)

Info-Telefon: 040/3909222

(Hier gibt es ab dem 28.10. die neuesten Infos zum Stand des Transports)

29. Maulkorb für MRTA-Sprecher

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:07

ak-LeserInnen erinnern sich bestimmt noch: Vom 17.12.1996 bis zum 22.4.1997 hatte ein Kommando der peruanischen Bewegung Tupac Amaru (MRTA) die japanische Botschaft in Lima besetzt gehalten, um die Freilassung ihrer unter unmenschlichen Bedingungen eingekerkerten GenossInnen zu erreichen (siehe ak 398, 399, 401 und 402). Perus Präsident Alberto Fujimori gab schließlich den Befehl für die Erstürmung der Botschaft, bei der alle Guerilleras/os ermordet wurden. Zu dieser Zeit war Isaac Velazco, Europasprecher der MRTA, ein vielgefragter Mann. Immer wieder mußte er Interviews geben und auf Veranstaltungen reden. Sehr zum Mißfallen der peruanischen Regierung, die sich in Schreiben an mehrere europäische Regierungen für eine Unterbindung dieser Aktivitäten einsetzte.

In Bonn fanden sie schnell Gehör. Das Bundesinnenministerium gab Limas Wünsche an die Hamburger Innenbehörde weiter. Die verhängte Ende September gegen Velazco, der seit vier Jahren als anerkannter politischer Flüchtling in der Hansestadt lebt, ein partielles politisches Betätigungsverbot. Verboten sind ihm Äußerungen, mit denen er "im Zusammenhang mit den Zielen und dem Verhalten der MRTA in Peru die Anwendung von Gewalt befürwortet, rechtfertigt oder ankündigt". Bei Zuwiderhandlung drohen Geldstrafen zwischen 1.000 bis 5.000 DM oder eine Haftstrafe.

In der Verbotsbegründung wird Velazco vorgeworfen, die Botschaftsbesetzung in Lima gerechtfertigt und damit die außenpolitischen Interessen der BRD "erheblich gefährdet zu haben". Konkret wurden ihm Äußerungen zur Last gelegt, die er in einem CNN-Interview unmittelbar nach dem Sturm auf die Botschaft sowie in zwei Interviews (abgedruckt im Angehörigen Info) gemacht haben soll. Velazcos Anwalt Hartmut Jacobi hat Widerspruch gegen die Entscheidung eingelegt. Jetzt, so befürchtet er, sei es nur noch ein kleiner Schritt, die Presse zu verbieten, die schreibt, was Velazco sagt.

Gegen die presserechtlich Verantwortliche des von den "Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD" herausgegebenen Angehörigen Info wurde ein Verfahren wegen Billigung von Straftaten eingeleitet. Grundlage dieses Verfahrens sind ein Kommuniqué der MRTA, ein nachgedrucktes Radiointerview mit Norma Velazco, eine Liste mit den Namen schwerkranker Gefangener in den Kerkern Perus, sowie eine Zusammenstellung von Artikeln über Terror des Fujimori-Regimes. Quellen sind u.a. Neues Deutschland und amnesty international. Daß sich die Staatsanwaltschaft aus der Fülle der Medien, von denen Velazco interviewt wurde, ausgerechnet das Angehörigen Info rauspickt, ist sicher kein Zufall. Die Publikation wurde schon häufig mit Verfahren überzogen.

Isaac Velazco hielt auf der Internationalen Che-Guevara-Konferenz Ende September in Berlin eine Rede, in der er die gegen ihn gerichtete Maßnahme als Handlangerdienst zugunsten des Fujimori-Regimes bewertete. Er sei von der MRTA als Europasprecher benannt worden. Man könne ihm nicht verbieten, sich politisch zu äußern. In Hamburg haben sich inzwischen ca. 30 Organisationen in einem Aufruf gegen das Betätigungsverbot für Isaac Velazco ausgesprochen. Dazu gehören u.a. die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der Hamburger Flüchtlingsrat und die Bürgerschaftsfraktion der Grün-Alternativen Liste (GAL). Auf der Che-Guevara-Konferenz forderten ca. 800 TeilnehmerInnen in einer Resolution die sofortige Aufhebung des Verbots.

Ansonsten ist die Solidarität in der BRD ähnlich bescheiden wie während der Botschaftsbesetzung. Die Autonome Antifa/M hat im Frühjahr die Kampagne "Das Schweigen brechen - Ein Radio für die MRTA" initiiert. Damit soll ein mobiles, linkes Radio in Peru finanziert werden, das für die Sicherheitskräfte durch seine verdeckte Arbeitsweise nicht greifbar ist. Mittlerweile haben sich ca. 50 Organisationen aus der BRD, Österreich und Italien der Kampagne angeschlossen. Seit einigen Wochen gehört auch die Tageszeitung junge Welt zu den UnterstützerInnen. Auf der Che-Guevara-Konferenz wurde Velazco ein Scheck über 5.000 DM übergeben. Für die Anschaffung der benötigten Infrastruktur des Radios werden insgesamt 60.000 Dollar gebraucht. Bis zum Abschluß der Kampagne am Jahresende soll verstärkt Geld gesammelt werden.

Am Jahrestag der Botschaftsbesetzung im Dezember werden sowohl die Situation der politischen Gefangenen in Peru als auch die Handlangerdienste der Bundesrepublik in den Mittelpunkt gerückt werden. Schließlich ist es nicht das erste Mal, daß sich die BRD-Regierung auf die Seite des peruanischen Regimes stellt. Als Anfang

Juni Angehörige von peruanischen politischen Gefangenen gemeinsam mit den Madres de la Plaza de Mayo aus Argentinien hier über die Situation der Menschenrechte in dem Andenstaat informieren wollten, verweigerte ihnen das Bonner Außenministerium die Einreise (siehe ak 404).

Peter Nowak

Solidaritätskonto: Ein Radio für die MRTA, Stichwort: Das Schweigen brechen, Kontonr.: 100 700 368 , Sparkasse Göttingen, BLZ 260 50010.

Infos über geplante Aktionen zum Jahrestag der Botschaftsbesetzung: Gruppe Venceremos, c/o Kopierladen M99, Manteuffelstr. 96, 10997 Berlin.

30. Im Dschungel der Widersprüche. Eine kritische Bilanz internationaler Solidarität zeigt weiße Flecke auf

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: Internationale Solidarität; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:22

"Guter Mensch, was tun?" lautete der selbstironische Titel einer Tübinger Veranstaltungsreihe, die praktische Erfahrungen in der Internationalismusarbeit mit politisch-historischen Analysen und theoretischen Überlegungen verbinden wollte. Die Beiträge bilden das Gerüst für eine kürzlich im Hamburger VLA-Verlag erschienene Aufsatzsammlung, die den Versuch unternimmt, Solidaritätsarbeit zu bilanzieren, weiße Flecken abzugrenzen und neue Orientierungen im Dschungel der Widersprüche zu suchen.

Schon der Titel und das Tarzan-Signet auf dem Umschlag des von Andreas Foitzik und Athanasios Marvakis herausgegebenen Sammelbandes signalisieren, daß diejenigen, die dröge Selbstbestätigung in schwerer Zeit erwarten, von dem Buch enttäuscht werden. Denn die nachträgliche Rechtfertigung der internationalistischen Theorie und Praxis ist nicht das Anliegen der Autorinnen und Autoren. Vielmehr unternehmen sie, die zum Teil selbst in Solidaritätsgruppen aktiv sind, Anstrengungen, um Defizite aufzuarbeiten und auf dieser Grundlage neue Wege zu skizzieren. In zwanzig Aufsätzen wechselnder Qualität und Originalität werden die unterschiedlichsten Aspekte internationalistischer Theorie und Praxis behandelt. Der Bogen spannt sich von eindringlichen persönlichen Berichten des "schwäbischen Namibiers" und SWAPO-Mitglieds Henning Melber und des als Liedermacher bekanntgewordenen und heute zeitweise in der Ukraine lebenden Walter Mossmann über ein Resüme internationalistisch motivierter Militanz (Klaus Viehmann) bis hin zu einer Reihe von Beiträgen, die feministische Fragestellungen und Einwände zum Gegenstand haben. Den Abschluß bilden der TUPAMARO Eleuterio Fernández Huidobro und Christina Türmer-Rohr, die Antworten auf die Frage geben, was zu tun sei.

Zwar ordneten die Herausgeber die Aufsätze. Einem eher bilanzierenden Teil folgt ein Kapitel mit grundsätzlicher angelegten theoretischen Beiträgen (Politisch richtig und richtig politisch). Daran schließt sich die Vermessung des gegenwärtigen Ist-Zustandes und der daraus entstehenden Aufgaben (Globalisierung und Solidarität) an. Dennoch ging mir der rote Faden mitunter verloren, der die sehr unterschiedlichen Beiträge verbindet. Das Fehlen eines längeren einleitenden Aufsatzes, der das Vorhaben begründet und die vorliegenden Beiträge in einen Zusammenhang stellt, macht sich hier bemerkbar. Die Tarzan-Metapher, die von den Herausgebern einleitend zitiert wird, um sich gegen das platte Gutsein des weißen Mannes abzugrenzen, trägt dazu auch nicht weit genug. Denn Selbstüberschätzung, Hochmut und (erträumtes) Heldentum waren nur einige Aspekte internationalistischer Subjektivität. Was die Seite der Handelnden selbst betrifft, kamen viele andere, positivere, dazu. Es ist das Verdienst der Herausgeber, die oft verschwiegenen Kehrseiten der "guten Internationalisten" einer harschen Kritik zu unterziehen. Dies kann jedoch nur ein Element einer Gesamtbilanz sein, das anderen Momenten gegenübergestellt werden muß. Aus diesem Grund scheint mir die Tarzan-Metapher, wie auch den Herausgebern selbst schwant, in der Tat etwas "an den Lianen herbeigezogen" (S.7). Damit kommen wir nicht allzuweit. Insbesondere hilft uns das Bild von den eindimensional gut-sein-Wollenden nicht, ein wesentliches Manko der Solidarität mit nationalen Befreiungsbewegungen zu verstehen: die Selbstreduktion als Sprachrohre und Verbreiter von deren Losungen und Einschätzungen sowie als wuselige Aktivisten zur Geldbeschaffung. Dieses Phänomen scheint sich übrigens im Falle der Chiapas-Solidarität zu wiederholen. Eigene Analysen, eigenes politisches Profil und daraus herrührend eingeständige Prioritätensetzungen, über die selbstverständlich mit den Adressaten der Solidarität geredet und verhandelt werden muß, sind rar gesät. "Tarzan - was nun?" ist auch als intellektuelle Herausforderung zu lesen, diesen Mangel nicht länger hinzunehmen.

Vielfalt der Ansätze

Der Sammelband bietet dazu auch einige positive Ansätze. So signalisiert der Beitrag Walter Mossmanns das Interesse, sich aus internationalistischer Perspektive mit den Umbrüchen in Osteuropa zu befassen. Ähnliches gilt für den Aufsatz von Claudia Freghien und Oliver Tolmein über den Krieg im ehemaligen Jugoslawien. Während ersterer aufgrund seines impressionistischen Stils zwar einen guten Eindruck über Problemlagen gibt, jedoch die angerissenen Fragen nicht vertiefen kann, leidet der Jugoslawien-Beitrag unter seiner verengt antinationalen Ideologiekritik, die nicht nur eine Reihe wichtiger Fakten ausblendet sondern auch propagiert,

"Realpolitik sausen zu lassen" (S.51). Wenn man sich aber nicht einmal in einer kriegerischen Situation, also der extremsten Zuspitzung des politischen Kampfes, genötigt oder bemüßigt fühlt, mit den - und seien sie noch so geringen - verfügbaren Mitteln zu intervenieren, um auf eben diese grausame Realität einzuwirken, dann weiß ich nicht, warum man überhaupt Politik machen sollte. Und was an dieser Haltung "links" oder gar "linksradikal" sein soll, weiß ich schon gar nicht. Auch bei anderen Aufsätzen ist mir aufgestoßen, daß Thesen hingeschrieben werden, die einem zwar auf den ersten Blick sympathisch sein könnten, aber nur dann, wenn man vergißt, daß die Welt nicht am Rand des eigenen Schreibtisches endet. So bringt es Christa Wichterich unter Bezugnahme auf "denk- und machbare Alternativen" fertig, in Form von drei Spiegelstrichen "Regionalisierung, überschaubare Kreislaufwirtschaften und bedarfsorientiertes statt profitorientiertes Wirtschaften" als "Gegenkonzept zu Globalisierung und Entfremdung" (S.192) anzubieten. Das alles ohne so häßliche Worte wie Kapitalismus, Herrschaft oder Sicherung der gegenwärtigen dominanten Interessen auch nur zu erwähnen. So leid es mir tut, aber so etwas kann ich als "Alternative" nicht ernstnehmen.

Andere Beiträge wie jener von Joachim Hirsch "Kapitalistische Globalisierung und die Perspektiven internationaler Solidarität", Neville Alexanders "Vision einer anderen Welt" sowie eine Reihe weiterer interessanter und anregender Aufsätze bieten jedoch eine Menge Stoff zum Nachdenken und Weiterarbeiten. Die Stärke von "Tarzan - was nun?" liegt darin, daß sich die Herausgeber nicht scheuen, die internationalistische Praxis von mehreren Seiten her gründlich in Frage zu stellen, um auf diese Weise neue Horizonte zu öffnen. Angesichts der Fülle weißer Flecken und der Schwäche internationalistischer Bewegungen ist das ein Beitrag, der es verdient ernst genommen zu werden.

Al., Nürnberg Oktober 1997

Andreas Foitzik, Athanasios Marvakis (Hg.), Tarzan - was nun? Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche, Verlag Libertäre Assoziation (Hamburg) 1997, 256 S., 28.- DM

31. "Friss und stirb trotzdem". Ein Roman von Raul Zelik

Autor: gw. · Rubrik: Antifaschistischer Kampf; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:17

In einer Berliner Kneipe werden Faschos von Antifas angegriffen. Am Ende der Aktion bleibt einer der Nazis in einer Blutlache liegen und stirbt. Dieses Szenario - stark an den Fall Kaindl angelehnt - nimmt Raul Zelik (Jahrgang 1968) zur Grundlage seines Romans "Friss und stirb trotzdem".

Der Roman erzählt nicht nur den Ablauf des Kaindl-Falles, sondern gibt auch immer wieder Einblicke in die Jugend- und Subkultur außerhalb der Welt der deutschen, krawattentragenden Festangestellten. Das "Abhängen" spielt eine Rolle, Basketball ist zentral, aus irgendeinem Grund taucht die St.-Pauli-Gegengerade auf, obwohl dem Erzähler Fußball nichts bedeutet; die Zeit, "in der man sich zu verlieben beginnt", ist so präsent wie die Sprachlosigkeit und das aufgesetzte Getue in den neonbeleuchteten Bars.

Bei einer Unterstützungsaktion für Vietnamesen, die unter menschenunwürdigen Bedingungen in einem Wohnheim untergebracht und von Räumung und Abschiebung bedroht sind, und angesichts des täglichen Rassismus erinnert sich der Erzähler "an eine Nacht vor mehr als einem Jahr, sehe ein glänzendes Messer und bereue, es nicht geführt zu haben ... Natürlich hätten wir andere sinnvoller treffen können ... , nichtsdestotrotz war es eine Antwort, eine vernünftige ..."

Just beim Lesen des Buches auf der Zugfahrt zwischen Berlin und Hamburg hätte ich mir eine solch "vernünftige Antwort" gewünscht: Faschos aus Cottbus auf der Fahrt zu ihrer Bundeswehreinheit bei Lübeck prahlen, wie sie es geschafft haben, "ihre" Stadt "fidschifrei" zu bekommen. Leider ging es mir nicht so, daß ich "die Euphorie" spürte, "die Genugtuung, daß ich es geschafft habe, daß ich mich, das heißt meine Angst, überwunden habe", wie der Ich-Erzähler die Antifa-Aktion reflektiert.

Der Roman ist alles andere als martialisch oder mackerhaft, wie vielleicht das obige Zitat suggerieren könnte. Viel öfter werden Unsicherheiten und Ängste angesprochen; Angst, die sich bei der Flucht heimtückisch und schubartig breit macht. Ein Jahr nach der Kneipenaktion beginnt einer der Jugendlichen vor den Bullen auszusagen. Die Verhaftungen fangen an. Der Ich-Erzähler taucht unter und findet mit Hilfe von FreundInnen Unterschlupf im Westen der Republik. Hier verknüpft sich die Geschichte des Untergetauchten mit dem Leben eines chilenischen Exilierten. Anna, eine Freundin, die noch den direkten Kontakt zu ihm halten kann, erlebt hier "eine Solidarität, die sie noch nie erlebt habe, die ihr ganz heiß durch den Körper geströmt sei." Die spür- und erlebbare Solidarität der "Unbekannten" wird in Kontrast gesetzt zur Arbeit der Berliner Solidaritätsgruppe, deren interne Streitigkeiten und Schwarz-Weiß-Unterscheidungen (Kniefall oder Märtyrertum) die Unterstützungstätigkeit eher hindert.

Bei der vielen "freien" Zeit, die dem Ich-Erzähler in seiner Fluchtunterkunft bleibt, schweifen die Gedanken immer wieder zu den Lebenszusammenhängen und den Aktivitäten seiner Freunde Dieter, Anna und der neuen Liebe Pipa. Man erfährt einiges über Konflikte in kurdischen Familien, Gespräche in Videotheken ("blöd wie Brot"), Annäherungen und Gefühle, von Wohnverhältnissen und den bereits Verhafteten. Trotz intensiver Bemühungen können weitere Verhaftungen nicht verhindert werden. Die Flucht des Untergetauchten ins Ausland wird vorbereitet. Nur mit Hilfe von Kommissar Zufall bekommt der Staatsschutz Hinweise auf seinen Aufenthaltsort, und es kommt zum spannungsgeladenen Showdown des Romans. Eigentlich waren alle konspirativen Regeln beachtet worden, und bis zum Schluß bleibt offen, ob es dem Untergetauchten gelingt - trotz Schengen-Zusammenarbeit der Bullerei - das Schlupfloch zu finden, die eigene Angst vor dem Neuen zu überwinden, die ihn vor jahrelangem Knast bewahren kann.

Das Buch ist äußerst spannend geschrieben und bietet viel Gesprächsstoff. Vielleicht hätte der Autor die Hauptperson etwas mehr Aktivität entfalten lassen können. Irgendwie ist es schwer vorstellbar, daß diese nur Getriebener und nicht auch Handelnder ist. Wohltuend ist auf alle Fälle, daß keine "intimeren Einblicke in die Tatzusammenhänge" gewährt wurden, wie es Klaus Farin für sich und das "bürgerliche Literaturpublikum" in der taz erwünschte. Diese Form der Sensationsgeilheit im Büchersessel wird nicht bedient.

gw.

Raul Zelik, Friss und stirb trotzdem, Edition Nautilus, Hamburg 1997, 160 Seiten, 28 DM

32. Ernst Bloch, ein marxistischer Ketzer

Autor: Peter Zudeick · Rubrik: Geschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:13

Vor 20 Jahren starb Ernst Bloch. Sein Einfluß auf große Teile der Linken kann kaum überschätzt werden. Bereits in ak 405 haben wir sein Werk gewürdigt. Der folgende Artikel beleuchtet nun eingehend die Entwicklungen und Widersprüche in Blochs Sozialismusverständnis. Es handelt es sich um die gekürzte Fassung eines Vortrags in Kassel. Er ist entnommen der Zeitschrift "Vor-Schein 15. Blätter der Ernst-Bloch-Assoziation". Zwischenüberschriften stammen von der ak-Redaktion.

Die Zeitschrift kann über den Buchhandel oder über die Ernst-Bloch-Assoziation: c/o D. Zeilinger , Petzoltstr. 6; 90443 Nürnberg; Fax: 0911/337781 bezogen werden. Wir bedanken uns für die Abdruckgenehmigung.

(...) Am Anfang des Blochschen Werkes steht der schwärmerische Ruf nach einem neuen Leben, einem neuen Menschen. "Es ist genug. Nun haben wir zu beginnen. In unsere Hände ist das Leben gegeben. Für sich selber ist es längst schon leer geworden. Es taumelt sinnlos hin und her, aber wir stehen fest, und so wollen wir ihm seine Faust und seine Ziele werden." (1) So fängt das erste große Werk "Geist der Utopie" an, das als ekstatisches, vom Expressionismus geprägtes Frühwerk katalogisiert und gleichsam abgefertigt worden ist. Wobei häufig vergessen wird, daß Bloch schon hier der ekstatische Ruf durchaus nicht genügt; so subjektivistisch, so schwärmerisch "Geist der Utopie" auch daherkommt, schon hier versucht Bloch, objektiven Boden unter die Füße zu bekommen, spottet über die "Posse" einer Weltverbesserung nur aus den Tiefen des Gemüts, fordert die scharfe Analyse der Realität als Komplement zum reinen Wünschen, einen Begriff von dem, was wir wollen.

Sozialismus ist im Frühwerk freilich kaum mehr als eine Vermengung eines romantisierten Brüderlichkeits-Ideals der Aufklärung mit christlichen Ökumene-Gedanken. "(...) das Rechte zu finden, um dessentwillen es sich ziemt, zu leben, organisiert zu sein, Zeit zu haben, dazu gehen wir, hauen wir die phantastisch konstitutiven Wege, rufen was nicht ist, bauen ins Blaue hinein, bauen uns ins Blaue hinein und suchen dort das Wahre, Wirkliche, wo das bloß Tatsächliche verschwindet." Die Stelle aber, an der all das "Ins Blaue hinein" konkret wird, der Ankerplatz für die Suche nach der sozialistischen Brüdergemeinde ist für Bloch die Oktoberrevolution. (...)

In der Broschüre "Vademecum für heutige Demokraten" faßt Bloch 1919 sein Urteil über die Oktoberrevolution zusammen: Er lobt den wichtigen Anstoß, kritisiert aber die bolschewistische Politik, die eine Weiterführung der sozialen Revolution verhindert habe. Und schon damals erweitert er seine Kritik an Lenin und den Bolschewiki "zu einer Kritik mancher Gedankengänge des Marxismus selbst". (2) (...)

Schon in "Geist der Utopie" hatte Bloch angedeutet, daß Marx in seinen Analysen das Agrarproblem sträflich außer acht gelassen habe. Nun betont er, "daß Marxens wesentlich nur dem Industriesystem zugewandte Analyse den Agrarfeudalismus außer rechtem Kampf und Begriff gelassen hat." (3) Diese Lücken im Marxismus haben nach seiner Meinung in der Sowjetunion dazu geführt, daß der "in Rußland glücklich erhaltene Rest bäurischer Gemeinfreiheit, kommunistischer Agrarwirtschaft" (4) unter dem Beifall der Bolschewiki beseitigt wurde. Für Bloch ein Widersinn ohnegleichen.

Er schließt aus alledem einmal mehr, daß ein althergebrachtes Staatsverständnis die revolutionäre Entwicklung entscheidend hemmt. "Es ist den Kennern schrecklich klar, daß fortwirkendes Preußentum im Sozialismus diesen entweder endlos aufhalten würde oder daß Feldwebelei in Rot den Sozialismus ‚realisieren` würde." (5) Die politische Freiheit, so Bloch, kommt nicht automatisch mit der Revolution, sie muß erkämpft werden, sie ist durch nichts zu ersetzende Voraussetzung für ökonomische Freiheit. Notwendig wäre danach eine "Sprengung der Diktatur jeder Art, auch wo sie sich noch so revolutionär vorkommt, und in Wahrheit doch nur verlängerte preussische Organisation oder Zarismus ist." (6)

Also was tun? Der Sozialismus in Deutschland muß her, davon war Bloch ja schon vorher überzeugt gewesen. In "Geist der Utopie" war es die Dreifaltigkeit von Judentum, Rußland und Deutschland gewesen, die den Sozialismus möglich machen sollte; während des Krieges entdeckte Bloch zwei weitere notwendige Elemente: den "magischen Willen" aus den USA und die "mystische Leichtigkeit" aus Frankreich; nun sind es nur noch die westlichen Völker, die das Licht der Revolution anzünden können.

Für Deutschland sieht Bloch schon 1918 die Gefahr, daß "das junkerlich-militärische Zwangs- und Obrigkeitswesen auch im marxistischen, totalen Fabriksystem weiter bestehen bleibt. Sozialismus ohne weitgehende Auflockerung der Verbände, ohne weitgehende Demokratie auch des Einzellebens ist lediglich ein Preußentum anderer Ordnung." (...) Das Institutionelle des Staates auf ein ökonomisch-soziales Minimum zu beschränken, das ist für Bloch eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Sozialismus, wenn nicht "totaler Staatssozialismus ohne Freiheit und Menschenziele" dabei herauskommen soll.

Dabei ist für Bloch ausgemacht, daß Marx und Engels die wesentliche Richtung für den Sozialismus angegeben haben, die diesem Konzept vorausliegenden ökonomischen Analysen setzt er als im großen und ganzen geleistet voraus. Darüber hinaus heißt Sozialismus: "Abbau des hochkapitalistischen, neufeudalen Kriegs-, Militär- und Staatszaubers von Gottes oder auch eines minderen Geistes Gnaden." (7) Und das bedeutet auch den Wegfall jeder Kommandowirtschaft. Vielmehr: "In der echten sozialistischen Gesellschaft herrscht keineswegs durchgehende Diktatur: sondern nur das Wirtschaftssubjekt wird in dieser gebunden, die Person aber bleibt frei, und sowohl Engels wie zumeist auch Marx sind in diesem Sinn ‚liberal`, genug, noch bewegt vom Impuls der Französischen Revolution und Demokratie, um mit bloßem Staatspfaffentum nicht verwechselt zu werden."

Bemerkenswert daran: Einen revolutionären Kampf mit Barrikaden und Blutvergießen hält Bloch für überflüssig, weil seiner Meinung nach die westlichen Völker sich allesamt einig sind über das gemeinsame Ziel. "Die freien Völker, durch steigend gemeinsamen Machtekel überraschend aus den Klassen herausgelöst, sehen sich nur noch mit schwachem Widerstand der eigenen göttlichen Dynamik preisgegeben." (8) Wo in dieser Epoche Anzeichen eines kollektiven Machtekels und des daraus resultierenden kollektiven Willens zum internationalen Sozialismus auszumachen gewesen sein sollen, bleibt unerfindlich. Bloch hat hier eine seiner eklatantesten politischen Fehleinschätzungen abgegeben.

Die Auseinandersetzung mit Marx

Als Bloch dann 1919 nach Deutschland zurückkehrte, war die Enttäuschung über die tatsächliche Situation entsprechend groß. "Lauter ahnungslos gewordene Fremde und Restauration" (9) trifft er in der Heimat an, die Jugend, vor allem die Studenten "stumpf, brutal, instinktlos". (10) Und schließlich: "Der Westen stockt, die proletarische Bewegung Deutschlands siecht in dem sumpfigen Zustand dieses Landes dahin, das endlose Krisen erträgt ohne Kraft zur Wendung."

Wir befinden uns hier an einer entscheidenden Stelle der Entwicklung des Sozialismus-Verständnisses von Ernst Bloch. In diesen und den Folgejahren nämlich arbeitet er an "Thomas Münzer", an der Sammlung "Durch die Wüste" und einer Neuauflage von "Geist der Utopie", schließlich immer intensiver an seinen Analysen des heraufkommenden Faschismus. Vor allem "Thomas Münzer" wird mit seinem erstmals ausgeführten geschichts-philosophischen Ansatz wegweisend für das gesamte weitere Werk. Bloch will mit dem historischen Beispiel Thomas Münzer seine These von der relativen Eigenständigkeit und historisch immer wiederkehrenden Sprengkraft utopischer Vorstellungen illustrieren - über die rein wirtschaftliche Ursache von Rebellionen hinaus.

Bloch konstruiert und exemplifiziert hier seinen Begriff des geschichtlichen Erbes, der in den 30er Jahren und danach immer wieder die marxistische Kulturerbe-Diskussion wesentlich beeinflußt hat. Haben Marx und Engels die Bedingungen der Möglichkeit des Sozialismus/ Kommunismus analysiert, so kümmert sich Bloch um die subjektiven Potenzen, die dieser Geschichtsprognose zur Wirklichkeit verhelfen könnten. Jede Rede von einem Geschichtsautomatismus, wie er in den verballhornten Varianten des Marxismus-Leninismus üblich wurde, ist mit Ernst Bloch von Anfang an nicht möglich, spätestens seit "Thomas Münzer" ist das ganz unmißverständlich. (...)

Die Kritik an Marx nimmt im Frühwerk Blochs noch recht großen Raum ein: Er kritisiert zum Beispiel die Verdächtigung jeder Idee (besonders religiöser) als Ideologie: Auf diese Weise verfehle der Marxismus wesentliche Inhalte. Er kritisiert die ausschließliche Ausrichtung auf den Kapitalismus, da ja nach seiner Meinung zur Ausbeutung und Entfremdung auch nicht genuin kapitalistische Elemente (Militarismus, Feudalismus) gehören. Ökonomistische Einengung des Marxismus: Das ist ein Vorwurf von Anfang an. Wobei sich in "Geist der Utopie" dieser Vorwurf gelegentlich noch gegen Marx selbst richtet.(...)

Erst nach dem Durchgang durch die Ökonomie, auf die Marx sich leider ausschließlich verlegt habe, könne das "höhere Leben" gedacht werden. Allerdings deutet Bloch schon in dieser Zeit an, daß es eigentlich die Marx-Epigonen seien, die Marxens Lehre auf eine Wirtschaftstheorie verengt hätten. Marx selbst habe unter Sozialismus mehr als bloße Organisation des Arbeitsprozesses verstanden. (...)

Kritik des Vulgärmarxismus

Hatte Bloch 1918 den "sozialistischen Gedanken" eingefordert und 1919 betont, daß seine Kritik an Lenin und den Bolschewiki "nicht vom bürgerlichen, sondern vom Standpunkt eines radikalen internationalen Sozialismus aus" geübt werde, so heißt es in "Erbschaft dieser Zeit" (1935) zum ersten Mal: "Der Tenor dieser Blätter, der Standort, von dem untersucht wird, ist des näheren marxistisch." (11) Theoreme der Marxschen Revolutionstheorie werden hier als selbstverständlich vorausgesetzt, zum Beispiel die These, "daß die proletarische Befreiung und damit, letzthin, die aller Menschen nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann." Die gegenwärtige Phase des Kapitalismus, darin stimmt Bloch mit der offiziellen Linie der KPD überein, ist seine letzte, das ihn tragende Bürgertum ist eine untergehende Klasse.

Aber das alles interessiert Bloch gar nicht so sehr, für ihn ist die Frage viel wichtiger, wie denn nun der Untergang dieser Welt, der den Weg zum Sozialismus freimachen soll, zu bewerkstelligen sei. Denn es bleibt für ihn dabei: Das kann kein quasi-automatischer Prozeß sein. Genau das behauptet die offizielle Parteilinie aber. Je stärker der Faschismus wurde, um so massiver bestand die Parteipropaganda darauf, daß der Absturz ins Verderben unmittelbar bevorstehe, gerade als gebe es einen weltgeschichtlichen Fahrplan, auf den man sich - bis auf geringe Abweichungen in den Abfahrtzeiten - verlassen könne.

Das - wie die Unfähigkeit der kommunistischen Propaganda, die Massen und vor allem die Jugend zu ergreifen - lastet Bloch dem "allzu üblichen Vulgärmarxismus" an, einem "allzu großen Fortschritt des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft; er war bei Engels völlig anders gemeint."

(...) Seine Stichworte nimmt er von Marx und Engels: Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln, Aufhebung der Herrschaft über Personen, Sozialismus also als Beseitigung der Wirtschafts- und Herrschaftsformen, die summarisch als Kapitalismus bezeichnet werden. Freilich muß - das sagt Bloch auch ganz deutlich - der Kapitalismus als Summe von Produktionsweisen, gesellschaftlichen Verkehrsformen und kulturellen Produktionsweisen unter den Bedingungen des 20. Jahrhunderts immer wieder neu analysiert werden. Einige Marxsche Annahmen sind obsolet geworden. Zu dieser neuen Analyse gehört selbstverständlich die Kritik der politischen Ökonomie, sie ist das zentrale Prüfinstrument, aber sie ist nicht zentrale Aufgabe Blochschen Philosophierens. Sondern Bloch sieht seine Aufgabe in 1. der Analyse von Bewußtseinsformen, die bestehende Verhältnisse stabilisieren und rechtfertigen (Ideologien); 2. der Analyse der Bewußtseinsformen, die diese Verhältnisse kritisieren und damit tendenziell gefährden (Utopien); 3. der Analyse der auch noch in den Ideologien steckenden utopischen Gehalte.

Letzteres macht vor allem die Auseinandersetzung Blochs mit der offiziellen Parteilinie der KPD in den späten 20er und den 30er Jahren aus. In "Erbschaft dieser Zeit" richtet Bloch den Blick auf eine neue Situation, die durch die Monopolisierungs- und Konzentrationstendenzen des Kapitals entstanden war. Neue Mittelschichten, Angestellte, mittlere Beamte, dazu Bauern und Handwerker in Dörfern und Kleinstädten mit ungleichzeitigem Bewußtsein. Er spricht 1935 von einem ",Dreibund` des Proletariats mit den verelendeten Bauern und dem verelendeten Mittelstand, unter proletarischer Hegemonie", 1938 plädiert er dafür, die bürgerliche Intelligenz in diese Volksfront mit einzubeziehen. (...)

In der Auseinandersetzung mit Lukács wendet er sich gegen dessen Vorstellung, daß die Partei sozusagen die Inkarnation des proletarischen Willens werde. Schon 1923, in seiner Besprechung von "Geschichte und Klassenbewußtsein", hatte Bloch seinem alten Freund Lukács eine "gewisse simplistische Neigung zu einer fast ausschließlich soziologischen Homogenisierung" (12) des Geschichtsprozesses vorgeworfen, jetzt, in den Auseinandersetzungen um Expressionismus und kulturelles Erbe in den 30er Jahren ist die Rede von einem "objektivistisch-geschlossenen Realitätsbegriff" (13) bei Lukács, den Bloch auch bei der KPD und der Moskauer Linie diagnostiziert. Und das gilt für die Debatte um das Kulturerbe ebenso wie bei der politischen Debatte um den Sozialismus, um die Volksfront, um die richtige Propaganda.

Was sich geändert, besser, verschoben hat, ist der Stellenwert seiner politischen Einschätzung der Oktoberrevolution. Nach der ersten Euphorie hatte Bloch im Schweizer Exil und auch noch kurz nach dem

Krieg von einer notwendigen "Westorientierung" in Sachen Revolution gesprochen, also der Orientierung an Staaten, "die eine liberale Revolution im Leibe haben". 1923 ("Durch die Wüste") redet Bloch erstmals wieder positiver von der Oktoberrevolution. Zwar hält er an der früheren Hoffnung fest, daß ein "gelöstes Deutschland Rußlands Sprache werden", daß das westliche Europa das einlösen könnte, was die russische Revolution versprach. Aber vom "roten Zarentum" ist nicht mehr die Rede.

1937 redet Bloch dann im Rückblick auf seine Einschätzungen im und nach dem Ersten Weltkrieg von einer "Ostorientierung", und zwar "auf Grund der gleichen Prinzipien", die vorher eine "Westorientierung" nahelegten. Deutschlands Perspektive muß West- und Ostorientierung zugleich sein, also Orientierung an bürgerlichen Freiheitsidealen und an der proletarischen Revolution. Und dann heißt es: "Engels sagt einmal, die soziale Revolution nehme die Bourgeoisie beim Wort, das heißt, sie verwirkliche die bürgerlichen Anfangsideale der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Die Volksfront, gegen den gemeinsamen Feind aller Werktätigen, ja alles dessen, was noch ein Menschengesicht trägt, stellt den unbetrüglichen Vorhof zu dieser Verwirklichung dar." (14) Und schließlich: "Es gibt kein friedliches Hineinwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus, doch es gibt ein Weitertreiben der formalen Demokratie zur materialen."

Realität und Symbol Sowjetunion

Es sieht so aus, als sei für Bloch die Wirklichkeit der Sowjetunion inzwischen nicht mehr Gegenstand seiner Erörterungen. Jan Robert Bloch schreibt: "Mit der (wenn auch distanzierten) Hinwendung zur KPD in den zwanziger Jahren änderte sich die Erwartung: das nachrevolutionäre Rußland wurde fortan philosophisches Symbol einer befreiten Zukunft." (15) Einverstanden: Philosophisches Symbol, nicht politische Wirklichkeit, es heißt ja auch "Chiffre Sowjetunion". Was in der Sowjetunion tatsächlich passiert, spielt offenbar keine Rolle mehr.

Mir scheint das ein Verdrängungsvorgang von höchster Wichtigkeit zu sein. Bloch hat sich schon sehr früh sehr ernsthaft mit dem heraufkommenden Faschismus beschäftigt, und er hatte schon sehr früh keine Hoffnung mehr, daß in Deutschland die bürgerliche Opposition irgend etwas verhindern würde (deshalb seine "Hinwendung" zur KPD) und daß außerhalb Deutschlands die Westmächte irgend etwas verhindern würden. Bloch glaubt schon seit den späten 20er Jahren nicht mehr daran, daß der Westen ein Bollwerk gegen den Faschismus sein könne. Er sieht politisch nur noch die Alternative: Sozialismus oder Barbarei, und weil der einzige Garant für einen aussichtsreichen Kampf gegen den Faschismus nach Blochs Einschätzung die Sowjetunion ist, heißt diese Alternative dann Stalin oder Hitler.

Natürlich ist eine antifaschistische Haltung nicht vorbehaltlos identisch mit einer prosowjetischen; aber Bloch hat das offenbar so gesehen, weil er keinen anderen Ausweg sah. Das skandalöse Verhalten zu den Moskauer Terrorprozessen hat meines Erachtens hier seinen Grund: Das ist der verzweifelte Versuch, keine Zweifel am "Mutterland" der Revolution zuzulassen. Darauf gibt es einmal Hinweise in den einschlägigen Aufsätzen 1937/ 38, aber auch Formulierungen in Briefen stützen diese Interpretation: Bloch stellt sich blind, will nicht wahrhaben, was in Moskau passiert, will sich nicht auf eine Diskussion einlassen, die er für taktisch falsch hält.

1918 hatte er noch geschrieben: Man darf nicht alle Greuelgeschichten über die angebliche Schreckensherrschaft der Bolschewiki glauben, zumal solche Nachrichten von interessierter Seite sensationell aufgeputzt werden. "Aber etwas von alledem muß doch irgendwie stimmen", sagt er damals. Zwanzig Jahre später ist diese Grundskepsis abgeschaltet: Er hält dies alles, nein, er will dies alles für Nazi-Propaganda halten, weil er die Wahrheit oder die öffentliche Rede über diese Wahrheit nicht ertragen könnte.

Daß er ernsthaft ein Parteigänger des stalinistischen Sozialismus gewesen ist, wird man dagegen nicht behaupten können. Beides: Kritik im Grundsätzlichen, taktische Zugeständnisse in der Tagespolitik, gehen nebeneinander her. Was das alles nicht schöner macht, nicht entschuldbarer, vielleicht sogar noch verächtlicher: Hätte er aus Überzeugung fürs "Mutterland der Revolution" argumentiert, hätte man davor Respekt haben können, aber nicht davor, daß sich einer aus Angst vor der Wahrheit vor ihr davonschleicht. Nur läßt sich das aus der sicheren Position vom welthistorischen Sofa ausgangs des 20. Jahrhunderts leicht sagen. Bloch war 1937/38 in einer anderen Situation - subjektiv und objektiv. Das Prager Exil wurde - wie zuvor das Pariser - immer unsicherer, die unmittelbare Gefahr drohte, daß die Nazis ihre Terrorherrschaft auf

ganz Europa ausdehnten, ohne daß sich die Westmächte dem ernsthaft entgegenstellten. Die einzige Rettung schien nicht nur die Sowjetunion, sie war es. Auch wenn es Stalins Reich war.

Bloch und die DDR

Elf Jahre danach macht Bloch in Leipzig da weiter, wo er 1938 aufgehört hatte. Er hat im US-Exil seine Pro-Stalin-Haltung offenbar nicht überprüft, das zeigt vor allem ein entsetzlicher Aufsatz aus dem Jahre 1942 ("Verrat und Verräter"). (16) Man wird sagen müssen, daß der Doppelcharakter von Blochs Haltung in der US-Isolation sich noch verfestigt hat - nämlich grundsätzlich anti-orthodox und vom Charakter seines Denkens und Handelns her anti-stalinistisch, in Fragen der Politik aber eisern am sowjetischen Modell festhaltend.

So ist zu erklären, daß Bloch all den Stumpfsinn parteiamtlicher Philosophie von Anfang an kritisiert und bekämpft hat, dem SED-Staat aber - der "Chiffre DDR" - über lange Zeit die Treue hielt. Er nimmt nahezu bruchlos den Faden von 1937/38 wieder auf, obwohl jetzt kein Hitler mehr zu bekämpfen ist. Die Sowjetunion ist der einzige Garant des Friedens, heißt es in politischen Aufsätzen in den frühen 50ern (17), ringsum lauert alter oder neuer Faschismus, Kritik an Moskau ist bürgerliche Greuelpropaganda. Zwar sieht auch Bloch, daß weder in der Sowjetunion noch in der DDR das existiert oder entsteht, was gerade sein schöpferischer Marxismus "mit Marx über Marx hinaus" fordert: Ein Sozialismus als vollendeter Humanismus im Sinne von Marxens Frühschriften eingedenk des "kategorischen Imperativs", nämlich "alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist." Aber Bloch formuliert in der DDR fast wörtlich wie im Prager Exil 1937: "Heute lieber als morgen möchte die sozialistische Revolution, wenn der Vernichtungswille des Kapitals es ihr erlaubte, den martialischen Zustand aufgeben." (18) Er hat diesen martialischen Zustand also zumindest zur Kenntnis genommen.

Daß um ihn herum weniger der Vernichtungswille des Kapitals als vielmehr der Machtwille und der Herrschaftsanspruch von Parteibonzen für Verhältnisse sorgte, die Karl Marx hatte bekämpfen wollen, blendete er aus seiner Merkwelt zunächst aus. Erst allmählich kritisierte er diese Verhältnisse, allerdings eher bezogen auf seine Welt, auf die Universität, die Philosophische Fakultät, weniger auf die politische Wirklichkeit. Zunächst wird diese Kritik im kleinen Kreis geäußert, unter Schülern, auch da zunächst eher noch indirekt, zwischen den Zeilen, später wird sie deutlicher, lauter, tritt auch nach außen.

Bloch ist davon überzeugt, daß in der DDR sein Platz ist, an dem er "bis zum Biegen und Brechen" ausharren wollte. Das schreibt er noch 1958 an Joachim Schumacher.

Freilich: Kollaboration und Opposition gehen nebeneinander her, auch die Oppositionsrolle, die Bloch allmählich einnimmt, ist von vornherein angelegt. Schon in der Antrittsvorlesung, in der Lenin und Stalin gepriesen werden, formuliert Bloch auch seine Kampfansage gegen einen mißverstandenen Marxismus und gegen Sozialismus auf Funktionärs-Schmalspur: "Bloße Gesinnungstüchtigkeit plus rasch erworbenem Schematismus macht noch keinen materialistischen Sommer." (19) Nur hat es eine Weile gedauert, bis Bloch sich selbst eingestehen mochte, daß dies eine Voraus-Beschreibung nicht der Auswüchse, sondern des Systems selbst war, an dessen Aufbau er sich beteiligen wollte. Nicht zu vergessen: Bloch war erst bereit, politische Unfreiheit und Unterdrückung in der DDR auch öffentlich zur Kenntnis zu nehmen, als sie ihn selbst betraf. Blochs Philosophie der Utopie ist ein Katechismus der Rebellion gegen jedes System, das den Menschen knechtet und fesselt, das die "Orthopädie des aufrechten Gangs" verhindert. Daß daraus eine Gefahr für den Spätstalinismus des DDR-Systems erwachsen mußte, haben die Parteimarxisten und Stechschritt-Sozialisten in Ostberlin und Leipzig viel früher realisiert, als Ernst Bloch sich das eingestehen mochte.

Mit dem frühen Marx ...

Parallel zu seinen katastrophalen Abstürzen ins politische Hier und Jetzt entwickelt Bloch seine Philosophie weiter. Inzwischen hatte Bloch das Frühwerk Marxens zur Kenntnis genommen, der frühe Marx bestimmt mehr und mehr Blochs Selbstinterpretation und sein Konzept des Sozialismus. Was Bloch in "Geist der Utopie" mit den Kantischen Begriffen "Kritik der reinen Vernunft" und "Kritik der praktischen Vernunft" bezeichnet hatte, gerät ihm jetzt zum Begriffspaar "Kältestrom-Wärmestrom". Auf der einen Seite die nüchterne Erkenntnis der Wirklichkeit, die Entzauberung allen schönen Scheins, die Entlarvung der Ideologien, die ökonomisch-materialistische Analyse dessen, was ist, und der Möglichkeiten der Veränderung des

analysierten Zustands. Damit ist der Marxismus gleichzeitig als "Kampf- und Oppositionswissenschaft" bestimmt.

Aber das ist für Bloch dann nicht genug, wenn darüber das Ziel all der nüchternen entlarvenden Analyse vergessen wird. Dieses Ziel lautet mit den Begriffen des jungen Marx Ende der Selbstentfremdung, Beseitigung aller Verhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes, verächtlich gemachtes Wesen ist, lautet Naturalisierung des Menschen, Humanisierung der Natur, lautet Reich der Freiheit. (...)

Anders als in der bürgerlichen Gesellschaft, die im Nebenmenschen die Schranke der individuellen Freiheit sieht und deshalb den Staat als ordnend-repressiv versteht und so auftreten läßt, formuliert Bloch für die klassenlose Gesellschaft eine "Freiheit in Solidarität. Freiheit ist derart nur durch Ordnung eine nicht-anarchische, eine des ‚gemeinschaftlich offenbar gewordenen und sozial gelingenden Willens`. Ordnung fungiert als unabdingbarer Raum für Freiheit, die wiederum als das einzig Substanzielle der Ordnung verstanden wird, als Gegenzug gegen räuberisch-vereinzelte Freiheit, gegen Haltlosigkeit.

Die Schwierigkeit solcher Definitionen liegt in der Unmöglichkeit, einen Zustand konkret zu beschreiben, den es noch nicht gibt, gleichzeitig aber nicht nur abstrakt sprechen zu wollen. Bloch weigert sich mit Marx und Engels, über gesellschaftliche Zustände nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel inhaltliche Aussagen zu machen. (...) Aber er ist in der vertrackten Situation, trotzdem genauere Angaben über das machen zu müssen, was Marx und Engels seiner Meinung nach gemeint haben, um das deutlich von dem abzugrenzen, was vermeintlich "sozialistische" Staaten im Osten als Einlösung des marxistischen Versprechung ausgeben.

... gegen die Deformation des Sozialismus

In den Tübinger Jahren beschäftigt sich Bloch mehr und mehr mit diesen Entstellungen des Marxismus und ihren Ursachen. (...) Er fängt damit gleich bei Marx an: In dessen Theorie, so Bloch, sind keine "Sicherungen" eingebaut gegen Irrwege und Mißbräuche, so beim Begriff "Diktatur des Proletariats". Dieser von Marx eher beiläufig und hilfsweise benutzte Begriff trägt seine Perversion gleichsam schon in sich. Sie sollte ursprünglich gerichtet sein "gegen die damaligen Feinde, gegen Kulaken, gegen Kleinbürger, gegen nachwachsende Kleinbürger, sie war notwendig gerichtet gegen die inneren Feinde des Regimes, während der Zeit des Aufbaus, sie konnte abnehmen im Augenblick, wo im Inneren die Lage sich konsolidiert hatte, der alte Context also fast verschwunden war." (20)

Aber die Eigendynamik einer Parteibürokratie, die sich durchaus nicht abschaffen wollte, führte zu einer "Diktatur der Apparatschiks", zur "Diktatur des Proletariats über das Proletariat". Und in gleicher Weise ist es nicht etwa zum Absterben des Staates gekommen, sondern zu neuer "Staatsomnipotenz, wie sie die Geschichte kaum bisher geliefert hat. Bis in die kleinsten Regungen der Individualität hinein geht die Staatsmacht." (21) Für diese Perversion findet Bloch, je länger er im Westen ist, um so schärfere Attribute: "Zarisierungen des sowjetischen Marxismus", "absolutistischer Zentralismus", "Terror und Polizeistaat", "terroristischer Staatskapitalismus".

Zum anderen liegen für Bloch Ursachen für Entstellungen des Marxismus auch in der ökonomischen Theorie. Was im 19. Jahrhundert richtig analysiert worden war, muß im späten 20. Jahrhundert nicht ebenso richtig sein. Das gilt zum Beispiel für die Verelendungstheorie: Ein "fortdauerndes Sinken des Proletariats zum (dadurch umschlagenden) Nullpunkt" (22) ist allein schon durch die vom Kapitalismus im 20. Jahrhundert neu geschaffenen Bedingungen verhindert worden, zumindest für die Industrieländer.

Auch die Erklärung von Selbstentfremdung und Unterdrückung ausschließlich aus dem Privatbesitz an Produktionsmitteln hat sich für Bloch als unzureichend erwiesen: "Wie neu entfremdet macht gerade der Funktionärsstaat." Und schließlich und immer wieder das Motiv 1789: Rund 60 Jahre nach seiner frühen Kritik an der bolschewistischen Sowjetunion setzt Bloch wieder seine ganze Hoffnung auf das Krähen des gallischen Hahns, da der Sozialismus in einem Land mit so starker zaristischer Tradition letztlich nicht verwirklicht werden könne: "Erst dann, wenn in Frankreich, das vier oder fünf Revolutionen im Bauch hat, oder in Italien, alle die Dinge wieder einen Leib finden, die in der liberalen, freiheitlichen Tradition des Bürgertums vom revolutionären Citoyen, nicht vom Bourgeois, in die Luft gerufen worden sind, dann wird dieser rätselhafte Ausfall des französischen Revolutionsethos seine hemmende Wirkung verlieren, und auch in der Sowjetunion wird wieder

die Erinnerung an Rosa Luxemburg und Lenin - trotz aller Widersprüche und Kontroversen zwischen Lenin und Rosa Luxemburg - Gehör finden." (23)

Ergo: "Das, was unter Sozialismus gedacht war, hat überhaupt noch nicht begonnen. Was in Rußland praktiziert wird, ist überalterter Staatskapitalismus mit gleichzeitiger Reproduktion des zaristischen Feudalismus. Noch nie war das Proletariat so unterdrückt und ausgebeutet." Insofern ist Bloch auch immer weniger bereit, Perversionen des Sozialismus im Osten - sozusagen aus taktischen Überlegungen - gegen Perversionen des Kapitalismus aufzurechnen. Vielmehr: "Selbst wenn das, was im Osten geschieht, viel weniger schlimm ist als das, was der Kapitalismus in Vietnam, Chile usw. anrichtet, so entschuldigt dies gar nichts. Denn vom Kapitalismus ist ja nichts anderes zu erwarten; von Hitlers Programm war ja auch nichts anderes zu erwarten als das, was er getan hat. Betrachtet man aber näher, was im Osten geschehen ist, so sollte man sich an ein altes lateinisches Sprichwort erinnern, das heißt: ‚Corruptio optimi pessima`, die Korruption des Besten ist die schlimmste Korruption." (24)

Peter Zudeick

Anmerkungen:

1) Geist der Utopie. München und Leipzig 1918, S.9

2) Vademecum für heutige Demokraten, Bern 1919, S.53

3) Über einige Friedensprogramme in der Schweiz. Archiv für Sozialwissenschaften 1918/19; zitiert nach: Bloch, Politische Messungen, Frankfurt 1970, S.55

4) Vademecum, a.a.O., S.56

5) Über einige Friedensprogramme, a.a.O., S.56

6) Vademecum, S.67

7) Geist der Utopie, S.399

8) Wie ist Sozialismus möglich? Die weißen Blätter 6 (1919), H.5, S.201

9) Tendenz, Latenz, Utopie, Frankfurt 1978, S.21

10) Durch die Wüste, S.28

11) Erbschaft dieser Zeit, Zürich 1935, S.11

12) Aktualität und Utopie, Der Neue Merkur 7 (1923/24); zitiert nach: Philosophische Aufsätze, Frankfurt 1969, S.618

13) Diskussionen über Expressionismus, in: Vom Hasard zur Katastrophe, Frankfurt 1972, S.372

14) Wilson geht um. Neue Weltbühne 33 (1937), zitiert nach: Vom Hasard zur Katastrophe, a.a.O., S.319

15) Jan Robert Bloch, Wie können wir verstehen, daß zum aufrechten Gang Verbeugungen gehören? In: Bloch-Almanach 9 (1989), S.88

16) Verrat und Verräter. Freies Deutschland (Mexiko) 1942, Nr. 3, S.19 f.

17) Z.B.: Die Todesschleife, Aufbau 8 (1952), H.5, S.387 ff.; Deutsche Armee des Friedens, Aufbau 8 (1952), H.11, S.975 ff.; Marx und die bürgerlichen Menschenrechte, Aufbau 9 (1953), S.395 ff.

18) Marx und die bürgerlichen Menschenrechte, a.a.O., S.397

19) Universität, Marxismus, Philosophie. Ost und West 3 (1949), S.77

20) Zur Lenin-Feier 1970. Zitiert nach: Politische Messungen, S. 480

21) Über ungelöste Aufgaben der sozialistischen Theorie. In: Gespräche mit Ernst Bloch, Frankfurt 1975, S.84

22) Liegt es am System? (1965). Zitiert nach: Politische Messungen, S.392

23) Schüsse sind Kurzschlüsse (1975). In: Gespräche mit Ernst Bloch, S.243

24) Die Welt bis zur Kenntlichkeit verändern. In: Tagträume vom aufrechten Gang. Frankfurt 1974, S.93

33. Kein Zutritt für Roma. Eine Reportage aus Tschechien und der Slowakei

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Slowakei; Tschechien · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:03

Anfang August gab es ungewöhnliche Meldungen aus Tschechien. Nachdem ein Fernsehsender die Falschmeldung verbreitet hatte, daß es für Roma die Möglichkeit gebe, nach Kanada auszuwandern, bildeten sich vor der kanadischen Botschaft riesige Schlangen. Einige Roma verkauften ihre Habe, um Geld für die Ausreise zu bekommen. Unter den tschechischen Roma war die Unruhe so groß, daß Minister der Prager Regierung die Menschen öffentlich zum Bleiben auffordern mußten.

Es waren nicht nur die extrem romafeindlichen tschechischen Republikaner, die einen möglichen Exodus der Roma lauthals begrüßten. Im tschechischen Nachbarland Slowakei legt man zwar in der Regel großen Wert auf Abgrenzung gegenüber Tschechien, doch eines springt dem Besucher sofort ins Auge, auch hier sind die Roma äußerst unbeliebt. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung ist nicht genau bekannt. Während unabhängige Beobachter davon sprechen, daß 500.000 der 5,5 Mio. slowakischen Staatsbürger Roma seien, ist nach offiziellen Angaben von 86.000 die Rede.

Ein Großteil von ihnen lebt in Kosice, der zweitgrößten Stadt der slowakischen Republik. Die Grenze zu Weißrußland ist knapp 80 km entfernt, nach Prag sind es über 800 km. Die 17-köpfige Familie Kopotoc wohnt wenige Meter vom frisch restaurierten Stadtkern entfernt in einer engen Seitenstraße. Wenn man das Abbruchhaus ohne Wasser und Strom betritt, kommt man in eine andere Welt. Der Hausbesitzer verweigert jede Reparatur. Manchmal holen die Kinder von den Nachbarn Wasser im Kanister. Doch meistens werden sie verjagt. Weil ihnen das Schulgeld fehlt, können die meisten ihrer 10 Kinder den Unterricht nicht besuchen, klagt Mutter Kopotoc, die ein Kleinkind auf dem Arm hält. Einige ihrer Kinder haben deutliche Anzeichen von Mangelernährung.

Oft werden sie ohne Grund aus den Einkaufszentren gewiesen, und auf die Idee, abends eine Disko zu besuchen, käme kein Roma. Sogar am hellichten Tag werden sie tätlich angegriffen. Die Kopotocs wissen ein Lied davon zu singen. Ein Bruder wurde im vollbesetzten Bus von Skinheads verprügelt. Einer Schwester wurde mit dem Feuerzeug der Arm verbrannt. Niemand griff ein, und zur Polizei brauchen die Opfer erst gar nicht zu gehen. Dort würden sich ihre Schwierigkeiten nur noch vergrößern.

Auf Unterstützung in der Bevölkerung brauchen die Roma nicht zu hoffen. Ausgerechnet die apostolische Glaubensgemeinschaft, eine christliche Sekte, macht da eine Ausnahme. Dort ist Frau Curylo aktiv. "Ich habe die Roma regelrecht gehaßt", bekennt die ehemalige Fernsehjournalistin. Ihre Haltung zu den Roma hat sich durch den Eintritt in die Sekte gewandelt. Jetzt betreut sie Romakinder, hilft ihnen bei den Schulaufgaben und gibt ihnen Bibelstunden. In Frau Curylos komfortabler Wohnung liegt die Bibel demonstrativ in der Mitte des Tisches.

Ihr Engagement für die Roma ist in der Slowakei eine Ausnahme. Das bestätigt auch Jan Kompus, der Leiter des städtischen Sozialamts. Er sitzt in traditioneller Romatracht in seinem Büro des Kosicer Rathauses. "Natürlich macht es sich im Ausland gut, wenn die Regierung den Diskriminierungsvorwürfen mit dem Hinweis begegnen kann, daß ein Roma das Sozialamt der zweitgrößten Stadt der Slowakei leitet." Über seine geringen Kompetenzen macht er sich keine Illusionen. "Kosice ist eine Stadt, in der Roma großer Diskriminierung ausgesetzt sind. Bestimmte Orte sind für sie verboten, dazu zählen auch öffentliche Gebäude. So haben sie oft nicht einmal Ansprechpartner für ihre Probleme. Wenn jemandem das Geld für die Miete fehlt, landet er einfach auf der Straße. Da kann auch ich nicht helfen."

Jan Kompus hat parteipolitische Ambitionen. 1990 war er Mitbegründer der "Romainitiative", deren Hauptanliegen die Pflege der Romaidentität und ihre Gleichstellung mit den anderen Minderheiten ist. Ins damals noch gemeinsame tschechoslowakische Parlament konnte die Partei einen Abgeordneten entsenden. Doch bei den Wahlen zur unabhängigen Slowakischen Republik bekam sie nicht mal 1% der Stimmen. Jan Kompus nennt mehrere Gründe. Es fehlte an Geld für die Öffentlichkeitsarbeit. Zudem hätten manche Roma der Partei der ungarischen Minderheit ihre Stimme gegeben, der von Anfang an größere Chancen gegeben wurden. Außerdem hätten mehrere Gruppierungen kandidiert, die sich mit Namen und Programmatik als Interessenvertreter der Roma gerierten. Obwohl er kaum inhaltliche Differenzen benennen kann, ist er auf

diese anderen Parteien nicht gut zu sprechen. Sie seien dafür verantwortlich, daß die Anliegen der Roma so zersplittert sind, lautet sein Vorwurf.

Doch das Hauptproblem ist, daß sich die meisten Roma weder für die "Romainitiative" noch für die Konkurrenzorganisationen interessieren, räumt Kompus ein. Da streiten sich hauptsächlich die Romaintellektuellen untereinander. Der 23jährige Plesko Juray gehört zu dieser kleinen Schicht von Intellektuellen. Parteipolitische Ambitionen hat der Choreograph am Romatheater nicht. Manchmal singt er selbstgetextete Lieder von Romakindern ohne Wohnung und Schulbildung und über seine eigene Kindheit. Er hatte Glück und konnte seine Ausbildung als Tänzer in verschiedenen europäischen Ländern abschließen. Auf die Urkunde aus Paris ist er besonders stolz. Wenn er in Kosice arbeitet, hat er die Probleme der Roma ständig vor Augen. Er lebt in Lunik 9, einer Romasiedlung am Stadtrand. Kein Nichtroma setzt freiwillig seinen Fuß dorthin. Selbst Taxifahrer weigern sich, ihre Kunden nach Lunik 9 zu transportieren. Weil kaum jemand die Siedlung richtig kennt, kursieren die wildesten Gerüchte über die Gefahren, die dem Fremden dort angeblich drohen.

Die Häuser machen einen heruntergekommenen Eindruck, Fenster sind eingeschlagen, und an vielen Stellen bröckeln die Fassaden. Feindselige Blicke und Rufe begegnen dem Besucher. Hier herrscht längst nicht mehr die Offenheit wie bei den Roma in der Altstadt. Zu oft sind die BewohnerInnen in den letzten Jahren schon enttäuscht worden. In Scharen sind die Journalisten und Pressefotografen nach 1989 hier angerückt. Weil diese aus westlichen Ländern kamen, machten viele Roma sich anfangs Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Bereitwillig erzählten sie ihre Lebensgeschichten und posierten vor den Kameras. Doch dadurch änderte sich für sie nichts.

Enttäuschte Hoffnungen prägen die gesamte Bevölkerung. Die Aufbruchstimmung, die in manchen Intellektuellenkreisen kurz nach der Autonomie geherrscht hat, ist vollständig verflogen. Die von vielen Slowaken gewünschte Integration in die Europäische Union verzögert sich aus innenpolitischen Gründen. Auch die als Türöffner für die EU gesehene Nato-Mitgliedschaft kommt nicht voran. Viele Slowaken erwarten nichts Positives von der Zukunft. Da ist der Bedarf an Sündenböcken groß, und die Roma bekommen es zu spüren. Parteien mit offen romafeindlichem Programm sind im Aufwind.

Peter Nowak

34. Der Spielmann der Rebellion. Nobelpreisträger Dario Fo und die Wut der Literaten

Autor: Js. · Rubrik: Kultur; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak407/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:11

Schon fünfmal ging der Literatur-Nobelpreis nach Italien. Geehrt wurden "Literaten von Rang": Giosuè Carducci (1906), Grazia Deledda (1926), Luigi Pirandello (1934), Salvatore Quasimodo (1959) und Eugenio Montale (1975). Italienerinnen und Italiener aller Klassen durften sich gleichfalls als Angehörige eines "Kulturvolks" geehrt fühlen. Bei Preisträger Nummer sechs ist alles anders: An dem linken Satiriker Dario Fo - gleichzeitig Stückeschreiber, Regisseur, Schauspieler und Kabarettist - scheiden sich die Geister.

Die beiden größten italienischen Tageszeitungen sparten nicht mit Kritik. Der Corriere della sera bezeichnete, in Anspielung auf eines der populärsten Fo-Stücke, die Stockholmer Entscheidung als Mistero Buffo (deutsch etwa: "groteskes Mysterienspiel"); die Repubblica brachte als Alternativen Woody Allen und den Filmkomiker Roberto Benigni ins Spiel.

Vor allem die katholische Presse war außer sich: "Nobelpreis für einen fahrenden Spielmann (giullare)", entrüstete sich der Osservatore Romano, und die katholische Kulturzeitschrift Letture kündigte ein Dossier über das Werk des antiklerikalen Preisträgers an. Auch für die Neofaschisten ist die Entscheidung mehr als ein Ärgernis. Von einer "Schande" sprach Gianfranco Fini, während sein Parteifreund Marco Zacchera darin eine "Beleidigung der italienischen Kultur" sah. Insbesondere die Begründung der Schwedischen Akademie, Fo habe "die Macht verhöhnt und den Unterdrückten ihre Würde zurückgegeben", brachte die Rechten zum Kochen. Das habe schließlich der Rotbrigadist Renato Curcio auch getan, kommentierte Lucio Colletti (Forza Italia); die Entscheidung für Fo zeige, "daß 30 Jahre sozialdemokratischer Regierung die Schweden zu Kindern gemacht" habe.

Dario Fo hat mit scharfem Witz auf die Angriffe reagiert. Die Kirche solle besser selbstkritisch an all die mittelalterlichen Spötter denken, die sie als Ketzer verbrannt hat. Denn die Entscheidung des Nobel-Komitees beweise: "Es gibt einen Gott, und dieser ist ebenfalls ein Spielmann" - und ein "Witzbold, denn dieser Preis läßt eine ganze Menge Leute Tränen vergießen"; neiderfüllte Literaten, die sich selbst sehr viel preiswürdiger finden (wie Mario Luzi), und Literaturkritiker, denen Fo zu "trivial" und "vulgär" ist. So führt der Kritiker Alfonso Berardinelli die Wahl auf die im Ausland verbreitete Unkenntnis der italienischen Literatur zurück.

Ob Dario Fo "ein großer Schriftsteller" ist, möchte selbst sein Verleger Giulio Einaudi offen lassen. Umberto Eco, der Fos Nominierung als "Entscheidung gegen den Dünkel" begrüßt, weist auf die Kraft seiner Texte hin: Dario Fo ist weltweit der meistgespielte italienische Stückeschreiber und auch in Ländern populär, in denen er selbst noch nie aufgetreten ist. Die von manchen Literaten als skandalös empfundene Begründung der Stockholmer Jury trifft den Kern der Sache: Fos Texte sind - auch ohne den außergewöhnlichen Schauspieler Fo und seine kongeniale Partnerin Franca Rame - subversiv und erkenntnisfördernd, wirkungsvolle Aufrufe zur Rebellion. Nicht umsonst haben sie ihm etwa 40 Verfahren, u.a. wegen Aufforderung zu Straftaten, eingebracht.

Dario Fo sieht sich in der Tradition des mittelalterlichen Spielmanns, der "aus dem Volk kommt, aus dem Volk seinen Zorn bezieht, den er mit Hilfe des Grotesken, der Vernunft, wieder ins Volk zurückträgt, damit dem Volk seine Lage bewußt wird." Massenwirkung erreichte er vor allem in den siebziger Jahren, als seine Theatertruppe vor Hunderttausenden in Arbeiterkammern, Jugendzentren und Sportarenen auftrat. Die häufig "anschlagsrelevanten" Themen lieferte die Wirklichkeit: die Ermordung des Anarchisten Pino Pinelli durch die Polizei, die Moro-Entführung, die Stammheimer Todesnacht.

"Bezahlt wird nicht!"

In dem 1974 entstandenen Stück Non si paga! Non si paga! ("Bezahlt wird nicht"), das in Westdeutschland besonders erfolgreich war, geht es um eine unorthodoxe, aber wirkungsvolle Form des Klassenkampfes. Als Mittel gegen die Teuerung erfanden militante italienische Frauen die autoriduzione: In den Supermärkten wurde zu "selbstreduzierten" Preisen oder zum Nulltarif "eingekauft". In dem Stück wird der Legalismus des PCI und die Spießermoral seiner Mitglieder ("arm, aber ehrlich") kritisiert. Die massiv intervenierende Polizei kann gegen den Witz der im Kampf lernenden ProletarierInnen nichts ausrichten.

Bevor sie gewaltsam vertrieben werden kann, müssen die proletarischen Heldinnen und Helden etliche Verwicklungen überstehen. Auch sie werden in ihrer zuweilen tumben Unbeholfenheit dem Spott des Publikums preisgegeben. Das Theaterkollektiv liebt es, "grotesk, vulgär und manchmal auch possenhaft" zu sein, stellt die Farce aber "in den Dienst des Klassenkampfs": "Wir sind überzeugt, daß im Gelächter, im Grotesken der Satire, der höchste Ausdruck des Zweifels liegt, die wichtigste Hilfe der Vernunft."

Nach dem Gelächter kommt der Ernst. Am Ende deklamieren alle Schauspieler im Chor das Kampfziel: "Eine Welt, in der man wieder merkt, daß es noch einen Himmel gibt ... und Pflanzen, die blühn ... daß es sogar einen Frühling gibt ... und Mädchen, die lachen und singen. Und wenn du eines Tages sterben mußt, stirbt nicht ein alter, ausgepumpter Maulesel, nein, ein Mensch stirbt, ein Mensch, der frei und zufrieden gelebt hat, mit anderen freien Menschen!"

"... die Herren mit der Zunge durchbohren"

Im katholisch geprägten Italien ist Mistero Buffo aus dem Jahre 1969 immer noch das bekannteste seiner Stücke: In mehreren Episoden wird dem frommen Glauben an den wundertätigen Heiland ein rebellischer Jesus entgegengesetzt, der den geschundenen und gedemütigten Bauern auffordert, "alle Blutsauger dieser Welt mit der Zunge zu durchbohren". Papst und Pfaffen werden in Fos Stücken immer wieder verhöhnt, u.a. in dem 1989 entstandenen Il Papa e la strega ("Der Papst und die Hexe").

Während Fo in den sechziger und siebziger Jahren die kommunistische Partei von links kritisierte, ist er mittlerweile zum "Realo" geworden. In der aktuellen Krise unterstützt er die Regierung Prodi; Bertinotti (Rifondazione Comunista) habe den richtigen Zeitpunkt zum Einlenken verpaßt und so den Interessen der Rechten gedient. Früher hätte Fo diese Drohung mit dem "größeren Übel" verhöhnt, aber das waren - tatsächlich - "andere Zeiten".

In diesen "anderen Zeiten" (Fo benutzt den Ausdruck im Interview der Repubblica mehrfach) lehnte Jean-Paul Sartre den Nobelpreis ab. Dario Fo wird das nicht tun; mit dem Preisgeld will er u.a. die Kampagne zur Wiederaufnahme des Lotta-Continua-Prozesses unterstützen. Die zu langen Haftstrafen verurteilten ehemaligen LC-Militanten Sofri, Bompressi und Pietrostefani (vgl. ak 399) bezeichnete er als Opfer eines "faschistischen" Verfahrens, wofür er gleich wieder heftig angefeindet wurde.

Wenn sich der Rummel gelegt hat, will er seinen derzeit 250 Texten weitere "vielleicht 50" hinzufügen. Seine Gegnerwerden schon dafür sorgen, daß ihm der Stoff nicht ausgeht.

Js.

35. Quelldatei 19.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak407/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:19

Frieden im Nahen Osten?

Edward W. Said, 1935 in Jerusalem geboren und heute Professor in New York, wird vom Palmyra-Verlag als der "weltweit bedeutendste palästinensische Wissenschaftler" vorgestellt. Das Buch "Frieden in Nahost?" enthält Essays und Artikel Saids aus den Jahren 1993 bis 1997. Darin zieht er eine kritische Bilanz des "Friedensprozesses" seit 1993. Schon damals teilte er nicht die allgemeine Euphorie über das Osloer Abkommen. Der PLO wirft er Täuschungsmanöver vor und fragt, ob sie weiter "die gesamte palästinensische Nation repräsentieren" könne. Felicia Langer betont im Vorwort Saids Bereitschaft zu "Frieden und Versöhnung mit Juden und Israelis". Dem steht aber entgegen, daß Israel auch nach dem Osloer Abkommen das Recht des Stärkeren praktiziert. Said: "Solange es keine wirkliche Begegnung zwischen Gleichen gibt, wird das Problem Palästinas und Israels in Gewalt und Elend fortbestehen."

Edward W. Said: Frieden in Nahost? Essays über Israel und Palästina; Vorwort von Felicia Langer; Palmyra Verlag, Hauptstr. 64, 69117 Heidelberg, Tel. 06221/165409, Fax. 167310; 280 Seiten, 34 DM

Kampf gegen Abschiebehaft

Das Tübinger Bündnis gegen Abschiebehaft dokumentiert in einer Broschüre Erfahrungen aus seiner mehr als dreijährigen Arbeit gegen den Abschiebeknast Rottenburg. Die Gruppe arbeitet nicht nur auf einer abstrakt politischen Ebene gegen den Rassismus, sondern unterstützt Abschiebehäftlinge auch praktisch. In Rottenburg werden die Abschiebehäftlinge in einem gesonderten Container gefangen gehalten - einem "Knast im Knast" für 51 Häftlinge mit einer Isolierzelle für "Renitente". In der Broschüre wird u.a. informiert über: den Alltag in Abschiebehaft ("Du bist 22,5 Stunden am Tag eingesperrt und wirst wahnsinnig"); Suizid und Suizidgefahr ("Lieber will ich tot sein"); die Problematik der Betreuerinnenarbeit (Frauen betreuen männliche Flüchtlinge); die Verfahrenspraxis von Behörden und Gerichten; die Abschiebepraxis und nicht zuletzt über die vielfältigen Aktionen des Bündnisses. Die Redaktionsgruppe hofft, daß ihre Dokumentation "Diskussionen und den Drang, aktiv zu werden", fördert. Auch kritische Stellungnahmen sind willkommen.

Bündnis gegen Abschiebehaft Tübingen: Dokumentation über die Abschiebehaft in Rottenburg; Bestelladresse: Bündnis gegen Abschiebehaft, c/o Asylzentrum, Neckarhalde 32, 72070 Tübingen, 68 Seiten, 6 DM (8 DM incl. Porto); ab 10 Exemplare 5 DM (zuzüglich Porto); zu zahlen in Briefmarken, per Verrechnungsscheck oder gegen Rechnung

80 Jahre Oktoberrevolution

Am 7. November feiern wir den 80. Jahrestag der Oktoberrevolution. Feiern? Jubeldemonstrationen wird es aus diesem Anlaß hierzulande wohl kaum geben. Aber kollektives Nachdenken über dieses weltgeschichtliche Ereignis kann sicher nicht schaden. Aus dem Spektrum derer, die in der Sowjetunion bis zuletzt das sozialistische Modell sahen, sind dazu Diskussionsbeiträge vorgelegt worden: Die Oktoberrevolution ist Schwerpunktthema der aktuellen Ausgabe der Marxistischen Blätter. Vier russische Kommunisten versuchen, "die Lehren der Geschichte" für das heutige Rußland zu ziehen: In der KPRF sehen sie "die Wiedergeburt der kommunistischen Bewegung" verkörpert; als nächstes Ziel auf dem "eben erst beginnenden" Kampf für den Sozialismus definieren sie "die Vereinigung aller wirklich demokratischen nationalpatriotischen oppositionellen Kräfte und die Schaffung einer Koalitionsregierung des nationalen Vertrauens." Stefan Doernberg räumt in seinem Beitrag "Anfragen an die Oktoberrevolution" zwar ein, daß das ",Fenster` für einen historischen Neubeginn gegenwärtig nicht so offen" sei wie 1917. Gleichwohl scheint ihm die "Ausstrahlungskraft" der Oktoberrevolution noch nicht erloschen. Für Günter Judick, der über "Oktoberlegenden" schreibt, gilt das Leninsche Parteimodell noch heute: Notwendig sei eine "Klassenpartei mit revolutionärer, systemüberwindender Zielstellung".

Marxistische Blätter 5-97 (September/Oktober), Neue Impulse Verlag GmbH, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen, Tel. 0201/236757, Fax. 202467; 96 Seiten, 12 DM

Rassismus und Kommunikationstechnik

Der Videobeitrag "How to get through" ist eine gekonnte und witzige Kollage aus Szenen, TV-Nachrichten, Werbung etc., die vom höchst erfolgreichen Glasfaserkabel-Anschlag auf den Frankfurter Flughafen ausgeht, aber eigentlich ganz anderes behandelt. Denn der Anschlag von "Keine Verbindung e.V." richtete sich gegen die Abschiebemaschinerie am Flughafen. So wird im Rahmen dieses Videos versucht, den staatlichen Rassismus (z.B. Abschaffung Art. 16 Grundgesetz) und den des Mob (Bilder u.a. aus Rostock 1992) aufzuzeigen. Zum Schluß wird der Anschlag nachempfunden, der sicherlich nur mit Insiderwissen möglich war und ohne solches wohl kaum wirklich nachvollzogen werden kann. Die Macherinnen und Macher des Videos bleiben logischerweise anonym und verstecken sich hinter so netten Namen wie ISDN ("Institut für strapazierte Datennetze"). Und nicht nur die Angabe "Maske: Hein Gericke (100 % Baumwolle)" verrät dem kundigen Betrachter, welcher Szene sich die MacherInnen zugehörig fühlen. Insgesamt: Ein für kleinere Veranstaltungen brauchbarer Beitrag zum Thema Rassismus - und zur Verletzlichkeit der Kommunikationstechnik.

How to get through (Video, ca. 45 Min.), 20 DM (Bargeld), zu bestellen bei: Heidi Kabel c/o Cafe Exzess, Leipzigerstr. 91, 60487 Frankfurt

Junge Nazis

Den HerausgeberInnen einer Materialsammlung über die Jungen Nationaldemokraten (JN) ging es tatsächlich allein darum, Material für die antifaschistische Praxis zusammenzustellen. Auf langwierige Lay-Out-Arbeit haben sie verzichtet. Neben Artikeln aus Antifa-Publikationen werden auch Beiträge aus JN-Veröffentlichungen dokumentiert: Gedanken der Nazis zu "befreiten Zonen", zur Frage "Kader- oder Massenpartei?", zur Diskussion um einen "progressiven Nationalismus" etc.. Dies dient dem besseren Verständnis der JN-Politik und ist damit für die Arbeit gegen den Nazismus nützlich. Zudem wird kaum ein interessierter Antifa all die ekelerregenden Nazipublikationen auf verwendbare Artikel absuchen wollen. Daß sie sich dieser Mühsal unterzogen haben, ist sicherlich das größte Verdienst der HerausgeberInnen.

Materialsammlung über die Jungen Nationaldemokraten, 92 Seiten, Bezug: Autonome Antifa Bremen, St. Pauli-Str. 10, 28203 Bremen

Kriegsverbrechen in Italien

Herward Beschorners Buch "Sie haben nur ihre Pflicht getan" ist eine autobiographische Erzählung. Der Autor, 1944 Wehrmachtssoldat in Venetien, schildert das Wüten der deutschen Besatzungsmacht gegen mutmaßliche Partisanen, die "Vergeltungsaktionen" gegen die Zivilbevölkerung. Und er zeigt, daß es - wenn auch unter Lebensgefahr - möglich war, sich dem Morden zu entziehen und die Seite zu wechseln. Beschorner - bzw. sein Ich-Erzähler Bertram - verweigert nicht nur den Befehl, sondern warnt auch die BewohnerInnen italienischer Dörfer vor ihrer Deportation nach Deutschland. Seiner drohenden Verhaftung durch den SD kann er entkommen, indem er desertiert. Authentisch ist auch die Figur des Hauptmanns Lembcke, der für Erschießungen und Folterungen verantwortlich war. Lembcke starb 1971, ohne für seine Taten zur Rechenschaft gezogen worden zu sein. Beschorners Erzählung ist gut geschrieben und eine eindrucksvolle Ergänzung zu den diversen Sachbüchern über Wehrmachtsverbrechen.

Herward Beschorner: "Sie haben nur ihr Pflicht getan" in der Sicherheitszone Padua-Süd; Harald-Kater-Verlag, Görlitzer Str. 39, 10997 Berlin, Tel./Fax. 030/6182647; 95 Seiten, 16,80 DM

Rassismus in Europa

Daß das "Europäische Jahr gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit" an der rassistischen Politik der EU-Staaten nichts ändern würde, war schon länger klar. Wer sich einen Überblick verschaffen will, wie in den europäischen Staaten seit Jahren die sog. Harmonisierung der Asyl- und Migrationspolitik umgesetzt wird, sollte das Sonderheft der Zeitschrift RACE & CLASS lesen. Die Aufsatzsammlung unter dem Titel " Europe - The Wages of Racism" zieht eine Bilanz der menschenverachtenden Politik der europäischen Staaten. Die beiden einleitenden Aufsätze von Liz Fekete und Francis Webber stellen die Migrationspolitik in den Zusammenhang mit den ökonomischen bzw. gesellschaftlichen Verhältnissen der letzten Jahrzehnte. Daß die gegenwärtige Politik der Abschottung Europas zu einem sklaven-ähnlichen Menschenhandel führt, zeigen die beiden Autorinnen in einem weiteren Aufsatz. Weitere Aufsätze beschäftigen sich u.a. mit der Grenzaufrüstung an der spanischen Mittelmeerküste und dem kulturellen Rassismus in Schweden.

Liz Fekete (Hrsg.): Europe - The Wages of Racism, London, 1997, 106 Seiten; zu bestellen bei: Institute of Race Relations, 2-4 Leeke Street, London WC1X 9HS, Tel: 0044-171-837 0041, Fax: 0044-171-278 0623, L 4,50

36. Quelldatei 21.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak407/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:21

Kalender

2. Linke Literaturmesse

Wie im letzten Jahr werden sich über 100 Verlage vorstellen. Wohl eine einmalige Gelegenheit, sich einen Überblick über das aktuelle Angebot linker gesellschaftskritischer Literatur zu verschaffen. Neuer Schwerpunkt: Internationale Literatur.

Nürnberg, 14. bis 16.11., KOMM.

Ungleichheit als Projekt

Globalisierung - Standort - Neoliberalismus, das sind die Themen einer Tagung des BdWi, der Memo-Gruppe und des Instituts für Politikwissenschaft der Uni Marburg. Mit Elmar Altvater, Detlev Hensche, Jürgen Trittin, Ingrid Kurz-Scherf, Frank Deppe uvm. Infos: Regina Stötzel/Dr. Rainer Rilling, c/o BdWi, PF 543, 35017 Marburg, Tel.: 06421/21395, FAX: 06421/24654, E-Mail: rillingr@mailer.uni-marburg.de

Marburg, 28./29.11.

Rote Ruhr

Wie im Vorjahr gibts an der Ruhr-Uni Bochum die Vortragsreihe "rote ruhr uni". Wir haben hier nicht die Möglichkeit, daß ganze Programm abzudrucken. Deshalb nur eine kleine Auswahl, die vielleicht neugierig macht: 12.11., Ursula Beer: Klasse - Geschlecht - Habitus; 13.11., Christoph Görg: Regulationstheorie; 17.11., Gerhard Hauck: Ideologiekritik in der Postmoderne; 18.11, Johannes Agnoli: Der Staat des Kapitals; 20.11., Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung. Weitere Infos: Arbeitskreis rote ruhr uni, c/o AStA der Ruhr-Uni Bochum, Referat für Kritische Wissenschaften, Universitätsstr.150, 44780 Bochum, Tel.: 0234/7007865, FAX: 0234/701623, http:/www.free.de/rru

Bochum, 10. bis 20.11.

Roter Oktober

Er ist nicht vergessen, der 80. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution! Der AStA der TH Darmstadt widmet sich ihr unter dem Titel "From Russia with love? 80 Jahre Oktober-Revolution" mit Filmvorträge und Podiumsdiskussionen.

Darmstadt, 29.10., 20 h, Film "Iwans Kindheit". 5.11., 18 h, Film "Asaltar los cielos", 20 h, Diskussion "War das in der Sowjetunion Sozialismus?" mit R. Steigerwald, H. Dahmer, J. Schüttrumpf, W. Haug. 12.11., 20 h , Diskussion "Ist die Idee des Kommunismus tot?" mit W.D. Gudopp, M. Brumlik, C. Jünke. Alle: TH Audimax.

20 Jahre Deutscher Herbst

Veranstaltung "Wir glauben immer noch nicht an Selbstmord" mit Sean McGuffin, Buchautor, ehemaliger politischer Gefangener in Großbritannien und Mitglied der Internationalen Untersuchungskommission zum Tod von Ulrike Meinhof.

Berlin, 25.10., 19 h, Buchhandlung Kisch und Co., Oranienstr.

Guatemala-Jahrestreffen

Knapp ein Jahr nach dem Friedensschluß in Guatemala treffen sich Guatemala-Solidaritätsgruppen und andere Interessierte, um eine erste Bilanz zu ziehen. Der "Rechtshilfefonds für Landkämpfe in Mittelamerika" und andere Aktionen der Guatemala-Soliszene werden vorgestellt. Infos und Anmeldung: Informationsstelle Guatemala, Heerstr. 205, 53111 Bonn, Tel.: 0228/634552, Fax: 0228/631226, E-Mail: Guate@link-lev.dinoco.de

Leipzig, 14. bis 16.11.

Nordirland

Shake hand zwischen Blair und Adams - und wie weiter? Welche Perspektive hat der Friedensprozeß in Nordirland? Veranstaltung mit ak-Autor Dietrich Schulze-Marmeling, organisiert von der "Irland-Initiative Bielefeld".

Bielefeld, 29.10., 20 h, Bürgerwache am Siegfriedplatz.

Rabin

Lesereise von Amnon Kapeliuk zu seinem Buch "Rabin - Ein politischer Mord. Nationalismus und Rechte Gewalt in Israel". (vgl. den Vorabdruck in ak 402.)

Berlin, 27.10., 19 h, Jüdische Volkshochschule, Oranienburger Str. 29, Aachen, 28.10., 20 h, Katholische Hochschulgemeinde, Pontstr., Köln, 29.10., 19.30 h, Haus der Kirche, Kartaeusergasse 9-11, Kassel, 30.10, 19.30 h, Gießhaus, GHS Kassel, Mönchebergstr.

Benjamin Ramos Vega

Informationen zum Prozeß und zu den Hintergründen des Urteils, sowie sicherlich auch zum Hungerstreik der baskischen Gefangenen im Gefängnis Alcalá Meco und dem Gesundheitszustand Benjamin Ramos Vegas gibt es bei einer Veranstaltung von "Vamos Adelante" mit dem "Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega".

Lübeck, 8.11., 19.30 h, Arbeitslosenzentrum Schwartauer Allee 39-41.

"Neue Rechte"

Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe im Antifa-Café Hamburg referiert ak-Autor Volkmar Wölk über die Europavorstellungen der "Neuen Rechten", ihre Vernetzung auf internationaler Ebene und ihre Aktivitäten in Osteuropa .

Hamburg, 31.10., 20 h, B5 (Brigittenstr. 5)

UPS-Streik

Widerstand gegen das "Jobwunder". Der Streik bei UPS, und was bewegt sich sonst noch in den USA? Über diese Frage, insbesondere über Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Situation in den USA und hier, will die "Gruppe Blauer Montag" mit Interessierten diskutieren. Als Referenten ist Boy Lüthje aus Frankfurt eingeladen, der sich seit längerem mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften in den USA beschäftigt und zuletzt längere Zeit dort war.

Hamburg, 5.11., 19 h, Kölibri, Hein-Köllisch-Platz.

37. Bündnis im Bandenkrieg

Die türkische Armee richtet sich im Nordirak ein

CD-Datei: daten/aksuche/ak407/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:36

Ende September marschierten erneut rund 15.000 türkische Soldaten in den kurdischen Nordirak ein. Damit wurde deutlich, was seit der letzten Invasion im Frühjahr dieses Jahres zu befürchten war: Die türkische Armee wird zu einer dauerhaften Besatzungsmacht und Schutztruppe der irakisch-kurdischen Miliz KDP (Demokratische Partei Kurdistans), die den nördlichen Teil (Badinan) der Region kontrolliert. An den Partei- und Bandenfehden innerhalb der Region hat sich indes nichts geändert.

Seit 1994 waren wiederholt türkische Truppen in die selbstverwaltete Region eingedrungen, um Stellungen der türkisch-kurdischen "Arbeiterpartei" PKK anzugreifen und hatten mit ebenso monotoner Regelmäßigkeit wie Naivität deren Zerschlagung angekündigt. Allen türkischen Ankündigungen zum Trotz hält diese ihre Aktivitäten im kurdischen Nordirak weiterhin aufrecht. Seit der Frühjahrsoffensive dieses Jahres allerdings scheint sich ein neues Konzept bei der türkischen Armee durchgesetzt zu haben. Noch 1994 und 1995 beschränkten sich die türkischen Militäroperationen auf die Grenzregion, um einen sogenannten Sicherheitsgürtel gegen KämpferInnen der PKK einzurichten (der in der Praxis in erster Linie zum Todesstreifen für Flüchtlinge wurde). Bis dato hatte man es der verbündeten kurdischen Miliz KDP überlassen, die lästigen Grenzgeschäfte, die Vertreibung der PKK-Verbände und die militärische Sicherung der Region zu garantieren. Gerüchteweise bezieht diese seit 1995 für jeden daran beteiligten Kämpfer Geld aus der Türkei. Als in diesem Frühjahr rund 50.000 türkische Soldaten mit etlichen hundert Panzern und schwerer Artillerie in die Region vorrückten, belegte alleine die Größenordnung, daß die türkische Armee von nun an gedachte, das Kriegsgeschäft im kurdischen Nordirak selbst in die Hand zu nehmen.

Diesmal begnügten sie sich nicht mehr mit einem Grenzstreifen, sondern drangen tief ins Landesinnere vor. Entlang der gesamten Grenzregion sowie im Landesinneren wurden dauerhafte Militärcamps eingerichtet. In der kurdischen Hauptstadt Arbil demonstrierte die türkische Armee gleich zu Anfang, wie in Zukunft mit mutmaßlichen PKK-SympathisantInnen umgegangen werde: Mehr als einhundert Personen wurden umgehend verhaftet, hingerichtet oder verschwanden; den Meldungen des irakischen Oppositionsbündnisses INC zufolge wurden verdächtige Frauen vor ihrer Hinrichtung auf offener Straße vergewaltigt. Während sich die Verbände der PKK, die nicht von der türkischen Armee überrascht worden waren, vor der militärischen Übermacht in den Iran und den von Saddam Hussein kontrollierten Teil des Irak zurückzogen, richtete sich das türkische Militär in der neu dazugewonnen Ausnahmeprovinz ein. Zwar - so verlautbarte KDP-Führer Barzani - seien die Truppen "zum Großteil wieder abgezogen" - über die Größe des kleineren, verbliebenen Teils der 50.000 Mann schwieg er aber genauso beharrlich wie seine türkischen Bündnispartner. Die nun eingerückten 15.000 Soldaten konsolidieren nur den bestehenden Besatzungsstatus. So muß Barzani sich offenkundig damit abfinden, daß die Truppen seines Bündnispartners zum dauerhaften Gast in seinem Lande werden.

Die Auseinandersetzungen zwischen KDP und PKK sind damit nicht beendet. Die Vielzahl türkischer Soldaten im kurdischen Nordirak hat die KDP nicht ihrer Verpflichtung zum Kampf gegen die "Arbeiterpartei" enthoben. Nach wie vor halten PKK-Verbände wichtige Stellungen in der Region, die sie der KDP bei Kämpfen 1996 abgenommen hatten. Damals hatten die schlechtmotivierten Milizen Barzanis die Kontrolle über die Region um Amadiya an die zahlenmäßig unterlegenen PKK-Milizen verloren. Barzani traf mit seinem "Bruderkrieg" gegen die PKK zugleich auf wenig Gegenliebe bei der Bevölkerung. Was den PKK-Anführer Abdullah Öcalan zu folgender Prognose verleitete: "Die PKK versucht den Schritt des Widerstandes mit dem Volk gemeinsam zu tun. Wenn sie es wollen, kann man mit den Staaten in der Region auf der Basis von Unabhängigkeit und Antiimperialismus ein unterstützendes und solidarisches Bündnis eingehen. (...) Sie sagen, daß das Blutvergießen beendet werden soll." (1) Die Analyse von Öcalan besagt dabei vor allem eines: Daß die fällige Regelung der Verhältnisse im kurdischen Nordirak nicht von den irakisch-kurdischen Parteien und ihren Führern, also von Barzani, Talabani und Konsorten zu erwarten ist. Den Rekurs auf das "Volk" mag man getrost als ideologisch notwendige Verbrämung strategischer Interessen abtun, das Gegenstück quasi zur völkischen Ideologie der Türkei, die ihre Militärpolitik im Irak mit angeblichen Ansprüchen auf die osmanische Provinz Mossul verkleidet. (2) Für die PKK nämlich, die sich seit Beginn der türkischen Großoffensiven 1994

auf permanentem Rückzug befindet, ist Irakisch-Kurdistan der Ort, von dem sich nicht weniger als das Überleben als geschlossene militärische Formation erhoffen läßt.

Innerhalb Irakisch-Kurdistans verfügt die PKK zwar sicherlich über Sympathien bei der Bevölkerung, ein Ausbau ihrer politischen Strukturen ist der kurdischen "Arbeiterpartei" allerdings niemals gelungen. Sehr früh schon (1992) wurde der irakisch-kurdische Ableger der Partei vom damals noch existierenden kurdischen Regionalparlament verboten. Zwar wird die PKK im von der PUK (Patriotische Union Kurdistan) kontrollierten Süden nach wie vor geduldet, doch verfügt sie über keinen weitergehenden Status als alle anderen nicht-irakischen Oppositionsparteien, geschweige denn über ein politisches Mandat. Das strategische Bündnis mit der PUK, die die PKK lediglich toleriert, sofern diese sich nicht in ihre inneren Angelegenheiten einmischt, hat die Partei von der politischen Realität Irakisch-Kurdistans weitestgehend isoliert. So sucht man auch in der für Irakisch-Kurdistan produzierten ERNK-Zeitung "Welat" vergeblich nach Standpunkten zu den politischen Konflikten innerhalb der Region. Daß Öcalan seinen Kontrahenten Barzani besser versteht, als das Zitat verrät, dafür sprechen auch seine Bündnisse mit dem syrischen Führer Hafiz Al-Assad, dessen irakischen Kollegen Saddam Hussein und dem iranischen Regime, die alle ihre eigene kurdische Opposition verfolgen, oder auch das jüngste Kampfbündnis mit der kurdischen Hisbollah.

Derweil machen die Verhandlungen zwischen den beiden großen irakisch-kurdischen Parteien PUK und KDP keinerlei Fortschritte. Große Teile der Bevölkerung haben ihre Wahl getroffen und ziehen die Flucht durch Minenfelder dem Leben in Irakisch-Kurdistan vor. Erst im September wurde eine Gruppe von 30 Flüchtlingen Opfer eines solchen Minenfelds entlang der türkisch-griechischen Grenze. Mehr als 800 Flüchtlinge sind nach Angaben des INC beim illegalen Durchqueren der See zwischen der Türkei und Griechenland in den vergangenen Jahren ertrunken. Nicht nur die militärischen, sondern auch die politischen und ökonomischen Konzepte der kurdischen Parteien sind rundherum gescheitert. Da die kurdischen Milizführer Talabani (PUK) und Barzani (KDP) ohne einander so wenig können wie miteinander, haben sich in den jeweils von ihnen kontrollierten Gebieten Gesellschaftsstrukturen verfestigt, die wenig zukunftsträchtig sind. Eine extrem verarmte Majorität wird von Partei- und Milizverbänden regiert, die paranoid über jede sich rührende Opposition wachen. Da sie außer einer in Subsistenz erstickten Landwirtschaft über keinerlei Warenproduktion verfügen, besteht die Wirtschaft aus der Akkumulation von internationalen Hilfsmitteln und einem Wegezoll-ähnlichen Partizipieren an der Mehrwertproduktion anderer. Hier hat sich vor allem Miliz-Führer Barzani hervorgetan, der die türkisch-irakische Grenze kontrolliert und damit den Fluß irakischen Öls in die eine, den Strom türkischer Waren in die andere Richtung. Sein volkswirtschaftliches Kapital beschränkt sich lediglich darauf, daß ein paar hundert Kilometer Pipeline und rund fünfzig Kilometer Straße durch das von der KDP kontrollierte Gebiet verlaufen. Dafür, daß die Pipeline nicht gesprengt, die Straße nicht gesperrt wird, bekommt Barzanis Miliz Geld. Entsprechend verteilt sich der aus dem Wegezoll-Kapitalismus geschöpfte Reichtum: An ihm profitiert, wer mittels der Partei an eines der vielen Transitgeschäfte gekommen ist, in der Miliz beschäftigt wird und marginal, wer an der kleinen Zulieferwirtschaft der beiden partizipiert. Barzanis KDP ist natürlich darauf bedacht, jede militärische Bedrohung des sicheren Warenlaufs auszuschalten. Denn Barzanis Wirtschaft funktioniert nur solange, wie es keinen sicheren und vor allem billigeren Weg für Öl und Waren gibt. (Im Talabani-PUK-kontrollierten Süden, den weder Pipelines noch LKW-Schlangen durchqueren, sieht es wirtschaftlich schlechter aus. Die iranische Regierung als militärischer Bündnispartner der PUK kann auf den wenig lohnenden Grenzhandel mit den irakischen Kurden sehr wohl verzichten.) Zwischen Syrien und Jordanien wurde unlängst ein neuer Grenzübergang eröffnet, über den türkische Transitladungen in den Irak abgefertigt werden. Beunruhigender allerdings dürfte für Barzani die Annäherung zwischen den ehemals verfeindeten Baath-Staaten Syrien und Irak sein. Bei einem Bündnis der beiden Regierungen wäre es nicht länger nötig, das irakische Öl über die Türkei auszuführen, ein direkter Weg zu syrischen Mittelmeerhäfen stünde offen. (3)

So wackelig wie das wirtschaftliche System der Region ist auch ihr politisches. Vor dem Hintergrund der massenhaften sozialen Deklassierung hat sich ein instabiles System herausgebildet, innerhalb dessen die Sicherung des Gleichgewichts zwischen den Parteien alle politischen Initiativen bindet. Hier gelangt jeder zu Einfluß, der dank ausländischer Protektion genug Leute unter Waffen halten kann, um das Gewicht zugunsten einer Seite zu verlagern. Der latente Bürgerkrieg, der in Wirklichkeit ein Bandenkrieg ist, hat zugleich jede Äußerung von Klasseninteressen und alle emanzipatorischen Ansätze des einzelnen unterminiert. Gespenstern gleich sind die gesellschaftlichen Strukturen der dunkelsten Vorgeschichte, die Stämme und Clans Irakisch-Kurdistans, wieder auferstanden und verwandeln als bis an die Zähne bewaffnete Milizen den

Klassenantagonismus in einen Krieg der Warlords. Entgegen der Analyse Öcalans, der in Barzani lediglich einen Kollaborateur sieht, der den eigentlichen Erfordernissen zuwiderhandelt, ist er also vielmehr der perfekte Ausdruck der irakisch-kurdischen Verhältnisse. Trotz anderslautender Erklärungen ist auch die PKK in Irakisch-Kurdistan vor allem eine Miliz. Und auch die 2.000 Kämpfer der Hisbollah an ihrer Seite, deren Anführer Scheich Atham Barzani ein Feudalherr und verkrachter Neffe des Kontrahenten Massoud Barzani ist, führen wenig Emanzipatorisches im Schilde.

Stark sind die kurdischen Parteien nur im Moment des Bündnisses: Ohne türkische, irakische und iranische Waffen hätten die kurdischen Warlords ihre Parteienkriege nicht ausfechten und ohne deren Waren und Geld die gewonnene Hegemonie nicht halten können. Diese Bündnisse aber beruhen auf keiner politischen, ideologischen oder weltanschaulichen Übereinkunft, sondern auf purem Pragmatismus. So hat die PUK im Gegenzug zur Unterstützung durch den Iran nicht nur die Aktivitäten des iranischen Geheimdienstes, sondern vor allem auch den Aufbau islamistischer Milizen (wie die Hisbollah) zu schlucken, die zugleich eine permanente Bedrohung bedeuten. Und auch daß Barzani ein weiterreichendes Interesse daran haben könnte, daß seine Ländereien zum türkischen Aufmarschgebiet werden, ist stark zu bezweifeln. Umgekehrt würde die türkische Regierung sicherlich nicht mit Barzani paktieren, würde der nicht jene für den Krieg gegen die PKK so wichtige Region kontrollieren. Für die türkische Regierung ergibt sich hieraus eine Zwickmühle: Während sie einerseits ein lebhaftes Interesse an der Beendigung der Milizpolitik innerhalb Irakisch-Kurdistans hat (da nur eine Einigung der irakisch-kurdischen Parteien unter türkischem Mandat die PKK vollständig isolieren würde), kann sie andererseits eine kurdische Lösung innerhalb ihrer direkten Einflußsphäre nicht dulden. So müht sie sich verzweifelt ab, die verfeindeten kurdischen Milizführer unter einem pro-türkischen Friedensvertrag zu einen, während sie andererseits immer befürchten muß, ein Friedensschluß könne sich gegen ihre eigenen Interessen kehren. Der einzig logische Schritt, den die türkische Regierung im eigenen Interesse unternehmen müßte, wäre, die Absetzung Barzanis zu betreiben und die vollständige Kontrolle über seine Ländereien zu übernehmen. Davon hält sie zur Zeit wohl weniger die pro forma gegen die Invasion protestierende UNO ab als vielmehr die im Irak getätigten Investitionen jener europäischen Staaten, deren Anschluß die Türkei verzweifelt sucht. Die nun stattfindende Etablierung der türkischen Armee als Besatzungsmacht unter offizieller Wahrung der Autorität Barzanis ist ein Kompromiß, der beiden Seiten gerecht zu werden versucht.

Barzanis Situation ist verfahren. Während er einerseits ökonomisch und militärisch das Bündnis mit der Türkei zum Überleben braucht, kann er dauerhaft nicht dulden, daß diese schleichend die Macht in seiner Region übernimmt. Schon während der Frühjahrsinvasion 1995 hatte die türkische Armee die KDP-Milizen in die Rolle von Statisten verbannt. Wer damals die türkisch-irakische Grenze bei Habur überquerte, konnte beobachten, wie der kurdische Grenzposten von türkischen Offizieren besetzt war, während den kurdischen Autoritäten zur Ausübung ihrer Amtsgeschäfte lediglich die Teeküche überlassen wurde. Ein Preis, der offenkundig bereitwillig gezahlt wurde, sofern ein verwertbarer Nutzen dabei herausspringt. Mittlerweile kommt man nicht einmal mehr an die Grenze heran.

Als schwächerer Partner im Bündnis kann Barzani gar nicht anders, als türkische Truppen "zur Hilfe zu rufen", wie das nachträglich eingeholte Abnicken des Milizführers zur türkischen Invasion euphemistisch genannt wurde. Daß die erneut eingerückten 15.000 türkischen Soldaten am innerkurdischen Zerwürfnis etwas ändern, diesmal die PKK zerschlagen oder die kurdischen Milizen zu einem Kurswechsel bewegen könnten, ist dennoch genauso unwahrscheinlich wie die Möglichkeit, die Türkei könne sich ihres Mandanten Barzani entledigen. Als Betriebskapital nämlich besitzen die irakisch-kurdischen Parteien immer noch eine rund drei Millionen Einwohner starke Bevölkerung, die schon morgen wieder zu Flüchtlingen werden könnte. Sie läßt sich als Drohung gegen die Türkei genauso gut einsetzen wie als Angebot an die europäischen Staaten, die schon lange danach gieren, die Anzahl kurdischer Asylbewerber mittels "Fluchtursachenbekämpfung" zu verringern. So zwingt die Türkei als ratlose Ordnungsmacht vor allem Barzani zur Bündnistreue: Sollten die inner-arabischen Verhandlungen zwischen Hussein und Assad und die iranisch-irakisch-syrischen Außenministertreffen tatsächlich eine neue Option ins Rennen bringen, dürfte es ihm schwerfallen, seinen mit zigtausend Mann präsenten Bündnispartner wieder loszuwerden.

Thomas Uwer, Wadi e.V.

Anmerkungen:

1) Öcalan A.: "Die Ausbeutung und der Verrat werden beendet werden!", in: Kurdistan Report, Nr.86, Juli 1997

2) Rizgar Dostani schrieb in ak Nr.404, Juli 1997 über die türkischen Großmachtträume.

3) Tatsächlich sind sich die beiden Baath-Führer Hussein und Assad erschreckend nahe gekommen. Fataler als eine wirtschaftliche Öffnung Syriens zum Irak allerdings ist, daß die mit mehreren tausend Mitgliedern in Syrien präsenten irakischen Oppositionsparteien im Falle eines Abkommens vermutlich ans Messer geliefert werden.

38. Quelldatei 39.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak407/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:39

... Leserbriefe ... Leserbriefe ...

Betr.: ak 406 Schwerpunkt,

20 Jahre Deutscher Herbst

Bedeutenderes Werk

Liebe aklerInnen,

nun freut es mich ja, daß Js. meinen konkret-Artikel (wenn er ihn auch nicht verstehen wollte) in Eurem Extra gewürdigt hat - ein bißchen schade ist es aber doch, daß Ihr mein ungleich bedeutenderes Werk zum Dt. Herbst, das Buch mit Irmgard Möller, noch nichtmal einer Erwähnung für wert befandet. Dabei könntet Ihr Euch (und Ihr wärt die ersten!) damit richtig politisch auseinandersetzen. ... Seufz. Gut, daß wenigstens die Staatsanwaltschaft am LG HH etwas fleißiger ist und jetzt vom Werk beeindruckt ein Strafverfahren gegen Irmgard eingeleitet hat: Wegen Verunglimpfung des Staates als Mörder von Baader, Raspe, Ensslin.

Trotzdem schönen Gruß

Oliver Tolmein

Trost in der Finsternis

Liebe GenossInnen,

mein Glückwunsch zur neuesten Ausgabe! Euer Schwerpunkt zum "Deutschen Herbst" ist so reflektiert und genau, wie er heute nur sein kann. Ein wirklicher Trost in der allgemeinen Finsternis. ...

Viele Grüße

Karl Heinz Roth

Betr.: ak 406, aufgeblättert

Weiterlesen

Liebe KollegInnen,

ist es nur Unaufmerksamkeit, oder habt Ihr den Humor in der politischen Arbeit noch nötiger als wir? In ak 406 schreibt Ihr unter "aufgeblättert" in der Besprechung des Artikels zur Bundeswehr-Werbekampagne in der September-ami, daß Ihr gerne Genaueres über die Anschläge und Aktionen der Spaßguerilla erfahren wollt. Dann lest doch das ganze Heft! Seite 29: Rezension des "Handbuchs der Kommunikationsguerilla", Seite 37 f: Ausführliche Ankündigung der diesjährigen AMOK-Parade in Berlin ("Das Volk lacht das Militär aus"), deren Auftakt vor einem Jahr die gelungenste Verbindung von Spaß und Antimilitarismus seit langem war; Seite 6: In dem Artikel über den Bonner Bonzenbunker die wunderbare Wortschöpfung "verglühende Landschaften" von unserem Verschwörungsexperten Gerhard P.. Reicht das noch nicht? Dabei geben wir uns solche Mühe!

Zerknirscht,

Ralf Bendrath

Redaktion antimilitarismus information

Liebste Bleiwüste

Liebe GenossInnen,

Ihr macht immer noch meine liebste Bleiwüste. Nur manchmal bräuchte ich ein Bleiwüstenkamel, um schneller lesen zu können ...

Ch. H., Zürich

39. Faschismus und Vergangenheitspolitik

CD-Datei: daten/aksuche/ak407/fascho.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:fascho

Die Legende lebt: Mit dem "Marsch auf Rom" am 28. Oktober 1922 hätten die italienischen Faschisten kühn die Macht ergriffen; dem Ansturm ihrer revolutionären Massenbewegung sei das verbrauchte liberale System nicht gewachsen gewesen. Die historische Wahrheit sieht anders aus: Erstens fand der "Marsch auf Rom" nie statt - die faschistischen Kampfgruppen warteten schlecht ausgerüstet und in einiger Entfernung von der Hauptstadt auf ihren Einsatzbefehl; zweitens wären sie militärisch leicht zu schlagen gewesen, wenn der Staat seine Machtmittel eingesetzt hätte. Statt dessen ernannte der König Mussolini zum Regierungschef - die herrschenden Eliten wollten die Faschisten an der Macht sehen. Sie tragen eine wesentliche Mitverantwortung für das, was danach kam: die faschistische Diktatur, das Bündnis mit Nazi-Deutschland, Krieg und Bürgerkrieg.

Heute, 75 Jahre nach dem Machtantritt des Faschismus, werden diese historischen Fakten bestritten. Auch Konservative beteiligen sich an der Rehabilitierung des Faschismus. Der Historiker Renzo De Felice vertritt dabei besonders provokatorische Thesen: Der Faschismus sei eine "linkstotalitäre" Bewegung in der Tradition der Aufklärung; Mussolini sei es nicht nur um Italiens Modernisierung gegangen, sondern auch um die Schaffung eines tugendhaften "neuen Staatsbürgers".

Der heftige Streit um solche Thesen ist für immer mehr italienische Politiker Anlaß, zur Überwindung der "alten Gräben" aufzurufen. Ihr Kalkül: Wenn der Faschismus "historisiert" ist, kann der antifaschistische Vorbehalt der Verfassung fallen und die Exekutive zu Lasten des Parlaments gestärkt werden.

Seite 11

40. Godesberg in Grün?

CD-Datei: daten/aksuche/ak407/gruetit.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:gruetit

Wieder einmal ist es soweit: Die deutschen Gazetten von FAZ bis taz vermelden neuen grünen Streit in der Außen- und Friedenspolitik. Der vom Bundesvor- stand vorgestellte Entwurf eines Wahlprogramms nämlich ist führenden RealpolitikerInnen viel zu pazifistisch. Sie stören sich an Forderungen wie "Auflösung der NATO" oder "Abschaffung der Bundeswehr". Mit derartigen Flausen sei man nicht regierungsfähig. Massive Unterstützung erhalten die Realos von der bürgerlichen Presse. Dort wird kräftig am Bild der "gemäßigt-besonnenen" RealpolitikerInnen im verzweifelten Kampf gegen die "utopistisch-spinnerten" Parteilinken gepinselt. Die taz mahnte am 14.10.97 ein "grünes Bad Godesberg in Sachen Sicherheits- und Außenpolitik" an.

Auslöser der ganzen Aufregung war ein am 11./12. Oktober vom Bundesvorstand veranstalteter "außenpolitischer Ratschlag". Was auf diesem "Ratschlag" in der Beethovenhalle zu Bonn wirklich geschah, berichten wir auf

Seite 10

41. Politische Prozesse gegen die baskische Linke

CD-Datei: daten/aksuche/ak407/hb.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:407:hb

Am 6.10. begann in Madrid der Prozeß gegen die Leitung von Herri Batasuna (HB) wegen "Unterstützung einer bewaffneten Bande" und "Beihilfe zum Terrorismus".

Die gesamte HB-Führung muß sich vor Gericht dafür verantworten, daß ihre Partei im Wahlkampf 1996 ein Video ausstrahlte, in dem die ETA Bedingungen für eine politische Lösung des Konflikts im Baskenland benannte. Den Angeklagten droht bei einer Verurteilung eine Freiheitsstrafe zwischen acht und 22 Jahren.

Der Prozeß findet nach den Ereignissen im Sommer dieses Jahres in einer sehr angespannten Lage statt. Nach der Ermordung des PP-Kommunalpolitikers Miguel Angel Blanco im Juli durch die ETA war es zu Massenprotesten in ganz Spanien gekommen. HB wurde vorgeworfen, sich nicht von dem Mord der ETA distanziert zu haben. Es begann eine regelrechte Hexenjagd, HB-Büros wurden durch Brandsätze zerstört, HB-Mitglieder über Wochen hinweg bedroht.

Das Vorgehen der spanischen Regierung gegen HB stößt mittlerweile auch bei den gemäßigten baskischen Parteien auf Kritik. Bedeutet doch das Vorgehen der Justiz, HB der Führung zu berauben, und läuft letztlich darauf hinaus, eine legale Partei, die im Baskenland auf eine Unterstützung von 10-15 Prozent der Bevölkerung zählen kann, zu kriminialisieren.

Indes wurde Benjamin Ramos Vega wegen ETA-Unterstützung zu elf Jahren Haft verurteilt. Seite 29